

AT HOME IN
EUROPE



Muslims in Hamburg



OPEN SOCIETY INSTITUTE

Muslims in Hamburg

At Home in Europe Project

 Open Society Institute

New York – London – Budapest

Publishing page

OPEN SOCIETY INSTITUTE

Október 6. Street 12.
H-1051 Budapest
Hungary

400 West 59th Street
New York, NY 10019
USA

OPEN SOCIETY FOUNDATION

100 Cambridge Grove
W6 0LE London
UK



TM a Copyright © 2010 Open Society Institute
Alle Rechte vorbehalten

AT HOME IN EUROPE PROJECT

ISBN Number: 978-1-936133-12-3

Website

www.soros.org/initiatives/home

Umschlagbild von Andrea Diefenbach/Panos Pictures für das Open Society Institute

Umschlagsgestaltung von Ahlgrim Design Group

Layout von Q.E.D. Publishing

Gedruckt in Ungarn

Gedruckt auf CyclusOffset Papier, hergestellt aus 100% Recyclingmaterial.

Inhalt

Danksagung	5
Vorwort	7
Muslime in Hamburg	9
Abkürzungsverzeichnis	15
Definitionen und Terminologie	16
Zusammenfassung	19
1. Einleitung	24
2. Bevölkerung und demografische Informationen	32
3. Stadtpolitik	40
4. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Identität, Zugehörigkeit und Interaktion	52
5. Erfahrungen muslimischer Gemeinden: Bildung	84
6. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Arbeitsmarkt	108
7. Erfahrungen der muslimischen Gemeinschaften: Wohnen	125
8. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Gesundheit	141
9. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Polizei und Sicherheit	153
10. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Teilhabe und Staatsbürgerschaft	165
11. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Rolle der Medien	182
12. Schlussfolgerung	191
13. Empfehlungen	194
Anhang 1. Bibliographie und Websites	206
Anhang 2. Liste der interviewten Experten	212
Anhang 3. Kontaktdaten muslimischer und anderer Organisationen	214

OSI Aufgabe

Das Open Society Institute arbeitet mit am Aufbau dynamischer und toleranter Demokratien, deren Regierungen für ihre Bürger Verantwortung tragen.

Offene Gesellschaften sind gekennzeichnet durch Rechtsstaatlichkeit; Respekt für Menschenrechte, Minderheiten und Meinungsvielfalt; demokratisch gewählte Regierungen; Marktwirtschaften, in denen das Wirtschaftsleben von der Regierung getrennt ist; und eine Zivilgesellschaft, die hilft die Macht der Regierung unter Kontrolle zu halten.

Um unsere Ziele zu erreichen, versuchen wir politische Entwicklungen mitzugestalten, die gerechtere politische, rechtliche und wirtschaftliche Systeme gewährleisten und die Grundrechte schützen.

Wir setzen Initiativen in Gang um Gerechtigkeit, Bildung, öffentliche Gesundheit und unabhängige Medien zu befördern.

Wir schaffen Bündnisse über Grenzen und Kontinente hinweg, die gegen Korruption und für Informationsfreiheit eintreten. In seiner Arbeit in allen Teilen der Welt legt das Open Society Institute seine Priorität auf den Schutz und die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen aus marginalisierten Gemeinschaften.

Danksagung

Dieser Städtebericht wurde als Teil der Monitoring-Reihe mit dem Titel “Muslime in Städten der EU” verfasst. Diese Reihe konzentriert sich auf 11 Städte innerhalb der Europäischen Union, die jeweils sehr große muslimische Bevölkerungsgruppen aufweisen. Einzelne Stadtteile wurden jeweils detaillierter untersucht: Slotervaart in Amsterdam; Borgerhout in Antwerpen; Kreuzberg in Berlin; Nørrebro in Kopenhagen; Hamburg-Mitte in Hamburg; Evington in Spinney Hills, Stoneygate in Leicester; 3. Arrondissement in Marseille; 18. Arrondissement in Paris; Feijenoord in Rotterdam; Järnafältet in Stockholm; außerdem der Londoner Stadtteil Waltham Forest.

Das Projekt “At Home in Europe” des Open Society Institute (OSI) erstellte diesen Bericht in Zusammenarbeit mit lokal ansässigen Experten. Das At Home in Europe Projekt möchte folgende Person besonders würdigen und ihr für ihre dreijährige Forschungsarbeit und das Verfassen des Berichts danken:

Forschungsleiter

Andreas Hieronymus

Forscher und Forschungs Koordinator
 Institut für Migrations- und
 Rassismusforschung e.V. (iMiR), Hamburg,
 Deutschland

Unter Supervision des Forschungsleiters war folgendes Team in Hamburg für die Durchführung der Interviews zuständig: Angelika Friedrichs, Ines Fögen, Tatiana La Mura Flores, Volker Schneider, Yesim Fadia, Goran Rakic, Max Stempel, Ali Özgür Özdil, Demet Coban, Dounya Jaoudat, Esra Polat, Hilal Külünk, Rabia Yildiz, Sueheda Polat, Tamer Coban, Dona Al-Hardan, Erdogan Arabaci, Ines Brinsi

Wir danken einer Reihe von Personen für die Revision von jeweils relevanten Teilen des ersten Entwurfs bedanken, darunter Prof. Werner Schiffauer und Dr. Kerem Oktem. Wir möchten uns außerdem bei folgenden Personen bedanken, die für Interviews zur Verfügung standen oder mit Informationen und Recherchen zu diesem Bericht beigetragen haben: Doris Kersten, Ejdar Tartar, Fernanda Gil, Filiz Topal, Halima Krausen, Hasan Erkan, Heike Weider, Hülya Eralp, Hüseyin Yllmaz, Imke Nicolaisen, Irmgard Schrand, Karin Robben, Karin Robben, Kathrin Erdmann, Knut Henkel, Kübra Yücel, Liubov Kuchenbecker, Maren Gag, Masumeh Saadat, Melek Korkmaz, Metin Harmanci, Nebahat Güclü, Oksan Karakus, Perihan Zeran, Rita Pansear, Rolf-Barnim Foth, Sabine Weiss, Ulf Schröder, Ülkü Güney, Ünal Zeran, Ute Hempelmann, and Yvonne Nische.

Im Juni 2009 veranstaltete OSI in Hamburg einen runden Tisch, um Kritik und Kommentare von Experten zum Entwurf der Berichts einzuholen. Wir danken den vielen Teilnehmern, dass sie so großzügig Zeit und Wissen zu Verfügung gestellt

haben. Dazu gehörten Vertreter von Minderheiten, zivilgesellschaftliche Organisationen, Glaubensgemeinschaften, Vertreter der Politik sowie gesetzliche Behörden. Außerdem danken wir dem Team des Instituts für Migrations- und Rassismusforschung für die Organisation und Veranstaltung des runden Tisches. Besonderer Dank gilt Tatiana La Mura, Nina Mühe, Carla La Mura, Ali Özgür Özdil, Ines Fögen, Dona Al-Hardan, Bettina Kleiner, Özlem Nas und Jenny Eschweiler.

Wir danken auch all denen, die für Interviews mit dem OSI Communications department zur Verfügung standen.

Das “At Home in Europe” Projekt trägt die volle Verantwortung für den Inhalt des Berichts, inklusive eventueller Fehler oder Fehldarstellungen.

OSI Team Projekt “At Home in Europe”

Nazia Hussain (At Home in Europe Project)	<i>Leitung</i>
Tufyal Choudhury (At Home in Europe Project)	<i>Politikberatung</i>
Klaus Dik Nielsen (At Home in Europe Project)	<i>Lobbyarbeit</i>
Hélène Irving (At Home in Europe Project)	<i>Programmkoordination</i>
Andrea Gurubi Watterson (At Home in Europe Project)	<i>Programmleitung</i>
Csilla Tóth (At Home in Europe Project)	<i>Programmassistenz</i>
Katy Negrin	<i>Redaktionsberatung</i>

Vorwort

Ein zentrales Anliegen des Open Society Institute (OSI) ist die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit aller Menschen in einer offenen Gesellschaft. Ziel der Arbeit des OSI ist zum einen die Verringerung der Diskriminierung, insbesondere der Schäden, die Minderheiten durch diskriminierende Behandlung erfahren haben. Ein weiteres Ziel ist die Sicherung der Chancengleichheit für alle durch ihre Einbeziehung in Regierungsprogramme für soziale Integration.

Das Projekt “At Home in Europe” des Open Society Institute konzentriert sich auf Monitoring- und Lobbyarbeit zur Untersuchung der Situation von Minderheiten in einem sich wandelnden Europa. Durch seine Forschungsarbeit und Interaktion mit Vertretern aus Politik und der Minderheiten selbst, deckt dieses Projekt Probleme bei der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Einbeziehung von Muslimen und anderen Randgruppen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene auf.

Ob Bürger oder Einwanderer, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Europa mit einer seiner größten Herausforderungen konfrontiert: der Garantie gleicher Rechte in einem Klima von schnell anwachsender Vielfalt. Europa ist kein mono-kultureller und mono-religiöser Kontinent mehr – falls er das je war. Minderheiten und ihre Identitäten als Europäer sind ein wichtiger Bestandteil der politischen Agenda und des Diskurses.

Die Berichte über Muslime in EU-Städten im Rahmen des Projekts “At Home in Europe” untersuchen die unterschiedlichen politischen Strategien von Städten und Gemeinden bei deren Versuchen eines aktiven Einbezugs ihrer muslimischen Gemeinschaften und deren Bedürfnisse. Durch die Darstellung bewährter praktischer Umsetzungen in ausgewählten europäischen Städten sollen außerdem Art und Tiefe der Auseinandersetzung von Vertretern der Politik mit Muslimen und anderen Minderheiten aufgezeigt werden. Ein grundlegendes Thema ist die aktive Teilhabe muslimischer Gemeinschaften am Abbau von Diskriminierung. Eine andere wichtige Frage ist ob die Bedürfnisse spezifischer Gruppe individuell zugeschnittene Politikansätze rechtfertigen um Chancengleichheit zu erreichen.

Die Städteberichte schließen an die frühere Arbeit des OSI zum Minderheitenschutz an. Insbesondere das Überwachungs- und Lobbyprogramm der EU berichtet über die Situation von Muslimen in Frankreich, Italien und Großbritannien. Diese Studien machen den Bedarf an mehr Forschungsarbeit deutlich. Die wenigen bislang erhältlichen Daten über Europas muslimische Bevölkerung stützen sich auf Zensuskategorien wie ethnische Herkunft oder Herkunftsland. Der Mangel an präzisen Daten begrenzt das Potenzial für die Formulierung nuancierter und speziell zugeschnittener politischer Strategien für die wichtigsten Belange von Muslimen. Dies beeinflusst auch die Entwicklung sensibler und ganzheitlicher Inklusionspolitiken.

Die Berichtsreihe “At Home in Europe” beinhaltet einen Überblick sowie einzelne Berichte über 11 Städte in sieben europäischen Ländern. Die Auswahl der Städte

beruht auf einer 2006 durchgeführten Literaturanalyse, und berücksichtigt Faktoren wie Populationsgröße, Vielfalt und lokale politische Kontexte. Alle 11 Berichte wurden von Experten vor Ort verfasst und basieren zum Zweck der komparativen Analyse auf derselben Methodologie.

Jeder Städtebericht beinhaltet detaillierte Empfehlungen, um die Möglichkeiten einer vollständigen Teilhabe und Inklusion von Muslimen zu verbessern, ohne dass diese ihre kulturellen, sprachlichen, religiösen und andere für ihre Identitäten wichtigen Bräuche aufgeben müssen. Diese Empfehlungen, die sich hauptsächlich an spezielle lokale Akteure richten, bilden die Grundlage für die Lobbyarbeit des OSI.

Dieser Bericht spiegelt die komparative Analyse der Daten, die in 11 Städten innerhalb von sieben EU-Ländern erhoben wurden. Er zeigt allgemeine Trends und spricht Empfehlungen auf internationaler Ebene aus, darunter für die Europäische Union (EU) und für internationale Organisationen.

Muslimen in Hamburg

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	15
Definitionen und Terminologie	16
Zusammenfassung	19
1. Einleitung	24
1.1 Methodologie	25
2. Bevölkerung und demografische Informationen	32
2.1 Einwanderungsgeschichte	36
2.2 Staatsbürgerschaft und Zugang zur Staatsbürgerschaft	40
3. Stadtpolitik	44
3.1 Integrations- und Gleichheitsprinzipien	44
3.2 Akteure in der Integrationspolitik und der Hamburger Aktionsplan	45
3.3 Verwaltungsstruktur	47
4. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Identität, Zugehörigkeit und Interaktion	52
4.1 Muslimische und nicht-muslimische Identitäten	52
4.2 Zugehörigkeit	61
4.3 Näherer Kontakt	78
5. Erfahrungen muslimischer Gemeinden: Bildung	84
5.1 Die Situation in Vorschulen	84
5.2 Die Situation in Grund- und weiterführenden Schulen	85
5.3 Bildungserfolge	86
5.4 Sprache und Bildungserfolg	88
5.5 Muslimische Erfahrungen mit Hamburger Schulen ..	90
5.6 Religion in der Schule	97
5.7 Initiativen zur Bildungsförderung	106
6. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Arbeitsmarkt	108
6.1 Stellung Hamburger Muslime auf dem Arbeitsmarkt Hamburg	108
6.2 Religion, Diskriminierung und Hindernisse bei der Beschäftigung	113

6.3 Initiativen zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt	121
7. Erfahrungen der muslimischen Gemeinschaften: Wohnen	125
7.1 Ausblicke auf die lokale Gemeinschaft	125
7.2 Anstrengungen zur Verbesserung des Wohnraums	139
8. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Gesundheit	141
8.1 Blick auf das lokale Umfeld: Gesundheitsversorgung	141
8.2 Sozialfürsorge	148
8.3 Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitswesen und sozialer Sicherung	150
9. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Polizei und Sicherheit	153
9.1 Blick auf Polizei und Sicherheit	154
9.2 Muslimische Kontakte mit der Polizei	158
9.3 Anwerbung von Minderheiten für die Polizei	163
10. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Teilhabe und Staatsbürgerschaft	165
10.1 Muslime und Wahlen	165
10.2 Vertrauen in politische Institutionen	171
10.3 Muslime und bürgerschaftliches Engagement	173
10.4 Teilhabe an ehrenamtlichen Tätigkeiten und Sport	179
10.5 Einbürgerung	180
11. Erfahrungen muslimischer Gemeinschaften: Rolle der Medien	182
11.1 Mediennutzung durch Muslime	185
11.2 Darstellung von Muslimen in den Medien	188
12. Schlussfolgerung	191
13. Empfehlungen	194
13.1 Bildung	194
13.2 Arbeitsmarkt	196
13.3 Wohnen	197

13.4	Gesundheit und soziale Leistungen	198
13.5	Polizei	199
13.6	Medien	201
13.7	Muslimische und migrantische Organisationen	201
13.8	Bezirksverwaltung	202
13.9	Senat und Bürgerschaft	203
13.10	Bundespolitik	205
Anhang 1.	Bibliographie und Websites	206
Anhang 2.	Liste der interviewten Experten	212
Anhang 3.	Kontaktdaten muslimischer und anderer Organisationen	214

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.	Datensample für OSI Fragebögen	26
Tabelle 2.	Staatsangehörigkeiten muslimischer Befragter	26
Tabelle 3.	Staatsangehörigkeiten nicht-muslimischer Befragter	27
Tabelle 4.	Geburtsländer Muslime	27
Tabelle 5.	Geburtsländer Nichtmuslime	28
Tabelle 6.	Ethnische und kulturelle Zugehörigkeit unter muslimischen Befragten	29
Tabelle 7.	Städtische oder ländliche Kindheit der Befragten	30
Tabelle 8.	Familienstand der Befragten	30
Tabelle 9.	Deutsche Staatsbürgerschaft	33
Abbildung 1.	Verteilung der Migrantenbevölkerung aus der Türkei und islamischen Ländern in Hamburg	36
Tabelle 10.	Einbürgerungen in Hamburg 2003 nach rechtlicher Grundlage	41
Tabelle 11.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören?	54
Tabelle 12.	Ist Ihr Bezirk ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund gut miteinander auskommen?	54
Tabelle 13.	Wie stark haben Sie das Gefühl, in Hamburg dazuzugehören?	55
Tabelle 14.	Wie stark haben Sie das Gefühl, zu Deutschland dazuzugehören?	55
Tabelle 15.	Sehen Sie sich selbst als Deutsche/r?	56
Tabelle 16.	Deutsche, europäische und andere Identitäten	58
Tabelle 17a.	Sichtbarkeit, Werte und religiöse Identitäten	60
Tabelle 17b.	Praktizierend religiös	60
Tabelle 18.	Was hindert Sie Ihrer Ansicht nach am meisten daran, Deutsch zu sein?	62
Tabelle 19.	Wichtigste nationale Werte, in Deutschland zu leben (alle Befragte)	63

Tabelle 20.	Wichtigste nationale Werte, in Deutschland zu leben (nach Religion)	64
Tabelle 21.	Was sagt das meiste über Identität aus?	65
Tabelle 22.	Sehen Sie sich selbst als Deutsch?	68
Tabelle 23.	Diskriminierungserfahrung	73
Tabelle 24a.	Gegenwärtiger Grad rassistischer Vorurteile in Deutschland	74
Tabelle 24b.	Vergleich des Grades rassistischer Vorurteile früher und heute	74
Tabelle 24c.	Gegenwärtiger Grad religiöser Vorurteile in Deutschland	75
Tabelle 24d.	Vergleich des Grades religiöser Vorurteile früher und heute	75
Tabelle 25.	Näherer Kontakt in Hamburg	79
Tabelle 26.	Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte zu Hause	79
Tabelle 27.	Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte in Geschäften	80
Tabelle 28.	Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte in Bars oder Diskotheken	80
Tabelle 29.	Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte an Orten des Glaubens	81
Tabelle 30.	Höchster erlangter Schulabschluss	87
Tabelle 31.	Land der Schulausbildung	87
Tabelle 32.	Schulbildung in Jahren	88
Tabelle 33.	Zufriedenheit mit Grundschulen	92
Tabelle 34.	Zufriedenheit mit weiterführenden Schulen	93
Tabelle 35.	Respektieren Schulen unterschiedliche religiöse Bräuche?	98
Tabelle 36.	Interreligiöse und interethnische Kontakte in Schulen, am Arbeitsplatz oder Hochschulen	100
Tabelle 37.	Rolle bei der Erziehung der Kinder	101
Tabelle 38.	Teilnahme an Erwachsenenbildung	105
Tabelle 39.	Arbeitslosenquote in Hamburg, September 2007	109
Tabelle 40.	Haben Sie derzeit eine bezahlte Arbeit?	110
Tabelle 41.	Hatten Sie jemals eine bezahlte Arbeit?	111
Tabelle 42.	Berufliche Position	111
Tabelle 43.	Religiöser und ethnischer Hintergrund des Arbeitsplatzes	114
Tabelle 44.	Religiöser und ethnischer Hintergrund von Mitarbeitern	114
Tabelle 45.	Respekt von Arbeitgebern für unterschiedliche religiöse Bräuche	115
Tabelle 46.	Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt?	116
Tabelle 47.	Angenommener Grund der Ablehnung für eine Arbeitsstelle	117
Tabelle 48.	Glauben Sie, dass Sie in den letzten fünf Jahren an Ihrem Arbeitsplatz im Hinblick auf eine Beförderung oder die Versetzung in eine bessere Position diskriminiert wurden?	118
Tabelle 49.	Angenommene Gründe für gescheiterte Beförderung	118

Tabelle 50.	Vorhandener Wohnraum, Sozialwohnungen, Jugendliche und Muslime	126
Tabelle 51.	Mieten oder besitzen Sie Ihr Haus oder Ihre Wohnung oder besteht irgendeine andere Vereinbarung?	127
Tabelle 52.	Wohndauer im Bezirk	127
Tabelle 53.	Welches ist der Hauptgrund, aus dem Sie in diesen Bezirk gezogen sind?	129
Tabelle 54.	Ethnische und religiöse Zusammensetzung der Nachbarschaft	130
Tabelle 55.	Leben Sie gerne in dieser Gegend?	130
Tabelle 56.	Vertrauenswürdigkeit der Menschen in der Nachbarschaft	131
Tabelle 57.	Hält die Nachbarschaft hier zusammen?	131
Tabelle 58.	Haben Menschen in der Nachbarschaft dieselben Werte?	132
Tabelle 59.	Sind die Menschen in der Nachbarschaft bereit, ihren Nachbarn zu helfen?	132
Tabelle 60.	Zufriedenheit mit Sozialwohnungen	133
Tabelle 61.	Zufriedenheit mit Diensten für Jugendliche	134
Tabelle 62.	Zufriedenheit mit der Straßenreinigung	135
Tabelle 63.	Zufriedenheit mit öffentlichen Verkehrsmittel	136
Tabelle 64.	Arbeiten die Menschen hier gemeinsam an der Verbesserung der Nachbarschaft?	137
Tabelle 65a.	Gegend 1 Interviews nach Stadtteil	138
Tabelle 65b.	Gegend 2 Interviews nach Stadtteil	139
Tabelle 65c.	Gegend 3 Interviews nach Stadtteil	139
Tabelle 66.	Zufriedenheit mit Gesundheitsdiensten	141
Tabelle 67.	Medizinische Versorgung in Forschungsgebieten	143
Tabelle 68.	Respekt für religiöse Bräuche in medizinischen Einrichtungen	147
Tabelle 69.	Sozialhilfeempfänger und Kindergartenangebot (Kita), 2006	148
Tabelle 70.	Tätigkeit in der sozialen Wohlfahrt	150
Tabelle 71.	Kriminalitätsraten in OSI-Forschungsgebieten, 2006	153
Tabelle 72.	Vertrauen in und Zufriedenheit mit Polizei und Gerichten	154
Tabelle 73.	Rechte Straftaten in Hamburg	162
Tabelle 74.	Wahlrecht bei Bundeswahlen	167
Tabelle 75.	Wahlrecht bei Kommunalwahlen	167
Tabelle 76.	Wahlergebnisse in Forschungsgebieten für Bürgerschaftswahlen 2008	168
Tabelle 77.	Können Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen?	170
Tabelle 78.	Können Sie Entscheidungen, die dieses Land betreffen, beeinflussen?	171
Tabelle 79.	Vertrauen in die Regierung	171
Tabelle 80.	Vertrauen in den Bundestag	172
Tabelle 81.	Vertrauen in die Bürgerschaft	172

Abkürzungsverzeichnis

AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BSB	Behörde für Schule und Berufsbildung
BIG	Bündnis der islamischen Gemeinden
BQM	Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten
BSG	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz
BUNABE	Bürger naher Beamter
BWA	Behörde für Wirtschaft und Arbeit
CDU	Christlich Demokratische Union
DITIB	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
DTF	Deutsch-Türkisches Forum
GAL	Grün-Alternative Liste
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
HHAP	Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern
IBA	Internationale Bauausstellung
IQ	Integration durch Qualifikation
IWB	Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut
KESS	Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern
LI	Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
MSO	Migrantenselbstorganisation
NGO	Nicht Regierungsorganisation
NOBI	Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten
SCHURA	Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WAZ	Westdeutschen Allgemeinen Zeitung
ZfT	Zentrum für Türkei Studien

DEFINITIONEN UND TERMINOLOGIE

Belästigung ist ein Verhalten, welches „eine einschüchternde, feindliche, entwürdigende, demütigende oder beleidigende Atmosphäre schafft“.

Diskriminierung: Der Terminus Diskriminierung, wie er in diesem Bericht verwendet wird, schließt auch Belästigung sowie indirekte Diskriminierung mit ein. Artikel 1 und 2 der EU-Richtlinie zu Rassismus verbieten ausdrücklich sowohl ‚direkte‘ als auch ‚indirekte‘ Diskriminierung. Um direkte Diskriminierung handelt es sich, wenn „eine Person aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft weniger vorteilhaft als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation behandelt wird, wurde oder behandelt werden würde“. Der Richtlinie zufolge handelt es sich um indirekte Diskriminierung, wenn „eine scheinbar neutrale Maßnahme, ein Kriterium oder eine Praxis Personen einer nationalen oder ethnischen Herkunft im Vergleich zu anderen Personen speziell benachteiligen würden, es sei denn diese Maßnahme, dieses Kriterium oder diese Praxis ist aufgrund eines legitimen Ziels objektiv gerechtfertigt, und die Mittel zur Erlangung dieses Ziels sind angemessen und notwendig“.

Drittstaatler: Eine Person, die keine Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates ist.

Ethnische Rasterfahndung: Beschreibt eine Praxis, bei der Vollzugsbeamte die ethnische, religiöse oder nationale Herkunft vielmehr als das individuelle Verhalten als Entscheidungsgrundlage dafür verwenden, wer in kriminelle Aktivitäten verwickelt war oder sein könnte.

Ethnizität: Zugehörigkeit zu einer Gruppe, welche eine gemeinsame Sprache, kulturelle Praktiken, Religion oder gemeinschaftliche Identität aufgrund einer gemeinsamen Geschichte teilen kann.

Integration: Die Definition, welche in diesem Bericht Anwendung findet, ist „Ein dynamischer, wechselseitiger Prozess gegenseitiger Anpassung von allen Immigranten und Ansässigen der Europäischen Union“, wie sie in den Gemeinsamen Grundlegenden Prinzipien (Common Basic Principles – CBPs) erklärt wurde. In den Erläuterungen zu den Gemeinsamen Grundlegenden Prinzipien der EU zu Integration 2004 (CBPs) ist „Integration ein langfristiger, dynamischer und kontinuierlicher wechselseitiger Prozess gegenseitiger Anpassung, kein feststehendes Resultat. Es erfordert nicht nur die Teilhabe von Immigranten und deren Nachkommen, sondern von allen Einwohnern. Der Integrationsprozess umfasst Anpassung durch Immigranten, die alle im Bezug auf ihr neues Heimatland Rechte und Pflichten haben. Er erfordert ebenso, dass die aufnehmende Gesellschaft Möglichkeiten für eine volle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe der Immigranten schafft. Dementsprechend werden die Mitgliedstaaten darin bestärkt, eine Einbeziehung sowohl der Immigranten als auch der Staatsbürger in die Integrationspolitik zu beachten und deren beiderseitige Rechte und Pflichten bekannt zu machen.“

Islamophobie: Irrationale Feindschaft, Angst und Hass gegenüber dem Islam, Muslimen und islamischer Kultur, sowie aktive Diskriminierung dieser Gruppe als Individuen oder insgesamt.

Marginalisiert: Marginalisierte Gruppen können Teil einer ethnischen Minderheit und eine Unterkategorie von Minderheitengruppen sein. Sie können ebenso dadurch charakterisiert und von anderen Gruppen unterschieden werden, dass sie unter sozio-ökonomischer Benachteiligung und einer ohnmächtigen Position innerhalb der Gesellschaft oder einer Gruppe leiden. Dieser Bericht definiert marginalisierte Gruppen so, dass sie soziale Exklusion erfahren, seien sie Teil einer Minderheits- oder Mehrheitsgruppe innerhalb der Gesellschaft.

Migrant: Die Definition der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) bezieht sich auf eine „Person, die zeitweise oder permanent in ein Land gezogen ist, wo er oder sie nicht geboren ist, und bedeutsame soziale Bindungen in diesem Land aufgebaut hat.“ Dies bezieht Studenten und Schüler mit ein, ebenso wie Kinder und abhängige Familienmitglieder. Eine Unterscheidung wird dahingehend gemacht, dass dieser Begriff Asylbewerber, Flüchtlinge und staatenlose Personen nicht mit einbezieht. In einigen Ländern bezieht sich jedoch der Begriff ‚Migrant‘ auch auf diejenigen, die in dem Land, in das ihre Eltern immigriert sind, geboren wurden.

Minderheit: Es gibt im internationalen Recht keine einheitliche Definition dieses Begriffs. Einige Länder definieren eine Minderheit als solche, die durch das nationale Recht anerkannt ist. In diesem Bericht bezieht sich der Begriff auf ethnische und religiöse Gruppen, die nicht zur dominierenden Gruppe in der Gesellschaft gehören.

Muslim: Diese Gruppe ist vielfältig, und obwohl es ein gemeinsames Glaubenssystem und möglicherweise gemeinsame Erfahrungen als Muslime gibt, beruft sich dieser Bericht auf die Selbstdefinition der muslimischen Befragten als Muslime. Darüber hinaus schließt dieser Begriff auch Muslime ein, die sich selbst mehr in einem kulturellen als einem religiösen Zusammenhang sehen.

Nationalität: Land der Staatsbürgerschaft

Nicht-Muslim: Innerhalb der Zielsetzung dieses Berichts ist ein Nicht-Muslim jeder, der sich selbst nicht als zugehörig zum islamischen Glauben definiert.

Rasse: Der Begriff „Rasse“ wird im Kontext der Rassendiskriminierung verwendet, die auftritt, wenn Menschen aufgrund ihrer mutmaßlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe diskriminiert werden, die an Körpermerkmalen wie Hautfarbe, Haar oder ihrem Äußerem festgemacht wird. Verweise auf „Rasse“ in diesem Bericht sind nicht so zu verstehen, als existierten unterschiedliche „Menschenrassen“.

Rassismus: Wo immer der Begriff ‚Rassismus‘ in diesem Bericht verwendet wird, wird er als ‚rassistische Diskriminierung‘ definiert, welche nach der UN Konvention zur Beseitigung aller Formen von rassistischer Diskriminierung „jegliche Unterscheidung,

Exklusion, Restriktion oder Bevorzugung beschreibt, welche auf Rasse, Farbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft basieren, welche das Ziel oder die Folge haben, die gleichberechtigte Anerkennung, den Genuss oder die Ausübung von Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen oder irgendeinem anderen Bereich des öffentlichen Lebens aufzuheben oder zu beschneiden.

Soziale Inklusion: Die Bereitstellung und Förderung gleicher Rechte und gleichen Zugangs zu den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Entscheidungsfindung. Die Überwindung von Diskriminierung ist in politischen Maßnahmen und Praktiken zur Realisierung von Inklusion implizit enthalten.

ZUSAMMENFASSUNG

Hamburg hat eine lange Einwanderungsgeschichte und beherbergt viele Minderheiten. Die Stadt hat 1.720.632 Einwohner¹ aus über 180 Ländern.² Davon besitzen 14,3% einen ausländischen Pass, 26,8% haben einen Migrationshintergrund.³ Die erhebliche Mehrheit (70%) der nicht ethnisch deutschen Bevölkerung stammt aus Europa und mehr als ein Viertel aus Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Der Rest der ausländischen Bevölkerung setzt sich aus 6% Afrikanern, 19% Asiaten und 4% aus Nord-, Süd- und Mittelamerikanern zusammen.⁴ Hamburgs historische Erfahrung mit ethnischer Vielfalt hat zu einem Umfeld beigetragen, in dem interreligiöser Dialog und die Einbeziehung der muslimischen Bevölkerung sichtbarer Teil des politischen und bürgerlichen Lebens ist.

Die genaue Zahl muslimischer Einwohner Hamburgs ist nicht zu ermitteln, da keine direkten Daten bezüglich ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit erhoben werden.⁵ Die geschätzte Anzahl liegt bei ca. 90.000 Muslimen. Davon leben mindestens 71.000 im neu gegründeten Bezirk Hamburg-Mitte.⁶

Dieser Bericht beschreibt die alltäglichen Erfahrungen von gewöhnlichen Muslimen, die im Bezirk Hamburg-Mitte ansässig sind, mit besonderem Fokus auf den Einfluss

¹ Im Text wird aus Gründen der Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form gebraucht. Diese schließt natürlich auch die weibliche Form ein.

² Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz, „Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern“ (HHAP), Hamburg, 2007, S. 10, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend HHAP). Weitere grundlegende Informationen über Hamburg auf der Website des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/Stadtportrait_2009_Deutsch_01.pdf (Zugriff am 11. März 2010).

³ „Hamburg hat den bundesweit höchsten Ausländeranteil“, Hamburger Abendblatt, 2. Juli 2008, abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/daten/2008/07/02/901676.html>, Zugriff im Januar 2010.

⁴ Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz, Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern (HHAP), Hamburg, 2007, S. 75, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

⁵ Das Fehlen statistischer Daten bezüglich ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit ist vor allem auf den 2. Weltkrieg, das Naziregime und dessen Umgang mit der jüdischen Bevölkerung zurückzuführen. Vgl. Kohn, Jerome und Ron H. Feldmann, Hannah Arendt. The Jewish Writings, Schocken Books, New York, (2007).

⁶ Die Definition von muslimischen Gemeinschaften anhand der religiösen Zugehörigkeit oder des Herkunftslandes stellt keine korrekte Widerspiegelung ihrer Identität dar, da sie an ethnisch-nationalen und/oder ethnisch-religiösen Aspekten ausgerichtet sein kann, als an offenem Glauben. Die Religiöse Zugehörigkeit ist nur ein Teil eines komplexen Identitätskonstrukts. Geschätzt anhand der Einwohner aus Muslimischen Ländern. Mehr als 30% der Bevölkerung in Hamburg-Mitte (240.000) stammt aus muslimischen Ländern.

politischer Entscheidungen, die auf Integration und soziale Einbindung zielen.⁷ Integration wird als wechselseitiger Prozess verstanden, der sowohl individuelles Engagement als auch Möglichkeiten zur Partizipation voraussetzt. Schwerpunkt ist die lokale Ebene, in diesem Fall drei Stadtteile im Bezirk Hamburg-Mitte. Dieser lokale Fokus bietet neue Erkenntnisse und vielleicht sogar ein erstes Porträt der Stadt aus Sicht der muslimischen Bevölkerung.

Die Studie des Open Society Institute (OSI) deckt zahlreiche Einstellungen, Erfahrungen und Meinungen auf. Es gibt ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl unter Muslimen sowie Nichtmuslimen zur Stadt, insbesondere auf lokaler und Stadtteilebene. Die Verbindung zu ihrem Viertel wird für viele muslimische Teilnehmer durch den Eindruck der Entfremdung und Ausgrenzung in anderen Teilen der Stadt und generell in Deutschland bestärkt. Viertel wie Veddel oder Wilhelmsburg ziehen die Menschen gerade aufgrund ihrer ethnischen Vielfalt an. Diese Teile des Bezirks vermitteln den Eindruck von Heterogenität und Zugehörigkeit, die sich von der homogenen Bevölkerungsstruktur anderer Stadtteile unterscheidet.

OSI-Daten zeigen, dass Muslime sich eher Hamburg als Deutschland nahe fühlen. Die große Mehrheit der Befragten hat das Gefühl, von den Deutschen in der Regel als Ausländer betrachtet zu werden. Die Weigerung, sich als deutsch zu betrachten, resultiert nicht aus einer Ablehnung der deutschen Gesellschaft und ihrer Werte, sondern aus dem Gefühl, dass die Mehrheitsgesellschaft Deutsch sein immer noch als ethnisch-nationale (deutsche) und ethnisch-religiöse (deutsch-christliche) Identität versteht. Dieses Gefühl der Ausgrenzung, welches die muslimischen Teilnehmer der Studie weitgehend teilen, wird durch den Eindruck bundesweit wachsender Islam- und Muslimfeindlichkeit verstärkt. Rassistisch motivierte Diskriminierung von Ausländern wird von der Mehrheit der Bevölkerung am Rande der Gesellschaft verortet und als Ausdruck des Rechtsextremismus betrachtet; unter Muslimen in Deutschland dominiert jedoch die Wahrnehmung, dass Diskriminierung und Vorurteile gegenüber Muslimen mittlerweile zu einem Grad sozial akzeptabel sind, was zur ohnehin schon existierenden ethnischen Diskriminierung insbesondere der „Türken“ hinzu kommt.⁸ Der Mord an Marwa al-Scherbini, einer schwangeren muslimischen Apothekerin in einem Gerichtssaal in Dresden im Juli 2009, nach deren Klage gegen islamfeindliche

⁷ Die Identifikation eines Einzelnen als Muslim in diesem Bericht beruht auf der Selbstwahrnehmung des Befragten und ist nicht an vorher festgelegte religiöse oder kulturelle Definitionen gebunden.

⁸ Dies unterstützt die Ergebnisse der quantitativen Erhebung von Brettfeld und Wetzels über Muslime in Deutschland, nach der 80% der jungen muslimischen Teilnehmer eine Form von Ausgrenzung oder negativer Behandlung aufgrund ihres zugeschriebenen Charakteristikums, Ausländer zu sein, erlebt haben. 26,9% der Befragten sprachen gar von schwerer oder sehr schwerer Diskriminierung. Vgl. Brettfeld, Kathrin und Peter Wetzels. *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Publikationsversand der Bundesregierung, Hamburg, 2007, S. 241. (Nachfolgend Brettfeld und Wetzels, *Muslime in Deutschland*).

Beleidigung, hebt hervor, wie sehr diese Wahrnehmung in alltäglichen Erfahrungen begründet liegt.⁹ Selbst wenn ihre Muttersprache Deutsch ist, werden Muslime als „anders“ identifiziert. Besonders stark ist dieser Eindruck im Zusammenhang mit Zeichen religiöser Identität und Zugehörigkeit, wie dem Tragen von Kopftüchern, Beten in der Öffentlichkeit, z. B. in Schulen, oder dem Bau von Moscheen.

Bildung ist ein entscheidender Faktor der Integration und wird von allen in dieser Studie befragten Muslimen als sehr wichtig erachtet. Erfahrungen und Bedenken von Muslimen im Zusammenhang mit dem Bildungssektor deuten darauf hin, dass Hürden aufgrund tatsächlicher und wahrgenommener Diskriminierung, welche die schulischen Leistungen beeinträchtigen, im direkten Zusammenhang mit den Erfahrungen als Muslime und ihrer ethnischen Gruppe stehen. Neben Berichten von fragwürdigen Auswahlverfahren im Bildungssektor, umfassen die Auswirkungen ein niedriges Bildungsniveau unter muslimischen Schülern, Auswirkungen von Rassismus auf das Selbstwertgefühl und Bestrebungen, sowie die Unfähigkeit, sich aufgrund fehlender Anerkennung der religiösen Identität vollwertig am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Schlechte schulische Leistungen können zudem in direkten Zusammenhang mit Schwierigkeiten und Barrieren bei der Suche nach einem Arbeitsplatz gebracht werden, sowohl beim Zugang zu qualifizierten wie unqualifizierten Stellen auf dem Arbeitsmarkt.

Obwohl es in Hamburg keine gesetzlichen Regelungen gibt, die das Tragen von Kopftüchern verbieten, gibt es jedoch Hinweise, dass sichtbare Zeichen von Religiosität eine Hürde zur Anstellung im öffentlichen Dienst darstellen, darunter in der Lehre oder bei der Polizei. Eine geläufige Sorge, von der berichtet wurde, ist der Eindruck, dass muslimische Frauen mit Kopftüchern von Verwaltungs- und gering qualifizierten Arbeitsstellen nicht ausgeschlossen werden, aber in leitenden Positionen sowie solchen, die eine höhere Qualifikation und Sichtbarkeit erfordern, unterrepräsentiert sind. Die Studie legt nahe, dass ein holistischer Ansatz der Politik nötig ist, der die Probleme im Bildungsbereich aufgreift und mit Initiativen zur besseren Arbeitsmarktintegration von Muslimen verbindet.

Die Mehrheit der Muslime in der OSI-Studie wohnt in sozialem Wohnungsbau, wohingegen die Mehrheit der Nicht-Muslime in privaten Mietwohnungen leben. Nach der Sanierung zentraler Teile des Bezirks Hamburg-Mitte sind die Mieten gestiegen. Dies hat zu einer Umsiedlung ärmerer und größerer Familien in die günstigeren Außenbereiche des Bezirks geführt, wo noch große Wohnungen verfügbar sind.¹⁰

⁹ „Mordprozess am Tatort“, abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/marwaprozess108.html> (Zugriff im Januar 2010).

¹⁰ Bernd Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt. Ein Beitrag zum vhw-Verbandstag 2007“. vhw FW 5, Okt.–Nov. 2007 (nachfolgend Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt“).

Der Hamburger Gesundheitssektor hat erfolgreich einen kulturell sensiblen Service für die spezifischen Bedürfnisse von Muslimen eingerichtet. Reformen im öffentlichen Gesundheitswesen, darunter staatliche Förderung, scheinen zu kürzeren Beratungsgesprächen zwischen Ärzten und Patienten sowie zu schlechterem Service für spezifische Gruppen zu führen. Die unterschiedlichen Gesundheitsreformen der letzten Jahre benachteiligen Berichten zufolge im Allgemeinen Menschen in ärmeren Gegenden, insbesondere aber ältere muslimische Männer und Frauen.

Trotz der Ansicht, dass die Öffentlichkeit, darunter auch staatliche Institutionen und politisch Verantwortliche, für die Produktion und den Erhalt der vorherrschenden und oft stereotypisierenden Sicht von Muslimen und dem Islam verantwortlich ist, haben Muslime starkes Vertrauen in das System der Strafjustiz in Hamburg. Eine Erklärung dafür ist, dass politische Schlüsselinstitutionen wie Regierung und Parlament zwar politische Programme verändern und die öffentlichen Meinung beeinflussen können, Polizei und Gerichte jedoch auf der Grundlage von Gesetzen und der Beweislage arbeiten. Trotz des Verhaltens einzelner Polizeibeamter ist das Vertrauen generell nicht belastet.

Die Medien spielen eine entscheidende Rolle bei Schaffung und Erhalt der breiteren gesellschaftlichen Wahrnehmung. Die OSI-Studie deutet eine gewisse Kritik unter den befragten Muslimen gegenüber den Medien an, bezüglich dessen, was als Sensationalismus und feindliche Einstellungen gegenüber Islam und Muslimen erfahren wird. Allerdings wird auch anerkannt, dass jüngere Darstellungen und Meldungen über Muslime in Hamburg ausgewogener und weniger polarisierend waren. Muslimische Stimmen bleiben jedoch unter Medienschaffenden und Kommentatoren eine Ausnahme.

Die Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetze in Deutschland haben sich in den letzten Jahren erheblich geändert, und die nationale sowie regionale Integrationspolitik hat sich bezüglich Motivation, Form und Umsetzung verbessert. Die Hamburger Verwaltung hat sich sehr darum bemüht, Muslime und muslimische Organisationen in politische Debatten mit einzubeziehen und sie bei der Teilhabe an der Gesellschaft und deren Institutionen zu unterstützen. Der Hamburger Aktionsplans von 2006 (HHAP) betont den positiven Beitrag von Migrantengruppen zum Stadtleben sowie die Bedeutung von wechselseitig einbeziehender und bestärkender Politik. Aktionsindikatoren umfassen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Sicherheit. Allerdings ist der HHAP keine Direktive, sondern eher ein Aufruf zu besserer Praxis und Politik. Er behandelt nicht in angemessener Masse die Rolle von Diskriminierung als Hindernis zu erfolgreicher Integration und betont stattdessen den Spracherwerb als Hauptschlüssel zu stärkerer Integration und Kohäsion. Obwohl Muslime wissen, wie wichtig der Erwerb der deutschen Sprache ist, wird diese nicht notwendigerweise als Hauptbarriere für eine erfolgreiche Integration betrachtet.

Hier werden einige der wichtigsten Sorgen und Ansichten von in Hamburg lebenden Muslimen aufgegriffen. Es besteht jedoch eine erhöhte Akzeptanz und Einbeziehung von Muslimen in wichtigen politischen und öffentlichen Institutionen. Der Hamburger Senat hat den Dialog mit muslimischen Vertretern aus dem Rat der

islamischen Gemeinschaften in Hamburg (bekannt als die SCHURA) bezüglich der Schaffung eines rechtlichen Instrumentes gefördert, der dem Islam den gleichen Status wie dem Christentum verleiht. Die SCHURA hat einen jährlichen Iftar-Empfang etabliert, bei dem ranghohe Politiker sowie Vertreter des Stadtrates, der Zivilgesellschaft und muslimischer Organisationen während des Fastenmonats Ramadan zusammentreffen und gemeinsam das Fasten brechen.¹¹ Ein ebenso positiver Schritt ist die Teilnahme von Vertretern der Job Center an den Freitagsgebeten in den Moscheen, wo junge Muslime über Ausbildungsmöglichkeiten und Praktika informiert werden. Gleichzeitig aber fehlen muslimische Stimmen in vielen wichtigen öffentlichen Debatten zu Themen, die Muslime betreffen, was folglich den Mangel an Informationen über wichtige Themen erhöht.

Diese Studie über Hamburg bietet einen Einblick in die vielseitige muslimische Bevölkerung und ihre Anliegen. Die Bedürfnisse und Prioritäten der Hamburger Muslime ähneln denen anderer Bewohner. Es bestehen jedoch einige spezifische Themen, die verstanden sein wollen und die angegangen werden müssen. Bemühungen der Hamburger Regierung für mehr Integration haben einen positiven Effekt. Eine differenziertere Wahrnehmung der sozialen Beziehungen innerhalb der Stadt könnte jedoch die Arbeit des Stadtrates ergänzen. Auch der Umfang nationaler politischer Diskurse zu den Themen Religion und Minderheiten spielt eine Rolle, da Kommunalpolitik nicht eigenständig gestaltet wird. Eine gemeinsame Verständigung bei dieser Thematik ist entscheidend, da Muslime in dieser Auseinandersetzung nicht gezwungen werden dürfen, zwischen Religionsausübung und Integration entscheiden zu müssen. So sagte ein OSI-Teilnehmer: „Wir haben uns sehr gut in die Gesellschaft integriert, aber nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem uns die Gesellschaft auch aufnehmen muss.“¹²

¹¹ Iftar ist das Abendmahl während des einmonatigen Ramadan, mit dem nach Sonnenuntergang des Fasten gebrochen wird.

¹² OSI organisierte sechs Fokusgruppen in Hamburg, bestehend aus muslimischen Bewohnern der drei untersuchten Stadtteile in Hamburg-Mitte. Zu den Teilnehmern zählten Männer und Frauen zwischen 18 und 65 Jahren. Weitere Informationen siehe Abschnitt 1.1 Methodologie.

1. EINLEITUNG

Dieser Bericht untersucht die alltäglichen Erfahrungen von Muslimen im Bezirk Hamburg-Mitte, unter besonderer Berücksichtigung politischer Initiativen zur Verbesserung von Integration und sozialer Eingliederung. Dabei wird Integration als wechselseitiger Prozess verstanden, der sowohl Engagement auf Seiten der Einzelnen als auch Möglichkeiten der Teilhabe voraussetzt.

Der Fokus auf Muslime als Gruppe stellt eine Herausforderung dar, da Muslime nicht einer klar definierten Gruppe zugeordnet werden können. Vielmehr sind Muslime Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen Gewohnheiten, ethnischen Bindungen und sprachlichen wie kulturellen Hintergründen. Sie werden hauptsächlich von außen als Gruppe definiert und markiert.¹³ Sie kann Anhänger des Islams genauso wie jene umfassen, die zwar aufgrund ihres kulturellen oder ethnischen Hintergrundes von der Gesellschaft als Muslime wahrgenommen werden, selbst wenn sie einer anderen Religion angehören. In diesem Bericht beruht die Identifikation einer Person als Muslim auf der Selbstwahrnehmung der Befragten und steht nicht im Zusammenhang mit vorgefassten religiösen oder kulturellen Definitionen.

Die Identifikation einer Person als Muslim/in, sei es durch Selbst- oder Fremdbezeichnung, ist nicht neutral, da dies eine Identifikation mit einer Gruppe bedeutet, die im öffentlichen Diskurs gelegentlich stigmatisiert wird. In der (Sozial-)Politik werden Muslime zunehmend entweder als potenzielles Sicherheitsrisiko betrachtet oder als Gruppe, die sich nicht integrieren kann oder will.¹⁴

Die Konzentration auf Handlungen und soziale Gegebenheiten auf lokaler Ebene erlaubt eine detaillierte Untersuchung der Interaktion zwischen Bewohnern und politischen Entscheidungsträgern in Bezirken wie Hamburg-Mitte. Im Gegensatz zu anderen kürzlich veröffentlichten Studien über Migranten und Muslime¹⁵ konzentriert diese Studie sich auf die Auswirkungen politischer Entscheidungen und untersucht zahlreiche Aspekte des alltäglichen Lebens von Muslimen in Hamburg-Mitte, einem Bezirk, der weitreichende Veränderungen erfahren hat und in dem die Mehrzahl der

¹³ Die Worte „Hintergrund“ und „Migrantenhintergrund“ werden in diesem Bericht konsistent verwendet. Sie beziehen sich auf das kulturelle, ethnische und religiöse Erbe einer Person und werden im Kontext der Migration der Eltern nach Deutschland zu einem Zeitpunkt während der letzten fünfzig Jahre verwendet. Die Identifikation eines Individuums als Muslime in diesem Bericht beruht auf der Selbstidentifikation der Befragten und ist nicht an vorgefasste religiöse oder kulturelle Definitionen gebunden.

¹⁴ Brettfeld & Wetzels. *Muslime in Deutschland*. 2007.

¹⁵ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Religion Monitor 2008, Muslim Religiousness in Germany, Overview of Religious Attitudes and Practices*, Gütersloh, 2008 (nachfolgend Bertelsmann, *Religion Monitor 2008*); Sebastian Beck und Thomas Perry, „Migranten-Milieus. Erste Erkenntnisse über Lebenswelten und wohnungsmarktspezifische Präferenzen von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, *vhw FW 4*, Juli–Sept. 2007 (nachfolgend Beck und Perry, „Migranten-Milieus“).

Hamburger Muslime lebt. Die Studie untersucht muslimische Identitäten und deren Zugehörigkeitsgefühl, die Interaktion zwischen unterschiedlichen Gruppen in Hamburg und deren Situation in Bezug auf Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen, Gesundheit und soziale Absicherung, Polizeiarbeit und Sicherheitsanliegen, Ausmaß und Art der Partizipation als Bürger sowie die Rolle der Medien bei der Gestaltung von Wahrnehmungen und Meinungen.

Dieser Bericht untersucht außerdem, ob die demographischen Gegebenheiten auf Bezirks- und Stadtteilebene zur Entwicklung praktischer sozialpolitischer Lösungen geführt haben, welche die Bedürfnisse und Sichtweisen der lokalen muslimischen Bevölkerung berücksichtigen.

Die Untersuchungen auf Bezirksebene sollen zwar mit Bezirken in anderen deutschen Städten und anderen Ländern vergleichbar sein. Dabei muss jedoch die spezielle Situation in Hamburg-Mitte berücksichtigt werden. Ergebnisse der Studie können daher nur mit Vorsicht auf andere Kontexte übertragen werden.

1.1 Methodologie

Dieser Bericht präsentiert Erkenntnisse, die durch Feldforschung, sowie Literatur- und Politikanalyse in drei Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Mitte im Jahr 2008 und 2009 gewonnen wurden.

1. Stadtteil 1 umfasst das Stadtzentrum sowie umliegende Stadteile wie Altona, St. Pauli und St. Georg.
2. Stadtteil 2 umfasst den südlichen Teil des Bezirks, Veddel und Wilhelmsburg.
3. Stadtteil 3 umfasst den östlichen Teil des Bezirks, Hamm, Horn und Billstedt.

Die Feldforschung bestand aus 200 persönlichen Tiefeninterviews mit Bewohnern aus den drei Stadtteilen (100 Muslimen und 100 Nichtmuslimen). Jede Gruppe bestand je zur Hälfte aus Frauen und Männern mit unterschiedlichem sozialem und religiösem Hintergrund. Die Fragebögen wurden in sechs Fokusgruppen fortgesetzt, an denen etwa 50 muslimische Einwohner teilnahmen. Es gab eine weitere Reihe von Tiefeninterviews mit Vertretern der Lokalpolitik, Mitgliedern von Nichtregierungsorganisationen (NROs), Leuten aus der Praxis wie Lehrern und Gesundheitspersonal, Gemeindevertretern sowie Antidiskriminierungs- und Integrationsexperten. Dieser Bericht enthält außerdem Feedback eines Runden Tisches, der im Juni 2009 mit 50 Teilnehmern von zahlreichen Organisationen und Institutionen (religiösen Organisationen, Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung) in Hamburg stattfand.

Die 200 Interviewteilnehmer wurden in einem nicht zufälligen Auswahlverfahren gewonnen, das einen Querschnitt bestimmter Untergruppen der Bevölkerung von Hamburg-Mitte darstellt (siehe Tabelle 1.). Die Eigenschaften (Alter, Ethnizität, Geschlecht) der ausgewählten Befragten wurden von verfügbaren bundesweiten Einwohnerzahlen für die Stadt extrapoliert. Da bundesweite Statistiken keine Angaben

über ethnische oder religiöse Zugehörigkeit enthalten, kann die genaue Anzahl der Muslime in jeder Stadt nicht ermittelt werden.

Tabelle 1. Datensample für OSI Fragebögen

Alter	männliche Muslime %	weibliche Muslime %	männliche Nicht- Muslime %	weibliche Nicht- Muslime	Gesamt %
<20	13,7	6,1	6,1	2,0	7,0
20–29	21,6	51,0	24,5	21,6	29,5
30–39	21,6	22,4	16,3	27,5	22,0
40–49	25,5	6,1	24,5	25,5	20,5
50–59	5,9	8,2	12,2	13,7	10,0
60+	11,8	6,1	16,3	9,8	11,0
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	51	49	49	200

Quelle: Open Society Institute

Die ethnische Abstammung der befragten Personen wurde durch Fragen zu Staatsangehörigkeit, Geburtsort und Selbstidentifikation des ethnischen und/oder kulturellen Hintergrundes ermittelt. Die Staatsangehörigkeiten befragter Muslime sind wie folgt erfasst.

Tabelle 2. Staatsangehörigkeiten muslimischer Befragter

	männlich %	weiblich %	Gesamt %
Deutschland	54,9	59,2	57,0
Türkei	33,3	24,5	29,0
Afghanistan	2,0	2,0	2,0
Bosnien-Herzegowina	2,0	2,0	2,0
Andere	8,0	12,0	10,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	51	49

Quelle: Open Society Institute

Die Staatsangehörigkeiten nicht-muslimischer Befragter sind wie folgt erfasst.

Tabelle 3. Staatsangehörigkeiten nicht-muslimischer Befragter

		männlich %	weiblich %	Gesamt %
Deutschland		89,8	86,3	88,0
Serbien, Montenegro		2,0	2,0	2,0
Spanien		0,0	3,9	2,0
Andere		8,0	8,0	8,0
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	49	51	100

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 4. zeigt die Geburtsländer muslimischer Befragter.

Tabelle 4. Geburtsländer Muslime

		männlich %	weiblich %	Gesamt %
Afghanistan		5,9	6,1	6,0
Deutschland		27,5	46,9	37,0
Türkei		54,9	36,7	46,0
Andere		12,0	10,0	11,0
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	51	49	100

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 5. zeigt die Geburtsländer der Nichtmuslime

Tabelle 5. Geburtsländer Nichtmuslime

	männlich %	weiblich %	Gesamt %
Chile	4,1	3,9	4,0
Deutschland	79,6	72,5	76,0
Polen	0,0	3,9	2,0
Russland	2,0	2,0	2,0
Spanien	0,0	3,9	2,0
Andere	14,3	13,8	14,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	49	100

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 6. zeigt die Vielzahl von Identitäten unter muslimischen Befragten in Hamburg-Mitte. Sie zeigt auch, dass fast 60% aller Befragten die Türkei bzw. eine türkische Identität angaben.

Tabelle 6. Ethnische und kulturelle Zugehörigkeit unter muslimischen Befragten

Türkisch	41
Türkisch-anatolisch	1
Türkisch-kurdisch	2
Afghanisch	5
Albanisch	2
Algerisch	1
Arabisch-palästinensisch	1
Bosnisch	1
Marokkanisch	3
Persisch	1
Deutsch	4
Deutsch-afghanisch	1
Deutsch-gambisch	1
Deutsch-serbisch	2
Deutsch-türkisch	2
Hamburger	3
Menschheit	1
Weltbürger	1
Türkisch-ottomanisch	2
Afrikanisch	2
Arabisch	1
Muslimisch	5
Muslimisch-afghanisch	1
Muslimisch-bosnisch	1
Muslimisch-deutsch	1
Muslimisch-türkisch	11
Gesamt ¹⁶	97

Quelle: Open Society Institute

Nicht-muslimische Befragte sind ähnlich vielseitig, wie in Kapitel 4 weiter ausgeführt wird. Ungefähr gleich viele Muslime und Nichtmuslime wuchsen in ländlicher und/oder städtischer Umgebung in Deutschland oder ihrem Herkunftsland auf.

¹⁶ Drei Befragte machen zu dieser Frage keine Angaben.

Tabelle 7. Städtische oder ländliche Kindheit der Befragten

	männlich %	weiblich %	Gesamt %
Städtisch	69,0	65,0	67,0
Ländlich	24,0	33,0	28,5
k. A.	7,0	2,0	4,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 8. zeigt den Familienstand der befragten Muslime.

Tabelle 8. Familienstand der Befragten

	Muslime %	Nicht-muslime %	Gesamt %
Ledig, nie verheiratet	30,0	49,0	39,5
Verheiratet, erste und einzige Ehe	55,0	16,0	35,5
Verheiratet, zweite oder folgende Ehe	3,0	9,0	6,0
Lebe mit meinem/r Partner/in zusammen	2,0	15,0	8,5
Ledig, war aber vorher verheiratet und lebe jetzt in Scheidung/getrennt	6,0	10,0	8,0
Ledig, war aber vorher verheiratet und bin verwitwet	4,0	1,0	2,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

Um Zugang zu den zahlreichen ethnischen und religiösen Gemeinschaften zu erhalten, wurden 19 Interviewer, männliche und weibliche, verpflichtet. Darunter waren Menschen mit Wurzeln in oder Verbindungen zu Afrika, Asien, dem Balkan, der Türkei, Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten.

Die Fokusgruppen wurden mit muslimischen Bewohnern des Bezirks Hamburg-Mitte entsprechend Alter und Geschlecht abgehalten. Drei Gruppen setzten sich aus Männern und Frauen zwischen 18 und 45 Jahren zusammen. Jede Fokusgruppe diskutierte eines der folgenden Themengebiete: Bildung und Arbeit, Gesundheit und soziale Dienste, Polizei und politische Beteiligung. Die drei anderen Gruppen bestanden jeweils aus Frauen unter 35 Jahren, Frauen über 40 Jahren und Männern über 40 Jahren. Drei der vier Fokusgruppen wurden auf Deutsch abgehalten und

geleitet. Die Gruppe mit Frauen über 40 wurde auf Türkisch und Deutsch abgehalten. Die Diskussion mit den unter 35-jährigen Frauen wurde von einer türkischsprachigen Moderatorin auf Türkisch abgehalten und die Diskussion mit den über 40-jährigen Männern von einem türkischsprachigen Mann. Die wichtigsten Ergebnisse der Fragebögen und Fokusgruppen werden in den thematischen Kapiteln dieses Berichtes dargestellt.¹⁷

¹⁷ Der komplette Datensatz aus den Fragebögen sowie die vollständigen Protokolle der Fokusgruppen liegen den Autoren dieser Studie vor.

2. BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE INFORMATIONEN

Hamburg hat 1.769.000 Einwohner aus mehr als 180 Ländern,¹⁸ von denen 14,3% einen ausländischen Pass besitzen.¹⁹ Im Vergleich zu anderen deutschen Städten wie Frankfurt am Main (21,1%), Stuttgart (23,4%) oder München (23,6%) liegt Hamburgs nicht-deutscher Bevölkerungsanteil im mittleren Bereich,²⁰ jedoch haben 26,8% der Hamburger einen Migrationshintergrund.²¹ Die große Mehrheit, 70% der nicht einheimischen Bevölkerung Hamburgs, stammt aus europäischen Ländern, einschließlich der Türkei. Davon stammt mehr als ein Viertel aus EU-Mitgliedstaaten. Afrikaner machen 6% aller Ausländer aus, 19% stammen aus südasiatischen Ländern und 4% aus Nord-, Mittel- und Südamerika.²²

Öffentliche Daten unterscheiden nur zwischen Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft (Deutschen) und solchen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (Ausländern). Im Jahr 2005 änderte das Statistische Bundesamt seine Zählweise der Bevölkerung für den Mikrozensus.²³ Dies bedeutet eine Veränderung der Methodologie, die das Konzept des Migrationshintergrunds für Menschen einführte. Für die Definition dieses neuen Konzepts werden offizielle statistische Informationen wie Zeitpunkt der Einwanderung, Staatsbürgerschaft und Einbürgerung des Befragten und ihrer/seiner Eltern verwendet.²⁴ Laut des Statistischen Bundesamtes musste die Definition so breit wie möglich formuliert sein, um rechtmäßige Fragen stellen zu können, und musste doch so eng wie möglich gefasst werden, um Menschen mit Bedarf an Integrationsmaßnahmen, wie von der Politik formuliert, identifizieren zu können.²⁵ Von dieser

¹⁸ HHAP, S. 10.

¹⁹ HHAP, S. 10. Weitere grundlegende Informationen über Hamburg auf der Website des Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/Stadtportrait_2009_Deutsch_01.pdf (Zugriff am 11. März 2010).

²⁰ Hamburger Abendblatt, 2. Juli 2008. Beim Vergleich deutscher Städte muss der föderale Aufbau Deutschlands berücksichtigt werden. Hamburg ist ein Bundesland. Verglichen mit anderen Bundesländern ist der Ausländeranteil hoch. Wenn man ihn mit Städten anderer Länder vergleicht, ist er niedrig.

²¹ HHAP, S. 10.

²² Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), „Trends und Strukturen Hamburg 1950–2015“, Statistik Magazin Hamburg, Band 3, Hamburg, 2000.

²³ Anders als bei einem vollständigen Zensus untersucht der Mikrozensus nur einen repräsentativen Ausschnitt von 1% der Haushalte in Deutschland und deckt somit 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen ab. Abrufbar unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Mikrozensus> (Zugriff im Januar 2009).

²⁴ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005 – Fachserie 1 Reihe 2.2, S. 5 (nachfolgend Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Mikrozensus).

²⁵ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Mikrozensus, S. 5.

Definition ausgeschlossen sind Menschen, die vor 1950 nach Deutschland eingewandert sind, da die meisten als Vertriebene angesehen werden, Aussiedler, die in den Nachwehen des 2. Weltkriegs aus Osteuropa vertrieben wurden. Kinder von Migranten, welche nun die dritte Generation darstellen, fallen laut Verfasser mit in diese Kategorie, da die Migrationsforschung offenbar belegt, dass diese am stärksten von Integrationsproblemen betroffen sind.²⁶ Solche schwerwiegenden Integrationsprobleme mögen mit Diskriminierungserfahrungen zusammenhängen. Statistisch wird nur zwischen der ersten und zweiten Generation unterschieden.²⁷ Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass alle Ausländer und alle Eingebürgerten einen Migrationshintergrund haben.²⁸

Mit diesen neuen Definitionen ist es seit 2005 möglich, die Bevölkerung anhand ihres Migrationshintergrundes, ihrer Migrationserfahrung oder ausländischen Staatsangehörigkeit zu beschreiben. Seit 2009 unterscheidet das Statistische Bundesamt zwischen „Migrationshintergrund im engeren Sinne“, wenn eindeutige Daten vorhanden sind, und einem „Migrationshintergrund in weiterem Sinne“, was all diejenigen umfasst, die ihren Migrationshintergrundsstatus über ihre Eltern erhalten, ihr Elternhaus aber bereits verlassen haben.²⁹

Laut dieser neuen Methodologie haben 26,8% der Hamburger Bevölkerung einen Migrationshintergrund, 12,6% von ihnen sind deutsche Staatsbürger und 14,3% Ausländer.³⁰

Tabelle 9: Hamburgs Bevölkerung nach Migrationshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft

Tabelle 9. Deutsche Staatsbürgerschaft

Alter	Migrationshintergrund %	Darunter deutsche Staatsbürger %
<6	48,0	36,8
6–<18	44,8	26,1
18–<30	33,8	15,7
30–60	26,9	9,9
>60	11,1	5,4
Total	26,8	12,6

Quelle: HHAP, Anhang 1

²⁶ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Mikrozensus, S. 5.

²⁷ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Mikrozensus, S. 6.

²⁸ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Mikrozensus, S. 6.

²⁹ Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Mikrozensus, S. 6.

³⁰ HHAP, Anhang 1.

Es bestehen keine offiziellen Statistiken über die Anzahl von Muslimen in Hamburg, da keine Daten auf Grundlage der Religion erhoben werden. Nimmt man die größten Migrantengruppen aus muslimischen Ländern sind etwa 30% des alten Bezirks Hamburg-Mitte³¹ muslimisch, die größten Gruppen stammen aus der Türkei (25%), Afghanistan (5,2%) und Bosnien (2%). Nichtmuslimische Migranten kommen aus Polen (8,5%), Serbien und Montenegro (7%), den Philippinen (6,2%) und Portugal (4,1%). Migranten aus Ghana, Griechenland, Kroatien, Russland, Mazedonien, dem Iran und der Ukraine machen jeweils 2% aus.³² Die geschätzte muslimische Bevölkerungszahl im neuen Bezirk Hamburg-Mitte liegt vermutlich bei mehr als 30%, da Wilhelmsburg mit seiner großen muslimischen Bevölkerung mit in den Bezirk aufgenommen wurde.

Eine 2009 veröffentlichte und von der Deutschen Islamkonferenz und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Auftrag gegebene Studie über muslimisches Leben in Deutschland gelangt zu dem Schluss, dass die Konzentration auf Herkunftsländer irreführend sein kann.³³ Die Studie vergleicht Zahlen des *CIA World Factbook*,³⁴ welches die nationale religiöse Zusammensetzung muslimischer Länder nutzt, um die Größe der muslimischen Bevölkerung zu berechnen, mit den Zahlen ihrer eigenen Forschung, und kommt zu dem Schluss, dass die religiöse Zusammensetzung im Herkunftsland deshalb nicht die religiöse Zusammensetzung in Deutschland reflektiert, da das Migrationsverhalten der einzelnen religiösen Gruppen oft sehr unterschiedlich ist.³⁵

Laut derselben Studie setzt sich die Summe muslimischer Haushalte zu 74,1% aus Sunniten, 12,7% Aleviten,³⁶ 7,1% Schiiten und weiteren, kleineren religiösen Gruppen zusammen (Ahmadi, Sufi, Ibadi).³⁷

³¹ Ohne Wilhelmsburg.

³² Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistischer Bericht A I 4 – j/07 H, Ausländische Bevölkerung in Hamburg. Hamburg: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2007 (nachfolgend Statistisches Amt, „Ausländische Bevölkerung“).

³³ Sonja Haug, Anja Sticks und Stephanie Müssig, „Muslimisches Leben in Deutschland“, im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 2009, S. 85 (nachfolgend Haug et al., „Muslimisches Leben in Deutschland“).

³⁴ Central Intelligence Agency (CIA), The 2008 World Factbook, CIA, Langley, VA, 2008, abrufbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/download/download-2008/index.html> (Zugriff im Januar 2010).

³⁵ Haug et al., „Muslimisches Leben in Deutschland“, S. 86.

³⁶ Aleviten sind eine kulturelle und religiöse Minderheit in der Türkei, die aufgrund ihres heterodoxen Grundsatzes während ottomanischer Herrschaft schwer verfolgt wurden. Aleviten praktizierten daher „taqiya“ (im Verborgenen) und identifizierten sich nicht äußerlich als Aleviten. Seit den 1960er Jahren kamen Aleviten wie viele andere Türken als Gastarbeiter nach Deutschland. Inzwischen findet eine Wiederbelebung des Alevismus in Deutschland und der Türkei statt.

³⁷ Haug et al., „Muslimisches Leben in Deutschland“, S. 97.

Muslime in Hamburg stellen eine diverse religiöse Minderheit dar, die Sunniten und Schiiten, aber auch deutsche Konvertiten umfasst. Moscheevereine sind weitverbreitet und umfassen den Islamrat, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) oder die islamische Gemeinde Milli Görüs. Die alevitische Gemeinde, die in Hamburg geschätzte 30.000 Mitglieder hat, versucht derzeit, als religiöse Gemeinschaft anerkannt zu werden, was ihr erlauben würde, den alevitischen Glauben in Schulen zu unterrichten.³⁸ Aleviten betrachten sich selbst nicht immer als Muslime.

Es gibt keine verlässlichen Daten über die Siedlungsstruktur von Muslimen in Hamburg. Der Mikrozensus liefert nur Daten, die anhand Häuserblocks innerhalb einer Stadt gesammelt werden.

Momentan umfassen diese Daten die Staatsangehörigkeit, werden aber in Zukunft auch den Migrationshintergrund erfassen. Diese Informationen sind aus Datenschutzgründen nur auf Stadtbezirkebene verfügbar.³⁹

Eine kommerzielle Verbraucherstudie, die im Jahr 2007 von Microm GmbH durchgeführt wurde, zeigt das Siedlungsverhalten der Migrantenbevölkerung in Hamburg.⁴⁰ Zunächst wurden Vor- und Nachnamen von Bewohnern der größten Wohnungsgesellschaften in Hamburg in Cluster von 10 (nationalen) Herkunftskulturen eingeteilt und diese dann einer linguistischen Analyse unterworfen. Türkische Namen und solche aus nicht-europäischen islamischen Ländern wurden als muslimisch identifiziert. Das Ergebnis ist eine räumlich auf eine Karte projizierte Ethnovariable.⁴¹

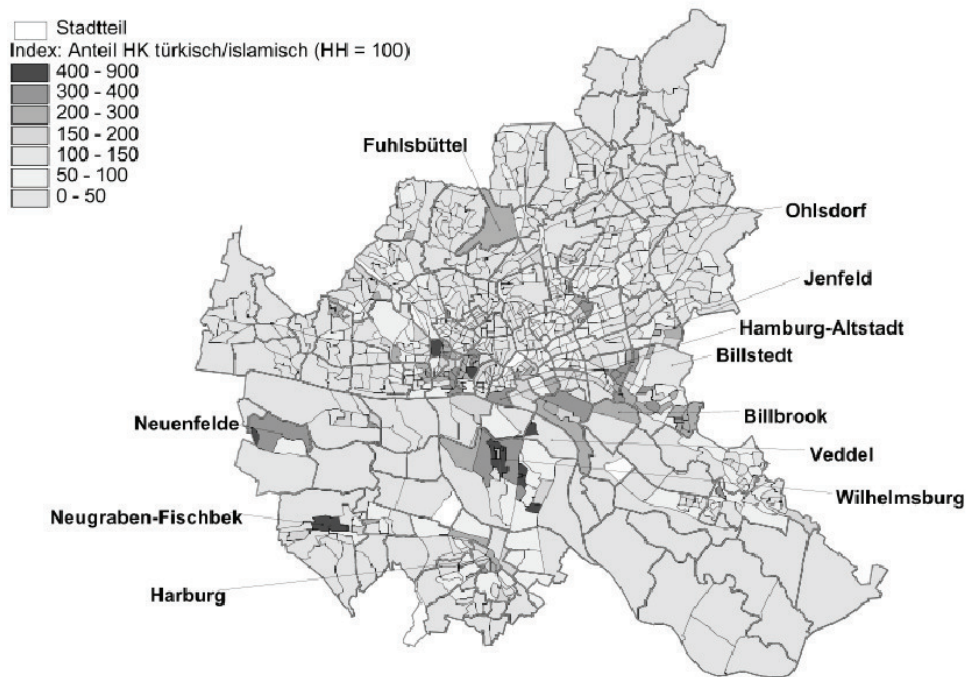
³⁸ See <http://www.aabk.info/alevitischelehre.html> (Zugriff 13. März 2010).

³⁹ Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt“.

⁴⁰ Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt“.

⁴¹ Siehe microm, MOSAIC-Ethno. Migrationshintergründe und deren Konsumeinfluss. http://www.microm-online.de/Deutsch/Microm/Aktuelles/Aktuelle_Meldungen/Archiv_2007/2007-03-05_Ethno.jsp, (Zugriff 13. März 2010).

Abbildung 1. Verteilung der Migrantenbevölkerung aus der Türkei und islamischen Ländern in Hamburg



Quelle: Hallenberg, "Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt",
(Hallenberg, 2007)

2.1 Einwanderungsgeschichte

Die Stadt Hamburg und ihre Entwicklung ist, wie bei anderen urbanen Räumen, untrennbar mit Migrationsbewegungen verbunden, die lange vor der Anwerbung sogenannter Gastarbeiter in den späten 50er Jahren begann. Am Ende der weltberühmten Reeperbahn beginnt eine Straße namens „Große Freiheit“. Auf dem letzten Stück heißt sie nur noch „Kleine Freiheit“. Diese Straße, bekannt geworden durch die Beatles, die ihre Karriere hier begannen, war 200 Jahre lang die Grenze zwischen der dänischen Stadt Altona und dem Niemandsland St. Pauli, welches außerhalb der Stadtmauer der Hansestadt lag. Der nahe gelegene Hafen war im 19. Jahrhundert ein entscheidender Ort bezüglich der Emigration aus Europa: Deutsche flohen vor politischer Verfolgung und wirtschaftlichem Elend nach dem Ende der Napoleonischen Kriege und in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, und osteuropäische Juden landeten hier, die zunehmendem Antisemitismus und Pogromen in Osteuropa entkommen wollten. Bis zum Aufbau eines engmaschigen Systems zur

Einwanderungskontrolle im Jahr 1892,⁴² 20 Jahre nach Gründung des Deutschen Reiches, war die Hamburger Innenstadt das Zentrum von migrationsbedingter Geschäftigkeit und von Auswanderungswilligen bevölkert, die es nicht in die Neue Welt schafften. Es wird geschätzt, dass zwischen 1871 und dem Ersten Weltkrieg rund 5 Millionen Menschen aus Russland und dem Habsburgischen Reich von Hamburg und Bremerhaven Richtung Amerika in See stachen.⁴³

Nach Etablierung einer neuen Ordnung am Ende des Ersten Weltkrieges ließ die Masseneinwanderung aus Osteuropa nach, die Zahl der deutschen Emigranten stieg jedoch nach 1921 aufgrund der unsicheren deutschen Wirtschaft und den Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise wieder an. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wanderten zunehmend deutsche Juden aus. 1961, dem Jahr, in dem die Berliner Mauer gebaut wurde, waren die Auswanderungszahlen wieder rückläufig.

Eine Forschungsarbeit entdeckte kürzlich eine vergessene Geschichte erzwungener Migration während des 2. Weltkrieges wieder.⁴⁴ Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten viele Zwangsarbeiter und Überlebende aus Konzentrationslagern nicht in ihre Heimatländer zurück, sondern wurden nach Amerika oder in andere Gegenden der Welt umgesiedelt. Einige bevorzugten es, in Hamburg zu bleiben.

Eine weitere Migrantengruppe, welche die religiöse Landschaft in Deutschland seit der Reformation stark veränderte, waren die so genannten Vertriebenen, meist deutsche Volkszugehörige, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Mitteleuropa verlassen mussten.⁴⁵ Es wird geschätzt, dass ca. 12 Millionen Neuankömmlinge untergebracht werden mussten.

Am Ende der 1940er Jahre, der Periode des Wiederaufbaus und des deutschen Wirtschaftswunders, wurden die Vertriebenen schnell integriert und wuchs die Hamburger Bevölkerung bis 1964 stark. Das Wirtschaftswachstum und der Mangel an verfügbaren Fachkräften aus der DDR durch den Bau der Mauer 1961 führte zu einem Mangel an Arbeitskräften in Hamburg und ganz Deutschland. Als Reaktion darauf wurden Anwerbeverträge für so genannte Gastarbeiter mit Italien (1955), Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal

⁴² Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg Portrait Heft 19: Hamburg als Auswandererstadt. Hamburg, 1984, S. 14.

⁴³ Michael Just, Transitland Kaiserreich: Ost- und südosteuropäische Massenauswanderung über deutsche Häfen, in Klaus Bade, Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, C.H. Beck, München, 1992, S. 295–302.

⁴⁴ Landeszentrale für politische Bildung, Hintergrundinformationen zur Publikation „Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945“, abrufbar unter http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de/booklet_print.pdf (Zugriff am 13. März 2010).

⁴⁵ Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der Deutschen Vertriebenen nach 1945, Siedler-Verlag, München, 2008.

(1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) geschlossen. Ab dieser Zeit entwickelte sich eine signifikante muslimische Bevölkerung in Hamburg.

Ab den 1960er Jahren sank die Hamburger Bevölkerungszahl kontinuierlich bis Mitte der 1980er Jahre etwa auf den Stand der 1950er Jahre. Zwischen 1987 und 1993 stieg die Einwohnerzahl wieder durch den Zufluss von Aussiedlern aus Ländern der Sowjetunion, Asylbewerbern und Ostdeutschen. Hamburgs muslimische Bevölkerung wuchs hauptsächlich durch die Ankunft von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus dem ehemaligen Jugoslawien, hauptsächlich Bosnien, sowie aus Afghanistan.

In Hamburg existieren heute zwei vorherrschende Aspekte bezüglich der Wahrnehmung von Muslimen. Auf der einen Seite gibt es die Geschehnisse vom 11. September 2001 und die Hamburger Zelle um Mohammed Atta, einer der Terroristen vom 11. September. Auf der anderen Seite existiert das liberale Bild Hamburgs, das eine der ältesten Moscheen Deutschlands beherbergt, die Imam Ali Moschee, und ihr Ruf als Zufluchtsort für religiöse Minderheiten. Im Jahr 1953, bevor regelmäßig Gastarbeiter aus der Türkei angeworben wurden, wurde eine Initiative von in Hamburg ansässigen Kaufleuten iranischer Abstammung gegründet, um eine Moschee in Hamburg zu errichten. Dies führte zur Gründung einer der ältesten muslimischen Organisationen in Deutschland, dem Islamischen Zentrum Hamburg. Die Bauarbeiten begannen 1961 im wohlhabenden Stadtteil Uhlenhorst, am Ufer des Alstersees, die aufgrund politischer und interner Rangeleien erst 1992 fertig gestellt wurden.⁴⁶

Derzeit existieren 43 eingetragene Moscheen in Hamburg, in denen rund 12.000 Gläubige an den Freitagsgebeten teilnehmen.⁴⁷ Predigten und Einrichtungen ziehen zahlreiche ethnische Gruppen an, darunter Türken, Pakistaner, Afrikaner, Bosnier, Albaner, Afghanen und bengalische Muslime.⁴⁸ Die meisten Moscheen in Hamburg befinden sich in den Gegenden, die in diesem Bericht untersucht werden, besonders in St Georg.

Eine kürzlich erschienene Reihe von Studien über unterschiedliche Aspekte migrantischen und muslimischen Lebens belegt das Interesse an auf Beweisen basierendem Wissen über die Lebensweise von Migranten und Muslimen. Solche Studien werden meist von staatlichen Institutionen wie dem Bundesinnenministerium oder der

⁴⁶ Siehe Wikipedia-Eintrag zur Moschee unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Imam-Ali-Moschee_\(Hamburg\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Imam-Ali-Moschee_(Hamburg)), Zugriff am 17. Oktober 2008.

⁴⁷ Die Website <http://www.moscheesuche.de> (Zugriff im Januar 2010) bietet detaillierte Informationen zu Moscheen in Deutschland (Zugriff im Januar 2010).

⁴⁸ Abrufbar unter <http://www.moscheesuche.de> (Zugriff 1. Mai 2010).

Antidiskriminierungsstelle des Bundes in Auftrag gegeben, in Zusammenarbeit mit universitären Fachbereichen oder privaten Forschungseinrichtungen.⁴⁹

Die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ liefert zum ersten Mal eine statistische Schätzung der muslimischen Bevölkerungszahl in Deutschland, die nicht auf die religiöse Zusammensetzung des Herkunftslandes zurückgeht. Sie bietet soziodemographische Daten, Migrationsgeschichten sowie Informationen über religiöse Gebräuche und betrachtet unterschiedliche Aspekte der Integration von Muslimen. Sie beinhaltet außerdem kurze Profile muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerungsgruppen sowie von weiteren religiösen und nicht-religiösen Einwanderern.⁵⁰

Socio-Sinus-Vision veröffentlichte im Jahr 2007 eine Studie über Migranten-Milieus und deren Konsumverhalten, mit speziellem Fokus auf ein muslimisches Milieu.⁵¹ Mit Hilfe von mehrsprachigen Interviews, Fokusgruppen und Fotodokumentationen der Inneneinrichtung und des Stils sowie einem Samplerahmen, der Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Staatsangehörigkeit und Zuwanderergeneration abdeckte, zielte sie auf die größten ethnischen Migrantengruppen ab.⁵² Religion wurde durch die Unterscheidungen ethnischer Gruppen nach Religion indirekt mit abgedeckt.⁵³ Die Studie kommt zum Schluss, dass ethnische Zugehörigkeit, Religion und Migrationsgeschichte zwar das alltägliche Leben und den kulturellen Hintergrund des Einzelnen beeinflussen, sie jedoch für ihre Milieus und Identität nicht von zentraler Bedeutung sind.⁵⁴

Ende 2007 veröffentlichte das deutsche Bundesinnenministerium die Studie „Muslime in Deutschland“.⁵⁵ Kriminologen in Hamburg untersuchten die Einstellungen von Muslimen in Deutschland in Hinblick auf Integration und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie auf politisch und religiös motivierte Gewalt. Die hauptsächlich

⁴⁹ Beck und Perry, „Migranten-Milieus“; Brettfeld und Wetzels, *Muslime in Deutschland*; Antidiskriminierungsstelle des Bundes, „Band 4: Forschungsprojekt: Diskriminierung im Alltag – Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft“, Nomos Verlagsges. mbh + Co, Baden-Baden, 2009; Haug et al., „Muslimisches Leben in Deutschland“.

⁵⁰ Haug et al., „Muslimisches Leben in Deutschland“.

⁵¹ Beck and Perry, „Migranten-Milieus“.

⁵² Südeuropäer (Italiener, Griechen, Jugoslawen, Spanier, Portugiesen), Türken (ohne Kurden), Kurden (aus der Türkei), Pole und Russen (ohne Aussiedler), ethnisch Deutsche (aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion), und Ex-Jugoslawen, die nach 1992 als Flüchtlinge des Bürgerkriegs nach Deutschland gekommen waren.

⁵³ Zu den Südeuropäern gehören nicht-muslimische Jugoslawen. Doch die Mehrheit der Flüchtlinge, die nach 1992 aus dem vom Krieg erschütterten Bosnien kamen, waren Muslime. Das gleiche gilt für Türken, meist Sunniten und Kurden, die oft einen anderen religiösen Hintergrund haben (z. B. Aleviten).

⁵⁴ Beck und Perry, „Migranten-Milieus“.

⁵⁵ Brettfeld und Wetzels, *Muslime in Deutschland*.

quantitative Studie wurde durch Interviews mit 60 Mitgliedern islamischer Vereine, Organisationen und Moscheen in Hamburg ergänzt.⁵⁶

2.2 Staatsbürgerschaft und Zugang zur Staatsbürgerschaft

Um den Einbürgerungsprozess in Hamburg zu verstehen, hilft ein kurzer Blick auf die Zahlen, um einen Einblick in die Komplexität der deutschen Ausländergesetzgebung zu erhalten. Im Jahr 2003 fanden 6.734 Einbürgerungen nach neun unterschiedlichen Rechtsparagrafen statt, wie Tabelle 10. verdeutlicht.⁵⁷

⁵⁶ Die Studie erreichte 970 Muslime durch standardisierte Telefoninterviews. Die Ergebnisse dieser Befragung wurden mit Antworten von 500 Schülern in 9. und 10. Klassen zwischen 14 und 18 Jahren sowie von 150 muslimischen Universitätsstudenten verglichen. Das Bildungsniveau der Befragten reichte von weiterführender Schule bis Universität, die Alterspalette ab 14 Jahren aufwärts, die geographische Fläche umfasste die Städte Hamburg, Berlin, Köln und Augsburg. Die Mehrheit der Befragten war türkischer Abstammung.

⁵⁷ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Statistischer Bericht A I 9 – j/03, 1. Juni 2004.

Tabelle 10. Einbürgerungen in Hamburg 2003 nach rechtlicher Grundlage

Anzahl der Einbürgerungen	Gesetze und Kriterien ⁵⁸
4.937	§ 85 Abs.1 AuslG (Ausländergesetz): Aufenthalt in Deutschland länger als acht Jahre
924	§ 85 Abs.2 AuslG (Ausländergesetz): Besitz von Aufenthaltserlaubnis oder anderer Aufenthaltsberechtigung
274	§ 9 StAG (Staatsangehörigkeitsgesetz): Grundlage der Ehe ⁵⁹
263	§ 8 StAG (Staatsangehörigkeitsgesetz): Einbürgerung nach Ermessen ⁶⁰
131	§ 86 Abs.1 AuslG (Ausländergesetz) alte Fassung: Sprachkenntnisse
112	§ 86 Abs.2 AuslG (Ausländergesetz) alte Fassung: Person verstößt nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung
27	§ 40 b StAG (Staatsangehörigkeitsgesetz)
3	§ 21 HAG (Heimarbeitsgesetz), 61 § 85 AuslG (Ausländergesetz) alte Fassung: Staatenlose Ausländer ⁶¹
2	Direkt aus dem Ausland

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2004

Etwa die Hälfte der Zuwandererpopulation besitzt keine deutsche Staatsbürgerschaft. EU-Bürger haben das Recht, in Deutschland zu leben, studieren oder arbeiten und erhalten spezielle EU-Aufenthaltsgenehmigungen, die in der Regel fünf Jahre gültig sind (zwei Jahre bei Studenten).⁶² Nicht-EU-Bürger werden nach dem Ausländergesetz behandelt. Ihr Status hängt vom Grund ihres Aufenthaltes ab. Drittstaatler benötigen immer einen Aufenthaltstitel. Das neue Aufenthaltsgesetz von 2004 verringerte die Anzahl unterschiedlicher Aufenthaltsgenehmigungen, die im alten Ausländergesetz von

⁵⁸ Rechtliche Details siehe <http://www.aufenthaltstitel.de/auslg.htm> (Zugriff 13. März 2010).

⁵⁹ Rechtliche Details siehe <http://www.info4alien.de/einbuengerung/gesetze/9stag.htm> (Zugriff 13. März 2010).

⁶⁰ Rechtliche Details siehe <http://www.info4alien.de/einbuengerung/themen/ermessen.htm> (Zugriff 13. März 2010).

⁶¹ Rechtliche Details siehe http://www.info4alien.de/vwv/vwv_2.htm (Zugriff 13. März 2010).

⁶² Siehe Website Just Landed, Leitfaden für Aufenthaltsgenehmigungen unter <http://www.justlanded.com/english/Germany/Germany-Guide/Visas-Permits/Residency-permits> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend Just Landed Website).

1990 festgelegt waren. Es unterscheidet prinzipiell zwei Arten des Aufenthaltes: die unbegrenzte Niederlassungserlaubnis und die temporäre Aufenthaltserlaubnis.⁶³

Die Aufenthaltserlaubnis kann die Grundlage für einen langfristigen Aufenthalt in Deutschland werden. Nach einem gewissen Aufenthaltszeitraum und bei Erfüllung gewisser Bedingungen können deren Inhaber eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Die Rechte, die mit dieser Genehmigung einhergehen (z. B. der Anspruch auf Beschäftigung, der spätere Nachzug von Angehörigen) hängen in vielen Fällen davon ab, auf welcher Grundlage die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde (z. B. Beschäftigung, Ausbildung, Anerkennung des Flüchtlingsstatus, befristeter Schutz).⁶⁴

Die Niederlassungserlaubnis sichert den unbefristeten Aufenthalt in Deutschland. Sie beinhaltet keine zeitliche oder räumliche Einschränkung und räumt das Recht ein, ohne weitere Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Beschäftigung aufzunehmen (Ausnahmen gelten nur für wenige Berufe, besonders im medizinischen Bereich, z. B. Ärzte, und bei Erwerb des Beamtenstatus).⁶⁵

Im Jahr 2006 lebten 7.053 Menschen in Hamburg, denen temporärerer Schutz gewährt wurde. Dies sind Menschen, die internationalen Schutz benötigen, denen aber kein voller Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde und die nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können. Davon kamen 3.859 aus mehrheitlich muslimischen und 2.958 aus nicht mehrheitlich muslimischen Ländern. 209 Personen konnten nicht zugeordnet werden. Die größte Gruppe von Menschen mit temporärem Schutz, insgesamt 2.320, stammt aus Afghanistan.⁶⁶

Der HHAP⁶⁷ stellt fest, dass eine umfassende rechtliche und politische Gleichberechtigung nur durch Einbürgerung erreicht werden kann. Er betrachtet Einbürgerung als einen entscheidenden Schritt beim Integrationsprozess. Dies sei nicht nur im Interesse des einzelnen Migranten, sondern auch im Interesse des Staates, um eine möglichst hohe Übereinstimmung von Staatsvolk und Bevölkerungszahl im Sinne des deutschen Grundgesetzes zu erreichen.⁶⁸ Seit 2002 sinkt die Zahl von Einbürgerungen, nachdem sie gegen Ende von Hamburgs rot-grüner Regierung im Jahr 2000 einen Höhepunkt erreicht hatte. Die damalige Regierung führte eine Einbürgerungskampagne. 2006 stieg die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2005 leicht an auf

⁶³ Just Landed Website.

⁶⁴ Just Landed Website.

⁶⁵ Just Landed Website.

⁶⁶ Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 18/4120, 16. Mai 2006.

⁶⁷ HHAP, S. 42.

⁶⁸ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 20 Abs. 2, http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_02.html (Zugriff 13. März 2010).

3.845.⁶⁹ Die meisten Eingebürgerten stammten aus der Türkei (969), Afghanistan (624), dem Iran (555) und Polen (287).

Vorraussetzung für die Einbürgerung sind eine Reihe von im Bundesrecht festgeschriebenen so genannten Integrationserfolgen.⁷⁰ Diese beinhalten z. B. ein Bekenntnis zum deutschen Grundgesetz, was wiederum Grundwissen über Verfassungswerte und die jüngere deutsche Geschichte erfordert, ausreichende Deutschkenntnisse und ein Einkommen, das nicht aus sozialstaatlichen Leistungen generiert wird.

Die Entwicklung der Interviewleitfäden, mit denen Staatsbürgerschaftsanwärter geprüft werden, wurde heftig diskutiert. Der Leitfaden der baden-württembergischen Landesregierung wurde kritisiert, da er den Ausschluss von Muslimen verfolge. Die Regierung hat zudem einen Sprachtest für nachkommende Ehepartner eingeführt. Die Schwierigkeit, die nötigen Sprachkenntnisse in ländlichen Gegenden der Türkei zu erwerben, in Verbindung mit der Tatsache, dass solche Anforderungen nicht an Zuwanderer aus den Vereinigten Staaten oder Japan gestellt werden, bestärkten den Eindruck, dass solche Maßnahmen insbesondere die Einwanderung aus der Türkei verhindern sollten. Der Eindruck ausschließender Behandlung ist eine mehrerer möglicher Erklärungen für den Rückgang der Zahl einbürgerungswilliger Migranten seit 2000, besonders unter solchen mit muslimischem Hintergrund.

Seit Juli 2008 besitzt auch Hamburg seinen eigenen Einbürgerungstest, wodurch Bundesrecht umgesetzt wurde. Der Test umfasst 300 Multiple-Choice-Fragen, die in ganz Deutschland verwendet werden, ergänzt um Fragen zu regionalem Wissen. Die Fragen und die zu wählenden Antworten zeigen gewisse vorgefasste Meinungen über Muslime (siehe Abschnitt 10.6).

⁶⁹ HHAP, S. 42.

⁷⁰ Siehe § 10 Abs. 1 Nrn. 1 und 3, § 11 Satz 1 Nr. Staatsangehörigkeitsgesetz, abrufbar unter <http://www.aufenthaltstitel.de> (Zugriff im Januar 2010).

3. STADTPOLITIK

3.1 Integrations- und Gleichheitsprinzipien

Der Hamburger Aktionsplan zur Integration (HHAP), wichtigstes Dokument zu Integration und Gleichberechtigung in Hamburg, nennt fünf Grundprinzipien.⁷¹

Kulturelle Vielfalt wird als Bereicherung, Chance und Herausforderung für Hamburg betrachtet.

- Integration ist gelungen, wenn Zuwanderer, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, die deutsche Sprache beherrschen und auf obigem Fundament akzeptiert und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben in Hamburg teilhaben und sich darüber hinaus als Teil dieser Gesellschaft verstehen.
- Integration ist ein Prozess der wechselseitigen Anerkennung von allen Gesellschaftsmitgliedern, die gemeinsam für die Gesellschaft Verantwortung zu tragen.
- Integration ist eine Querschnittsaufgabe der Gesamtgesellschaft und aller gesellschaftlichen Gruppen. Sie erfordert die Berücksichtigung kultureller Vielfalt sowie der unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, Strukturen und Organisationen einschließlich der öffentlichen Verwaltung.
- Für die Integration gilt der Grundsatz von Fördern und Fordern. Zugewanderte haben die Aufgabe, an Integrationsangeboten teilzunehmen und die Aufnahmegesellschaft soll ihnen Solidarität und Unterstützung bieten, damit sie voll und ganz teilhaben können.

Das Hamburger Handlungskonzept für Integration (HHAP) wurde mit Beteiligung der Hamburger Zivilgesellschaft entwickelt und resultiert aus einer Reihe von Integrationskonferenzen und Treffen im August/September 2006. Zahlreichen Akteuren im Bereich Migration wurde die Möglichkeit gegeben, ihre Sichtweisen zu grundsätzlichen Anforderungen für eine erfolgreiche Integration sowie zu konkreten Zielen und Maßnahmen in zentralen Bereichen wie Sprache, Bildung, Ausbildung, berufliche und soziale Integration, Wohnen, Kultur, Religion und Sport beizusteuern.⁷² Die Empfehlungen der Integrationskonferenzen wurden dann von den zuständigen Behörden überprüft und im ersten Entwurf des HHAP berücksichtigt. Nach Konsultationen mit dem Beirat für Integration und einer Reihe von in diesem Bereich tätigen Organi-

⁷¹ HHAP, S. 9.

⁷² Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, „Hamburger Integrationskongress 2006 – Dokumentation“, 2006, S. 6, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128800/data/doku-integrationskongress-datei.pdf> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend Hamburger Integrationskongress 2006).

sationen wurde der HHAP Ende 2006 vom Senat verabschiedet.⁷³ Eine Steuerungsgruppe wurde eingesetzt, die Entscheidungen zur Umsetzung und Verbesserung des HHAP trifft. An diesem Prozess sind zudem zahlreiche Akteure beteiligt.

Obwohl der HHAP Integration als erfolgreich definiert, wenn Migranten dauerhaft und legal in Deutschland leben, die deutsche Sprache sprechen, sich selbst als Teil der Gesellschaft verstehen und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben des Landes teilnehmen,⁷⁴ weist die OSI-Studie darauf hin, dass Hindernisse für Muslime wie Nichtmuslime bestehen, sich als Teil der Gesellschaft zu betrachten.

3.2 Akteure in der Integrationspolitik und der Hamburger Aktionsplan

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz (BSG) übernimmt die Führungsrolle bei der Umsetzung des HHAP, wie auch für die Integrationspolitik für Zuwanderer und Muslime allgemein in Hamburg. Zu diesem Zweck hat die BSG im Juli 2008 die Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft eingerichtet.⁷⁵ Die Senatskanzlei und weitere Fachbehörden sowie die Bezirksämter arbeiten eng mit der BSG zusammen. Der Integrationsbeirat berät die Regierung, die Mitglieder leiten Informationen an ihre *Communities* weiter.

Die politische Planungsabteilung der Senatskanzlei kooperiert mit der BSG und hat in der Vergangenheit besondere Verantwortung für Integration übernommen. Im Jahr 2002 ergriff sie die Initiative, 1000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Migranten in ansässigen Unternehmen sicherzustellen. 2006 wurde beschlossen, den Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Hamburger Verwaltung auf 20% zu erhöhen. Außerdem ist sie für den Vertragsentwurf oder das Abkommen im Verhandlungsstadium zwischen der muslimischen Gemeinschaft und der Stadt Hamburg verantwortlich.⁷⁶

Eine wichtige Entwicklung war die Einrichtung der Fachämter für Sozialraummanagement und bürgerschaftliches Engagement im Bezirksamt im Jahr 2008. Diese bringen die unterschiedlichen Akteure (Lokal-, Stadt- und Bundesverwaltungen, Bürger und weitere lokale Akteure) in den Bezirken zusammen, um die spezifischen Bedürfnisse

⁷³ Hamburger Integrationskongress 2006, S. 6.

⁷⁴ HHAP, S. 9.

⁷⁵ Pressemitteilung der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, „Neue Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft. Sozialbehörde bündelt erfolgreiche Arbeit in neuer Organisationsstruktur“, 15 Juli 2008.

⁷⁶ Bislang wurde kein Abkommen erzielt. Die Verhandlungen dauern an. Siehe „Staatsvertrag mit Muslimen: Gespräche verlaufen positiv“, Hamburger Abendblatt, 14. August 2007, abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article874250/Staatsvertrag-mit-Muslimen-Gespraech-verlaufen-positiv.html> (Zugriff im Januar 2010).

jedes Ortes anzugehen. Ihre Aufgabe ist es, die unterschiedlichen integrationspolitischen Stellen für Integrationspolitik auf Bezirksebene zu koordinieren, und in ihrem jeweiligen Bereich den Überblick zu behalten. Sie berichten an ihre übergeordnete Verwaltungseinheit, und helfen bei der Verbesserung des HHAP.

Der Integrationsbeirat wurde neu organisiert und sein Mandat 2008 nach dem neuen Koalitionsvertrag zwischen Union und Grünen erweitert. In der Vergangenheit war er aus Reihen der Zivilgesellschaft stark für seinen undurchsichtigen Ernennungsprozess kritisiert worden: Migranten konnten keine Vertreter wählen und es gab einen begrenzten Raum zur Partizipation. Inzwischen können Migrantenorganisationen gewählte Vertreter ernennen und 2008 waren zum ersten Mal auch muslimische Gemeinden vertreten. Die Rechte des Integrationsbeirats wurden erweitert. Er kann nun Personen für Ausschüsse der Hamburger Verwaltung nominieren.⁷⁷

Auf Stadtebene wurde eine Verwaltungsstelle ins Leben gerufen, die diesen Prozess beaufsichtigt und jährliche Fortschrittsberichte verfasst. Die Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft (LIZ) der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz entwickelt derzeit ein Monitoring- und Kontrollsystem. Die Leitstelle, Teil der BSG, ist für die Koordinierung der Integrationspolitik und das Monitoring des Handlungskonzepts Integration zuständig. Sie wird den Implementierungsprozess leiten, bei der Umsetzung der Handlungsziele helfen und über die Nutzung von Mitteln und über die Ergebnisse berichten. Diese Kontrollfunktion ist in die neue Haushaltsführung Hamburgs eingebunden.⁷⁸ Derzeit werden quantifizierbare Indikatoren entwickelt, um Fortschritte zu messen. Erste Gutachten sollen fertig sein. Die zweite Gutachtenrunde ist derzeit in Bearbeitung.⁷⁹

Innerhalb der Justizbehörden wurde die Anti-Diskriminierungsstelle Arbeitsstelle Vielfalt eingerichtet, die im August 2009 ihre Arbeit aufnahm. Sie hat Zuständigkeiten in folgenden Bereichen:⁸⁰

Zentrale Stelle für Themen in Bezug auf:

- Gleichstellung und Geschlechterpolitik, darunter Teilnahme an der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/-innen, -minister,- senatorinnen und -senatoren der Länder – GFMK
- Interkulturelle Angelegenheiten
- Demographischer Wandel

⁷⁷ Pressemitteilung der GAL-Bürgerschaftsfraktion, 16. September 2008.

⁷⁸ Senatsdrucksache Nr. 2006/463, 5. April 2006.

⁷⁹ OSI-Stakeholder-Interview, März 2009. Zum Zeitpunkt des Entwurfes des OSI-Berichtes waren keine Fortschrittsberichte öffentlich verfügbar.

⁸⁰ Arbeitsstelle Vielfalt, Grundsatzaufgaben der Arbeitsstelle Vielfalt, 2009 (nachfolgend Arbeitsstelle Vielfalt, Grundsatzaufgaben der Arbeitsstelle Vielfalt).

- Überwachung der Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
- Koordination von Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- Untersuchung von Gesetzesvorhaben, Verordnungen und Maßnahmen des Hamburger Senats im Bereich der Chancengleichheit und Gleichstellung
- Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen, die im Bereich der Chancengleichheit tätig sind
- Erfahrungsaustausch mit Bundes- und weiteren staatlichen Behörden
- Öffentlichkeitsarbeit in Belangen der Chancengleichheit
- Koordinierung, Unterstützung und Begleitung der Bürgerbeauftragten für Chancengleichheit in der Verwaltung

3.3 Verwaltungsstruktur

Deutschland besitzt drei Verwaltungsebenen: Bund, Bundesländer und Gemeinden.

Der Bund ist die höchste Verwaltungsebene, umfasst 12 Ministerien (darunter das Gesundheits- und Familienministerium sowie das Innenministerium), das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, das Bundespresseamt und den Bundesrechnungshof, der von der Regierung unabhängig ist.

Die Bundesländer sind parallel zum Bund organisiert. Sie haben eigene Verfassungen und Verwaltungsorgane und werden von Landesparlamenten regiert. Jedes Land verfügt dementsprechend, nach Vorbild des Bundeskanzlers, über einen Ministerpräsidenten. In Stadtstaaten wie Hamburg übernimmt der Erste Bürgermeister diese Aufgabe. Neben dem Ministerpräsidenten oder Bürgermeister stellen die Fachminister, das Ministerium für Bundesangelegenheiten sowie der unabhängige Landesrechnungshof die höchsten staatlichen Autoritäten dar.

Auf der dritten Verwaltungsebene Deutschlands befinden sich die Gemeinden. Diese bilden eine unabhängige politische und Verwaltungsebene, ihre Beziehungen zum Staat werden jedoch von jeweiligem Länderrecht geregelt. Gemeinden variieren in Größe, von Großstädten wie Frankfurt oder Köln zu Kleinstädten und Dörfern mit weniger Einwohnern als in manchen Hamburger Bezirken.

Hamburg ist das Zentrum einer der wichtigsten Regionen Deutschlands. Der Ballungsraum Hamburg ist eine der wichtigsten Verkehrsschnittstellen zwischen Skandinavien und West-, Ost- und Südeuropa. Hamburg zählt mehr als 4,3 Millionen Einwohner. Die Hamburger Bürgerschaft ist eines von 16 gewählten deutschen Landesparlamenten und besitzt 121 Abgeordnete. Diese haben gesetzgebende und Haushaltsmacht, kontrollieren den Senat, der Hamburgs Regierung darstellt, und wählen das Regierungsoberhaupt, den Ersten Bürgermeister.

Der Senat ist Regierung und höchstes Organ für kommunale Angelegenheiten zugleich, da es in Hamburg keine Unterscheidung zwischen Länder- und Gemeindeaufgaben gibt, wie in anderen deutschen Bundesländern. Der Erste Bürgermeister und die Senatoren stellen den Senat, welcher politische Richtlinien festsetzt und die Regierung kontrolliert. Momentan besteht er aus der ersten konservativ-grünen Koalition Deutschlands. Der Senat repräsentiert Hamburg auf Bundesebene, gegenüber anderen Bundesländern und dem Ausland. Der Erste Bürgermeister ernennt und entlässt die Senatoren. Jeder Senator leitet eine Verwaltungsbehörde.

Gerichte sind unabhängig von Parlament und Regierung. Alle Ebenen der Justizgewalt sind in Hamburg vertreten.⁸¹ Die Staatsanwaltschaften sind staatliche Organe der Strafgerichtsbarkeit. Derzeit existieren in Hamburg fünf Justizvollzugsanstalten, darunter die Untersuchungshaftanstalt und die Jugendhaftanstalt. Die Justizbehörde überwacht normale Gerichte, Verwaltungsgerichte, das Finanzgericht, Arbeits- und Sozialgericht, Staatsanwaltschaft und Justizvollzugsanstalten.

Seit März 2008 hat Hamburg sieben Bezirke (Altona, Bergedorf, Eimsbüttel, Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord, Harburg und Wandsbek) und 105 Stadtteile. Diese stellen eine untergeordnete Verwaltungseinheit dar. Jeder Bezirk besteht aus mehreren Stadtteilen. Bei der regionalen Umstrukturierung wurde Wilhelmsburg dem Bezirk Hamburg-Mitte zugeteilt und wurden zwei neue Stadtteile (Sternschanze und Hafencity) gegründet. Wilhelmsburg gehörte ursprünglich zum Bezirk Harburg und wird neben Veddel als der Stadtteil mit dem höchsten innerstädtischen Entwicklungspotential gesehen. Die neuen Bezirksgrenzen sollen den Plan zur Neuentwicklung „Sprung über die Elbe“ unterstützen.⁸² Hafencity ist ein neuer, teurer Stadtteil, direkt am Elbufer in der alten Hafengegend gebaut. Er liegt zwischen dem alten Stadtzentrum und Wilhelmsburg. Sternschanze wurde Anfang der 1990er Jahre neu geordnet und ist nun ein eigenständiger Verwaltungsbezirk, um Problemen bei weiteren Neuentwicklungen vorzubeugen.

Auf Bezirksebene tagt die von Anwohnern des Bezirks gewählte Bezirksversammlung (BV).⁸³ Die BV Hamburg-Mitte hat 53 auf vier Jahre gewählte Mitglieder. Die Bezirksversammlung wird vom Bezirksamt informiert, die Abgeordneten können Stellungnahmen sowie Empfehlungen aussprechen, welche die Verwaltung umzusetzen hat. Die Bevölkerung eines Bezirks hat mehrere Möglichkeiten, auf Entscheidungen in

⁸¹ Hamburgisches Verfassungsgericht, Hanseatisches Oberlandesgericht, Landgericht Hamburg, Amtsgerichte in Hamburg, Finanzgericht Hamburg, Arbeitsgerichte in Hamburg, Landessozialgericht Hamburg, Sozialgericht Hamburg, Hamburgisches Oberverwaltungsgericht, Verwaltungsgericht Hamburg.

⁸² Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.), „Sprung über die Elbe“, Hamburg auf dem Weg zur Internationalen Bauausstellung, IBA Hamburg 2013, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/135218/data/sprung.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

⁸³ EU-Bürger dürfen an diesen Wahlen ebenfalls teilnehmen.

ihrem Bezirk Einfluss zu nehmen. Nach den Bezirkswahlen 2008 bildeten SPD und GAL eine rot-grüne Koalition in Hamburg-Mitte. Die SPD hat zwei türkisch-stämmige Abgeordnete (Bayram Inan, Aytekin Peker) und ist damit die einzige Partei, die Abgeordnete mit nicht ethnisch-deutschem Hintergrund umfasst.

Der Hauptausschuss besitzt eine allgemeine Koordinierungsfunktion. Er bereitet die Sitzungen der Bezirksversammlung vor, stellt Verbindungen zu den Spezialausschüssen her und kann in dringenden Fällen im Namen der Bezirksversammlung Entscheidungen treffen. Üblicherweise besteht der Hauptausschuss aus 11 Abgeordneten.

Die Bezirksversammlung kann so genannte Regionalausschüsse gründen, um lokale Anliegen zu bearbeiten. Jeder Bezirk verfügt über einen Unterausschuss für Bauangelegenheiten. Derzeit existieren drei Regionalausschüsse in Billstedt (OSI-Forschungsgebiet 3), Finkenwerder (Forschungsgebiet 2), und in Wilhelmsburg/Veddel (ebenfalls Forschungsgebiet 2).

Jeder Bezirk besitzt ein Bezirksamt, welches für die Dienstleistungen der Hamburger Verwaltung zuständig ist. Seit dem 1. Februar 2007 sind die Ämter neu und einheitlich organisiert. Drei von 20 Kundenzentren liegen in Hamburg-Mitte. Außerdem wurde ein Fachamt Grundsicherung und Soziales und ein Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung eingerichtet. Die Kundenzentren bieten Dienste des Einwohnermeldeamtes (Personalausweise, Pässe, Meldebescheinigungen), das Fachamt Grundsicherung und Soziales ist für Transfer- und Unterstützungsdienste verantwortlich (Sozialversicherung, Integration, Integrationshilfe, Dienste für Asylbewerber).

Bildung

Jedes Bundesland ist für sein eigenes Bildungssystem verantwortlich. Die Behörde für Schule und Berufsbildung ist die höchste bildungspolitische Stelle in Hamburg. Dementsprechend operieren Bundes- und Stadtstaaten trotz Aufsicht durch die bundesweite Ständige Konferenz der Kultusminister weitgehend unabhängig. Grundlegende Entscheidungen in der Bildung trifft der Senat, die einzelnen Bezirke spielen bei diesem Prozess keine Rolle. Die Elternkammer Hamburg mit 38 Eltern aus jedem Bezirk wird für drei Jahre gewählt⁸⁴ und vertritt alle Eltern gemäß der Hamburger Schulpolitik. Die Elternkammer berät die Behörde für Schule und Berufsbildung, welche die Elternkammer wiederum über grundlegende Entscheidungen zu informieren hat. Bei Ablehnung einer Entscheidung durch die Elternkammer wird die Behörde darüber informiert. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, LI-Hamburg, ist mit seiner Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung für die Weiterbildung der Lehrkräfte verantwortlich.

⁸⁴ Elternkammer Hamburg: siehe <http://www.elternkammer-hamburg.de/index.php?id=472&type=1> (Zugriff 17. August 2009).

Arbeit

Beschäftigungspolitik fällt unter die Zuständigkeit der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Die Bundesagentur für Arbeit ist die bundesweit zuständige Stelle für die Vergabe von Ausbildungsplätzen, Berufsberatung, Arbeitsmarkt, Vergabe von Arbeitsgenehmigungen sowie die Auszahlung von Arbeitslosen- und Familienunterstützung. team.arbeit.hamburg ist als regionale Agentur für die Grundsicherung für Arbeitsfähige (Hartz IV, Sozialhilfe) zuständig, die nicht von der Bundesagentur für Arbeit abgedeckt werden.⁸⁵ team.arbeit.hamburg ist eine gemeinsame Initiative der Stadt Hamburg (Behörde für Wirtschaft und Arbeit) und der Bundesagentur für Arbeit, die dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales unterstellt ist.

Wohnen

In Hamburg steht privater und sozialer Wohnraum zur Verfügung. Mehrere große Wohnungsgesellschaften und Kooperativen betreiben Sozialwohnungsprogramme. Die STEG (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft) ist für die Neuentwicklung im OSI-Forschungsgebiet zuständig. Die allgemeine Verantwortung liegt bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Gesundheit

Gesundheitspolitik fällt unter die Verantwortung der größten Verwaltungsbehörde, der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG). Sie ist das Zentrum für Integration und Zivilgesellschaft. Sie koordiniert die Hamburger Integrationspolitik und überwacht den Hamburger Integrationsplan. Die BSG arbeitet mit dem Bundesgesundheitsministerium zusammen, welches Gesetze, Erlasse und Verwaltungsrichtlinien entwickelt und herausgibt.⁸⁶ Öffentliche Gesundheits- und Sozialfürsorge wird durch nichtstaatliche Organe wie Ärzte-, Apotheker-, und Wohlfahrtsverbände oder medizinische Einrichtungen bereitgestellt, ein System, welches hauptsächlich durch die Krankenversicherung finanziert wird.

Polizei

In Hamburg fällt Polizei- und Sicherheitspolitik unter die Innenbehörde, welche sowohl der Polizei als auch der Landesbehörde für Verfassungsschutz vorsteht, die in jedem Bundesland unabhängig von der Polizei operiert. Ihre Aufgabe ist die Erfassung und Auswertung von Informationen über verfassungsfeindliche Aktivitäten. Die

⁸⁵ Siehe Website von team.arbeit.hamburg, <http://www.team-arbeit-hamburg.de/deutsch/home/index.php> (Zugriff im Januar 2010).

⁸⁶ Das PflegeWiki ist ein mehrsprachiges Wiki-Projekt zu Gesundheits- und Pflegeinformationen: siehe <http://www.pflegewiki.de/wiki/Gesundheitsministerium#Landesgesundheitsbeh.C3.B6rden> (Zugriff im Januar 2010).

Bundesländer sind jeweils für ihren eigenen Polizeiapparat und Polizeigesetze verantwortlich, wobei alle Polizeigesetze auf bundesweiten Polizeigesetzen basieren. Jeder Bundesstaat verfügt innerhalb seines Polizeiapparates über eine Stelle, die für politische Straftaten wie Terrorismus und Extremismus verantwortlich ist.

4. ERFahrungen muslimischer Gemeinschaften: IDENTITÄT, ZUGEHÖRIGKEIT UND INTERAKTION

Identität und Zugehörigkeit sind wichtige Elemente der Integration.⁸⁷ Menschen mögen in Arbeitsmarkt und soziale Netzwerke integriert sein, sich aber nicht mit ihrer Umgebung, Stadt oder Land, in dem sie leben, identifizieren. Gleichzeitig kann das Versagen der (Sozial-)Politik, wichtige Aspekte der Identität und Selbstwahrnehmung einer Person anzuerkennen und zu respektieren, eine Integration verhindern.⁸⁸ Wie wichtig Kontakt und Interaktion zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft für sozialen Zusammenhalt sind, wird zunehmend erkannt, da hierdurch Vorurteile abgebaut und Stereotypen hinterfragt werden.

Dieses Kapitel untersucht mit Hilfe der OSI-Umfragedaten zunächst das Niveau des Zusammenhalts in Hamburg. Es untersucht die persönliche Identität und Zugehörigkeitsgefühl der Befragten ihrem Viertel, der Stadt und des Landes gegenüber. Es dokumentiert, an welchen Orten und Plätzen Interaktion mit Menschen aus denselben und anderen ethnischen und religiösen Gruppen stattfindet, aber auch Diskriminierungserfahrungen und Wahrnehmung unfairer Behandlung. Die Unterschiede zwischen muslimischen und nicht-muslimischen wie auch männlichen und weiblichen Befragten werden herausgearbeitet. In den Fragen wurde zwischen dem „Viertel“ einer Person, also den Straßen in unmittelbarer Umgebung der Wohnung, und dem „Bezirk“, der weiteren Umgebung in 15-20-minütiger Fußläufigkeit unterschieden.

4.1 Muslimische und nicht-muslimische Identitäten

Das Konzept einer muslimischen Identität ist sehr polarisierend.⁸⁹ Ein muslimischer Teilnehmer an einer der vom OSI organisierten Fokusgruppe beschrieb die Situation folgendermaßen:

Guck, es gibt 3,5 Millionen Muslime, das macht 4% der Bevölkerung. Wir wissen aus Erfahrung, dass nicht mehr als 25% wirklich praktizieren. Praktizieren heißt, dass sie an den Freitagsgebeten teilnehmen. Das heißt, dass ca. 1% der Bevölkerung nach dem Islam lebt. Nimmt man 70 Millionen Deutsche, ohne die 10 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, dann haben 70 Millionen Angst vor einem Prozent der Bevölkerung.⁹⁰

⁸⁷ F. Heckmann und W. Bosswick, "Integration and Integration Policies, an INTPOL feasibility study for the IMESCO Network of Excellence", 2005, abrufbar unter <http://www.imiscoe.org> (Zugriff im November 2009).

⁸⁸ M. Malik, "British Muslims – Discrimination, Equality and Community Cohesion", in T. Choudhury (Hrsg.), *Muslims in the UK: Policies for Engaged Citizens*, Open Society Institute, Budapest, 2005.

⁸⁹ OSI-Fokusgruppen und Fragebogenteilnehmer, Hamburg 2008.

⁹⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Diese Äußerung spiegelt eine weit verbreitete Auffassung eines Aspektes von Identität und ihrer Konstruktion in Deutschland wieder. Die ethnisch deutsche Bevölkerung steht den ethnisch „Anderen“ gegenüber, hauptsächlich Türken, die wiederum vorwiegend als Muslime betrachtet werden. Ethnizität, Nationalität und religiöse Identität verschmelzen zu einem dichotomisierenden Konstrukt von „deutschen“ und „nicht-deutschen“ Identitäten. Diese Betrachtungsweise ändert sich derzeit, wie im interkulturellen Ansatz des Hamburger Handlungsplan für Integration deutlich wird. Er räumt einen erheblichen Mangel an Daten⁹¹ für die Erfassung unterschiedlicher Identitäten innerhalb der Hamburger Bevölkerung ein. Vorliegende Daten reflektieren oft nur die einseitige Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“. Das HHAP beschreibt eine positive und negative Form kultureller Identität. Zum einen die Abstammungskultur, welche positiv als ein Aspekt von Identität betrachtet wird, der zur Bereicherung des Hamburger kulturellen Lebens beiträgt. Identität wird negativ bewertet, wenn durch sie ein Rückzug in die Abstammungskultur stattfindet und andererseits die kulturellen Institutionen des Gastlandes sich nicht an die unterschiedlichen Bedürfnisse einer pluralistischen Gesellschaft einstellen.⁹² Religiöse Identitäten werden im Handlungskonzept positiv besetzt. Es existieren rund 100 unterschiedliche religiöse Gemeinschaften in Hamburg. Allerdings wird von allen Gruppen ein Trend zur Säkularisierung berichtet. 40% der Schulkinder in Hamburg gehören keiner Religion an.⁹³

In der OSI-Studie hatten 141 der 200 Befragten einen deutschen und 47 einen türkischen Pass. Dies entspricht in etwa dem Verhältnis zwischen „deutschen“ und „ausländischen“ Bewohnern in Hamburg. Mehr als die Hälfte der muslimischen Befragten besitzen einen deutschen Pass (56) sowie 85 der Nicht-Muslime. 29 Muslime besitzen einen türkischen Pass. 31 Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit und 37 aller muslimischen Teilnehmer wurden in Deutschland geboren. 18 Muslime mit deutscher Staatsangehörigkeit und 46 aller Muslime wurden in der Türkei geboren und sechs in Afghanistan.⁹⁴ Diese Zahlen belegen einen beachtlichen Anteil von in Deutschland geborenen muslimischen Einwohnern mit deutschem Pass, die als „deutsche Muslime“ betrachtet werden können, auch wenn dieselbe Person sich selbst als türkisch betrachtet.

Die Daten belegen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl unter Muslimen und Nichtmuslimen zu Hamburg, meist auf persönliche Erfahrungen zurückgehend. Lokale Zugehö-

⁹¹ HHAP, S. 17, 19, 20, 23, 27, 30.

⁹² HHAP, S. 38.

⁹³ HHAP, S. 39.

⁹⁴ Die große Mehrheit der Nichtmuslime (76) wurde in Deutschland geboren und 75 von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit. 10 nicht-muslimische Deutsche wurden außerhalb Deutschlands geboren (Argentinien, Eritrea, Finnland, Guyana, Kasachstan, Polen, Russland, Schweiz sowie Trinidad und Tobago).

rigkeit als Bewohner von Wilhelmsburg oder St. Pauli wird von Muslimen und Nichtmuslimen geteilt (siehe Tabelle 11.)

Tabelle 11. Wie stark haben Sie das Gefühl, in diesem Bezirk dazuzugehören?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr stark	23,0	21,0	22,0
Ziemlich stark	45,0	48,0	46,5
Nicht sehr stark	19,0	23,0	21,0
Überhaupt nicht	11,0	4,0	7,5
Weiß nicht	2,0	4,0	3,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Während beinahe doppelt so viele Nichtmuslime wie Muslime der stark zustimmen, dass ihr Bezirk gut integriert sei, war sich die Mehrheit beider Gruppen einig, dass ihr Bezirk ein Ort ist, an dem Menschen unterschiedlicher Abstammung gut miteinander auskommen (siehe Tabelle 12.).

Tabelle 12. Ist Ihr Bezirk ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund gut miteinander auskommen?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Stimme voll und ganz zu	9,0	17,0	13,0
Stimme zu	66,0	66,0	66,0
Stimme nicht zu	12,0	10,0	11,0
Stimme überhaupt nicht zu	6,0	1,0	3,5
Weiß nicht	5,0	6,0	5,5
Zu wenige Menschen in diesem Bezirk	1,0	0,0	0,5
Die Bewohner dieses Bezirks haben alle dieselbe Herkunft	1,0	0,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Während über ein Drittel von Muslimen wie Nicht-Muslimen ein ziemlich starkes Zugehörigkeitsgefühl zur Stadt Hamburg hat, fühlen sich mehr Muslime als Nicht-

Muslime sehr stark zur Stadt zugehörig. Das nationale Zugehörigkeitsgefühl war schwächer ausgeprägt. Die Abnahme des Zugehörigkeitsgefühls in Relation zur Stadt und der Bundesebene wurde von einem nicht-muslimischen Teilnehmer als Verlust von Zugehörigkeit beschrieben, sobald er den eigenen Bezirk verlässt. Die Mehrheit beider Gruppen, 56 Muslime und 71 Nicht-Muslime, berichteten außerdem, dass es Orte in ihrem Bezirk oder in der Stadt gibt, an denen sie sich unwohl fühlen. (siehe Tabelle 13.).

Tabelle 13. Wie stark haben Sie das Gefühl, in Hamburg dazuzugehören?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr stark	26,0	18,0	22,0
Ziemlich stark	40,0	45,0	42,5
Nicht sehr stark	24,0	31,0	27,5
Überhaupt nicht	9,0	6,0	7,5
Weiß nicht	1,0	0,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	200

Quelle: Open Society Institute

Ein starkes regionales Zugehörigkeitsgefühl wie Ost-, Süd- oder Norddeutsch, wurde nur von Nicht-Muslimen geäußert. Ein starkes nationales Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland wurde von 52 Muslimen und 36 Nichtmuslimen erfahren (siehe Tabelle 14.).

Tabelle 14. Wie stark haben Sie das Gefühl, zu Deutschland dazuzugehören?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr stark	16,0	11,0	13,5
Ziemlich stark	36,0	25,0	30,5
Nicht sehr stark	32,0	46,0	39,0
Überhaupt nicht	11,0	15,0	13,0
Weiß nicht	5,0	3,0	4,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	200

Quelle: Open Society Institute

Es besteht allerdings ein großer Unterschied bei der Selbstwahrnehmung als Deutsche/r zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen. 63 Nicht-Muslime betrachteten sich als Deutsche, aber nur 22 Muslime, obwohl 56 einen deutschen Pass besaßen. Obwohl die Mehrheit von Ihnen ethnisch deutsch war, ist dieses Ergebnis nicht

überraschend. Fünf der 63 hatten einen nicht-deutsch ethnischen Hintergrund⁹⁵ (siehe Tabelle 15.).

Tabelle 15. Sehen Sie sich selbst als Deutsche/r?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja	22,0	63,0	42,5
Nein	78,0	37,0	57,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Ein europäisches oder supranationales Zugehörigkeitsgefühl wurde auch von nicht-muslimischen Befragten genannt. Dies äußert sich regional aus, etwas als zu Zentral-, West- oder Osteuropa zugehörig. Ähnlich deuteten einige muslimische Teilnehmer an, sich der türkisch-ottomanischen Kultur zuzurechnen und betonten ausdrücklich, sich nicht mit der säkularen kemalistischen Kultur zu identifizieren. Der Verweis auf das Ottomanische Reich als supranationale Einheit stellt quasi das muslimische Gegenstück zum einem christlichen Europa dar.⁹⁶ Einige Muslime beschrieben sich als türkisch-kurdisch, und verwiesen auf ein regionales und ethnisches Zugehörigkeitsgefühl.

Auf die Frage, wie die Teilnehmer ihre Ethnizität beschreiben würden, ergab eine große Bandbreite von Identitäten unter Muslimen wie Nicht-Muslimen. Sie können in drei Typen der Identitätsbildung eingeteilt werden, die sich häufig überschneiden.

Ethnisch-nationale Identitäten

44 Muslime gaben eine türkische oder gemischt-türkische Identität und 14 Muslime andere nationale Identitäten an. Vier Nicht-Muslime beschrieben sich als serbisch (1), indonesisch (1), spanisch-italienisch (1) und französisch-senegalesisch (1). Muslimische Teilnehmer dieses Clusters betonten, ihre Identität nicht zu leugnen oder verlieren zu wollen. „Jeder soll wissen, dass ich Türke bin.“⁹⁷

Andere gaben an, die deutsche Kultur nicht zu mögen oder sich der bosnischen Kultur näher fühlten als der deutschen.⁹⁸ Diese Teilnehmer wollten z. B. als echter Marokkaner gesehen werden oder beschrieben sich als Kurden aus der Türkei. Wieder andere drückten ihren Stolz aus, Türkisch zu sein.⁹⁹ Die Befragten suchten Anerkennung und

⁹⁵ Deutsch-Russisch (zwei), Afrikanisch-Deutsch, Afrikanisch (Ghana), Portugiesisch-Deutsch.

⁹⁶ Halil İnalçık, *Turkey and Europe in History*, Eren, Istanbul, 2006.

⁹⁷ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

⁹⁸ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

⁹⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

gaben die Bereitschaft an, sich der Mehrheitsgesellschaft anzupassen, weil sie dies als angemessenen Ansatz verstanden, lehnten es aber auch ab, sich zu verstellen.

Solche ethnisch-nationalen Identitäten müssen im Zusammenhang mit der deutschen Identität betrachtet werden, die sich selbst historisch als ethnisch-nationale begreift. Unter Nicht-Muslimen schien eine ethnisch-nationale Identifikation weniger wichtig, obwohl diese Teilnehmer seit langer Zeit in Deutschland lebten und zustimmten, zu einer Mischung geworden zu sein. Dennoch waren sie stolz auf ihre Wurzeln in ihren Herkunftsländern. Einige Nicht-Muslimen erwähnten, dass man sich seinen Geburtsort nicht aussuchen könne und wollten nicht auf Grundlage ihrer Staatsangehörigkeit definiert werden. Zudem wurde der Wunsch geäußert, als gleich und nicht als ähnlich betrachtet zu werden.

Deutsche, europäische und andere Identitäten wurden ebenfalls genannt (Tabelle 16.).

Tabelle 16. Deutsche, europäische und andere Identitäten

	Muslime	Nicht-Muslime
Deutsch oder „gemischt“ deutsch ¹⁰⁰	13	25
Bildungsbürger ¹⁰¹	0	3
Supranationale Identitäten ¹⁰²	7	11
Europäisch ¹⁰³	0	15
Subkulturen zugehörig ¹⁰⁴	0	17
Keiner Kultur zugehörig ¹⁰⁵	0	13
Soziale Gruppe	3	0
Lokale Identität ¹⁰⁶	0	2
Humanistische Identität ¹⁰⁷	0	7
Habe keine Kultur	2	0

Quelle: Open Society Institute

Während ethnisch-nationale Identitäten häufig von Nicht-Deutschen stolz präsentiert wurden, zögerten Deutsche, sich anhand dieser Kategorien zu definieren. Teilnehmer erklärten, dass Deutsch sein das Stigma der Nazizeit trage, und Deutsche außerdem als humorlos und bürokratisch betrachtet werden. Das historische Stigma falle vor allem bei Reisen im europäischen Ausland auf, wo Deutsche aufgrund ihrer Vergangenheit in eine bestimmte politische Ecke gestellt würden, unabhängig von ihrer tatsächlichen

¹⁰⁰ Deutsch (12), Deutsch (Süden) (1), Deutsch (weiß) (1), Deutsch (ohne Religion, fühlte sich anderen ethnischen Gruppen zugehörig) (1), Deutsch-Bildungsbürger (1), Deutsch-Bosnisch (1), Deutsch-Osten (1), Deutsch-Latino (2), Deutsch-Norden (2), Deutsch-Portugiesisch (1), Deutsch-Russisch (2).

¹⁰¹ Beschreibt eine idealisierte Selbstwahrnehmung der deutschen Mittelschicht, die sich auf Bildung ausrichtet (Bildung im Sinne der Bildung als Mensch).

¹⁰² Nicht-Muslime: Afrikanisch (1), Afrikanisch (wegen der Kinder) (1), Latino (2), Mediterran-Slawisch (1), Multiethnisch (1), Weltbürger (5).

¹⁰³ Europäisch (5), Europäisch (weiß, Mittelschicht) (1), Europäisch-Ost (1), Europäisch-Mittelschicht (2), Europäisch-Nord (1), Europäisch-West (5).

¹⁰⁴ Subkultur (Antiglobalisierung) (2), alternative Kultur (6), Künstler (1), Linkgerichtet (3), freiheitsliebender Kommunist (1), soziale Bewegung (1), (Unter-Mittel)-Schicht (1), Arbeiterschicht (2).

¹⁰⁵ Keine Kultur (7), keine Kultur (Karibisch) (1), weder Deutsch noch Eritreisch (1), definiert sich nicht anhand nationaler Identität (3), Polynesisch (1).

¹⁰⁶ Nicht-Muslime: Hamburger (1), St. Paulianer (1).

¹⁰⁷ Mensch (5), Mensch, Frau, Bayerisch (1), Humanistisch-Deutsch (Nordeuropäisch) (1).

politischen Einstellung.¹⁰⁸ In dieser Gruppe von Befragten wurde eine ethnisch-nationale Identität abgelehnt und oft eine Identität als Europäer oder Weltbürger bevorzugt. Diese Identität fand sich auch unter Nicht-Muslimen mit Migrationshintergrund. Sie identifizierten sich als EU-Bürger oder Afro-Europäer und hofften auf eine Welt ohne Grenzen und Staatsangehörigkeiten.¹⁰⁹

Nicht-muslimische Befragte gaben häufig an, dass Zugehörigkeit zu Deutschland nicht wichtig sei. Sie wollten nicht anhand ihrer deutschen Staatsangehörigkeit, sondern als Einzelpersonen identifiziert werden. Für sie waren andere Identitäten wie Geschlecht, regionale Zugehörigkeit oder politische Einstellung wichtiger. Auf lokaler Ebene wurden Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten oft als Unterschied zwischen arm und reich oder im Bildungsniveau erlebt.

Ethnisch-religiöse Identitäten

Eine weitere Gruppe von Identitätskonstruktionen bezog sich auf Religion, oft vermischt mit ethnischen bzw. kulturellen Unterschieden und Unterschieden beim Lebensstil. Eine religiöse oder ethnisch-religiöse Identität wurde von 19 Muslimen und 6 Nicht-Muslimen angegeben.¹¹⁰ Muslimische Befragte fassten ihre Identitäten als Unterschiede bei Lebensstil, Religion und äußerer Erscheinung zusammen. Hautfarbe und islamisches Äußeres vermitteln diese Identität, die ein Anderssein gegenüber der Mehrheitsgesellschaft signalisiert.¹¹¹ Für einige war jedoch nicht die äußere Erscheinung allein der Indikator, sondern eine Kombination aus türkischer Abstammung, dem Befolgen türkischer Traditionen und Gebräuche sowie religiöser Bräuche, die als mit der Mehrheitskultur unvereinbar betrachtet wird.

Ethnisch-religiöse Identitäten werden oft als Gegensatz zu deutscher Kultur betrachtet.¹¹² Solange dieser kulturelle und religiöse Unterschied besteht, wird man nicht als Deutsch akzeptiert. Doch die Formulierung kultureller Unterschiede bedeutet nicht unbedingt einen Rückzug aus der deutschen Gesellschaft, im Gegenteil. Menschen, die auf diese Art ihre Identität ausdrücken, möchten vielleicht Akzeptanz.¹¹³ Gegensätzliche Meinungen wie diese wurden von vielen der befragten Muslimen geäußert. Aussagen wie „Ich bin Moslem. Ich bin von Geburt türkisch, und es ist nicht gut, seine ethnische Identität zu verleugnen“,¹¹⁴ artikulieren ein bestimmtes ethnisch-religiöses Zugehörigkeitsgefühl, welches dem Argument eines anderen muslimischen Teilneh-

¹⁰⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁰⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹¹⁰ Sechs Nicht-Muslime definierten sich als Christen (1), Christen (sozial) (1), christlich-deutsch (2), christlich-deutsch (nordeuropäisch) (1), christlich-protestantisch (1).

¹¹¹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹¹² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹¹³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹¹⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

mers gegenübergestellt werden kann, dass: „Jeder sollte für sich selbst entscheiden soll, ob man sich als Deutscher sieht oder nicht. Ich würde sagen, ich bin tatsächlich Deutscher.“¹¹⁵

Sichtbarkeit, Werte und religiöse Identitäten

Tabelle 17a. Sichtbarkeit, Werte und religiöse Identitäten

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja	53,0	1,0	27,0
Nein	47,0	99,0	73,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Tabelle 17b. Praktizierend religiös

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja	83,0	12,0	47,5
Nein	17,0	45,0	31,0
k. A.	0,0	43,0	21,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Von den 100 muslimischen Befragten der OSI-Studie trugen 53 sichtbare Symbole und 83 sagten aus, aktiv zu praktizieren (siehe Tabelle 17b). Diese Zahlen stimmen mit den Ergebnissen des Religionsmonitors 2008 überein, welcher sagt:

Die Muslime in Deutschland kennzeichnet eine hohe Religiosität. 90 Prozent der Muslime in Deutschland über 18 Jahre sind religiös, 41 Prozent davon sogar hochreligiös. Zum Vergleich: Der Religionsmonitor 2008 ergab für die Gesamtgesellschaft, dass 70 Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung religiös sind, 18 Prozent davon hochreligiös.¹¹⁶

Obwohl 12 Nicht-Muslime angaben, aktiv ihre Religion zu praktizieren, trug nur eine nicht-muslimische Person ein religiöses Symbol,¹¹⁷ während mehr als die Hälfte

¹¹⁵ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹¹⁶ Bertelsmann, Religionsmonitor 2008, S. 6.

¹¹⁷ Ein Bild der Jungfrau Maria hing an der Wand.

der befragten Muslime ihre Religion durch Kleidung oder andere Zeichen demonstrieren.¹¹⁸

Aktiv praktizierende Muslime unterschieden sich stark bei Gebräuchen und Bräuchen. Der Religionsmonitor 2008 berichtet, dass 86% der Muslime strikt das Verbot von Schweinefleisch befolgen. 58% gaben an, niemals Alkohol zu trinken.¹¹⁹ Auch das Lesen des Korans, Lesen im Allgemeinen und Religionsunterricht werden als wichtiger Teil religiösen Lebens beschrieben. Kindererziehung, Bildung und Jugendarbeit werden erwähnt sowie die Diskussion religiöser Fragen, die Wissensvermittlung, die Teilnahme an islamischen Veranstaltungen und Zusammenkünften, die eigene Weiterbildung und intellektuelle Rigorosität.¹²⁰ Im Religionsmonitor 2008 wurde Bildung als ein Kernaspekt im Leben von 94% der Muslime in Deutschland genannt.¹²¹ Interessanterweise sagten einige Muslime, die angegeben hatten, ihre Religion nicht zu praktizieren, dass sie trotzdem gewisse Gebräuche befolgten, wie beten, fasten, glauben, sich halal zu ernähren, in die Moschee zu gehen, in soziale Aktivitäten der Gemeinschaft involviert zu sein, die Religion mündlich zu verteidigen, andere zu respektieren und humanistische Werte unabhängig von Religion zu besitzen.

Religiöse Praktiken von Nicht-Muslimen enthalten ähnliche Elemente. Teilnahme an der Messe, Befolgung christlicher Werte und Regeln, Einhaltung von religiösen Festen und Feiertagen, Ausübung christlicher Prinzipien wie Toleranz, Teilnahme an religiösen Vorträgen und Versammlungen, wöchentliche Besuche von Jugendgruppen und offene Meinungsäußerung wurden als aktive Religionsausübung verstanden. Die einzige Aktivität die Nicht-Muslime erwähnten, die Muslime nicht als Teil ihrer Religionsausübung angeben, war das Singen in der Kirche oder im Kirchenchor.

4.2 Zugehörigkeit

Wahrnehmung, Erscheinung und Lebensstil

Während sich sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime des OSI-Samples einig waren, dass die Unfähigkeit, die Landessprache zu sprechen, eine große Hürde bezüglich Deutsch sein darstellt, empfinden nur Muslime ihre Religiosität als Akzeptanzhindernis. Von Nicht-Muslimen wird dies so wahrgenommen, als dass „Muslime zu sehr an ihrem Glauben festhalten“, wie es eine befragte Person ausdrückte.¹²² Für Muslime sind solche vorgefasste Ansichten über Menschen aus muslimischen Ländern und das, was allgemein über den Islam gedacht wird, Barrieren der Akzeptanz (siehe Tabelle 18.).

¹¹⁸ Ein Kopftuch, ein Vollbart, muslimische Kleidung, etc.

¹¹⁹ Bertelsmann, Religionsmonitor 2008, S. 8.

¹²⁰ Jemand, der in der Lage ist, auf eine breite Palette an religiösen Argumenten zurückzugreifen, wird als intellektuell rigoros betrachtet.

¹²¹ Bertelsmann, Religionsmonitor 2008, S. 8.

¹²² OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Tabelle 18. Was hindert Sie Ihrer Ansicht nach am meisten daran, Deutsch zu sein?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Nicht die Landessprache(n) zu beherrschen	21,0	33,0	27,0
Im Ausland geboren zu sein	11,0	2,0	6,5
Einer ethnischen Minderheit anzugehören/ Kein Weißer zu sein	15,0	11,0	13,0
Ausländischer Akzent/ Sprechweise	3,0	6,0	4,5
Kein Christ zu sein	19,0	0,0	8,5
Es gibt keine Hindernisse	9,0	5,0	7,0
Nichts davon	5,0	15,0	10,0
Weiß nicht	1,0	4,0	2,5
Sonstiges	14,0	18,0	16,0
k. A.	2,0	6,0	4,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

Während Muslime häufig sichtbar sind, bleiben nicht-muslimische Religionen in der Öffentlichkeit und in Alltagssituationen im Allgemeinen unsichtbar. Dies bestärkt die Sicht, dass Religion im öffentlichen wie privaten Verhalten keine signifikante Rolle spielt. Trotzdem sahen 19 Muslime die Tatsache, keine Christen zu sein, als Haupthindernis für die Akzeptanz als Deutsche an: Das kulturelle Leben wird als vom Christentum dominiert betrachtet, neben einer historischen Feindseligkeit gegenüber Muslimen, wie die Kreuzzüge, die Rückeroberung Andalusiens, die Kolonialisierung und der Imperialismus.¹²³ In dieser Betrachtung wird das Christentum mit der Ausbreitung einer westlichen Weltanschauung zu einer Mentalität vermischt, die nach wie vor dominant ist.

Viele Befragte betonten den Unterschied zwischen „unseren“ und „deren“ Werten und setzten auf Stereotypen. Muslime wie Nicht-Muslime übersahen gemeinsame Werte und beklagten, ihre Werte würden nicht respektiert. Ein muslimischer Teilnehmer

¹²³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

erklärte beispielsweise, dass familiäre Bande für Muslime wichtig seien, für Deutsche aber nicht.¹²⁴

Vermeintlich unterschiedliche Wertvorstellungen gehen mit der Erfahrung einher, dass das eigene Auftreten als nicht deutsch betrachtet wird. Die Erfahrung, aufgrund von Äußerlichkeiten nicht als deutsch betrachtet zu werden, wurde auch von Nicht-Muslimen mit Migrationshintergrund gemacht.¹²⁵

Muslimische und nicht-muslimische Migranten sahen den Umgang der Deutschen mit anderen Menschen und deren Leben als Spiegel für eine bestimmte Mentalität. Selbst einige nicht-muslimische ethnisch Deutsche distanzieren sich von einer bestimmten Definition „deutscher Werte und Tugenden“. ¹²⁶ Bei deren Anhängern sehen sie wenig Toleranz und respektvollen Umgang miteinander und identifizieren sich nicht mit einer Mentalität, deren Herzstück Statusgewinn durch formale Qualifikation darstellt, die den Deutschen als wichtig zugeschrieben wird.¹²⁷

Auf die Frage nach der Reihenfolge der vier wichtigsten Werte antworteten Muslime und Nichtmuslime folgendermaßen (Tabelle 19.).

Tabelle 19. Wichtigste nationale Werte, in Deutschland zu leben (alle Befragte)

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Respekt vor dem Gesetz	56,0	34,0	45,0
Rede- und Ausdrucksfreiheit	27,0	33,0	30,0
Beherrschung der Landessprache	22,0	18,0	20,0
Schutz von Diskriminierung	25,0	40,0	32,5

Quelle: Open Society Institute

Betrachtet man die Reihenfolge in jeder Gruppe, zeigt sich, dass für die Mehrheit der Muslime Respekt vor dem Gesetz und vor einem anderen Glauben sowie die Schutz von Diskriminierung am wichtigsten sind. Unterstützt wird dieses Ergebnis vom Religionsmonitor 2008, der ein hohen Grad an Toleranz gegenüber anderen Glauben feststellte: „86 Prozent sind der Meinung, man solle gegenüber allen Religionen offen sein. Dieser Wert ist für alle untersuchten Gruppen gleichermaßen hoch, gleich welchen Geschlechts, Alters, welcher Konfession oder Herkunft.“¹²⁸

¹²⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹²⁵ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹²⁶ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹²⁷ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹²⁸ Bertelsmann, Religionsmonitor 2008, S. 8.

**Tabelle 20. Wichtigste nationale Werte, in Deutschland zu leben
(nach Religion)¹²⁹**

	Muslime %		Nicht-Muslime %
1. Respekt vor dem Gesetz	56,0	Toleranz gegenüber anderen	45,0
2. Respekt vor einem anderen Glauben	30,0	Rede- und Ausdrucksfreiheit	33,0
3. Respekt vor einem anderen Glauben	23,0	Chancengleichheit	26,0
4. Schutz von Diskriminierung	25,0	Schutz von Diskriminierung	40,0

Quelle: Open Society Institute

Das HHAP spiegelt eine ähnliche Auffassung wieder, indem es kultureller Vielfalt einen hohen Wert beimisst und klarstellt, dass Integration nicht als Assimilation verstanden wird. Er definiert die Grenzen der Vielfalt als Werte des deutschen Grundgesetzes, Grundrechte und Freiheiten, die Achtung der Menschenrechte, den Grundsatz der Demokratie, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Achtung der Gesetze und den historisch Gründungsideale der Bundesrepublik Deutschland.¹³⁰ Schutz vor Diskriminierung wird von beiden Gruppen hoch bewertet und ist Teil europäischen und deutschen Rechts, wird allerdings nicht im HHAP erwähnt, was daran liegen mag, dass das deutsche Antidiskriminierungsgesetz im August 2006 in Kraft trat; zu der Zeit also, als der Hamburger Integrationsplan noch entwickelt wurde.

Während für 51 Muslime Religion am meisten über sie selbst aussagt, spielt sie für Nicht-Muslime keine Rolle. Sie bezeichnen stattdessen Familie, ihre Interessen, ihren Bildungsgrad oder ihre Arbeit als das Wichtigste.

¹²⁹ Die Zahlen unter Punkt 2 und 3 zeigen die zweite und dritte Wahl der muslimischen Befragten.

¹³⁰ HHAP, S. 9.

Tabelle 21. Was sagt das meiste über Identität aus?¹³¹

Platz		Muslime %		Nicht-Muslime %		Gesamt %
1.	Religion	51.0	Familie	32.0	Familie	33.5
2.	Familie	41.0	Interessen	30.0	Familie	24.5
3.	Bildungsgrad	22.0	Bildungsgrad	25.0	Bildungsgrad	23.5
4.	Ethnische Herkunft/kultureller Hintergrund	21.0	Art der Arbeit	21.0	Art der Arbeit	15.0
5.	Interessen	21.0	Geschlecht	14.0	Ethnische Herkunft/kultureller Hintergrund	14.0

Quelle: Open Society Institute

Sprach- und Kommunikationsfähigkeit

Die Beherrschung der Landessprache wurde sowohl von Muslimen als auch Nicht-Muslimen als einer der wichtigsten Werte angesehen. Sprache im Allgemeinen und Kommunikationsfähigkeiten im Besonderen werden als Grundlagen im lokalen, städtischen und landesweiten Bereich betrachtet. Der Wunsch nach einer gemeinsamen Sprache (Deutsch oder eine andere Sprache) wurde besonders von älteren Befragten und kürzlich Zugewanderten geäußert. Einige Muslime hoben die Notwendigkeit der Sprachkenntnisse für die Kontaktaufnahme mit anderen hervor.¹³² Andere muslimische Befragte verlangten mehr Deutschkurse und die Organisation von Konversationskursen von Seiten der Vereine. Auch Nicht-Muslime sahen Kenntnisse der Landessprache als Voraussetzung für eine selbstsichere gesellschaftliche Teilhabe. Die Unterstützung von Sprachkursen, nicht nur auf Deutsch sondern auch auf anderen Sprachen, wurde ausdrücklich betont. Diese Kurse sollten als Grundlage für eine gemeinsame sprachliche Kommunikation für alle zugänglich sein. Die Unterstützung von Mehrsprachigkeit, in Verbindung mit Sprachförderung in der Kindheit, nicht nur auf Deutsch sondern auch in den Sprachen der Migranten, begleitet von Sprachkursen für Mütter in Schulen und Kindergärten, wird von Muslimen und Nicht-Muslimen als hilfreich angesehen. Der Erwerb von Deutschkenntnissen ist jedoch nur ein Aspekt dafür, wie Sprache in einer Gesellschaft funktioniert. Die Befragten berichteten von

¹³¹ Die Zahlen unter Punkt 1 und 2 der Kategorie Gesamt zeigen die erste und zweite Wahl der Befragten.

¹³² OSI-Fragebogen, Februar-April 2008 und OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

vielschichtigen Problemen, die nicht nur durch Sprach- und Integrationskurse allein gelöst werden könnten.

Nicht-Muslime betonten die Tatsache, dass ihr fließendes Deutsch mit Akzent oft Probleme bereite: „Ich sehe anders aus und spreche Deutsch mit spanischem Akzent.“¹³³ Sprache und Äußeres stellen selbst für deutsche Nicht-Muslime ein Hindernis in der Wahrnehmung als Hamburger dar: „Wegen meines Aussehens und meines Akzents sagen die Leute mir, dass ich nicht aus Hamburger bin.“¹³⁴

Der Mangel an Kommunikationsfähigkeiten wird gelegentlich als Angst vor Kommunikation beschrieben. Ausländer trauen sich nicht, andere Menschen anzusprechen, da sie die Reaktion und Behandlung nicht einschätzen können. Deutsche nehmen Ausländer dann so wahr, als würden sie sich nicht öffnen. Auf beiden Seiten wird dies als andauernde Pattsituation betrachtet.

Die Fähigkeit von Sprache, Menschen auszuschließen und Machtbeziehungen zu verdeutlichen, wurde festgestellt, wie einige Muslime in den Fokusgruppen bestätigen:

Wir trafen uns in einem Zug zu einem Ausflug mit 20 Kindern. Als wir Türkisch sprachen, wir waren alle Türken, kam jemand und fragte, warum wir Türkisch sprächen. Ein Elternteil, der fließend Deutsch sprach, fing eine Diskussion an und sagte, wir können sprechen wie wir wollen.¹³⁵

Ein weiterer beschrieb eine Situation auf dem Schulhof. Als Schüler miteinander sprachen, kam ein Lehrer und warnte sie davor, Türkisch zu sprechen. Junge Menschen unterscheiden im Sprechfluss manchmal nicht zwischen Deutsch und Türkisch als zwei Sprachen. Für Außenstehende klingt es jedoch als sprächen sie „falsches“ Deutsch oder Türkisch.¹³⁶ Dies demonstriert wiederum mangelndes Bewusstsein davon, wie Deutsch in einem mehrsprachigen Umfeld unterrichtet werden soll, in dem Deutsch weder Fremd- noch einzige Muttersprache ist. Im HHAP wird dieses Problem in einem neuen mehrsprachigen Ansatz für das Bildungssystem aufgegriffen (siehe Abschnitt 5.7).

Sprache unterstützt Selbstbewusstsein und Teilhabe. Gespräche mit Nachbarn, auf der Straße oder die Unterhaltung über Ereignisse stellen eine Hauptquelle der Information über Geschehnisse vor Ort oder in Hamburg dar, sowohl für Muslime als auch Nicht-Muslime (siehe Abschnitt 11.).

¹³³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹³⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹³⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹³⁶ Andreas Hieronymus, „Fashion, Brands, and Money: Cultural Styles and Social Positions“, in Nora Raethzel (Hrsg.), *Finding the Way Home. Young People's Stories of Gender, Ethnicity, Class, and Places in Hamburg and London*, Göttingen, V&R Unipress, 2008.

Der sprachliche Aspekt geht über reine Sprachkenntnisse und Unterricht hinaus. Obwohl 33 Nicht-Muslime und 21 Muslime der Ansicht sind, dass mangelnde Deutschkenntnisse die Hauptbarriere zum Deutsch sein ist, spielt auch ein ausländischer Akzent, anderes Aussehen, eine andere Hautfarbe oder andere Ethnizität eine Rolle.

Die Reduzierung von Integration auf ein sprachliches Problem stellt eine weitere Schwierigkeit für Muslime dar. Das Sprachproblem ist vielschichtig und mit der Rolle der deutschen Sprache in einem mehrsprachigen Umfeld verbunden. Sprache wird zu einem Instrument der Inklusion oder Exklusion. Deutsch „korrekt“ zu sprechen, verhindert keine Diskriminierung, solange der Akzent nicht „korrekt“ klingt. Diskriminierung, obwohl im HHAP nicht genannt, stellt in manchen Bereichen der OSI-Studie, wie im Bildungsbereich, ein Problem dar. In anderen Bereichen hingegen, wie im Gesundheitsbereich, in dem traditionell eine große Anzahl von Muslimen als Patienten, Krankenschwestern oder Ärzten vertreten ist, scheint Diskriminierung geringfügiger aufzutreten. Indirekte Auswirkungen von Diskriminierung sind im Bildungssystem, im Wohnungssektor und auf dem Arbeitsmarkt erkennbar.

Das Hamburger Handlungskonzept für Integration beschreibt Integration deutlich als einen wechselseitigen Prozess, der Offenheit, Toleranz und Dialog auf allen Seiten erfordert.¹³⁷ Die Studie zeigt, dass dies nicht immer der Fall ist. Teilnehmer berichteten häufig von einer Dynamik, in der sie von Gesellschaft und Einheimischen als Ausländer betrachtet werden, was wiederum das Gefühl des Fremdseins verstärkt. Eine Muslima sagte:

„Ich lebe seit 20 Jahren hier und habe immer noch das Gefühl, als Ausländerin gesehen zu werden.“¹³⁸

Menschen fühlen sich hier nicht willkommen, da der äußeren Erscheinung ein sehr hoher Wert beigemessen wird.¹³⁹ Muslime sagten, anders wahrgenommen zu werden; es sei nicht akzeptiert, dass es deutsche Muslime gäbe. Eine junge deutsche Muslima sagte, dass es an der Zeit sei, vom Zuwanderungsdiskurs wegzukommen; Sie seien Teil der Gesellschaft, seien integriert und sollten nun von der Mehrheit in die Gesellschaft aufgenommen werden.¹⁴⁰

Diese Dynamik, das Gefühl von anderen angestarrt zu werden, und die dadurch entstehende emotionale Resonanz für Selbstwahrnehmung und Selbstverständnis wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass 75 Nicht-Muslime denken, sie werden von anderen als Deutsche betrachtet, aber nur 44 von ihnen dies überhaupt möchten. Unter Muslimen ist es genau anders herum: Nur 13 denken, sie werden von anderen

¹³⁷ HHAP, S. 9.

¹³⁸ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹³⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008 und OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁴⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

als Deutsche angesehen, 31 möchten aber als Deutsch betrachtet werden. Zusätzlich hat die Mehrheit der Muslime ein starkes oder ziemlich starkes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland, welches unter Nicht-Muslimen schwächer ausgeprägt ist (siehe Tabelle 22.).

Tabelle 22. Sehen Sie sich selbst als Deutsch?

	Muslime %	Nicht- Muslime %	Gesamt %
Sehen Sie sich selbst als Deutsche/r?	22,0	63,0	42,5
Werden Sie von den meisten anderen Leuten in diesem Land als Deutsche/r gesehen??	13,0	75,0	44,0
Möchten Sie von den meisten anderen Leuten als Deutsche/r wahrgenommen werden?	31,0	44,0	37,5
Verfügen Sie über ein sehr starkes oder ziemlich starkes Zugehörigkeitsgefühl?	52,0	36,0	44,0
Fühlen Sie sich nicht sehr stark oder überhaupt nicht Deutschland zugehörig?	43,0	61,0	52,0

Quelle: Open Society Institute

Obwohl diese Zahlen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland demonstrieren, berichten muslimische Befragte, dass die Außenwahrnehmung als Nicht-Deutsche und Fremde einem tatsächlichen Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland im Wege steht. Einige Muslime zogen aus dieser Erfahrung für sich die Schlussfolgerung, dass es weniger wichtig sei, als Deutsch betrachtet zu werden, denn als Mensch, als Bewohner dieser Welt, und nicht unbedingt als Deutsch.¹⁴¹ Muslime möchten leben wie sie sind und auch als solche gesehen werden, was ein hohes Maß an Individualität ausdrückt.

Betrachtet man die Erfahrungen derjenigen, die als Deutsche gesehen werden, sich aber selbst nicht als solche definieren, ergibt sich ein gewisses Bild eines Deutschen. Eine junge Muslima sagte:

„Ich bin nicht Deutsch, ich sehe für die Deutschen nur aus wie eine von ihnen, da ich hell und groß bin und mich modern kleide.“¹⁴²

Das Gegenstück im Kopf eines Deutschen trägt ein Kopftuch oder hat dunkle Augen oder Haare. Deutsch zu sein, wird auf Äußerlichkeiten reduziert:

„Auch wenn ich 10 deutsche Pässe hätte, sie würden mich nicht als Deutschen sehen.“¹⁴³

¹⁴¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁴² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Dies betrifft auch muslimische Frauen, die Deutsche sind, aber nicht also solche erkannt werden, da sie ein Kopftuch tragen. Hautfarbe spielt ebenfalls eine Rolle, wie ein schwarzer Moslem berichtet:

„Es ist egal, wo ich her komme. Solange ich schwarz bin, bin ich Afrikaner.“¹⁴⁴

Sichtbare Zeichen wie dunkle Hautfarbe, schwarzes Haar, islamische Kleidung oder Kopftücher fungieren als Kennzeichen des Anderen. Viele Nicht-Muslime lesen solche Kennzeichen so, dass manche Menschen nicht zu Deutschland gehören. Solche Kennzeichen gibt es nicht nur für Äußerlichkeiten, sondern auch für Lebensweisen. Eine junge Muslima berichtete:

„Ich lebe anders als Deutsche. Zum Beispiel habe ich komplett andere Vorstellungen davon, mein Leben zu genießen. Für Deutsche um mich herum heißt Spaß haben, jedes Wochenende zu feiern, das ist nichts für mich.“¹⁴⁵

Auf der anderen Seite gibt es Vorurteile gegen Deutsche. Eine deutsche Nicht-Muslima meinte:

Entweder stellst Du Dich an oder bist Rassist.¹⁴⁶

Obwohl ein großer Unterschied zwischen jemandem besteht, der von einem Mitglied der dominanten Gruppe stereotypisiert wird, und jemandem, der zu einer untergeordneten Gruppe gehört und ein Mitglied der dominanten Gruppe stereotypisiert, existiert doch eine gegenseitige Produktion von stereotypen Bildern. Das wurde in einer der OSI-Fokusgruppen deutlich. Eine junge Muslima drückte es folgendermaßen aus:

Wenn wir als Migranten uns in die Opferrolle zurück ziehen, was leicht und schnell passiert, dann erleben wir auch ein Problem, wir diskutieren Lösungen, aber man unternimmt nichts. Auf diese Weise zieht man sich schnell aus der Gesellschaft zurück.¹⁴⁷

Ein anderer Teilnehmer sinnierte über die erhöhte Empfindlichkeit von Minderheiten für gewisse Dinge, die nicht unbedingt wahr seien:

„Vielleicht filtern wir genauso wie normale Deutsche?“¹⁴⁸

Es wurde gesagt, Deutsche hätten oft das Gefühl, die Ausländer hätten es besser als sie und fühlten sich diskriminiert. Migranten, wurde gesagt, hätten genau den gleichen Eindruck, dass die Deutschen ein besseres Leben hätten.¹⁴⁹

¹⁴³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹⁴⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008

¹⁴⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁴⁶ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008

¹⁴⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁴⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Einige Muslime äußerten eine andere Art des deutsch seins im Rahmen der Fokusgruppen. Es ist das Streben nach der Staatsangehörigkeit.

„Jeder Mensch hat die gleichen Rechte, egal woher er kommt. Deutsch sein ist Ethnizität, deswegen kann ich nicht deutsch sein, aber ich kann deutscher Bürger sein.“¹⁵⁰

Diese positive Definition des deutsch seins wird oft von Erfahrungen der Ausgrenzung untergraben:

„Ich fühlte mich deutsch, bis ich die Ausgrenzung in allen Phasen meines Lebens erkannte.“¹⁵¹

Diese stereotypisierte Wahrnehmungen ethnisch Deutscher produzieren Außenseiter, Fremde, die nicht aus diesem Land kommen.

Obwohl die Befragung ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Viertel offenbarte, fühlen sich nicht alle Teilnehmer in Hamburg heimisch. Das Gefühl der Entfremdung wurde bei einigen, besonders unter älteren Migranten deutlich, denen biographische Fixpunkte in Hamburg oder Vorbilder fehlen, mit denen sie sich identifizieren könnten. Einige sagten, dass sie mit niemandem über ihre Vergangenheit sprechen könnten, oder dass niemand ihre Erfahrungen als politische Flüchtlinge nachvollziehen könne, obwohl nach dem Militärputsch 1980 in der Türkei zehntausende als politische Flüchtlinge ins Land kamen. Diese Entfremdung wird durch die stetige Erinnerung durch andere aufrechterhalten, dass sie nicht hierher gehören. Manche Befragte sagten, darunter auch in Hamburg geborene Muslime, dass sie sich als Nomaden ohne Wurzeln in der Stadt zu fühlten. Zugewanderte Muslime und Nicht-Muslime finden die „W-Fragen“ (Woher kommst Du? Was machst Du hier? Wann gehst Du wieder?) irritierend und fühlen sich wie neu angekommene Migranten behandelt. Was für einen Deutschen normal sei, müsse von einem Moslem erklärt und begründet werden, fasste ein muslimischer Teilnehmer zusammen.¹⁵²

Auf lokaler Ebene müssen sich die Menschen mit kulturellen Unterschieden, unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten und zahlreichen Mentalitäten arrangieren. Probleme ergeben sich durch unterschiedliche kulturelle Gebräuche, z. B. wenn ein Roma Schweinfleisch grillt und sich Muslime durch den Geruch belästigt fühlen, oder wenn sie ein Huhn auf dem Balkon schlachten, und Kinder aus Mittelstandsfamilien daran Anstoß nehmen.

¹⁴⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁵⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁵¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁵² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Eine gewisse Angst vor der Kontaktaufnahme zu anderen Ethnizitäten wurde geäußert, ebenso die Verhärtung ethnischer Fronten.¹⁵³ Kontakte fanden nur innerhalb der ethnischen Gruppe statt und man habe Angst vor einem Identitätsverlust. Befragte waren der Ansicht, dass ethnische Gruppen sich zu wenig vermischen und berichteten von wachsender Rivalität und Neid zwischen jungen „Kartoffeln“ (Deutschen) und „Kanacken“ (Migranten), sowie zwischen Alawiten, Sunniten, Türken und Kurden. Die Menschen in St. Pauli zeigen keine Bereitschaft, mit anderen Gruppen zurechtzukommen. Jugendliche sind insbesondere im öffentlichen Raum im Zentrum lokaler ethnischer Rivalitäten. Ältere Menschen empfinden, dass sich Jugendliche in der Öffentlichkeit schlecht benehmen und sich ein schlechtes soziales Klima entwickelt habe. Einige Teilnehmer fanden, dass es keinerlei Respekt gebe, besonders gegenüber Frauen und Menschen aus anderen Kulturen.

Die Vielschichtigkeit von Identitäten erfordert einen breiter gefächerten Ansatz als auf rein kultureller oder religiöser Ebene, um den Bedürfnissen von Muslimen zu begegnen. Die Kulturbehörde arbeitet engagiert an der Förderung interkultureller Aktivitäten. So sollen etwa lokal Prominente als Botschafter und Ansprechpartner bei zahlreichen interkulturellen Veranstaltungen auftreten. Theater, Museen, Schulen und Kindergärten werden als Plattformen solcher Veranstaltungen genutzt, mit dem Ziel, jungen Menschen etwas über ihre eigene und andere Kulturen nahe zu bringen. Die Reduzierung der bestehenden Vielfalt an Identitäten auf folkloristisch kulturelle und religiöse Traditionen wird von manchen Muslimen als Versteifung kultureller und religiöser Stereotypen betrachtet, die den Integrationsprozess eher behindern.¹⁵⁴ Die jährlich stattfindende Interkulturelle Woche versucht dies mit neuen kulturellen Veranstaltungen zu verhindern.

Es gab einige Berichte über Rechtsextremisten, aber es wurde gesagt, dass sie in der Öffentlichkeit nicht sehr präsent sind. Der Hamburger Integrationsplan beschreibt die Situation in Stadtteilen mit hoher Konzentration ethnischer Gruppen.¹⁵⁵ Diese Gruppen sind verschlossen, es gibt wenig Kontakt zur Aufnahmegesellschaft, und Deutsche in diesen Vierteln leiden selbst unter sozialem Abstieg. Der HHAP sieht in dieser Mischung einen potentiellen Konfliktherd und eine abnehmende Integrationsbereitschaft.¹⁵⁶

Trotz Berichten eines starken Zugehörigkeitsgefühls im Stadtteil im Rahmen der OSI-Studie wurden Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit als Hindernisse für Zugehörigkeitsgefühl zu Bezirk oder Stadt genannt. Es bestand häufig Frustration bezüglich Deutschen, die nicht mit Ausländern umgehen könnten und sich schlecht benähmen. Befragte berichteten von Demonstration ethnischer Überlegenheit

¹⁵³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁵⁴ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁵⁵ HHAP, S. 33.

¹⁵⁶ HHAP, S. 33.

innerhalb jeder ethnischen Gruppe. Einige sehen Deutsche als schlechte Menschen und sie berichteten von Diskriminierung durch Deutsche. Diese Pattsituation scheint Auswirkung eines Entfremdungsprozesses zu sein, der soziale Konflikte in ethnisch-religiöse Rivalitäten verwandelt, wo Jugendliche einer anderen ethnischen Gruppe deutsche Jugendliche beleidigen und sie denken dass ihre Religion besser sei, so ein nicht-muslimischer Teilnehmer.¹⁵⁷ Einerseits wird die ethnisch-deutsche Gruppe eine unter vielen und steht so für die ethnische Vielfalt der Gegend. Andererseits stellt die deutsche Ethnizität die vorherrschende Gruppe mit einem massiven Unterschied bei den Machtbeziehungen zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Selbst wenn Kontakt gesucht werde, hieße es irgendwann immer, „Der ist doch nur Albaner, Kurde etc.“, sagte ein junger Nicht-Muslime.¹⁵⁸ Einige denken, dass auch die Eltern für die Förderung von Vorurteilen verantwortlich sind.

Wendepunkte in Bezug auf das Zugehörigkeitsgefühl

Die Mehrheit der Befragten wurde nie aufgrund ihrer Ethnizität, Religion, ihres Wohnorts, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer Hautfarbe diskriminiert (siehe Tabelle 23.).

¹⁵⁷ OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

¹⁵⁸ OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

Tabelle 23. Diskriminierungserfahrung

Nie diskriminiert aufgrund: ¹⁵⁹	Muslime männlich %	Muslime weiblich %	Nicht-Muslime männlich %	Nicht-Muslime weiblich %	Gesamt (Durchschnitt) %
Ethnizität	52,9	40,8	61,2	66,7	55,5
Religion ¹⁶⁰	41,2	20,4	81,6	90,2	58,5
Wohnort	66,7	61,2	59,2	56,9	61,0
Geschlecht ¹⁶¹	92,2	75,5	67,3	29,4	66,0
Alter	84,0	85,7	61,2	54,9	71,4
Hautfarbe	76,5	85,7	81,6	86,3	82,5

Quelle: Open Society Institute

Dieses Bild ändert sich, wenn man die Diskriminierungserfahrung je Gruppe analysiert. Während die Mehrzahl muslimischer Frauen Diskriminierung hauptsächlich aufgrund ihrer Religion erfährt (79,6%), basiert die hauptsächliche Diskriminierungserfahrung nicht-muslimischer Frauen auf ihrem Geschlecht (70,6%). Das Thema Kopftuch kombiniert die unterschiedlichen Aspekte geschlechtlicher, ethnischer und religiöser Diskriminierung, wie der Human Rights Watch-Bericht zu Deutschland belegt.¹⁶²

Eine Mehrheit von 175 Befragten fand, dass viele oder ziemlich viele Vorurteile in Deutschland kursieren. Unter Muslimen dominiert das Gefühl, dass sich diese Situation in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat. Tabelle 24 zeigt, dass mehr Muslime eine Verschlechterung sehen als Nicht-Muslime.

¹⁵⁹ Die Tabelle umfasst Befragte jeder Gruppe, die angeben, keine Diskriminierung erlebt zu haben. Um zu ermitteln, wie viele angaben, dass sie diskriminiert wurden, muss der Prozentsatz von 100 subtrahiert werden.

¹⁶⁰ Diese Zahlen zeigen den Anteil der Befragten, die keine Diskriminierung aus religiösen Gründen erlebt haben. Der Anteil derer, die Diskriminierung erfahren haben, kann durch Subtraktion des Anteils von 100 ermittelt werden.

¹⁶¹ Diese Zahlen zeigen den Anteil der Befragten, die keine Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechtes erlebt haben. Um zu ermitteln, wie viele aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert wurden, muss der Anteil von 100 subtrahiert werden.

¹⁶² Human Rights Watch, "Discrimination in the Name of Neutrality: Headscarf Bans for Teachers and Civil Servants in Germany", Human Rights Watch, New York, Februar 2009, abrufbar unter http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/germany0209_web.pdf (Zugriff im Januar 2010).

Tabelle 24a. Gegenwärtiger Grad rassistischer Vorurteile in Deutschland¹⁶³

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Viele	41,0	51,0	46,0
Ziemlich viele	42,0	40,0	41,0
Ein paar	13,0	7,0	10,0
Keine	0,0	0,0	0,0
Weiß nicht	3,0	2,0	2,5
k. A.	1,0	0,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Tabelle 24b. Vergleich des Grades rassistischer Vorurteile früher und heute

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Weniger rassistische Vorurteile als vor fünf Jahren	8,0	7,0	7,5
Mehr Vorurteile als vor fünf Jahren	60,0	34,0	47,0
Ungefähr genauso viele Vorurteile	19,0	56,0	37,5
Weiß nicht	10,0	2,0	6,0
k. A.	3,0	1,0	2,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

¹⁶³ Die ersten beiden Spalten zeigen die Antworten der zwei Gruppen von (jeweils 100) Befragten. Die Spalte Gesamt zeigt den Anteil der 200 Befragten.

Tabelle 24c. Gegenwärtiger Grad religiöser Vorurteile in Deutschland

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Viele	43,0	38,0	40,5
Ziemlich viele	44,0	41,0	42,5
Ein paar	11,0	17,0	14,0
Keine	0,0	0,0	0,0
Weiß nicht	2,0	4,0	3,0
k. A.	0,0	0,0	0,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Tabelle 24d. Vergleich des Grades religiöser Vorurteile früher und heute

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Weniger religiöse Vorurteile als vor fünf Jahren	4,0	3,0	3,5
Mehr Vorurteil als vor fünf Jahren	72,0	57,0	64,5
Ungefähr genauso viele Vorurteile	15,0	30,0	22,5
Weiß nicht	9,0	6,0	7,5
k. A.	0,0	4,0	2,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Die weit verbreitete Wahrnehmung von Vorurteilen unter nahezu allen Befragten sowie die steigende Anzahl religiöser Vorurteile in Deutschland in den Augen der meisten muslimischen Teilnehmer unterstreicht die weitreichende Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation. Während des Runden Tisches in Hamburg wurde von mehreren Teilnehmern bestätigt, dass Diskriminierung von Muslimen zunehmend gesellschaftlich akzeptiert werde, besonders bei sichtbaren religiösen Symbolen wie dem Kopftuch.¹⁶⁴ Der Verfasser dieses Berichts wurde nach dem Mord an der schwangeren, 31-jährigen ägyptischen Apothekerin Marwa El-Sherbini in einem Gerichtssaal in Dresden im Juli 2009 als Reaktion auf ihre Klage gegen einen Russland-Deutschen,

¹⁶⁴ OSI führte im Juni 2009 ein Treffen am Runden Tisch in Hamburg durch und lud Akteure ein, um einen Entwurf dieses Berichtes zu besprechen und zu kommentieren (nachfolgend OSI-Runder Tisch, Juni 2009).

der sie auf einem Spielplatz beleidigt hatte, von drei muslimischen Frauen angesprochen. Die drei Frauen suchten nach einer Möglichkeit, ihren eigenen Ängsten und ihrem Ärger über ihre Erfahrungen mit Islamophobie öffentlich Ausdruck zu verleihen. Die Tatsache, dass dieser Mord erst nach beinahe einer Woche als geringfügiges Ereignis in der Presse erschien, erscheint als Zeichen der sozialen Akzeptanz der Diskriminierung von Muslimen.¹⁶⁵

Es gibt viele Fälle, in denen Muslime Diskriminierung erfahren. In der Öffentlichkeit existiert jedoch ein einseitiges, verallgemeinerndes Bild über sie und werden ihre Stimmen nicht gehört. Die Einführung von Antidiskriminierungsgesetzen hat die Sensibilität, dass etwas gegen Diskriminierung unternommen werden muss, in Hamburg leicht erhöht. Die schwarz-grüne Koalition kündigte in ihrem Koalitionsvertrag die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle an, der Arbeitsstelle Vielfalt, die der Justizbehörde unterstellt ist. Diese Stelle nahm am 1. August 2009 ihre Arbeit auf. Ob diese Stelle tatsächlich mehr Unterstützung für Diskriminierungsoffer bieten wird wie in Berlin, wo eine institutionalisierte Initiative aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gegen Diskriminierung vorgeht, bleibt abzuwarten. Das Konzept der Diskriminierung wird im Hamburger öffentlichen Diskurs nicht verwendet, auch nicht im HHAP. Die Hoffnung besteht, dass eine Antidiskriminierungsstelle in der Stadt Diskriminierung sichtbar machen wird, Empfehlungen aussprechen und die Situation in der Stadt beobachten wird, so wie in Berlin oder Nordrhein-Westfalen, wo Diskriminierung durch die Arbeit der Polizei aufgedeckt wird.

In Hamburg wird Diskriminierung nicht öffentlich geäußert und die Mehrheit betrachtet Barrieren und schlechtes Abschneiden von Muslimen und Migranten eher als persönliches Versagen, denn als Folgen struktureller Diskriminierung. Das Fehlen des Begriffs „Diskriminierung“ im HHAP ist ein Zeichen dafür. Nur einmal im Zusammenhang mit dem Wohnungswesen wird erwähnt, dass eine Diskriminierung von Ausländern in Bezug auf Wohnstandards auftritt.¹⁶⁶ Ein weiteres Anzeichen für den fehlenden Diskriminierungsdiskurs waren die Kommentare einiger Teilnehmer des Runden Tisches, welche die Gelegenheit begrüßten zum ersten Mal über Diskriminierungserfahrungen sprechen zu können.¹⁶⁷ Innerhalb der muslimischen Gemeinden gibt es keine Auseinandersetzung mit religiöser oder anderen Formen der Diskriminierung, obwohl soziale Beratungsstellen in einigen Moscheen bestehen. Die Zentralmoschee sammelt Diskriminierungsfälle, aber diese wurden noch nicht gerichtlich behandelt, da

¹⁶⁵ Karin Schädler, „Mord mit islamfeindlichem Hintergrund?“, die Tageszeitung, 6. Juli 2009, abrufbar unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/mord-mit-islamfeindlichem-hintergrund/> (Zugriff im Januar 2010); siehe auch Leserkommentare zum Artikel, abrufbar unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/kommentarseite/1/mord-mit-islamfeindlichem-hintergrund/kommentare/1/1/> (Zugriff im Januar 2010).

¹⁶⁶ HHAP, S. 73.

¹⁶⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

von staatlicher Seite noch keine Gegenstelle besteht.¹⁶⁸ Muslimische Sozialarbeiter berichten, dass Diskriminierung häufig in Gesprächen im Zusammenhang mit Schule, Wohnungswesen oder Arbeitsmarkt zur Sprache kommt. Allerdings sind sie nicht dafür ausgebildet, Diskriminierung im Sinne des AGG zu erkennen, und wie dann Fälle vorgebracht werden, die sich für ein Gerichtsverfahren oder rechtliche Beratung eignen würden. Es wurde jedoch ein Fall vor Gericht gebracht: eine muslimische Frau hatte sich auf eine Stelle bei der christlichen Diakonie beworben und war mit der Begründung abgelehnt worden, nicht der christlichen Kirche anzugehören.¹⁶⁹ Diskriminierung sollte nicht auf muslimische Erfahrungen reduziert werden, sondern als verletzend für Jedermann betrachtet werden. Diskriminierungsopfer brauchen die Unterstützung und Solidarität der gesamten Gesellschaft.

Wendepunkte sind laut Fragebögen und Fokusgruppen der 11. September und die Wiedervereinigung Deutschlands. Zwei ältere Muslime in einer Fokusgruppe diskutierten die Wiedervereinigung in negativem Licht:

Man hätte die Bürger nicht aufnehmen sollen, wenn man sie nicht unterhalten kann. So werden mir heute meine Rechte genommen. Wir sind 5 Millionen Ausländer, wir haben nichts von dem Geld bekommen, das in die DDR geflossen ist. Mit der DDR wurden 20 Millionen neue Staatsbürger aufgenommen. Das hätte nicht geschehen sollen. Mich lassen sie arbeiten und die kriegen das Geld.¹⁷⁰

Die Wiedervereinigung brachte das gesamte Volk eines Staates in die Bundesrepublik Deutschland, aber Ethnizität ist nun Kernpunkt der Debatten und Diskussionen über Identität.¹⁷¹ Einer der Teilnehmer beschrieb dies folgendermaßen:

Wir haben mehrere Integrationszeitalter durchlebt. Am Anfang waren da die „Gastarbeiter“, dann das „Ausländerproblem“, ein paar Jahre später war es das „Türkenproblem“ und heute ist es ein muslimisches Problem.¹⁷²

Rassistische und diskriminierende Einstellungen sind dieselben geblieben. Der Feind wurde nur aufgrund des Themas Islam anders definiert.¹⁷³

¹⁶⁸ OSI-Runder Tisch, Juni 2009. Zum Zeitpunkt des Runden Tisches war die Arbeitsstelle Vielfalt noch nicht aktiv. Sie nahm ihre Arbeit im Dezember 2009 auf.

¹⁶⁹ Ülkü Güney und Andreas Hieronymus, ENAR Shadow Report 2007. Racism in Germany, ENAR, Brüssel, 2007, abrufbar unter <http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/national/Germany%20-%20SR%202007.pdf> (Zugriff 1. Mai 2010).

¹⁷⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁷¹ Nevim Cil, „Türkische Migrantinnen und der Mauerfall“, APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 21–22/2009, 18. Mai 2009, S. 40–46.

¹⁷² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁷³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Die Geschehnisse des 11. September 2001 werden in den Daten häufig als der zweite Wendepunkt beschrieben. Selbst junge Muslime in der OSI-Fokusgruppe erinnern sich lebhaft an den Tag. Ein Mädchen beschrieb den Wandel der Atmosphäre: die Menschen reagierten entweder eher aggressiv oder eher ängstlich.¹⁷⁴ Ein anderer junger muslimischer Mann beschrieb eine damalige Busfahrt mit seiner Mutter.

Ich packte meinen Koran aus, um ein wenig zu lernen. Der Bus fuhr bereits seit 45 Minuten, es war ein normaler öffentlicher Bus. Plötzlich stieg ein Deutscher panisch aus. Der Bus fährt los und hält wieder und der Busfahrer kommt auf uns zu. Ich wunderte mich, was nun los war. Der Busfahrer sagte zu uns: „Beruhigen sie sich, haben sie keine Angst, wenn die Polizei kommt. Dieser Mann, der gerade ausgestiegen ist, sagte du und deine Mutter planen einen terroristischen Angriff.“ Meine Mutter trägt nicht mal in Kopftuch, es war nur, weil ich meinen Koran ausgepackt hatte.¹⁷⁵

Muslime berichteten aber nicht nur von Aggressionen und Angst, sondern auch davon, dass sich seit dem 11. September mehr Menschen mit dem Islam auseinander gesetzt haben und es mehr Gespräche gäbe. Die Menschen stellten ihre eigenen Fragen darüber, was der Islam ist. Momentan könnten Muslime mehr darüber sprechen, wie der Islam wirklich sei, sagte ein muslimisches Mädchen.¹⁷⁶ Ein anderer Moslem erklärte, je mehr gegen Muslime gesprochen wurde, desto größer sei die Solidarität innerhalb der muslimischen Gemeinschaft geworden, mit der Nebenwirkung der Abschottung vom Rest der Gesellschaft.¹⁷⁷

4.3 Näherer Kontakt

Die Kontakthäufigkeit mit anderen Ethnien und Religionen in Nachbarschaftsgruppen, Krankenhäusern, Volkshochschulkursen oder bei sportlichen Aktivitäten ähnelt sich bei Muslimen und Nicht-Muslimen (Tabelle 25.).

¹⁷⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹⁷⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008

¹⁷⁶ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹⁷⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008

Tabelle 25. Näherer Kontakt in Hamburg

Kontakt mit Menschen anderer ethnischer Herkunft und Religion	Muslime	Nicht-Muslime
Viertel	27 (wöchentlich)	25 (monatlich)
Nachbarschaftsgruppen	13 (wöchentlich/monatlich)	13 (wöchentlich/monatlich)
Jugendgruppen	21 (wöchentlich)	10 (wöchentlich)
Gesundheitszentrum, Krankenhaus	10 (jährlich)	10 (jährlich)
Volkshochschulkurs	3 (jährlich)	4 (jährlich)
Bei einer sportlichen Aktivität	30 (wöchentlich/monatlich)	30 (wöchentlich/monatlich)

Quelle: Open Society Institute

Muslime haben eher wöchentlich als monatlich näheren Kontakt mit anderen Ethnien und Religionen in gemischten Jugendgruppen. Es besteht ein ähnlich hoher Grad an Kontakten im Viertel und in Nachbarschaftsgruppen. Obwohl einige der hauptsächlich jüngeren Teilnehmer ihr Viertel als langweilig und eine Verhärtung der Fronten bezüglich ethnischer Identität im qualitativen Teil der Befragung beschrieben, erwiesen sich die Kontakte zwischen unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen im quantitativen Teil als recht aktiv. Dabei besitzen Nicht-Muslime zu Hause eine höhere Kontaktrate an interreligiösem und interethnischem Kontakt als Muslime. Beide Gruppen haben eher wöchentlich als täglich miteinander Kontakt (Tabelle 26).

Tabelle 26. Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte zu Hause

	Muslime %	Nicht-Muslime %
Täglich (religiös)	11,0	28,0
Täglich (ethnisch)	11,0	23,0
Wöchentlich / monatlich (religiös)	26,0	51,0
Wöchentlich / monatlich (ethnisch)	51,0	66,0

Quelle: Open Society Institute

Nicht-Muslime haben als größte soziale Gruppe mehr Kontakt mit Menschen, die einer anderen Religion oder Ethnizität angehören. Muslime unterhalten eher Kontakte zu Menschen mit anderer Ethnizität, jedoch des gleichen Glaubens. Nicht-Muslime scheinen Menschen mit einer anderen Religion oder Ethnizität etwas häufiger

einzuladen als Muslime, obwohl der Grad ethnischer Kontakte in beiden Gruppen relativ hoch ist (siehe Tabelle 27.).

Tabelle 27. Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte in Geschäften

	Muslime %	Nicht-Muslime %
Täglich (religiös)	21,0	12,0
Täglich (ethnisch)	24,0	19,0
Wöchentlich (religiös)	23,0	27,0
Wöchentlich (ethnisch)	28,0	36,0

Quelle: Open Society Institute

Die Zahl der Muslime, die täglich oder wöchentlich in Geschäften Kontakt zu anderen Ethnien zu haben, ist relativ konstant, während Nicht-Muslime eher wöchentliche als tägliche Kontakte haben. Dies mag die unterschiedlichen Einkaufsgewohnheiten der beiden Gruppen widerspiegeln. Muslime treffen andere täglich und wöchentlich in Geschäften, während Nicht-Muslime gewöhnlich nur einmal in der Woche einkaufen gehen (Tabelle 28.).

Interethnische und interreligiöse Kontakte in Bars, Diskotheken, Gemeindezentren oder religiösen Orten folgen bei Muslimen und Nicht-Muslimen gänzlich unterschiedlichen Mustern. Während Muslime eine sehr niedrige Anzahl an Kontakten angaben, ist die Anzahl der Kontakte unter Nicht-Muslimen in Bars und Diskotheken sehr hoch.

Tabelle 28. Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte in Bars oder Diskotheken

Nicht-Muslime	Andere Ethnie %	Andere Religion %
Täglich	2,0	2,0
Mindestens einmal pro Woche	15,0	10,0
Mindestens einmal pro Monat	30,0	21,0
Mindestens einmal pro Jahr	25,0	18,0
Überhaupt nicht	23,0	39,0
Weiß nicht	5,0	10,0
Gesamt	%	100,0
	Anzahl	100

Quelle: Open Society Institute

Die Antworten (Tabelle 28.) zur Kontakthäufigkeit in Bars und Diskotheken erhalten einen besonderen Stellenwert aufgrund der Tatsache, dass im Forschungsgebiet einige Moscheen im gleichen Stadtteil wie das Rotlichtviertel liegen, am Steindamm in St.

Georg nahe des Hauptbahnhofs. Das Lesben- und Schwulenviertel von Hamburg mit zahlreichen Bars und Restaurants liegt ebenfalls in der Nähe.

Das Bild kehrt sich bei Gemeindezentren und Orten des Glaubens ins Gegenteil. Dort bestehen sehr wenige Kontakte unter Nicht-Muslimen, jedoch sehr viele unter Muslimen (Tabelle 29.).

Tabelle 29. Häufigkeit interreligiöser und interethnischer Kontakte an Orten des Glaubens

Muslime	Andere Ethnie %	
Täglich	16,0	
Mindestens einmal pro Woche	37,0	
Mindestens einmal pro Monat	14,0	
Mindestens einmal pro Jahr	8,0	
Überhaupt nicht	25,0	
Weiß nicht	0,0	
Gesamt	%	100,0
	Anzahl	100

Quelle: Open Society Institute

Bestimmte Vergnügungstätten wie Diskotheken, Bars oder Clubs werden oft als Orte betrachtet, von denen arme oder dunkelhäutige Menschen ausgeschlossen sind, so ein Muslim.¹⁷⁸ Wenn sich junge Muslime in Bars oder Clubs treffen möchten, können sie Probleme haben, Einlass zu erhalten. Das Hamburger Abendblatt führte im Jahr 2008 einen Test mit zwei jungen Studenten äthiopischer und iranischer Herkunft durch. In acht von neun Bars und Diskotheken wurde ihnen von Türstehern der Eintritt verwehrt.¹⁷⁹ Der vom Bezirk einberufenen Runde Tisch, an dem dieses Vorkommnis diskutierte wurde, kam zu dem Schluss, dass es schwierig sei, von Diskriminierung zu sprechen, da die meisten Türsteher türkischer Abstammung waren. Damit war gemeint, dass sie andere Migranten nicht diskriminieren könnten.¹⁸⁰ Dieser Fall verdeutlicht, dass es ein mangelndes Verständnis darüber gibt, was Diskriminierung ist, was die Bestimmungen des AGG sind und wie sie die Opfer betreffen.

¹⁷⁸ OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

¹⁷⁹ Thomas Andre, „Die Toleranz endet beim Türsteher“, *Hamburger Abendblatt*, 8. September 2008, abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article937604/Die-Toleranz-endet-beim-Tuersteher.html> (Zugriff im Januar 2010).

¹⁸⁰ Rebecca Kresse und Thomas Andre, „Türsteher, Die Debatte geht weiter“, *Hamburger Abendblatt*, 28. Oktober 2008, abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article571813/Tuersteher-Die-Debatte-geht-weiter.html> (Zugriff im Januar 2010).

Die qualitativen Daten aus den Fragebögen zeigen, dass sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime Straßen und Kneipen als Orte sahen, an denen Menschen Alkohol trinken und aggressiver sind. Durch Alkohol geförderte Aggression wird von Muslimen häufig als beunruhigend und gefährlich betrachtet. Aus muslimischer Perspektive erhält sie eine zusätzliche, religiöse Dimension.

Hamburg wird von einigen Muslimen und Nicht-Muslimen als eine eher förmliche Umgebung charakterisiert; Befragte erwähnten die erfahrene Orientierungslosigkeit in sozialen Situationen, da die Menschen distanziert reserviert waren. Die Beschreibung von Hamburg und seinen Bewohnern vermischt sich häufig mit allgemeinen Stereotypen von Deutschen und Deutschland allgemein. Teilnehmer gaben an, die allgemeine Lebenseinstellung der Deutschen nicht zu teilen, die als negativ betrachtet wird. Befragte gaben an, dass ihnen sozialer Kontakt fehlt, wo sich Menschen gegenseitig helfen und eine optimistische Zukunftsperspektive haben. Die lokale Bevölkerung wird als nicht spontan und nicht sehr kommunikativ beschrieben. Ihre Einstellung gegenüber Migranten wurde kritisiert und Befragte sprachen von Angst vor Nationalismus und Chauvinismus. Nicht-muslimische Befragte beschrieben diese Eigenschaften als starke Betonung der eigenen Wurzeln, gemischt mit einem intensiven Lokalpatriotismus. Die Abschottung und der enge Zusammenhalt von Menschen und Gemeinden wurden häufig erwähnt und von muslimischen wie nicht-muslimischen Befragten nicht nur innerhalb der Migrantenpopulation, sondern auch unter Nicht-Migranten beobachtet. Unter deutschen Nicht-Muslimen mag dies eine Beobachtung regionaler Unterschiede sein, wie eine Herkunft aus dem Rheinland oder Ostdeutschland.

Obwohl Muslime Vertrauen in Polizei und Gerichte haben, wurden Behörden und öffentlichen Einrichtungen von einigen Muslimen als bedenklich erfahren, da sie sich herabgesetzt fühlten. Sie berichteten von einer Atmosphäre, in der klargestellt wird, dass sie nicht deutsch sind. Muslime beklagten sich über Beamte, die mit ihnen sprechen, als seien sie gerade erst aus dem Ausland angekommen. Es wurde angemerkt, dass Ausländer nicht wie kleine Kinder ausgeschimpft werden könnten.¹⁸¹ Sozialämter, Job Center und Polizei wurden als zu bürokratisch und sachlich bezeichnet, was von manchen Muslimen und Nicht-Muslimen als diskriminierend gegenüber Migranten beschrieben wurde.¹⁸² Dies widerspricht nicht unbedingt der Erkenntnis, dass Muslime Vertrauen in Polizei und Gerichte haben. Obwohl Muslime Diskriminierung seitens einzelner Vertreter dieser Institutionen erfahren, untergräbt dies nicht das grundsätzliche Vertrauen in sie, da solche Einrichtungen Vorschriften befolgen, die sich selbst nicht aufgestellt haben.¹⁸³

Die Hamburger Politik wurde von einigen Befragten als eine charakterisiert, die den Interessen der Wohlhabenden folgt, ohne etwaige Vertretung Benachteiligter. Die

¹⁸¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁸² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁸³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Stadt wurde als kapitalistisches Unternehmen dargestellt, in dem durch ungleiche Einkommens- und Arbeitsverteilung große soziale Unterschiede und eine tiefe Lücke zwischen Arm und Reich geschaffen werden. Befragte bemerkten zunehmende Spannungen nicht nur aufgrund unterschiedlicher Ethnien, sondern auch zwischen den sozialen Schichten.

Befragte berichteten, dass muslimische Frauen mit Kopftüchern in wohlhabenden Vierteln, im Stadtzentrum oder in Einkaufspassagen starrende Blicke auf sich ziehen. Deswegen fühlen sich viele Muslime unwohl und nicht willkommen.¹⁸⁴ Gewerbliche Räume fördern das Zugehörigkeitsgefühl in Hamburg nicht. Dies mag der Grund dafür sein, warum sich Migranten andere Orte viel leichter zu Eigen machen. Der Marktplatz ist häufig das beste Forum, auf dem Neuankömmlinge arbeiten können. Der HHAP behandelt ein neues System der aktiven Stadtentwicklung, bei dem Problemzonen durch die Modernisierung alter Gebäude und Neubauten verbessert und stabilisiert werden sollen, verbunden mit einer Verteilungspolitik für Sozialwohnungen, um Segregation und die Polarisierung der Stadt zu verhindern.¹⁸⁵

Aus Perspektive der Befragten ist die Stadt sehr stark polarisiert und wird Ausgrenzung als eine tägliche Gegebenheit erfahren, besonders von Jugendlichen. Einige Muslime beschrieben nicht kulturell vielfältige Gegenden als problematisch, da sich nicht gebürtige Deutsche und Immigranten dort schwer als zugehörig fühlen könnten. Migranten fallen dort stärker auf, Rassismus ist geläufig und Geschäfte führen nur Produkte für ethnisch Deutsche. Solche Viertel liegen am Stadtrand, jedoch auch in einigen Teilen im Zentrum Hamburgs, wo keine kulturelle Vielfalt besteht und Religion als etwas Negatives betrachtet wird. In Gegenden, in denen nur Deutsche leben, beschrieben manche Muslime, aufgrund ihres Äußeren nicht akzeptiert, ignoriert, beleidigt oder sogar gewaltsam angegriffen zu werden.¹⁸⁶ Ein Muslim berichtete von ähnlichen Erfahrungen aus kleinen Dörfern in der Nähe von Hamburg.¹⁸⁷

Einige Teilnehmer beschrieben Gegenden mit hohem Ausländeranteil als Ghettos. Teile der Innenstadt wie Alsenplatz oder Lutherstraße, oder Vorstädte mit Sozialbauten wie in Steilshoop, Osdorf (Born), Mümmelsmannsberg, Billstedt oder Wilhelmsburg haben einen hohen nicht ethnisch deutschen Bevölkerungsanteil und die Anwohner können sich nicht deutsch fühlen. Grundsätzlich gibt es ein starkes Zugehörigkeitsgefühl zu den Vierteln, manche Muslime beschrieben dieses Gefühl positiv, als vergleichbar mit dem Leben in einer türkischen Stadt. Andere zogen eher negative Schlüsse: „Wir leben zu sehr unter uns.“¹⁸⁸ Einige Muslime sagten aus, nur ihre Nachbarschaft zu kennen, nicht aber soziale Orte in anderen Teilen der Stadt.

¹⁸⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

¹⁸⁵ HHAP, S. 34.

¹⁸⁶ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁸⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

¹⁸⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

5. ERFahrungen muslimischer Gemeinden: BILDUNG

Dieses Kapitel untersucht die Hauptanliegen im Bildungsbereich. Es befasst sich mit den Erfahrungen der Teilnehmer im Bildungssystem, den Schwierigkeiten auf dem Weg zu schulischem Erfolg, mit Sprache, der Rolle der Religion und schließlich mit Initiativen des Hamburger Bürgerrats für die Verbesserung von Bildungserfolg, Qualität und Ausstattung.

Bildung ist in Deutschland sehr umstritten. Themen sind die Rolle der Kindergärten bei der Vorbereitung auf die Grundschule und die Frage, ob das bestehende dreigliedrige Schulsystem noch angemessen ist.

Mit Veröffentlichung der Pisa-Studie¹⁸⁹ der OECD im Jahr 2000, in der erstmals das Abschneiden von Schulen international verglichen wurde, wurde deutlich, dass das deutsche Schulsystem teuer, ineffizient und hoch selektiv ist. Dies war der Auslöser für zahlreiche Veränderungen und neue Ansätze. Das Hamburger Bildungssystem hat seitdem mehrere Reformen durchlaufen, die oft mit finanziellen und personellen Kürzungen einhergingen.

Der HHAP verfolgt einen Ansatz, der die zentralen Bildungsfragen ganzheitlich angehen will. Das Kapitel über Bildung widmet sich Vorschulen, öffentlichen Schulen, dem Übergang zur Ausbildung und Lehre, Universitäten und der Erwachsenenbildung. Die 2008 von der schwarz-grünen Regierung beschlossenen Reformen, die wichtige Empfehlungen des HHAP umsetzen sollen und einen radikalen Wandel in Hamburgs Schulsystem versprechen, wurden nicht mit einbezogen.

5.1 Die Situation in Vorschulen

KESS¹⁹⁰ ist ein aus 30 Variablen zusammengesetzter sozialer Indikator, der die sozialen Bedingungen von Hamburger Grundschulkindern im Jahr 2006 misst. Die Indikatoren zeigen, dass drei der OSI-Forschungsgebiete zu einer Gruppe von 32 unterprivilegierten Gegenden in Hamburg gehören, in denen Schüler benachteiligt sind.¹⁹¹

Der HHAP berichtet, dass im Schuljahr 2005–2006 laut Sprachstandsmessung 18,3% der einsprachig deutschen Vorschulkinder besondere Sprachförderung benötigen. Von den zweisprachigen Vorschulkindern benötigten 55% ebenfalls Förderung.¹⁹² Zur Verbesserung der Situation konzentriert sich der HHAP auf Bildungsstandards und

¹⁸⁹ PISA steht für "Programme for International Student Assessment", abrufbar unter <http://www.pisa.oecd.org> (Zugriff im Januar 2010).

¹⁹⁰ Studie über Kompetenzen und Einstellungen von Schülern und Studenten, 2006.

¹⁹¹ „Die soziale Spaltung Hamburgs. Analyse der GAL-Bürgerschaftsfraktion“, abrufbar unter <http://www.hamburg-kreativstadt.de> (Zugriff im Januar 2010).

¹⁹² HHAP, S. 13.

Sprachförderung. Seit 2004 wird ein Jahr vor Anmeldung zur Grundschule die sprachliche Entwicklung eines Kindes im Deutschen und der Herkunftssprache mit Hilfe eines Sprachstandstests untersucht. Fehlen Kindern die nötigen Sprachfähigkeiten, sind sie seit 2006 verpflichtet, an speziellen sprachunterstützenden Maßnahmen in Tageseinrichtungen teilzunehmen, wenn nötig, mit Eins-zu-Eins Betreuung.¹⁹³ Seit 2005 haben alle Kinder über drei Jahren bis zu Erreichung des Schulalters einen Anspruch auf fünf Stunden Kinderbetreuung in einer Kita, allerdings nicht unbedingt umsonst.¹⁹⁴ Im Schuljahr 2007–2008 nahmen 1.653 Kinder an vorschulischen Sprachförderungsprogrammen teil.¹⁹⁵ Daten zur Anzahl muslimischer Kinder in Kindertagesstätten sind nicht verfügbar. Im Jahr 2007 einigten sich Bund und Länder auf einen massiven Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei. Um die vereinbarte Quote von 35% aller Kinder zu erreichen, muss Hamburg bis 2013 rund 5.900 neue Kindergartenplätze schaffen.¹⁹⁶

5.2 Die Situation in Grund- und weiterführenden Schulen

In Hamburg-Mitte befinden sich zahlreiche Schulen: 58 öffentliche und 12 private.¹⁹⁷ Es gibt 25 öffentliche und sechs private Grund-, Haupt- und Realschulen, fünf öffentliche und drei private Gymnasien, fünf öffentliche integrierte Gesamtschulen, sechs öffentliche Sonderschulen, drei öffentliche und eine private Abendschule und 16 öffentliche Berufsschulen.

Für Einwanderer kann es schwierig sein, die Unterschiede zwischen den Schultypen zu verstehen, wie eine Muslima ausführte:

Als wir damals ankamen, kannten wir das Schulsystem nicht. Wir dachten, es wäre wie in der Türkei. Wir wussten nicht, was eine Realschule oder was ein Gymnasium ist. Obwohl meine älteste Tochter sehr intelligent ist und die Lehrer darauf bestanden, sie ins Gymnasium zu schicken, dachte ich, dass sie wie in der Türkei, sowieso arbeiten gehen würde und schickte sie auf die Realschule. (...) Jetzt arbeitet sie seit 15 oder 20 Jahren als Angestellte bei der AOK.¹⁹⁸

¹⁹³ §§42 Abs.1, 28a Abs. 2, Hamburgisches Schulgesetz (HmbSG).

¹⁹⁴ Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG), 27 April 2004, abrufbar unter http://hh.juris.de/hh/KiBetrG_HA_rahmen.htm (Zugriff im Januar 2010).

¹⁹⁵ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport. Hamburg Schulstatistik im Überblick: Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler in Hamburg, 2007/2008, nachfolgend Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport 2007/2008.

¹⁹⁶ Richtlinie der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG), Investitionsprogramm Krippenausbau 2008–2013 (November 2008), abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/118866/data/foerderrichtlinie-2008-2013.doc> (Zugriff im Januar 2010).

¹⁹⁷ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport 2007/2008.

¹⁹⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Ein muslimisches Mädchen erzählte von ihrem algerischen Nachbarn:

Er war noch ein Kind und er war nicht so gut in der Schule, und sie sagten den Eltern, er müsse auf eine Sonderschule gehen. Die Eltern dachten leider, es sei wirklich eine besondere Schule, und freuten sich. Irgendjemand muss bemerkt haben, dass sie da etwas missverstanden hatten. Kein Elternteil freut sich, wenn sein Kind auf eine „Sonderschule“ geschickt wird. Ich bin wirklich wütend geworden, weil niemand ihnen irgendwas erklärt hatte.¹⁹⁹

Die verfügbaren Daten zeigen nicht die Verteilung von Schülern mit Migrationshintergrund auf die unterschiedlichen Schultypen. Dieser Mangel wird im HHAP anerkannt, der vorschlägt, ethnischen Hintergrund und Familiensprache in neue Statistiken aufzunehmen.²⁰⁰

Es gibt allerdings Angaben über die Anzahl ausländischer Schüler in jeder der unterschiedlichen Schulformen. Diese deuten an, dass je niedriger das Schulniveau, desto höher die Anzahl der angemeldeten ausländischen Schüler. Es ist bemerkenswert, dass 30% der Schüler in Sonderschulen Ausländer sind.²⁰¹

5.3 Bildungserfolge

Dieser Trend setzt sich in der Anzahl der Schulabbrecher fort, welche die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. Im Schuljahr 2006/07 lag diese Zahl bei durchschnittlich 10,3%. Unter deutschen Staatsangehörigen brachen 8,5% ab, bei deutschen Aussiedlern (aus Osteuropa, Russland oder Kasachstan) lag die Abbrechrate bei 9,8%, bei Schülern ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei 18,4%. Im selben Jahr erreichten 22,5% der Schüler den Hauptschulabschluss. Davon waren 20% deutsche Staatsangehörige, 27,6% Aussiedler und 33% Schüler ohne deutschen Pass.

Das Bild kehrt sich bei den 36% der Schüler ins Gegenteil, die es 2006–2007 bis zum Abitur schafften: davon waren 40,2% deutsche Staatsbürger, 26,6% Aussiedler und 18,8% hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit.²⁰² Diese Situation wird als bedenklich eingestuft und im HHAP durch drei Ziele für Schulen angesprochen:

- Verbesserung der Sprachkompetenzen aller Schüler und insbesondere derjenigen mit Migrationshintergrund

¹⁹⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²⁰⁰ Vorliegende Daten für Hamburg belegen, dass 15,2% der Schüler einen ausländischen Pass besitzen; davon sind 33,5% Türken, 12,2% Afghanen, 4,6% Polen. Schüler mit Pässen aus dem Iran, Russland Serbien, Mazedonien, Portugal, Bosnien-Herzegowina, Ghana, Griechenland, Albanien und Kroatien machen 2-3% aus. Bei der Berechnung der Schüleranzahl mit einem Pass aus einem muslimischen Land besitzen etwa 50% von ihnen einen muslimischen Hintergrund. Daten über die Geschlechterverteilung ausländischer Schüler waren nicht verfügbar.

²⁰¹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport 2007/2008.

²⁰² Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport 2007/2008.

- Senkung der Anzahl und des Anteils der Schülern mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss
- Erhöhung der Anzahl und des Anteils an Abiturienten mit Migrationshintergrund²⁰³

Die Forschungsdaten unterstützen die allgemeine Sicht anderer Studien, dass Muslime ein niedrigeres Bildungsniveau aufweisen (siehe Tabelle 30.).

Tabelle 30. Höchster erlangter Schulabschluss

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Keine Schulbildung	4,0	0,0	2,0
Grundschule	15,0	0,0	7,5
Sekundarschule	68,0	62,0	65,0
Universität	13,0	38,0	25,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 31. zeigt, in welchem Land der Abschluss erlangt wurde und verdeutlicht, dass das Ergebnis des Bildungsprozesses hauptsächlich eine Auswirkung des deutschen Schulsystems ist und nur in geringem Maße die ausländischer Bildungssysteme.

Tabelle 31. Land der Schulausbildung

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Deutschland	54,0	86,0	70,0
EU-Land	1,0	6,0	3,5
Nicht-EU-Land	39,0	8,0	23,5
k. A.	6,0	0,0	3,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Die große Mehrheit, 69 Muslime und 88 Nicht-Muslime, haben mehr als 10 Jahre Schulbildung genossen (siehe Tabelle 32). 12 Muslime gingen jedoch nur im Alter von sieben bis neun Jahren zur Schule und 13 besuchten Schulen, als sie jünger als sieben

²⁰³ HHAP, S. 16.

Jahre waren. Innerhalb der Gruppe besteht keine Korrelation, die zeigt, dass Muslime, die in ländlichen Gegenden geboren wurden, eine niedrigere Schulausbildung als unter Muslimen besitzen, die im städtischen Raum geboren wurden. Das Gleiche gilt für diejenigen, die ihre Schulbildung außerhalb der EU genossen haben.

Tabelle 32. Schulbildung in Jahren

Alter	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
3–4	1,0	0,0	0,5
5–6	12,0	0,0	6,0
7–9	12,0	11,0	11,5
10+	69,0	88,0	78,5
k. A.	6,0	1,0	3,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

5.4 Sprache und Bildungserfolg

Die im HHAP vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich auf Spracherwerb und Sprachförderung. Mehrsprachigkeit wird positiv bewertet.²⁰⁴ Manche Hamburger Schulen bieten Unterricht in der Herkunftssprache an. Dies sind Muttersprachenklassen in einigen Schulen, andere bieten z. B. Türkisch als Fremdsprache mit Beginn der weiterführenden Schule an.²⁰⁵ Jede Schule entscheidet, welche Sprache angeboten wird. Die Konsulate der „Gastarbeiterländer“ und die Behörde für Schule und Berufsbildung sind für diesen Sprachunterricht zuständig. Es gibt mehrere viel versprechende Ansätze, welche die allgemeine Sprachkompetenz aller Schüler erhöhen könnten:

1. Die Noten aus dem Sprachunterricht werden auf die Endnoten angerechnet, obwohl diese Regelung angesichts der allgemeinen Änderung des Bildungssystems neu betrachtet werden muss.
2. Prüfungen sollen die Kenntnisse in der Herkunftssprache dokumentieren.
3. Prüfungen können in der Herkunftssprache statt in der ersten oder zweiten Fremdsprache abgelegt werden.

²⁰⁴ HHAP, S. 15. Weitere Schriften zur Mehrsprachigkeit siehe <http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=3478> (Zugriff im Januar 2010).

²⁰⁵ Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, „Mehrsprachigkeit an deutschen Schulen: ein Länderüberblick“, August 2001, abrufbar unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/mehrsprachigkeit-an-schulen.property=publicationFile.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

4. Deutsch als Fremdsprache wird als Fach angeboten.

Um Spracherwerb und das Lernen zu fördern, bleibt das Bewertungssystem der Sprachkenntnisse bestehen, unterstützt durch eine Einschätzung der Lernausgangslagen. Diese Einschätzung findet jährlich statt. Die Ergebnisse von 2009 sind Lehrkräften in Hamburg zugänglich, nicht aber der Öffentlichkeit.²⁰⁶ 2009 wurden in der 3. Klasse Kenntnisse in Deutsch und Mathematik, in der 6. Klasse in Deutsch, Englisch und Mathematik und in der 8. Klasse in Deutsch, erster Fremdsprache und Mathematik geprüft.²⁰⁷ In jeder Schule wurden Sprachlernkoordinatoren ernannt, die für die Umsetzung und Bewertung der Förderprogramme verantwortlich sind. Sprachförderung ist in den Unterrichtsalltag integriert und wird, wenn nötig, aufgrund der von jeder Schule zu entwickelnden Richtlinien durch zusätzliche spezielle Förderung unterstützt.²⁰⁸ Das Ziel ist ein fortlaufendes Sprachförderungsprogramm, basierend auf individuell zugeschnittenen Förderplänen, begleitet und ausgewertet durch das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI). Schüler sind rechtlich verpflichtet, an zusätzlichen Sprachförderungsmaßnahmen teilzunehmen, wenn Schwächen festgestellt werden. Da Hamburgs Bildungssystem in Zusammenarbeit mit dem bekannten Forschungsbereich Mehrsprachigkeit der Universität bereits in den vergangenen Jahren sehr aktiv war, wurden die meisten der im HHAP vorgeschlagenen Maßnahmen bereits in das Bildungssystem integriert und im ersten Bildungsbericht Hamburg dokumentiert.²⁰⁹

Engerer Kontakt zwischen der Behörde für Schule und Berufsbildung, Schulen und muslimischen Vertretern könnte dazu beitragen, gegenwärtige Probleme in diesem Bereich zu beheben. Wichtige und nützliche Maßnahmen wurden durch die Schulreformen eingeleitet, die als wichtigste Maßnahmen im Kampf gegen indirekte Diskriminierung im Hamburger Bildungssystem und für bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund betrachtet werden können. Der HHAP dokumentiert bereits eine Reihe von neuen Ansätzen zum Umgang mit mehrsprachigen Schulen und erhöhter interkultureller Kompetenz. Schulen müssen allerdings immer noch an

²⁰⁶ Siehe offizielle Website zu Lernstandserhebungen in Hamburg
<http://www.lernstand.hamburg.de/index.php> (Zugriff im Januar 2010).

²⁰⁷ Lernstände der unterschiedlichen Schulebenen siehe
http://www.lernstand.hamburg.de/index.php?option=com_content&view=article&id=74&Itemid=55 (Zugriff 13. März 2010).

²⁰⁸ HHAP, S. 16.

²⁰⁹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung, Institut für Bildungsmonitoring (Hrsg.), *Bildungsbericht Hamburg 2009*, 2009, abrufbar unter
<http://www.hamburg.de/bsb-publikationen/nofl/1601636/hr-bildungsbericht-langfassung.html>
(Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend *Bildungsbericht Hamburg 2009*).

sich arbeiten, den Lehrkräften und der allgemeinen Atmosphäre, sowie muslimische Eltern konfrontieren und sie in das Schulleben integrieren.²¹⁰

5.5 Muslimische Erfahrungen mit Hamburger Schulen

Muslimische Eltern können von der Komplexität des deutschen Schulsystems überfordert sein, und manche Kinder nutzen das Unwissen der Eltern für ihre eigenen Absichten aus, wie ein Fokusgruppenteilnehmer berichtete: „Ich kenne eine Menge Schüler, die ihren Eltern erzählen, dass sie Abitur machen werden, obwohl sie noch nicht mal einen Hauptschulabschluss haben.“²¹¹

Ein muslimischer Teilnehmer einer der Fokusgruppen betonte weiterhin:

Das Bildungsniveau der Eltern spielt eine große Rolle. Das beginnt schon mit der Einbeziehung der Eltern in die Schule. Väter und Mütter sprechen kaum Deutsch, weil sie hart arbeiten und keine Zeit haben, sich weiterzubilden. Sie kommen nicht zu den Elternabenden. Der Lehrer bekommt dann den Eindruck, dass sie sich nicht für Schule interessieren. Dies führt zu einer schlechteren Beziehung zwischen Lehrern und Schülern.²¹²

Ein weiterer muslimischer Teilnehmer betonte ein zusätzliches Problem mancher muslimischer Eltern:

Sie können die Hausaufgaben nicht so gut kontrollieren, da sie nicht soviel Bildung wie deutsche Eltern haben. [...] Dann kommt sofort die Frage der Nachhilfe für 10 Euro pro Stunde auf, der Schnitt liegt bei 20 Euro. Das ist wirklich teuer. Besonders für Leute, die von Hartz IV leben, die haben das Geld nicht und bekommen nicht die notwendige Unterstützung vom Staat.²¹³

Beratung für Eltern und Schüler ist offenkundig nötig: 47 Muslime gaben im Rahmen der OSI-Studie an, Beratung im Bereich Bildung zu benötigen, ebenso 55 Nicht-Muslime.

Der HHAP erkennt die wichtige Rolle von Eltern und ihren Bedürfnissen an. Migranteneltern werden ermutigt, sich in der Schule zu engagieren, und Informationen sollen ihnen in Nachbarschafts- und Gemeindezentren in ihren Bezirken zur Verfügung gestellt werden.²¹⁴ Es sollen „Mütterkurse“ zur stärkeren Alphabetisierung von Müttern mit Migrationshintergrund angeboten werden. Solche Kurse werden von Organisationen vor Ort wie Billenetz angeboten, die im Osten des OSI-Forschungsgebietes

²¹⁰ Sara Fürstenau und Mechtild Gomolla (Hrsg.), *Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

²¹¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²¹² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²¹³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²¹⁴ HHAP, S. 16.

Dienste anbieten.²¹⁵ Asylbewerbern stellt Hamburg im Jahr 2009 500 zusätzliche Plätze bereit. Weitere Mittel stammen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen des Angebots der allgemeinen Integrationskurse der Bundesregierung.²¹⁶ Enge Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren, einschließlich Migrantenselbstorganisation (MSOs),²¹⁷ sind im HHAP ebenfalls vorgesehen.

In der Arbeitsgruppe zu Bildung am Runden Tisch wurde hervorgehoben, dass die Teilhabe muslimischer Eltern gering ist und dass religiös aktive Eltern eine wichtige Rolle beim Lernen spielen. Sie können die Brücke zwischen Lehrkräften und Schülern schlagen. Es wurde gesagt, dass Hindernisse wie die allzu formelle Elternvertretung, zu wenig Dialog mit muslimischen Eltern und soziale Unterschiede zwischen Lehrkräften und Familien erkannt und neue Formen der Zusammenarbeit mit Eltern gefunden werden müssen, um deren Teilhabe zu erhöhen.²¹⁸ Bewährte Ansätze wie die Ausbildung von Eltern zu Mediatoren oder Übersetzern sind laut Teilnehmern erste Schritte in die richtige Richtung.²¹⁹ Oft wissen Lehrkräfte nichts über den Hintergrund der Eltern. Es gibt zudem zu wenige Sozialarbeiter, die mit Eltern zusammenarbeiten könnten. Es wurde betont, dass es bei der gegenwärtigen Struktur muslimische und migrantische Eltern kaum ihre Wünsche und Rechte durchzusetzen können. Deshalb sind muslimische und migrantische Eltern von unabhängigen Instanzen und Nachbarschaftszentren abhängig. Solche unabhängigen Projekte muslimischer und migrantischer Eltern erfordern jedoch regelmäßige Finanzierung.²²⁰

Der HHAP betrachtet geringe Kenntnisse im Deutschen bezüglich Lesen und Sprechen als Haupthindernis für die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund. Migranten haben im Vergleich zu ihren Mitschülern deutscher Herkunft einen Lernrückstand.

Aus muslimischer Sicht wird ein solcher Rückstand als eine eher systematische Abstufung von Migranten durch das Bildungssystem erfahren und wurde häufig in unterschiedlichen Fokusgruppen benannt. Ein Teilnehmer berichtete, dass Lehrkräfte Kinder ohne Behinderungen in Sonderschulen geschickt haben, wo sie dann geprüft und als sehr intelligent befunden wurden. Der Lehrer habe daraufhin gefragt: „Sollen

²¹⁵ Bildungsblätter Hamburger Osten, „Verstehen, was die anderen reden! Informationen über Sprachförderung und interkulturelle Bildungsangebote in Billstedt und Horn“, Juni 2009, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/1658860/data/bildungsblaetter-200908.pdf> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend Bildungsblätter Hamburger Osten, „Verstehen, was die anderen reden!“).

²¹⁶ Bildungsblätter Hamburger Osten, „Verstehen, was die anderen reden!“

²¹⁷ Migrantenselbstorganisation, von Migranten selbst errichtet und betrieben.

²¹⁸ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

²¹⁹ Elektronisches Handbuch für Lehrkräfte: siehe <http://www.bqm-handbuch.de/site/html/cms.php?cont=144> (Zugriff im Januar 2010).

²²⁰ Voraussetzungen für Partizipation: siehe <http://www.bqm-handbuch.de/site/html/cms.php?cont=228> (Zugriff 13. März 2010).

unsere Lehrer etwa arbeitslos werden?“ und implizierte damit, dass migrantische Schüler zur Arbeitsplatzsicherung der Sonderschullehrer dienen. Eine junge Muslima fragte sich, warum ihre Freundin mit 13 Jahren auf eine Sonderschule geschickt wurde, jedoch in der Lage war, den Koran innerhalb von 45 Tagen auswendig zu lernen. Ein älterer muslimischer Vater sprach von seinen Erfahrungen:

Als mein Kind [in Deutschland] war, sagten sie, er sei nicht gut in der Schule. Sie sagten, er sei geistig nicht imstande. Daraufhin brachten wir ihn in die Türkei, und dort nahmen sie ihn in die dritte Klasse auf. Jetzt hat er die Universität abgeschlossen. Er kam direkt von der ersten in die dritte Klasse.²²¹

Diese Erfahrungen legen den Schluss nahe, dass muslimische Kinder nicht notwendigerweise aufgrund von Behinderungen auf Haupt- und Sonderschulen geschickt werden. Einige Studien stellten fest, dass dies das Ergebnis eines Abwärtstrends im Schulsystem sei, welches sich noch nicht an den Umgang mit der Vielfalt und den unterschiedlichen Bedürfnissen eines vielgestaltigen Lernumfeldes angepasst habe.²²² Der herkömmliche Umgang mit unterschiedlichen Fähigkeiten im bestehenden Schulsystem sei, solche Schüler herauszugreifen und sie auf die nächste niedrigere Stufe zu befördern.

Das Schulsystem wird von Muslimen wie Nicht-Muslimen als hoch selektiv und nicht gut betrachtet, obwohl 29 Muslime und 22 Nicht-Muslimen mit ihren Grundschulen zufrieden sind (Tabelle 33.).

Tabelle 33. Zufriedenheit mit Grundschulen

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr oder ziemlich zufrieden	29,0	22,0	25,5
Weder zufrieden noch unzufrieden	24,0	17,0	20,5
Sehr oder ziemlich unzufrieden	23,0	15,0	19,0
k. A.	24,0	46,0	35,0
	%	100,0	100,0
Gesamt	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

²²¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²²² Gomolla Mechthild, „Ethnisch-kulturelle Zuschreibungen und Mechanismen institutionalisierter Diskriminierung in der Schule“, in I. Attia und H. Marburger (Hrsg.), *Alltag und Lebenswelten von Migrantenjugendlichen*, IKO-Verlag, Frankfurt am Main, 2000.

Beschwerden über Grundschulen beziehen sich auf die Abbildung räumlicher Trennung (oder Gettoisierung) im Klassenzimmer, da Kinder die Schulen in ihrer Nachbarschaft besuchen. Das Schulklima wurde als aggressiv kritisiert und das Vorschulangebot als unzureichend betrachtet. Nicht-Muslime sorgten sich über mangelnde Aufmerksamkeit bezüglich der Verbesserung sozialer Kompetenzen. Ein Teilnehmer berichtete wie unterprivilegierte, nicht-deutsche Kinder von der Schule in ihrem Viertel ausgeschlossen wurden, da eine Gentrifizierung der Gegend stattfand. In den Augen von Muslimen fordern Grundschulen, aber auch andere Schulen, zu wenig von den Kindern. Das Bildungsniveau sei zu niedrig und die Teilnehmer sorgten sich über mangelnde Unterstützung muslimischer Kinder und die vorherrschende Fremdenfeindlichkeit. In überfüllten Klassen lernen die Kinder nur das Nötigste.

Noch weniger Menschen waren mit den weiterführenden Schulen ihres Viertels zufrieden (Tabelle 34.).

Tabelle 34. Zufriedenheit mit weiterführenden Schulen

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr oder ziemlich zufrieden	23,0	18,0	20,5
Weder zufrieden noch unzufrieden	19,0	13,0	16,0
Sehr oder ziemlich unzufrieden	27,0	26,0	26,5
k. A.	31,0	43,0	37,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

Es bestehen Auffassungen, dass viele Migranten die Qualität der angebotenen Lehre verringern. Ein Muslim beklagte das niedrige Niveau seiner Schule, da es zu viele Migranten gäbe. Ein anderer Muslim berichtete, dass üblicherweise alle Ausländer in eine Klasse kämen und das Bildungsniveau nicht zufriedenstellend sei. Ein Nicht-Muslim erklärte, dass die Bildungspolitik in Schulen weder bestehende kulturelle Unterschiede integrieren, noch einen gegenseitigen Austausch unter einander organisieren könne. Es besteht das Gefühl, dass es zu wenige Schulen wie Gesamtschulen gebe, die solche Unterschiede vereinen.

Der HHAP schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des Unterrichts in der Einwanderungsgesellschaft und der Kritik zu begegnen vor. Interkulturelle Bildung wird gesetzliche Anforderung im Lehrplan sein.²²³ Sie muss in die Planung und das didaktische Konzept aller Fächer (Sprachunterricht, Natur- und Sozialwissenschaften)

²²³ Hamburgisches Schulgesetz, 16. April 1997, letzte Änderung 6. Juli 2006.

integriert werden. Raum und Zeit müssen für Mehrsprachigkeit, Religionsvielfalt und soziale Kontakte mit verschiedenen Normen eingeräumt werden. Schüler sollen lernen, einen Raum für kulturelle Kontakte zu finden, um ihre eigenen Standpunkte zu reflektieren.²²⁴

Außerdem hat die schwarz-grüne Regierung Bildung in den Mittelpunkt ihrer politischen Agenda gerückt. Bereits seit Antritt der konservativ-populistischen CDU-Schill-Regierung 2001 wurde eine Reihe oft kontroverser Bildungsreformen begonnen.

Fördermittelverteilung und Unterrichtsqualität

Die Befragten äußerten Unzufriedenheit über die Art der Mittelverteilung und wie sich dies negativ auf die Qualität des Unterrichts auswirkt. Einige Muslime fanden, dass es nicht genug Schulen vor Ort gibt: Die vorhandenen seien schlecht, zu klein oder vermittelten kein Grundwissen. Ein Teilnehmer berichtete, dass es in seiner Gegend weder Realschule noch Gymnasium mehr gebe, da sie geschlossen wurden. Ein anderer Elternteil beschwerte sich über mangelnde Unterrichtsmaterialien trotz Schulgeld.

Ebenfalls wurde angedeutet, dass Unterrichtsstunden häufig ausfielen und eine Atmosphäre von Gewalt und Ignoranz aufgrund mangelnden Lehrpersonals herrsche. Einige Muslime meinten, Schulen bräuchten mehr Personal und Grünflächen. Andere sagten, es müsse mehr Überwachung und Personal zur Verbesserung der Sicherheit an Schulen geben. Aufgrund der großen Klassenstärke, es wurde von bis zu 30 Schülern in einer Klasse berichtet, erhalten Schüler nicht genug Förderung. Ein Nicht-Muslim beobachtete, dass es zunehmend Kinder mit psychologischen Problemen und nicht genug Förderungsmaßnahmen gäbe.

Muslime wie Nicht-Muslime sind sich darüber im Klaren, dass die Lehrkräfte überfordert sind. Eine Muslima fand, dass das neue Arbeitszeitmodell, eingeführt in einer der zahlreichen Reformen in Hamburg, sich negativ auf die Unterrichtsqualität auswirkt. Einige Nicht-Muslime beschrieben Lehrkräfte als von den sozialen Problemen ihrer Schüler überfordert, unmotiviert, lustlos und resigniert.²²⁵ In Grundschulen, so ein Muslim, seien Lehrkräfte nicht für die Unterrichtung ausländischer Schüler ausgebildet. Ein anderer gab an, dass sich Lehrkräfte in Schulen anderer Bezirke besser um ihre Schüler kümmern, wie im Gymnasium in Kirchdorg-Wilhelmsburg.

Der Lehrkräftemangel wurde als ernstes Problem in Hamburg betrachtet. Dieser spiegelt ein bundesweites Problem wider, wie die Übersicht zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in allen Bundesländern zeigt.²²⁶ Die gegenwärtigen Schulreformen benötigen sogar mehr Lehrkräfte, und Änderungen bei den Stundenplänen der Lehrkräfte führen dazu, dass Lehrkräfte in Hamburg im bundesweiten Vergleich die

²²⁴ HHAP, S. 15.

²²⁵ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²²⁶ Siehe <http://www.bildungsserver.de/zeigen.html?seite=5530> (Zugriff im Januar 2010).

höchste Anzahl von Unterrichtsstunden haben, was Hamburg als Arbeitsort weniger attraktiv macht.²²⁷ Momentan sind keine Informationen darüber verfügbar, wie der Hamburger Senat diesem Problem zu begegnen gedenkt. Die Gewerkschaft GEW hat in Hamburg jedoch eine Erhöhung der Anzahl der Lehramtsstudienplätze und die Bereitstellung von mehr Mitteln für Studienkurse vorgeschlagen, um die hohe Abbrecherquote von 40% zu verringern. Außerdem sprach sie sich für die zusätzliche Einstellung von Lehrkräften aus, um die Arbeitsbelastung zu verringern und die Unterrichtsqualität zu erhöhen.²²⁸

Lehrkräfte stehen im Zentrum der Kontakte zwischen muslimischen Schülern und dem Schulsystem und sind erheblicher Kritik ausgesetzt. Lehrkräfte bringen ihre eigene Meinung zu sehr in den Vordergrund und beeinflussen die Schüler unangemessen, meinte ein Muslim.²²⁹ In der weiterführenden Schule, so ein junger Muslim, haben sie eine Meinung von dir und die kannst du nicht ändern, da kannst du machen, was du willst. Die Lehrer behandeln nicht jeden gleich. Für das gleiche Vergehen, wie auf Klassenfahrt Alkohol trinken, werden Schüler unterschiedlich bestraft. Ich hab das Gefühl, dass viele Lehrer rechts sind, z. B. machen sie Witze über Ausländer.²³⁰

Von einer Reihe solcher diskriminierender Vorfälle wurde in der Befragung und den Fokusgruppen berichtet. Muslime beschrieben Situationen wie in der Ecke stehen als Strafe für sprachliche Defizite und unfairer Benotung.²³¹ Einige berichteten, dass Lehrkräfte muslimische Schüler systematisch schlecht benoteten.²³² Muslime beobachteten eine Herabsetzung des Islams durch Lehrkräfte, die ihn durch ironische Fragen lächerlich machten, und über muslimische Gebräuche wie das Fasten im Ramadan lachten.²³³ Muslimische Schüler berichteten von Hasstiraden, Spott und Herabwürdigung. Nicht-Muslime waren über das mangelnde Grundwissen der Lehrkräfte über andere Religionen besorgt, obwohl sie auch einige Verbesserungen beobachteten, wie den Versuch, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Religionen zu erklären. Schulen umfassen viele unterschiedliche Religionen und Lehrkräfte hätten in den letzten Jahren begonnen zu lernen und zu verstehen, was es heiße, Anhänger einer anderen Religion zu sein und wie dies im Unterricht Schülern vermittelt werden könne. Muslime berichteten jedoch auch von intoleranten Lehrkräften, die Schüler anderer Kulturen nicht akzeptieren. Andere Nicht-Muslime waren der Ansicht, dass die Einstellung der

²²⁷ GEW-Pressemitteilung vom 17. Juni 2009, „Versorgungslücke im Unterricht: Bildungsforscher Prof. Klemm warnt vor dramatischem Lehrermangel“, abrufbar unter <http://www.gew-hamburg.de/Binaries/Binary2414/Klemm-Gutachten%20GEW%20Hamburg%20Spezifika.pdf> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend GEW-Pressemitteilung).

²²⁸ GEW-Pressemitteilung.

²²⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²³⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²³¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²³² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²³³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Lehrkräfte generationsabhängig sei: Jüngere Lehrkräfte werden als offener angesehen als ältere. Ein Nicht-Muslim merkte an, dass es wenige Lehrkräfte mit Migrationshintergrund gibt und die Mehrheit aus der Mehrheitsgesellschaft stammt.

Muslime wie Nicht-Muslime empfinden das Schulsystem als fehlerhaft und auf falschen Voraussetzungen beruhend, mit viel Theorie und wenig Praxis. Laut Meinung der Befragten geht der vorherrschende dozierende Frontalunterricht nicht auf individuelle Bedürfnisse einzelner Schüler ein; die Schulverwaltungen würden den Lehrkräften nicht dabei helfen, sich weiterzubilden oder sie bei der Modernisierung des Ansatzes zu unterstützen. Als Problem wird der Mangel an Investitionen in die Bildung gesehen.²³⁴ Ein Muslim führte das Thema mangelnder Disziplin an und beschwerte sich über zu viele Freiheiten der Schüler. Lehrkräfte würden nicht die Disziplin betonen. Es gebe zu viele Ferien und Feiertage und Mädchen kämen mit zu viel Make-up aber zu wenig bekleidet, was vom Lernen ablenke.²³⁵

Der HHAP betrachtet die Erhöhung der Anzahl Lehrkräfte mit Migrationshintergrund als notwendig und möchte die Maßnahmen betrachten, die angemessen sind, um dies zu erreichen.²³⁶ In Anbetracht des Lehrkräftemangels wird dies allerdings schwierig. Selbst die Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft verlangt nicht mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, obwohl sie den grundsätzlichen Bedarf an Lehrkräften anspricht.²³⁷ Die Erhöhung des Budgets für Lehrpersonal sollte die Schaffung eines Gleichbehandlungsansatzes für die Einstellung von Lehrkräften ermöglichen.²³⁸ Es besteht jedoch offensichtlich Bedarf, den politischen und gesetzlichen Rahmen für den Umgang mit einem multikulturellen Bildungssystem im Allgemeinen zu verbessern. Lehrkräfte sind an Gesetze und Regeln der Schulen gebunden, wie ein muslimischer Teilnehmer erinnerte, und wenn es Regeln zu Kopftüchern und verpflichtendem Schwimmunterricht gäbe, so müssten sich Lehrkräfte daran halten.²³⁹

Vorurteile in der Schule

Ein Nicht-Muslim betonte, dass unbegründete Vorurteile gegen Menschen aus der Türkei oder gegen Schülerinnen mit Kopftuch in Schulen geläufig seien. Muslimische Schüler erleben solche Vorurteile bereits im Schulbus:

²³⁴ GEW-Pressemitteilung.

²³⁵ GEW-Pressemitteilung.

²³⁶ HHAP, S. 17.

²³⁷ GEW-Pressemitteilung.

²³⁸ Freie und Hansestadt Hamburg Finanzbehörde, "Der Hamburger Haushalt 2009 auf einen Blick", abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/1546152/data/haushalt-auf-einen-blick.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

²³⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

„Sie sitzen im Bus nicht neben uns, eher würden sie aufstehen, obwohl Platz neben einem Muslim ist.“²⁴⁰

Es wurde angedeutet, dass es keine Akzeptanz oder Respekt gebe und Schüler sich für ihre Religion rechtfertigen müssten, wie eine muslimische Mutter berichtete:

„Sie tun so, als ob sie andere religiöse Bräuche respektieren würden, aber sie verletzen uns mit beleidigenden Kommentaren und Vorurteilen. Das weiß ich von meinen vier Kindern, die zur Schule gehen.“²⁴¹

Eine andere Muslima stimmte zu, dass Kinder nicht gleich behandelt werden: trotz Respekt für andere Religionen, gebe es Vorurteile gegen Muslime und Afghanen. Mehrere Teilnehmer, Muslime und Nicht-Muslime, waren der Ansicht, dass das der Grundsatz der Nichtdiskriminierung in Schulen stärker umgesetzt werden muss, besonders im Hinblick auf das Verhalten der Kinder selbst. Das Problem der Diskriminierung in Schulen wird bisher nicht offen im HHAP oder in anderen politischen Dokumenten angesprochen. Auch die Bedeutung der Haltung von Lehrkräften gegenüber dem schulischen Erfolg von Kindern aus Minderheiten muss angegangen werden. Teilnehmer der Arbeitsgruppe Bildung betonten während des Runden Tisches, dass sie einen Zusammenhang von Sprachkompetenz und Ethnizität als problematisch sehen, Vorurteile bestätigen und fordern mehr Forschung zum Thema Diskriminierung und Sprache. Die Arbeitsgruppe empfahl die Entwicklung einer Checkliste durch das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung für Schulen, die Verbesserungen bedürfen, anhand derer sie erkennen können, inwieweit sie auf dem Weg zur Öffnung gegenüber einer interkulturellen Umgebung sind.²⁴²

Andere muslimische Eltern gaben sich optimistischer und bemerkten, dass Intoleranz die Ausnahme sei und jeder mit der Zeit lerne, wie mit religiösen Fragen am besten umzugehen sei.²⁴³ Es wurde nur von wenigen großen Konflikten berichtet. Ein nicht-muslimischer Elternteil merkte an, dass viele ausländische Kinder die Schule beenden und erfolgreiche Werdegänge hätten.²⁴⁴

5.6 Religion in der Schule

Die große Mehrheit der Muslime war der Meinung, dass Schulen die religiösen Bräuche Menschen anderer Religionen nicht genug beachten, wohingegen die Mehrheit der Nicht-Muslime den Grad an Respekt als ausreichend empfanden (Tabelle 35.).

²⁴⁰ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁴¹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁴² OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

²⁴³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁴⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Tabelle 35. Respektieren Schulen unterschiedliche religiöse Bräuche?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Zu wenig	61,0	29,0	45,0
Etwa richtig	19,0	34,0	26,5
Zu sehr	3,0	5,0	4,0
Weiß nicht	17,0	32,0	24,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Viele muslimische Teilnehmer berichteten von positiven Erfahrungen mit Schulen. Diese rührten von respektvollem Umgang mit Religion ihrer Schüler her. Muslimische Schüler dürfen in der Schule beten und fasten, und wenn der Ramadan beginnt, behandeln Lehrkräfte die Kinder oft nachsichtig, fragen wie sie sich fühlen und ob sie müde sind. Mitschüler werden aufgefordert, fastende Kinder in dieser Zeit nachsichtig zu behandeln, berichteten Muslime.²⁴⁵ Ein Nicht-Muslim meinte, dass sich Schulen durch die große Zahl an Ausländern in Deutschland gegenüber anderen Religionen und ihren Bräuchen geöffnet haben.²⁴⁶

Im Umgang mit Kopftüchern scheint es an den Schulen in Hamburg-Mitte keinen einheitlichen Weg zu geben. Muslime und Nicht-Muslime berichten von Schulen, an denen Kopftücher getragen werden dürfen und respektiert werden, und andere von Schulen, an denen auf die Kopfbedeckung feindselig reagiert wird und muslimische Kinder von Lehrkräfte schikaniert wurden.²⁴⁷ Zudem bestehen weitreichende Unterschiede im Umgang mit religiösen Feiertagen. Einige Schulen geben Schülern an religiösen Feiertagen problemlos frei, andere feiern mit den Kindern gemeinsam und die Lehrkräfte gratulieren zu muslimischen Feiertagen oder dem chinesischem Neujahrsfest, berichtete ein Nicht-Muslim. Beide Gruppen erwähnten jedoch auch Schulen, an denen Bräuche ignoriert werden.²⁴⁸

Einige Schulen stellen Gebetsräume für Schüler zur Verfügung. Steht kein separater Raum zu Verfügung, bieten manche Schulen Umkleidekabinen für Gebete. Ein Nicht-Muslim sah dies als eine Reaktion der deutschen Politik, Medien und Bevölkerung, welche die Rolle der Religion in Schulen verbessert hat.²⁴⁹ Andere Schulen stellen keine

²⁴⁵ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁴⁶ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁴⁷ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008 und OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

²⁴⁸ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁴⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Gebetsräume zur Verfügung. Einige Muslime beten immer noch ohne Wissen der Schulleitung in den Gemeinschaftsräumen.

Insgesamt gab es wenig Übereinstimmung unter den Teilnehmern bezüglich der Rolle von Religion in der Schule. Während einige Nicht-Muslime die Schule als neutralen Ort sehen, an dem Kinder etwas über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Religionen lernen, empfinden manche Muslime, dass dieser Ansatz Religion zu sehr in den Hintergrund rückt und religiöse Akzeptanz nicht fördert.²⁵⁰ Tägliche Bräuche und Pflichten, die täglich während der Schulzeit ausgeübt werden müssen, fanden nach Ansicht einiger Muslime nicht genug Berücksichtigung.²⁵¹ Andere Bereiche, in denen Teilnehmer ebenfalls Bedenken äußerten, umfassten den Schwimmunterricht und Klassenfahrten. Einige Muslime waren der Ansicht, dass Schüler nicht gezwungen werden sollten, am Schwimmunterricht teilzunehmen; andere befürworteten die Geschlechtertrennung beim Sport. Nicht-Muslime berichteten, dass Wünsche der Eltern bei Klassenfahrten respektiert würden, und dass man für andere Dinge, wie den Schwimmunterricht für Mädchen, Lösungen finden könne. Oft wird das Islamische Wissenschafts- und Bildungsinstitut, IWB (siehe Anmerkung 446) bei religiösen Fragen konsultiert.²⁵²

Das Hamburger Modell religiöser Erziehung

Der Bundesinnenminister kündigte auf der Dritten Islamkonferenz (13. März 2008) an, den islamischen Religionsunterricht auf Deutsch einzuführen. Der Religionsunterricht wird in allen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt, und in einigen Bundesländern bestand bereits Islamunterricht.²⁵³

1994 wurde eine Kommission aus Schulen und Kirchen gegründet, um den Religionsunterricht in Hamburg in einem Modell „Schule für Alle“²⁵⁴ zu modernisieren. Dieses Modell wird von der muslimischen Gemeinschaft als dritter Weg akzeptiert, der über konfessionellen Religions- und Ethikunterricht hinausgeht. Die muslimische Gemeinschaft wurde in einem frühen Stadium in diese Diskussion mit einbezogen und ihre

²⁵⁰ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁵¹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁵² OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

²⁵³ Dieser hat meist die Form konfessioneller Bildung, wobei jede Konfession für ihren eigenen Unterricht zuständig ist. Das andere Modell, mit Konzentration auf Ethik und Religion, spielt lediglich eine untergeordnete Rolle. Siehe Jurblog, Themen sind Ausländerrecht, Integration und Ausländerpolitik. <http://www.jurblog.de/2008/03/16/umfrage-islamkonferenz-beschliesst-islamunterricht-an-deutschen-schulen/> (Zugriff im Januar 2010).

²⁵⁴ „Schule für Alle“ wurde insbesondere von den Grünen unterstützt und soll das Modell des dreigliedrigen Schulsystems ersetzen soll. Dies ist Teil des schwarz-grünen Koalitionsvertrags. Die Art der Umsetzung wird derzeit innerhalb der Koalition diskutiert.

Teilnahme führte zu Gründung des Forums für interreligiöse Erziehung 1995, welches dem britischen Modell des "inter-faith dialogue" folgt.²⁵⁵

Einige Muslime begrüßten den Islamunterricht auf Deutsch für ihre Kinder und beschwerten sich über den Mangel an muslimischen Unterricht.²⁵⁶ Muslime gaben an, auch eine Alternative zum Religionsunterricht zu akzeptieren, wenn der bestehende Unterricht alle Religionen abdecken würde. Dies entspricht dem Hamburger Modell.

Der HHAP unterstützt die Idee des interreligiösen Dialogs in Klassenzimmern, Schulprojekten und in der Lehrkräfteausbildung. Schulen und Tagesstätten werden ermutigt, Vertreter anderer Religionen in ihren Religionsunterricht einzuladen, um den Kindern unterschiedliche religiöse Traditionen nahe zu bringen.

Die OSI-Daten zeigen einen hohen Grad interreligiöser und interethnischer Kontakte in Schulen (Tabelle 36).

Tabelle 36. Interreligiöse und interethnische Kontakte in Schulen, am Arbeitsplatz oder Hochschulen

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Kontakte mit Menschen anderer ethnischer Herkunft (täglich)	51,0	53,0	52,0
Kontakte mit Menschen anderer Religionszugehörigkeit (täglich)	42,0	49,0	45,5
Keine Kontakte mit Menschen anderer ethnischer Herkunft	29,0	9,0	19,0
Keine Kontakte mit Menschen anderer Religionszugehörigkeit	30,0	12,0	21,0
	%	–	–
Gesamt	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Der HHAP erwähnt die Möglichkeit der Ausbildung deutsch sprechender muslimischer Wissenschaftler und Imame an Hamburger Universitäten (oder anderweitig in Deutschland in Kooperation mit anderen Bundesländern).²⁵⁷

Die schwarz-grüne Regierung ging in ihrem Koalitionsvertrag sogar ein Stück weiter, in dem die Gründung einer „Akademie der Weltreligionen“ an der Universität,

²⁵⁵ Ali Özgür Özdil, „Gesprächskreis interreligiöser Religionsunterricht in Hamburg seit 1995“, abrufbar unter http://islam-experte.de/dialog/foren_dialogs_hamburg.htm (Zugriff 2. September 2008).

²⁵⁶ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁵⁷ HHAP, S. 40.

aufbauend auf dem interdisziplinären Zentrum Weltreligionen im Dialog (ZWiD) vereinbart wurde. Diese Akademie soll im Juni 2010 offiziell eingeweiht und mit einer eigenen Professur für Islamische Theologie ausgestattet sein.²⁵⁸ Leitidee ist die Unterstützung der Entwicklung eines europäischen Islam, vergleichbar mit der europäischen Aufklärung.

Der Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft betonte, dass ein Bedarf bestehe, nicht nur Imame auszubilden und zu qualifizieren, sondern auch Geistliche anderer Religionen. Es müsse Menschen geben, die in Deutschland sozialisiert, ausgebildet und qualifiziert wurden und das Leben hier verstehen. Diese Menschen wären besser qualifiziert, im Bereich der Integration zu arbeiten. Bislang kamen die Imame aus dem Ausland.²⁵⁹

Die Rolle der muslimischen Gemeinschaft im Integrationsprozess wird im HHAP ebenfalls detailliert beschrieben, in dem die Entwicklung von Projekten und Dialogstrukturen geplant ist.²⁶⁰ In diesem Zusammenhang wurde ein positives Zeichen gesetzt, als am 3. Oktober 2008, dem 18. nationalen, von Hamburg ausgerichteten Gedenktag der Wiedervereinigung von BRD und DDR im Jahr 1990, der „Tag der offenen Moschee“ zentraler Bestandteil der Veranstaltungen war.

Die OSI-Forschung zeigt außerdem, dass Muslime bei der Erziehung ihrer Kinder eine relativ aktive Rolle einnehmen (Tabelle 37.).

Tabelle 37. Rolle bei der Erziehung der Kinder

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Basierend auf eigener Ethnizität oder Religion	5,0	2,0	3,5
Gemischt	18,0	24,0	21,0
Keine / k. A.	77,0	74,0	75,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

²⁵⁸ Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der Christlich Demokratischen Union, Landesverband Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL, 2008. Abrufbar unter <http://www.hamburg.gruene.de/cms/default/dokbin/229/229457.koalitionsvertrag.pdf> (Zugriff 1. Mai 2010).

²⁵⁹ OSI-Stakeholder-Interview, März 2009.

²⁶⁰ HHAP, S. 40.

Die Mehrheit der Muslime (18) und Nicht-Muslime (24), die aktiv in die religiöse Erziehung ihrer Kinder involviert waren, taten dies in einem ethnisch und religiös gemischten Umfeld. Nur eine Minderheit tat dies aufgrund ihrer eigenen Ethnizität und Religion.

Übergang in den Arbeitsmarkt

Schulen leisten schlechte Arbeit bei der Vorbereitung der Schüler für den Übergang von der Schule ins Berufsleben, so ein muslimischer Teilnehmer.²⁶¹ Ein Nicht-Muslim vertrat eine andere Ansicht und erklärte, dass Jugendliche in der Schule nicht nur als Arbeitskräfte für die Wirtschaft ausgebildet werden, sondern ihnen ermöglicht werden sollte, ein zufriedenes, unabhängiges Leben zu führen. Es wurde mehrfach angemerkt, dass mehr für Migrantenkinder getan werden könnte, um ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die zweite Generation hat weniger Probleme mit der Sprache oder der religiösen Zugehörigkeit; es mangelt jedoch noch an Arbeitsmöglichkeiten. Es wurde von familiären Konflikten aufgrund mangelnder Möglichkeiten für die Kinder berichtet.

Der Anteil Auszubildender mit ausländischem Pass lag in Hamburg im Jahr 2005 bei 6,4%. In der Hamburger Verwaltung hatten im Jahr 2006 nur 5,2% aller Auszubildenden einen ausländischen Pass.²⁶² Nach der Erklärung des Ersten Bürgermeisters Hamburgs, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Hamburger Verwaltung bis 2011 auf 20% zu erhöhen, wurde 2008 ein Anstieg auf 12,4% erreicht.²⁶³ In einer Mitgliederumfrage der Handwerkskammer wurde zum ersten Mal nach dem Migrationshintergrund von Auszubildenden in Mitgliedsbetrieben gefragt. Die Umfrage ergab, dass 5% der Auszubildenden einen ausländischen Pass haben, 21,1% hatten jedoch einen deutschen Pass und einen Migrationshintergrund, demnach wurden entweder sie selbst oder ein Elternteil im Ausland geboren.²⁶⁴

Der HHAP schreibt Probleme bei der Arbeitssuche mangelnden oder schlechten Schulabschlüssen, unzureichender Sprachkompetenz Jugendlicher und dem Mangel an Information der Eltern über das duale Ausbildungssystem zu, in dem die Ausbildung in Betrieben und Berufsschulen stattfindet. Im HHAP wird beobachtet, dass es junge Migranten mit denselben Schulabschlüssen wie gebürtigen Deutschen häufig viel mehr Schwierigkeiten haben, einen Betrieb zu finden, in dem sie ihre Ausbildung machen

²⁶¹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁶² Personalamt Hamburg, Personalbericht 2009, Vielfalt als Programm – interkulturelle Öffnung der hamburgischen Verwaltung, beschlossen vom Hamburger Senat während der Sitzung am 30. Juni 2009.

²⁶³ Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF), 6. Februar 2009, „Integration von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund“, abrufbar unter <http://www.diakonie-hamburg.de/fix/files/doc/WS-4-Kommunikation-intern-extern-Mueller.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

²⁶⁴ HHAP, S. 18.

können.²⁶⁵ Dies deutet auf eine diskriminierende Praxis bei der Auswahl der Auszubildenden hin.

Es wurde ein System zur allgemeinen Kompetenzfeststellung für Hauptschüler (z. B. KomLern²⁶⁶) eingeführt, um ihnen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu helfen, auch wenn ihre Abschlusszeugnisse nicht gut sind. Ein Expertenbericht dazu, ob und inwiefern diese Bewertungen interkulturelle Kompetenzen berücksichtigen und Diskriminierung verhindern, wurde 2008 fertig gestellt.²⁶⁷ Er kam zu dem Schluss, dass ein neutraler und farbenblinder Ansatz bei der angewandten Einstufungstheorie besteht, der indirekte Diskriminierung übersehen könne, die Fachleute sich aber interkultureller Schwierigkeiten aufgrund der Tatsache bewusst seien, dass die große Mehrheit ihrer Zielgruppe einen Migrationshintergrund besitze.

Der HHAP schlägt vor, Schülern zusätzlich Zeugnisse in Bezug auf interkulturelle Kompetenzen auszustellen, was ihre Abschlusszeugnisse ausgleichen würde. Schulen organisieren Praxistage in teilnehmenden Betrieben, um betriebliche Abläufe in den Unterricht zu integrieren; und 300 Schüler mit Migrationshintergrund nahmen 2007 an einem Sommerlager teil, um ihre Deutschkenntnisse zu verbessern.²⁶⁸

Der HHAP schlägt außerdem die Überprüfung des gesamten Auswahlprozesses von Auszubildenden vor. Dies umfasst nicht nur die Frage, in welcher Region eine Firma oder Verwaltung die vorhandenen Ausbildungsplätze ausschreibt, sondern auch die Auswahlkriterien. Mitarbeiter der Agentur für Arbeit, team.arbeit.hamburg²⁶⁹ und der Hamburger Verwaltung können freiwillig an Kursen zu Anwendung und Förderung interkultureller Kompetenz bei ihrer täglichen Arbeit teilnehmen (was noch nicht ausgewertet wurde). Es wurde jedoch ein systematischer Trainingsansatz noch nicht entwickelt.²⁷⁰

²⁶⁵ HHAP, S. 18.

²⁶⁶ Weiteres zum Projekt KomLern auf der Website des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung unter <http://www.li-hamburg.de/abt.lif/bf.2300/bf.2300.mup/bf.2300.mup.more.2/index.html> (Zugriff im Januar 2010).

²⁶⁷ Andreas Hieronymus, Expertise: Interkulturelle Kompetenzen in Kompetenzfeststellungsverfahren, BQM-Hamburg, Hamburg, 2008.

²⁶⁸ HHAP, S. 17

²⁶⁹ „Mit den Menschen arbeiten“, abrufbar unter http://www.team-arbeit-hamburg.de/deutsch/media/dokumente/publikationen/broschuere_team.arbeit.hamburg200801.pdf (Zugriff 14. März 2010).

²⁷⁰ Fortbildungen werden von NOBI angeboten (Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten), abrufbar unter http://www.ep-nobi.de/front_content.php?client=1&lang=1&parent=57&subid=57&catid=75&cidart=273 (Zugriff 14. März 2010); Basis & Woge bietet ebenfalls Fortbildungen zum Umgang mit diskriminierenden Aspekte der Beratung an.

Universitäten und Hochschulbildung

Ausländische Studenten aus 140 Ländern stellten 2006/2007 13% aller Studierenden an der Universität Hamburg.²⁷¹ Da viele ausländische Studenten, die nach Hamburg kommen, ihren Sekundärabschluss außerhalb Deutschlands erworben haben, ist die Zahl der Studierenden, die vor dem Studium in Deutschland Abitur machen, viel kleiner. Der HHAP verweist auf 3.055 Studenten mit ausländischem Pass und deutschem Schulabschluss im Jahr 2004/2005.

Die 2004 für Universitäten eingeführten Studiengebühren halten finanziell schwache Schüler vom Studium ab, obwohl diese von der der neuen Regierungskoalition geändert wurden.²⁷² Jetzt müssen sie erst nach Ende des Studiums zurückgezahlt werden, und wenn man über ein bestimmtes Einkommen verfügt. Fokusgruppenteilnehmer betonten, dass 500 Euro Semestergebühren eine signifikante Hürde darstellen und dass die Kosten für die Universität den gleichberechtigten Zugang zu Hochschulbildung beschränken.

Ziel des HHAP ist die Erhöhung des Anteils von Studierenden, Wissenschaftlern und Dozenten mit Migrationshintergrund. Um dies zu erreichen, behandelt er die allgemeine Reform des Universitätssystems, einschließlich kürzerer Studienzeiten, höherer Studierendenzahlen mit Qualifikation, Teilzeitstudium und E-Learning. Um die Zahl der Studienabbrecher mit Migrationshintergrund zu senken, schlägt der HHAP ein Mentorenprogramm zur individuellen Unterstützung von Studenten vor.²⁷³ Ideen, interkulturelle Kompetenz und andere Qualifikationen in Erwägung zu ziehen, um den Zugang zu Universitäten vergrößern, werden behandelt. Solche Mentorenprogramme wären hauptsächlich privat finanziert, entweder von Stiftungen oder öffentlich-privaten Partnerschaften.²⁷⁴

In der Erwachsenenbildung greift der HHAP auf bereits im Kapitel zu Sprache und Identität erwähnte Maßnahmen zurück (siehe Abschnitt 4.2), wie Sprachkurse für Mütter von Vorschulkindern oder die Verbindung von Familien- und Elternunterstützung.²⁷⁵ Der Anspruch jedes Zuwanderers auf 600 Stunden Deutschunterricht im Integrationskurs, finanziert von der Bundesregierung, war ein wahrhaftiger Fortschritt.

²⁷¹ Zahlen für das Wintersemester 2006/2007 sind abrufbar unter <http://bildungsklick.de/pm/58023/immer-mehr-internationale-studierende-bereichern-hamburgs-hochschulen/> (Zugriff im Januar 2010).

²⁷² Siehe Wikipedia-Eintrag unter http://de.wikipedia.org/wiki/Studiengebuehren_in_Deutschland#Hamburg (Zugriff im Januar 2010).

²⁷³ HHAP, S. 21.

²⁷⁴ Siehe beispielsweise Vodafone-Stiftung: Stipendien-Programm für Migranten, abrufbar unter <http://www.einstieg.com/infos/studium/finanzierung/key/d2741eb80f/artikel/stipendienprogramm-fuer-migranten-2706/> (Zugriff im Januar 2010).

²⁷⁵ HHAP, S. 21.

Diese Sprachkurse vermitteln Grundkenntnisse des Deutschen für den alltäglichen Sprachgebrauch. Hamburg bietet zusätzlichen Unterricht für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder diejenigen an, die keinen Anspruch auf die Integrationsklassen des Bundes haben, wie Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion mit deutscher Staatsbürgerschaft.²⁷⁶ Weitere Kurse zur Sprachunterstützung werden seit 2005 von der BSG finanziert.²⁷⁷ Spezielle Deutschkurse für den Eintritt in den Arbeitsmarkt bietet eine Kooperation unterschiedlicher Hamburger Verwaltungsbehörden mit dem Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge, der Bundesagentur für Arbeit, der ansässigen Jobagentur und anderen Akteuren in diesem Bereich an.²⁷⁸ Obwohl ein mehrsprachiger Ansatz an anderen Stellen des HHAP betont wird, verpflichtet er sich im Bereich der Erwachsenenbildung nicht diesem Ansatz.

Tabelle 38. Teilnahme an Erwachsenenbildung

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Basierend auf eigener Ethnizität oder Religion	2,0	3,0	2,5
Gemischt	1,0	23,0	12,0
Keine / k. A.	97,0	74,0	85,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Die Teilnahme an Maßnahmen der Erwachsenenbildung ist in beiden Gruppen schwach ausgeprägt (siehe Tabelle 38). Lediglich drei Muslime gaben an, an Veranstaltungen der Erwachsenenbildung teilzunehmen. Von den 26 aktiven Nicht-Muslimen nahmen die meisten an Veranstaltungen wie Beratung, Nachbarschaftsaustausch, Kursen für Deutsch als Fremdsprache, Stadtführungen, Studentenorganisationen, Frauengruppen, Kursen für weibliche Flüchtlinge oder musikalischen Veranstaltungen teil. Zwei Muslime gaben Kurse, einer über Moral, in der eigenen Gemeinde, der andere Muslim ist in einer Studentenorganisation der Universität aktiv und organisiert Sommer- und Weihnachtsfeste mit gemischten Gruppen.

²⁷⁶ HHAP, S. 21.

²⁷⁷ HHAP, S. 21.

²⁷⁸ HHAP, S. 22.

5.7 Initiativen zur Bildungsförderung

Der HHAP greift das Problem sinkender Ressourcen bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an Lehrer auf und schlägt vor, mit Beginn des Schuljahrs 2007/2008 den Schulen Ressourcen anhand sozialer Indikatoren zuzuteilen.²⁷⁹ Im HHAP werden keine konkreten Ziele genannt. Der erste Bildungsbericht für Hamburg liefert jedoch für jede Postleitzahl den Grad des „sozialen Kapitals“ an, der als sozialer Indikator genutzt wird.²⁸⁰ Die OSI-Forschungsgebiete rangieren unter den Gebieten mit dem niedrigsten sozialen Kapital.²⁸¹ Die Anzahl der Schüler soll dann in solchen Bezirken mit schlechten Leistungen auf 18 pro Klasse sinken, was den Druck auf die Lehrkräfte senken wird. Wie dies jedoch angesichts des bereits herrschenden Lehrkräftemangels umgesetzt werden soll, wird nicht erwähnt; es sind zudem derzeit keine Informationen öffentlich zugänglich. Der Hamburger Haushaltsplan für 2009 und 2010 sieht zusätzliche 165 Millionen Euro für Lehrpersonal vor.²⁸² Die Förderungsverteilung soll Gegenstand des zukünftigen allgemeinen Systemmonitorings sein.²⁸³

Die Lehrerausbildung an den Universitäten wird ebenfalls reformiert werden. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses, der die Vergleichbarkeit der Bildungssysteme innerhalb der EU-Staaten anstrebt, führte zu der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen 2007. Neue Fächer wie interkulturelle Bildung und Deutsch als Fremdsprache sind grundlegende Komponenten. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) bietet Weiterbildungen für Lehrkräfte in interkultureller Bildung und Deutsch als Fremdsprache an.²⁸⁴

Um die Unterrichtsqualität zu verbessern, gab es eine Bewegung hin zur Verbesserung der Möglichkeiten der Lehrer, individuelle Unterstützung zu leisten. Lehrkräfte werden in der Entwicklung individueller Unterstützung geschult, und Unterricht richtet sich auf individuelle Kompetenzen. Kleinere Klassen, mehr Ganztagschulen, Sprachförderung und mehr Integration sind geplant. Die neuen Strukturen sollen einen flexiblen Einstieg in die Grundschule ermöglichen (z. B. durch altersübergreifende Lerngruppen); Stadtteilschulen werden das Abitur nach 12 oder 13 Jahren anbieten, Gymnasien nach 12 Jahren.

Zur Umsetzung dieser Reformen begannen die Behörden zwischen September 2008 und Mai 2009 einen Dialog mit den regionalen Schulentwicklungskonferenzen. Diese

²⁷⁹ HHAP, S. 16.

²⁸⁰ *Bildungsbericht Hamburg 2009*.

²⁸¹ *Bildungsbericht Hamburg 2009*.

²⁸² „Haushalt 2009/2010: Ausgaben steigen um 800 Millionen Euro“, NDR-online, 3. September 2008, abrufbar unter <http://www1.ndr.de/nachrichten/hamburg/steuererhoehung106.html> (Zugriff im Januar 2010).

²⁸³ HHAP, S. 16.

²⁸⁴ HHAP, S. 17.

umfassen jeweils 15-18 Schulen in jedem der 22 Schulbezirke.²⁸⁵ Teilnehmer waren Schulleiter, Lehrkräfte, Elternvertreter und Schüler des Bezirks sowie Vertreter der Bezirksverwaltungen. Diese Konferenzen waren die Vorstufe zu einer im Jahr 2010 beginnenden regionalen Bildungskonferenz, die auch andere Bildungsinstitutionen umfassen wird. In 108 Sitzungen mit ca. 2000 Teilnehmern entwickelten diese Konferenzen Empfehlungen für geeignete Schulstandorte mit optimalen Angeboten in den 22 Regionen.²⁸⁶ Die Empfehlungen für jeden Bezirk sind im Internet abrufbar.²⁸⁷ Sie umfassen unter anderem 57 neuartige Stadtteilschulen, die Fortsetzung der bestehenden Gymnasien und 66 neue Standorte für Ganztagschulen.²⁸⁸ Diese Empfehlungen bilden die Grundlage für weitere Pläne und Entscheidungen der Behörden.²⁸⁹

²⁸⁵ Information zu den Regionen abrufbar unter <http://www.hamburg.de/rsk-empfehlungen/> (Zugriff 14. März 2010).

²⁸⁶ „Regionale Schulentwicklungskonferenzen geben Empfehlungen ab“, 15. Mai 2009, abrufbar unter <http://www.lehrerportal.info/news+article.storyid+5507.htm> (Zugriff im Januar 2010).

²⁸⁷ Empfehlungen abrufbar unter <http://www.hamburg.de/rsk-empfehlungen>.
 Empfehlungen für OSI-Forschungsgebiet 1 siehe
<http://www.hamburg.de/rsk-empfehlungen/1455102/empfehlung-rsk-01.html>;
 Empfehlungen für OSI-Forschungsgebiet 2 siehe
<http://www.hamburg.de/rsk-empfehlungen/1403784/empfehlung-rsk-02.html>;
 Empfehlungen für OSI-Forschungsgebiet 3 siehe
<http://www.hamburg.de/rsk-empfehlungen/1455092/empfehlung-rsk-03.html> (Zugriff jeweils 14. März 2010).

²⁸⁸ „Regionale Schulentwicklungskonferenzen geben Empfehlungen ab“, 15. Mai 2009, abrufbar unter <http://www.lehrerportal.info/news+article.storyid+5507.htm> (Zugriff 14. März 2010).

²⁸⁹ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung, *Eine kluge Stadt braucht alle Talente. Die Hamburger Schulreform 2008-2012*, 30. Juni 2008.

6. ERFahrungen muslimischer Gemeinschaften: Arbeitsmarkt

6.1 Stellung Hamburger Muslime auf dem Arbeitsmarkt Hamburg

Die Forschungsgegenenden dieser Studie gehören zur Gruppe der sozial schwächsten Gegenden Hamburgs. Die Indikatoren umfassen Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeempfänger, Kinder in Sozialhilfe beziehenden Haushalten, Jugendarbeitslosigkeit und Schulabbrecher.²⁹⁰ Die höheren Arbeitslosenquoten in diesen Gegenden korrelieren mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil.

Dieses Kapitel untersucht die Situation von Muslimen am Arbeitsmarkt und die Rolle unterschiedlicher Barrieren, die Muslime beim Zugang und vollwertigen Teilnahme am Arbeitsmarkt vorfinden. Einige dieser Barrieren beziehen sich auf die Position von Muslimen als Migranten, andere speziell auf Muslime als Gruppe. Erfahrungen unfairer Behandlung betonen den Bedarf nach einer Erhebung weiterer Daten über ethnische und religiöse Zugehörigkeit, um das Ausmaß der Diskriminierung zu verstehen. In diesem Kapitel werden die Anstrengungen der Hamburger Verwaltung untersucht, die die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt angehen möchte.

²⁹⁰ „Die soziale Spaltung Hamburgs. Analyse der GAL-Bürgerschaftsfraktion“, abrufbar unter http://www.hamburg-kreativstadt.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Broschueren/nicht_im_print/Die_soziale_Spaltung_Hamburgs.pdf (Zugriff 14. März 2010).

Tabelle 39. Arbeitslosenquote in Hamburg, September 2007

	Stadtteil	Arbeitslosenquote in %
Gegend 1	Altona-Altstadt	9.5
	Altona-Nord	8.6
	St. Pauli	9.4
	St. Georg	6.2
Gegend 2	Veddel	11.2
	Wilhelmsburg	13.2
Gegend 3	Billbrook	18.0
	Billstedt	11.5
	Hamm-Nord	5.6
	Hamm-Süd	9.4
	Horn	11.0
	Jenfeld	9.8
	Steilshoop	8.9
Hamburger Durchschnitt		6.5

Quelle: Freie und Hansestadt Hamburg, Drucksache 18/7178, 9. November 2007.

Muslimen sind mit einer Reihe von Problemen in Bezug auf Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die Zahlen weisen darauf hin, dass sie stärker von Arbeitslosigkeit bedroht sind und seltener als Voll- oder Teilzeitkraft angestellt werden. Die Mehrheit der Muslimen arbeitet in ungelernten oder gelernten Dienstleistungsberufen, und eine Minderheit in akademischen Berufen. Muslimen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind oft Drittstaatsangehöriger, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt benachteiligt sind, da deutsche und EU-Bürger bei Arbeitsstellen priorisiert werden. Der Arbeitsmarkt ist für Nicht-EU-Bürger nicht offen. In der Arbeitsgruppe zum Arbeitsmarkt während des OSI-Runden Tisches verwiesen Teilnehmer auf die schwierige Situation von Muslimen und Migranten ohne Aufenthaltstitel oder einer sehr schwachen Rechtsstellung (Duldung) wie Asylbewerber oder Flüchtlinge. Für sie ist der Arbeitsmarkt überhaupt nicht zugänglich. Sie haben keine Arbeitserlaubnis und können aufgrund rechtlicher Beschränkungen legal keine Beschäftigung finden. Teilnehmer betonten, dass deren Situation berücksichtigt werden

muss.²⁹¹ Bis Ende 2009 konnten Menschen mit Duldungsstatus das Bleiberecht erhalten, wenn sie einen Arbeitsplatz finden konnten.²⁹²

Der Unterschied bei der Arbeitslosenquote zeigt sich bei OSI-Befragten (Tabelle 40.).

Tabelle 40. Haben Sie derzeit eine bezahlte Arbeit?

Antwort	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja, ganztags angestellt	12,0	18,0	15,0
Ja, in Teilzeit angestellt	14,0	25,0	19,5
Ja, selbstständig	2,0	18,0	10,0
Nein, ich arbeite ohne Bezahlung in einem Familienunternehmen	1,0	0,0	0,5
Nein, ich bin pensioniert	7,0	6,0	6,5
Nein, ich nehme an einem staatlichen Beschäftigungs- oder Ausbildungsprogramm teil	3,0	3,0	3,0
Nein, ich bin arbeitslos und auf der Suche nach einer Arbeit	17,0	4,0	10,5
Nein, ich bin Student/in	11,0	5,0	8,0
Nein, kümmere mich um Haus und Familie	10,0	2,0	6,0
Nein, ich bin dauerhaft krank oder behindert	2,0	0,0	1,0
Sonstige	21,0	19,0	20,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

²⁹¹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

²⁹² Fluchort Hamburg, „Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer Duldung“, abrufbar unter http://www.equal-asyl.de/fileadmin/dokumente/EP_Fluchort_Hamburg_flyer_bleiberechtsregelung_arbeitgeber.pdf (Zugriff 14. März 2010).

Tabelle 41. Hatten Sie jemals eine bezahlte Arbeit?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja, in den letzten fünf Jahren	30,0	22,0	26,0
Ja, vor mehr als fünf Jahren	22,0	8,0	15,0
Nein	18,0	1,0	9,5
k. A.	30,0	69,0	49,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0
Gesamt	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Tabelle 42. Berufliche Position

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Berufe mit akademischer oder Fachschulausbildung	6,0	46,0	26,0
Mittlere Verwaltungs- oder Dienstleistungsberufe	16,0	16,0	16,0
Höhere Verwaltungs-Managementberufe	1,0	1,0	1,0
Gelernte technische und handwerkliche Berufe	8,0	5,0	6,5
Angelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	9,0	5,0	7,0
Ungelernte Handwerks- und Dienstleistungsberufe	36,0	15,0	25,5
Mittlere und untere Managementberufe	4,0	1,0	2,5
Klassische akademische und freie Berufe	3,0	9,0	6,0
k. A.	17,0	2,0	9,5
Gesamt	%	100,0	100,0
Gesamt	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Es besteht eine klare Hierarchie bei den Berufen der Teilnehmer. Nur Muslime berichteten, in Berufen wie Raumpflege, Sicherheitsdienst, Lagerarbeiter oder in der Schneiderei tätig zu sein. Der Anteil der Muslime fällt, je mehr die Berufe soziale und kommunikative Fähigkeiten erfordern, wie diese Aufstellung zeigt.

- Dienstleistungen (wie Gastronomie und Lebensmittel, Post/Postamt) (83% Muslime)²⁹³
- Verkäufer/in (80% Muslime)
- Industrie (75% Muslime)
- Vertrieb (63,7% Muslime)
- Gesundheit (60% Muslime)
- Bau, Fahrer (40% Muslime)
- Krankenpflege, Lehrer/in (33% Muslime)
- Zeitarbeit (30,8% Muslime)
- Call Center, Marketing (15,4% Muslime)
- Öffentliche/private Verwaltung (15,4% Muslime)
- Freiberufler/in bzw. Selbstständige/r (12,5% Muslime)
- Sozialarbeiter (11,8% Muslime)

In der Befragung wurde deutlich, dass die meisten ihre Arbeit durch Bekannte und Verwandte bekommen hatten. Die nachstehende Aufstellung zeigt die Rangfolge, wie die Teilnehmer an ihre jeweilige Arbeit kamen und den jeweiligen Anteil an Muslimen.

- Bekanntschaft/Verwandschaft (69, darunter 34 Muslime)
- Zeitungen/Stellenanzeigen (17, darunter 10 Muslime)
- Eigeninitiative (informelle Bewerbung) (16, darunter 4 Muslime)
- Eigeninitiative (formelle Bewerbung) (15, darunter 6 Muslime)
- Empfehlung (11, darunter 6 Muslime)
- Öffentliche/private Arbeitsvermittlung (10, darunter 4 Muslime)
- Ausbildung/Vertretung/Praktikum (10, darunter 5 Muslime)

²⁹³ Berufe in diesem Bereich wurden am häufigsten genannt. 83% der Beschäftigten in diesem Bereich waren Muslime, 17% Nicht-Muslime. Quelle: Open Society Institute-Fragebogen, Februar–April 2008.

- Internet (8, darunter 6 Muslime)
- Streitkräfte, persönlich gefragt (8, darunter 0 Muslime)
- Selbstständig (6, darunter 1 Muslim)

Teilnehmer des Runden Tisches betonten, dass die unterschiedlichen Arten der Arbeitssuche nicht bedeuten, dass Muslime weniger aktiv nach Arbeit suchen, sondern dass sich ihr Ansatz der Arbeitssuche unterscheidet und eher auf persönliche Kontakte vertraut.

Der HHAP führt die schlechte Position von Migranten auf dem Arbeitsmarkt auf dessen strukturelle Änderungen zurück. Es gibt zunehmend weniger niedrig qualifizierte Arbeit und Migranten sind unverhältnismäßig stark davon betroffen.

6.2 Religion, Diskriminierung und Hindernisse bei der Beschäftigung

In einer europäischen Stadt wie Hamburg verwundert es nicht, dass mehr Nicht-Muslime (40) als Muslime (13) in einer Firma mit dem selben religiösen und ethnischen Hintergrund arbeiten, da die Anzahl muslimischer Unternehmen begrenzt ist. Die Tatsache, dass 59 Muslime und nur 14 Nicht-Muslime in einem Unternehmen mit anderem religiösen oder ethnischen Hintergrund arbeiten, reflektiert das dominant nicht-muslimische Unternehmensumfeld (Tabelle 43.).

Tabelle 43. Religiöser und ethnischer Hintergrund des Arbeitsplatzes

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Dieselbe Religionszugehörigkeit und ethnische Herkunft wie Sie	13,0	40,0	26,5
Dieselbe Religionszugehörigkeit, aber nicht dieselbe ethnische Herkunft	2,0	5,0	3,5
Dieselbe ethnische Herkunft, aber eine andere Religionszugehörigkeit	5,0	10,0	7,5
Eine andere ethnische Herkunft Religionszugehörigkeit	59,0	14,0	36,5
Sonstiges	3,0	9,0	6,0
Nicht zutreffend	0,0	19,0	9,5
k. A.	18,0	3,0	10,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Nur fünf Muslime und 10 Nicht-Muslime arbeiten in einem Unternehmen mit demselben ethnischen, aber einen anderen religiösen Hintergrund (Tabelle 44.).

Tabelle 44. Religiöser und ethnischer Hintergrund von Mitarbeitern

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Mehr als die Hälfte	15,0	45,0	30,0
Ungefähr die Hälfte	11,0	11,0	11,0
Weniger als die Hälfte	33,0	15,0	24,0
Sonstiges	21,0	18,0	19,5
Nicht zutreffend – ich arbeite alleine	3,0	9,0	6,0
k. A.	17,0	2,0	9,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Die Zahlen zeigen, dass muslimische Befragte stärker mit religiöser und ethnischer Vielfalt am Arbeitsplatz konfrontiert sind als Nicht-Muslime. Fast die Hälfte nicht-muslimischer Teilnehmer arbeitet in einem Umfeld, in dem sie Teil der Mehrheit mit demselben religiösen Hintergrund sind. Die meisten muslimischen Befragten befinden sich diesbezüglich in einer Minderheitenposition, in der weniger als die Hälfte ihrer Kollegen denselben religiösen Hintergrund besitzen. Dementsprechend erleben Muslime religiöse Vielfalt am Arbeitsplatz aus Perspektive der Minderheit und müssen Strategien entwickeln, damit umzugehen. Nicht-Muslime haben hingegen aufgrund ihrer Mehrheitsposition weniger damit umzugehen und können die Integration der Minderheit fördern.

Tabelle 45. Respekt von Arbeitgebern für unterschiedliche religiöse Bräuche

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Zu sehr	3,0	1,0	2,0
Etwa richtig	22,0	19,0	20,5
Zu wenig	53,0	34,0	43,5
Weiß nicht	22,0	46,0	34,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

Weniger als ein Viertel muslimischer Befragter (22) berichtete, dass ihre Religion am Arbeitsplatz angemessen berücksichtigt wird (Tabelle 46.). Fast die Hälfte der Nicht-Muslime hatte keine Meinung zu dieser Frage, was darauf hindeuten könnte, dass der Rolle von Religion am Arbeitsplatz wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Unter den Teilnehmern besteht der allgemeine Eindruck, dass der Arbeitsmarkt gegenüber Migranten nicht offen ist und das gegenwärtige Sozial- und Wirtschaftssystem zudem ein Hindernis für die Entwicklung des Zugehörigkeitsgefühls zu Hamburg darstellt. Muslimische Frauen sagten, sie hätten aufgrund ihres Äußeren keine Chancen am Arbeitsmarkt, insbesondere wenn sie einen Hijab tragen, ihr Gesicht bedecken oder islamische Kleidung tragen. Eine Mehrheit muslimischer Teilnehmerinnen an der OSI-Studie erlebte Diskriminierung aufgrund ihrer Religion, während die Mehrheit nicht-muslimischer Frauen von geschlechtsspezifischer Diskriminierung berichtete. Das Thema Kopftuch vereint unterschiedliche Aspekte geschlechtlicher, ethnischer und religiöser Diskriminierung. Der Umgang mit Diskriminierung auf Grundlage des AGG hat sich bisher nicht allgemein durchgesetzt. Die Arbeitsstelle Vielfalt wird die unterschiedlichen Diskriminierungsgründe formulieren. Ihr Einsatzauftrag, nämlich gegen die Diskriminierung aufgrund von Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter und Behinderung vorzugehen, wird genannt, jedoch nicht aufgrund von

Religion, womit die spezielle Diskriminierungserfahrung muslimischer Frauen vernachlässigt wird.²⁹⁴

Während Muslime sich auf den Mangel an Arbeitsplätzen konzentrierten und angaben, dass zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden sollten, empfanden Nicht-Muslime Ungleichheit beim Zugang zum Arbeitsmarkt als Hauptproblem.

Der HHAP hält fest, dass Ausländer im Vergleich zu Deutschen auf dem Arbeitsmarkt unverhältnismäßig schlecht dastehen.²⁹⁵ Die Auswirkung ist eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote unter Ausländern als unter Deutschen. Aber nicht nur arbeitslose Muslime oder Migranten sind betroffen, sondern auch Jugendliche finden keine Arbeit, Selbstständige mit Migrationshintergrund und Kurzarbeiter sowie Menschen mit einem Arbeitsplatz, der gestrichen werden könnte. Ungefähr ein Drittel aller Befragten (34 Muslime und 38 Nicht-Muslime) wurden bereits für einen Arbeitsplatz in Deutschland abgelehnt (siehe Tabelle 46.).

Tabelle 46. Hat man Ihnen in diesem Land in den letzten fünf Jahren eine Arbeitsstelle verweigert oder hat man Ihre Bewerbung abgelehnt?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja	34,0	38,0	36,0
Nein	39,0	54,0	46,5
Weiß nicht	1,0	1,0	1,0
Nicht zutreffend	26,0	7,0	16,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Als Gründe für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit von Migranten nennt der HHAP: soziale Herkunft, schlechte Schulabschlüsse und/oder das Fehlen jeglicher Qualifikation; mangelnde Sprachkenntnisse, Mangel an Information und gesetzliche Restriktionen für die Anstellung von Migranten ohne deutschen Pass.²⁹⁶ Die Teilnehmer selbst führten ihre Ablehnung entweder auf die Religion auf Seiten der Muslime oder auf das Alter auf Seiten der Nicht-Muslime zurück, wobei mehr als die Hälfte jeder Gruppe diese Frage jedoch unbeantwortet ließ (siehe Tabelle 47.).

²⁹⁴ Arbeitsstelle Vielfalt, Grundsatzaufgaben der Arbeitsstelle Vielfalt, 2009, typescript.

²⁹⁵ HHAP, S. 23.

²⁹⁶ HHAP, S. 23.

Tabelle 47. Angenommener Grund der Ablehnung für eine Arbeitsstelle

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ihr Geschlecht	2,0	1,0	1,5
Ihr Alter	4,0	13,0	8,5
Ethnizität	4,0	1,0	2,5
Ihre Religion	12,0	0,0	6,0
Ihre Hautfarbe	1,0	1,0	1,0
Wo Sie wohnen	1,0	0,0	0,5
Sonstiges	8,0	17,0	12,5
Weiß nicht	2,0	5,0	3,5
k. A.	66,0	62,0	64,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Mehrere Muslime nannten in ihren Antworten weitere Faktoren in Bezug auf Religion und Ethnizität, einschließlich das Tragen eines Hijab oder Ausländer zu sein. Im Rahmen der Arbeitsgruppe zum Arbeitsmarkt beim Runden Tisch wurden diese Faktoren bestätigt. Ein Experte für Migranten auf dem Arbeitsmarkt bestätigte eine Absagequote von 99% für Frauen mit Kopftuch, allerdings würden stets andere Begründungen genannt. Ein muslimischer Sozialarbeiter sagte, dass junge Muslime häufig auf Ablehnung stoßen, insbesondere wenn sie ein Kopftuch tragen oder sich als Muslime offenbaren.²⁹⁷

Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime berichteten von Diskriminierung bei Beförderungen in den letzten fünf Jahren (Tabelle 48.).

²⁹⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

Tabelle 48. Glauben Sie, dass Sie in den letzten fünf Jahren an Ihrem Arbeitsplatz im Hinblick auf eine Beförderung oder die Versetzung in eine bessere Position diskriminiert wurden?

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja		11,0	8,0	9,5
Nein		39,0	62,0	50,5
Weiß nicht		2,0	5,0	3,5
Nicht zutreffend		22,0	16,0	19,0
k. A.		26,0	9,0	17,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Während Religion und Alter als Haupthindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt identifiziert wurden, wurde die Ethnizität von Muslimen (6) als Haupthindernis bei Beförderungen genannt.

Tabelle 49. Angenommene Gründe für gescheiterte Beförderung

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ihr Geschlecht		0,0	1,0	0,5
Ihr Alter		0,0	2,0	1,0
Ethnizität		6,0	0,0	3,0
Ihre Religion		2,0	0,0	1,0
Ihre Hautfarbe		2,0	0,0	1,0
Sonstiges		1,0	4,0	2,5
Weiß nicht		0,0	1,0	0,5
k. A.		89,0	92,0	90,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Es gab zahlreiche Kommentare von Muslimen, dass es keine größeren Probleme und Konflikte bestünden und dass Arbeitgeber Muslime nicht von der Einhaltung religiöser Pflichten abhielten. Es scheint eine unausgesprochene Vereinbarung zu gelten, so ein

muslimischer Teilnehmer: „Ich glaube, die meisten Arbeitgeber haben Respekt, aber du solltest es nicht übertreiben, als Muslim zu viel zu fordern.“²⁹⁸

Ein anderer berichtete von der Notwendigkeit, offen zu sprechen: „Sobald Du Dich nicht zurück hältst, sondern deine Bedürfnisse äuserst, werden sie respektiert.“²⁹⁹ Ein Nicht-Muslim sagte, dass viele Menschen anderer Religionen in Deutschland eingestellt werden und keine Probleme haben, wohingegen ein anderer nicht von jemandem gehört hatte, der seinen Arbeitsplatz aufgrund der Religion verloren hätte.

Muslime und Nicht-Muslims betonten, dass Arbeitgeber mit Vielfalt unterschiedlich umgehen. Ein Muslim sagte, es hängt vom Arbeitsplatz und vom Ausmaß der religiösen Frömmigkeit ab. Viel hängt auch von der Einstellung des Arbeitgebers ab, da nicht jeder Beten am Arbeitsplatz erlaubt, sagten Muslime und Nicht-Muslims übereinstimmend. Auch am Runden Tisch wurde dies deutlich. In der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt berichteten Teilnehmer, dass der Arbeitsmarkt einer subjektiven Wahrnehmung unterliege. Die Praxis des schwedischen Modehauses H&M zeigt zum Beispiel, dass eine Firma, die einen anderen Ansatz verfolgen möchte, dies tun kann, beispielsweise indem sie Strategien, inspiriert vom *diversity management*, in ihre Personalpolitik integriert. Viele Ärzte suchen muslimische Mitarbeiter, da sie muslimische Patienten haben und verstehen, dass es hilft, ihre Patienten an ihre Praxen binden.³⁰⁰

In großen Firmen mit Betriebsräten werden Religionen und Gebräuche häufiger respektiert. Der Umgang mit Diskriminierung in diesen Unternehmen ist Aufgabe des Betriebsrats, wo Migranten häufig die einzigen sind, die aktiv Diskriminierung bekämpfen.³⁰¹ Die starke Position der Betriebsräte geht auf langjährige Antidiskriminierungsklauseln im Betriebsverfassungsgesetz zurück. In Hamburg gehören NROs wie Basis & Woge zu den wenigen Organisationen, die Beratung im Bereich Diskriminierung am Arbeitsplatz außerhalb Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen annehmen.

Unter einigen Muslimen und ein paar Nicht-Muslimen besteht ein allgemeines Verständnis darüber, dass Religion nicht entscheidend ist und dass Arbeitgeber nicht an der Religion ihrer Angestellten interessiert sind, insbesondere nicht im Handwerk und in der Industrie. Das einzige Interesse der Arbeitgeber gelte der Gewinnmaximierung und es sei einfacher für sie, sich nicht für Religion zu interessieren, so ein Muslim.³⁰² Dies gehe häufig mit Termindruck einher, der keine religiösen Bräuche ermögliche. Ein Nicht-Muslim dachte über die Auswirkungen der schlechten wirtschaftlichen Lage auf religiöse Bräuche am Arbeitsplatz nach:

²⁹⁸ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

²⁹⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁰⁰ OSI-Runder Tisch, Juni 2008.

³⁰¹ Betriebsverfassungsgesetz siehe <http://www.betriebsverfassungsgesetz.de> (Zugriff im Januar 2010).

³⁰² OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Die Arbeiter müssen froh sein, überhaupt Arbeit zu haben und können nicht während der Arbeitszeit beten gehen.³⁰³

Ein anderer Nicht-Muslim sagte, die Akzeptanz religiöser Symbole sei abhängig von der Firma und ihrer Tätigkeiten, aber dass Religion im Allgemeinen privat sei und religiöse Symbole nicht in die Arbeitswelt eindringen sollten:

Die Polizei soll keine religiösen Symbole tragen, aber in einem Büro oder Supermarkt soll es egal sein.³⁰⁴

Es ist schwierig für jemanden, der fünfmal am Tag beten möchte, merkte ein Nicht-Muslim an, da dies an bestimmten Tagen und bei bestimmten Arbeitsplätzen nicht möglich ist, da ein Arbeitgeber gewisse religiöse Bräuche nicht jede betriebliche oder organisatorische Strukturen integrieren könne.³⁰⁵ Aus muslimischer Perspektive können Probleme entstehen, wenn religiöse Feiertage nicht eingeplant werden. Dies wird noch stärker erfahren, wenn Arbeitgeber christliche Feiertage berücksichtigen, nicht aber die anderer Glaubensgemeinschaften.

Während an manchen Arbeitsplätzen Arbeitnehmer Kopftuch, Bart oder islamische Kleidung tragen und die religiöse Feiertage und Gebräuche einhalten können, ist dies nicht immer der Fall. Wenn Probleme bestehen, kann ein Kopftuch oder Bart ein Hindernis bei der Bewerbung auf eine Arbeitsstelle sein, besonders bei Stellen, die Kontakt mit der Öffentlichkeit erfordern.

Der Respekt in Bezug auf Gebetszeiten wird als Frage der Chancengleichheit betrachtet. Ein Muslim berichtete, entlassen worden zu sein, weil er während der Arbeitszeit gebetet hatte.³⁰⁶ Ein pensionierter Muslim erzählte, dass er nicht beten konnte, da er keine Erlaubnis erhielt, eine Pause einzulegen, um am Freitagsgebet in der Moschee teilzunehmen.³⁰⁷ Mangelnde Sensibilität für religiöse Bedürfnisse veranlassten einige Muslime zu der Auffassung, dass ihre Religion am Arbeitsplatz nicht Ernst genommen wird.

Ernährung und Essgewohnheiten können in manchen Berufen ebenfalls zum Problem werden, z. B. während des Ramadans. Ein Muslim berichtete, dass ihm während der Arbeitszeit abends eine Gelegenheit verwährt wurde, das Fasten zu brechen.³⁰⁸ Betriebskantinen können ein Problem darstellen, wenn sie keine Gerichte nach muslimischen Ernährungsvorschriften anbieten.

³⁰³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁰⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁰⁵ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁰⁶ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁰⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁰⁸ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Nur etwa ein Viertel der Muslime (27) gaben an, Beratung in Bezug auf Beschäftigung zu benötigen, allerdings die Hälfte der Nicht-Muslime (50). Es gibt mehrere Migrantenselbstorganisationen (MSOs), die im Arbeitsmarktbereich tätig sind, z. B. Unternehmer ohne Grenzen, die Migranten helfen, Unternehmer zu werden, oder ATU (Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer), die sich auf die Beschaffung von Ausbildungsplätzen in migrantischen Unternehmen spezialisiert haben.

Teilnehmer der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt betonten den Bedarf nach Antidiskriminierungsverfahren bei der Vergabe öffentlicher Arbeits- und Serviceaufträge, sowie nach Maßnahmen, die zu Transparenz bei der Vergabe von Krediten seitens Banken an Muslime und Migranten führen könnten. Dies könne für die Stärkung der migrantischen Wirtschaft in Hamburg von großer Bedeutung sein.³⁰⁹

Obwohl Gewerkschaften und Betriebsräte beim Kampf für Chancengleichheit am Arbeitsplatz eine wichtige Rolle einnehmen, gaben nur acht Nicht-Muslime und keine Muslim an, in Gewerkschaften mit einem ethnisch gemischten Umfeld aktiv zu sein.

6.3 Initiativen zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt

Ziel des HHAP ist die Absenkung der Anzahl arbeitsloser Migranten und mehr Teilhabe an Hochschulbildung und deutschen Berufen. Um dies zu erreichen, werden die Aktivitäten der Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA), der Agentur für Arbeit und der hiesigen Arbeitsagentur (team.arbeit.hamburg) verbessert und ausgeweitet. Die Integrationskurse der Bundesregierung werden um lokale Dienste in Hamburg erweitert (Sprachförderung, berufliche Qualifikation, Beratung und Unterstützung). NOBI, das Norddeutsche Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten, ist ein weiteres Beispiel für eine Organisation, die wirtschaftliche Akteure, Arbeitsverwaltung, soziale Dienste und Migrantenselbstorganisationen (MSO) zusammenbringt. NOBI ist norddeutscher Partner im bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifikation“ (IQ). IQ wurde 2005 vom Bundesministerium für Arbeit im Rahmen des nationalen Integrationsplans initiiert. Es sucht neue Wege, Migranten in den Arbeitsmarkt in Zusammenarbeit mit NROs zu integrieren.

Der HHAP strebt außerdem die Verbesserung interkultureller Kompetenzen innerhalb der hiesigen Arbeitsagentur an, möchte die Zahl von Migranten in der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen erhöhen und das Problem der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen lösen, da diese oft nicht als gleichwertig gegenüber in Deutschland erworbenen betrachtet werden. Im benachbarten Schleswig-Holstein hat der Flüchtlingsrat Richtlinien für die Anerkennung von Schulabschlüssen, beruflichen Qualifikationen und akademischen Titeln entwickelt, die außerhalb Deutschlands

³⁰⁹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009, Verweis auf EU-Richtlinien 2004/18/EG, 2004/17/EG.

erworben wurden. Diese könnten für Hamburg genutzt und angepasst werden.³¹⁰ Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Gesetzentwurf für die Anerkennung ausländischer Zeugnisse vorbereitet.³¹¹

Der HHAP plant zudem öffentliche Kampagnen der Stadt Hamburg, welche die wirtschaftliche Rolle von Migranten zur Steigerung des Wohlstandes Stadt zeigen. Die Höhe der Mittel, die Hamburg für solche Kampagnen veranschlagt, ist nicht bekannt. Die meisten Gelder im Bereich Integration stammen jedoch aus Bundes- oder EU-Mitteln, mit einiger Beteiligung der Stadt Hamburg. Zwar finden kleinere Kampagnen zu bestimmten Projekten statt. Eine öffentliche städtische Kampagne zur Darstellung der unternehmerischen Rolle von Migranten hat jedoch nicht statt gefunden.

Die Handwerkskammer Hamburg verfolgt ihren eigenen Ansatz. Sie begegnet dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Hamburg mit speziellen Maßnahmen zur Integration von Migranten in die Hamburger Handwerksbranche, indem sie Migrantenunternehmen mehr Sichtbarkeit verschafft und ihre Zukunftsfähigkeit unterstützt oder Migrantenfrauen hilft, in handwerklichen Bereichen tätig zu werden. Sie ermuntert Unternehmensnetzwerke dazu, Migrantenunternehmen aufzunehmen und wird sich allen Handwerksinstitutionen für die Teilhabe von Migranten öffnen.³¹²

Zwei MSOs bieten Informationen für Migranten zu den Themen Selbstständigkeit, Ausbildung, Existenzgründung, Kontakte zu Banken, Handelskammern oder anderen Wirtschaftsorganisationen. Sie bieten Unterstützung bei der Beschaffung von Mikrokrediten an und bilden Selbstständige in der Ausbildung von Lehrlingen und dem Aufstellen von Finanzplänen weiter.³¹³ Teilnehmer der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt am OSI-Runden Tisch wiederholten, dass die migrantische Wirtschaft gestärkt und unterstützt werden müsse. Es wurde berichtet, dass Muslime und Migranten Diskriminierung bei der Vergabe von Krediten erfahren und dass kein Mechanismus zur Meldung und Untersuchung besteht.³¹⁴

³¹⁰ Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Projekt access – Agentur zur Förderung der Bildungs- und Berufszugänge für Flüchtlinge und MigrantInnen in Schleswig-Holstein: Leitfaden zur Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse in Schleswig-Holstein, 2008, abrufbar unter http://ep-nobi.de/upload/pdf/Publikationen_2008/Leitfaden__Anerkennung_Abschlusse_2_Auflage_0809.pdf (Zugriff im Januar 2010).

³¹¹ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin, Kompetenzen wahrnehmen, anerkennen und fördern. Vorschläge des BMAS für ein Gesetz zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen, 28. Mai 2009, abrufbar unter http://www.bmas.de/coremedia/generator/33838/property=pdf/2009__06__18__eckpunktepapier__auslaendische__arbeitskraefte.pdf (Zugriff im Januar 2010).

³¹² Handwerkskammer Hamburg, „Integration von MigrantInnen im Hamburger Handwerk“, typescript, 2009 (nachfolgend Handwerkskammer Hamburg, „Integration von MigrantInnen im Hamburger Handwerk“).

³¹³ Handwerkskammer Hamburg, „Integration von MigrantInnen im Hamburger Handwerk“.

³¹⁴ OSI-Runder Tisch, Juni 2009; die Arbeitsstelle Vielfalt war noch nicht eingerichtet; im Dezember 2009 nahm sie vollständig ihre Arbeit auf.

Im HHAP wird anerkannt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund mit gleichem Schulabschluss wie deutsche Altersgenossen viel mehr Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben. Der derzeitige Erste Bürgermeister, im Jahr 2001 zum ersten mal gewählt, machte die Integration junger Migranten in den Arbeitsmarkt früh zu einer der höchsten Prioritäten. Im Jahr 2002 berief er eine Arbeitsgruppe mit den größten Hamburger Unternehmen ein. Eine Initiative für die zusätzliche Beschäftigung von 1.000 Auszubildenden mit Migrationshintergrund jedes Jahr, ist in Bearbeitung. Zudem wird jährlich ein Preis für bewährte Ansätze bei der Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund an Unternehmen verliehen. Für betriebliche Entscheidungen ist die BQM³¹⁵ verantwortlich. Es gibt 15 Kriterien für die Auswahl des besten Unternehmens. (Diese werden auch in anderen Wettbewerben transparent genutzt.) Solche Wettbewerbe werden als geeignete politische Druckmittel betrachtet, wie Teilnehmer der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt beim Runden Tisch sagten.³¹⁶ BQM hat eine Reihe von Aktivitäten entwickelt, darunter interkulturelle Testverfahren, Broschüren für Migranteneltern, die ihren Kindern bei der Auswahl der richtigen Ausbildung und des richtigen Berufes helfen sollen, eine Agentur, die auf die Arbeitsplatzbeschaffung für jugendliche Migranten spezialisiert ist. Teilnehmer berichteten jedoch, dass besonders junge Muslima, obwohl sie häufig qualifiziert sind, bei der Wahl des Arbeitsplatzes eingeschränkt sind, da Arbeitgeber selten ein Kopftuch akzeptieren. Deswegen schlussfolgerte ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe, dass Tests und Einstellungsverfahren in Bezug auf ihre Umsetzung kontrolliert werden müssen, um Gleichbehandlung sicherzustellen.³¹⁷

Es wurden mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund bei der Stadtverwaltung und der Hamburger Polizei eingestellt. 2005 begann die Reorganisation der Hamburger Verwaltung und eins der Ziele war, die Zahl Auszubildender mit Migrationshintergrund um bis zu 20% zu erhöhen. Das Personalamt begann eine freiwillige Umfrage unter seinen Angestellten, um zu ermitteln, wie viele Mitarbeiter der Verwaltung bereits einen Migrationshintergrund haben. Mit dieser Umfrage ist Hamburg die erste Stadtverwaltung in Deutschland, die die Angestellten anhand ihres Migrationshintergrundes erfasst hat. Insgesamt nahmen 20.081 Angestellte an der Umfrage teil, was einer Rücklaufquote von 28% entspricht. 8,9% der Angestellten hatte einen Migrationshintergrund, 2,1% einen ausländischen Pass und 6,8% die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den Auszubildenden hatten 58 von 469 einen Migrationshintergrund, was 12,4% entspricht (2006: 5,2%; 2007: 10,9%).³¹⁸ Laut Grundgesetz (Art. 33 Abs. 2) und Hamburgischen Gesetzen (§ 7 HmbBG, § 2

³¹⁵ Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten koordiniert den Auswahlprozess. Siehe <http://www.kwb.de/bqm.html> (Zugriff 14. März 2010).

³¹⁶ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³¹⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³¹⁸ Pressestelle des Senats, Ergebnisse der Beschäftigungsbefragung in der hamburgischen Verwaltung zur Erhebung eines Migrationshintergrundes, 10. März 2009.

HmbLVO) müssen Auswahl und Beförderung von Angestellten und Auszubildenden ohne Rücksicht auf Geschlecht, sexuelle Identität und Orientierung, Abstammung, Rasse,³¹⁹ Glauben, religiöse oder politische Anschauungen, Heimat, Herkunft oder Beziehungen erfolgen. Im Handbuch zur Personalbeschaffung der Hamburger Verwaltung ist klargestellt, dass es inakzeptabel ist, Fragen nach religiöser Orientierung zu stellen. Das heißt, dass in Zukunft, selbst wenn die Zusammensetzung der Hamburger Verwaltung anhand des Migrationshintergrunds beschrieben werden kann, keine primären Daten über die Zahl der in der Hamburger Verwaltung eingestellten Muslimen verfügbar sein werden.³²⁰ Der Bedarf nach Daten in Bezug auf Ethnizität und Religion ist wichtig, damit ein auf Beweisen basierendes Bild über das Ausmaß der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt erstellt werden kann.³²¹ Das Deutsche Institut für Menschenrechte begann eine Diskussion darüber, wie solche Informationen angesichts des Datenschutzes und der deutschen Erfahrungen erhoben werden können.³²² Auf Grundlage der Umfrageergebnisse des Personalamtes rief die Hamburger Stadtverwaltung eine Kampagne für die Einstellung Jugendlicher mit Migrationshintergrund mit dem Slogan „Wir sind Hamburg! Bist Du dabei?“³²³ ins Leben.

³¹⁹ Obwohl im Deutschen der Begriff „Rasse“ in rechtlichen Dokumenten und sogar im AGG verwendet wird, ist er sehr umstritten, da er Konnotationen der Nazi-Ideologie besitzt. Siehe Deutsches Institut für Menschenrechte, *Zum Gebrauch des Begriffs „Rasse“*, Berlin, 2007.

³²⁰ Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Personalamt (2007): *Auswahlverfahren in der hamburgischen Verwaltung: Planung, Auswahlprozess, Entscheidung*, 2007.

³²¹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³²² Protokoll: Fachgespräch des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Datenerhebung zum Erweis ethnischer Diskriminierung, typescript, 12. Juni 2008.

³²³ <http://www.hamburg.de/bist-du-dabei/62924/bist-du-dabei.html> (Zugriff 18. August 2009).

7. ERFAHRUNGEN DER MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFTEN: WOHNEN

7.1 Ausblicke auf die lokale Gemeinschaft

Schwerpunkt dieses Kapitels ist die Untersuchung von Wahrnehmungen und Erfahrungen der Befragten in Bezug auf Wohnraum und ihren Stadtteil. Es beginnt mit einem Überblick über die Gründe für die Niederlassung in den Bezirken, ihren Erfahrungen und Eindrücken über die Viertel und ihre Bewohner sowie angenehme und unangenehme Seiten des Bezirks. Es untersucht ergriffene Maßnahmen zur Verbesserung von Zugang und Qualität im Wohnungsbereich, die untrennbar mit Identität und Zugehörigkeit verknüpft sind. Dieses Kapitel stützt sich auf Daten aus den OSI-Fragebögen, Fokusgruppen und Stakeholder-Interviews sowie weitere politische Quellen und Forschungsliteratur.

Tabelle 50. fasst strukturelle Daten über die drei Gegenden zusammen.

Tabelle 50. Vorhandener Wohnraum, Sozialwohnungen, Jugendliche und Muslime

	Stadtteil	Anteil in Relation zum Wohnraum in ganz Hamburg (2006)	Anteil sozialer Wohnungsbau (2006)	Anteil Jugendlicher unter 18 (2006)	Ethno-Index Türkei/ islamische Länder ³²⁴
Gegend 1	Altona-Altstadt	87,1	21,1	13,7	239,9
	Altona-Nord	89,9	12,6	15,1	227,5
	St Pauli	84,4	17,4	11,9	209,4
	St. Georg	86,0	16,7	9,2	154,3
Gegend 2	Veddel	68,2	21,5	22,9	701,2
	Wilhelmsburg	77,8	36,7	22,6	382,0
Gegend 3	Billbrook	76,2	6,7	26,5	194,0
	Billstedt	84,9	41,5	19,8	212,7
	Hamm-Nord	100,3	1,1	9,3	72,4
	Hamm-Süd	91,0	12,7	15,3	137,5
	Horn	86,0	13,9	15,6	194,8
	Jenfeld	82,2	40,1	19,6	148,7
	Steilshoop	88,0	66,7	19,2	147,1
Durchschnitt in Hamburg	36,5 m²	100,0	13,2	15,7	100

Quelle: Bürgerschaft der freien und Hansestadt Hamburg, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/7178, 9. November 2007.

Die Mehrheit der befragten Muslime (53) wohnte in öffentlichem oder sozialem Wohnungsbau, während die Mehrheit der Nicht-Muslime (51) privat vermietete Wohnungen bewohnte. Sozialer Wohnungsbau ist öffentlich finanzierter Wohnraum, bei dem Mietsteigerungen reguliert sind. Private Vermieter haben weniger Beschränkungen, müssen sich aber an den vor Ort durchschnittlichen Mietpreisen orientieren.

³²⁴ Hallenberg, „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt“, ursprünglicher Datensatz vom Autoren bereitgestellt.

Tabelle 51. Mieten oder besitzen Sie Ihr Haus oder Ihre Wohnung oder besteht irgendeine andere Vereinbarung?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Uneingeschränkter Eigentümer	1,0	2,0	1,5
Eigentümer mit Kredit oder Darlehen	5,0	1,0	3,0
Teils Eigentümer, teils Mieter (gesichertes Darlehen)	2,0	0,0	1,0
Mieter einer öffentlichen Wohnung/Sozialwohnung	53,0	36,0	44,5
Mieter einer Privatwohnung	18,0	51,0	34,5
Wohnt mit Eltern/ Geschwistern	19,0	5,0	12,0
Mietfreies Wohnen	1,0	0,0	0,5
Hausbesetzer	0,0	1,0	0,5
Sonstiges	1,0	4,0	2,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Muslime wohnten länger in ihren Bezirken als Nicht-Muslime; die Mehrheit (65) wohnte dort länger als 11 Jahre.

Tabelle 52. Wohndauer im Bezirk

Anzahl Jahre	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
<1	5,0	4,0	4,5
1–5	17,0	32,0	24,5
6–10	13,0	17,0	15,0
11–20	36,0	26,0	31,0
21–30	25,0	13,0	19,0
31+	4,0	8,0	6,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Mehr muslimische als nicht-muslimische Befragte wohnten bei ihren Familien oder in deren Nähe. Die Daten weisen darauf hin, dass Muslime weniger individuelle Freiheit bei der Wahl ihres Wohnorts haben, da ihre Entscheidung vom Niederlassungsverhalten der Familie abhängt. Nicht-Muslime suchten ihre Wohngegend hingegen nach persönlicheren Kriterien aus. Nicht-Muslime antworteten am häufigsten, in den Bezirk gezogen zu sein, weil es dort schön sei. Nur drei Muslime wählten diese Antwort. Ein muslimischer Teilnehmer der Arbeitsgruppe Wohnen des Runden Tisches sprach sich für eine Quote im Sozialwohnungsbereich aus, da große Familien mit Migrationshintergrund keine große Auswahl beim Thema Wohnen hätten und sich so in bestimmten Gegenden konzentrieren. Er führte fort, dass Wohnungsbaugesellschaften eine Quote zur Reduzierung der Konzentration bestimmter Migrantengruppen nutzen sollten.³²⁵ Andere muslimische Teilnehmer bestanden darauf, dass es wichtig sei, in einem multikulturellen Bezirk zu wohnen, da sie ihre Kinder in einem „wirklich“ multikulturellen Umfeld großziehen möchten.³²⁶ Diese Diskussion betont das sensible Thema der Diskriminierung bei der Wohnungssuche und die Frage, ob Quoten diskriminierend sind oder nicht. Ein Anwalt, der im Juni 2009 am Runden Tisch teilnahm, wies auf den Mangel an Beschwerden von Muslimen sowie den allgemeinen Mangel an verfügbaren Daten, die wiederum eine Meidungsbildung und den Kampf gegen Diskriminierung im Bereich Wohnen erschweren.³²⁷ Der erste Fall bezüglich Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe und Ethnizität wurde in Aachen vor Gericht gebracht.³²⁸ Teilnehmer der OSI-Diskussion schlugen vor, einen Runden Tisch aus Wohnungsbauwirtschaft sowie muslimischen und migrantischen Mietern zu gründen, um einen detaillierten Katalog an Bedürfnissen bezüglich Wohnen der muslimischen und migrantischen Mieter zu erstellen, wie Größe und Aufteilung des Wohnraums in einer Wohnung oder Gemeinschaftsräume für Familienzusammenkünfte.³²⁹

³²⁵ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³²⁶ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³²⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³²⁸ Siehe Website des Antidiskriminierungsverbands Deutschland unter <http://www.antidiskriminierung.org/?q=node/283> (Zugriff im Januar 2010).

³²⁹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

Tabelle 53. Welches ist der Hauptgrund, aus dem Sie in diesen Bezirk gezogen sind?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Nicht selbst gewählt	10,0	2,0	6,0
Kosten	6,0	5,0	5,5
Nicht weit vom Arbeitsplatz	8,0	5,0	6,5
Nicht weit von der Familie	12,0	2,0	7,0
Nicht weit von Geschäften/ anderen Einrichtungen	3,0	0,0	1,5
Ruf der Gegend	0,0	3,0	1,5
Leute derselben ethnischen Herkunft wie ich	1,0	0,0	0,5
Leute derselben Religionszugehörigkeit wie ich	2,0	0,0	1,0
Schöne Gegend	3,0	16,0	9,5
Öffentliche Wohnung/ Sozialwohnung, die mir angeboten wurde	4,0	5,0	4,5
Die Wohnung gefiel mir	3,0	10,0	6,5
Preisgünstige, erschwingliche Unterbringung	5,0	11,0	8,0
Nicht weit von Verkehrsmitteln	1,0	0,0	0,5
Wurde hier geboren, habe immer hier gewohnt	1,0	4,0	2,5
Habe hier vorher schon einmal gewohnt	2,0	0,0	1,0
Wohnung/Entscheidung der Eltern	17,0	4,0	10,5
Wohne bei Ehepartner	4,0	3,0	3,5
Nicht weit von Gebetsstätte	1,0	0,0	0,5
Es ist eine multikulturelle Gegend	6,0	10,0	8,0
Sonstiges	11,0	19,0	15,0
Weiß nicht	0,0	1,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

Weniger Muslime als Nicht-Muslime wohnen in ethnisch und religiös gemischten Gegenden, was wiederum daran liegen mag, dass Familien nah beieinander wohnen (siehe Tabellen 54. und 55.).

Tabelle 54. Ethnische und religiöse Zusammensetzung der Nachbarschaft

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
In erster Linie Verwandte	5,0	0,0	2,5
In erster Linie Menschen derselben ethnischen Herkunft und mit derselben Religionszugehörigkeit	20,0	6,0	13,0
In erster Linie Menschen einer anderen ethnischen Herkunft, aber mit derselben Religionszugehörigkeit	4,0	0,0	2,0
In erster Linie Menschen derselben ethnischen Herkunft, aber mit einer anderen Religionszugehörigkeit	2,0	1,0	1,5
In erster Linie Menschen einer anderen ethnischen Herkunft und mit anderer Religionszugehörigkeit	12,0	3,0	7,5
Eine Mischung unterschiedlicher Herkunft, Ethnizität und Religion	57,0	90,0	73,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Beide Gruppen gaben an, gerne in ihrer Gegend zu wohnen, wobei beinahe drei Viertel aller Nicht-Muslime angaben, sehr gerne dort zu wohnen, im Vergleich zu 39 Muslimen (Tabelle 55.).

Tabelle 55. Leben Sie gerne in dieser Gegend?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja, auf jeden Fall	39,0	71,0	55,0
Ja, in gewissem Maße	52,0	27,0	39,5
Nein	9,0	2,0	5,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Ähnlich gaben weniger Muslime an, den Menschen in ihrer Nachbarschaft zu vertrauen (Tabelle 56.).

Tabelle 56. Vertrauenswürdigkeit der Menschen in der Nachbarschaft

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Vielen Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	16,0	34,0	25,0
Einigen Menschen kann man vertrauen	43,0	51,0	47,0
Wenigen Menschen kann man vertrauen	29,0	12,0	20,5
Keinem der Menschen in der Nachbarschaft kann man vertrauen	9,0	1,0	5,0
Keine Antwort	3,0	2,0	2,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100,0	200

Quelle: Open Society Institute

In beiden Gruppen stimmen mehr als ein Drittel zu oder voll und ganz zu (38 Muslime, 37 Nicht-Muslime), dass ihre Nachbarschaft eng zusammenhält. 50 Muslime stimmten dieser Aussage jedoch nicht oder überhaupt nicht zu (31 Nicht-Muslime) (Tabelle 57.).

Tabelle 57. Hält die Nachbarschaft hier zusammen?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Stimme voll und ganz zu	6,0	4,0	5,0
Stimme zu	32,0	33,0	32,5
Stimme nicht zu	34,0	28,0	31,0
Stimme überhaupt nicht zu	16,0	3,0	9,5
Weiß nicht	12,0	32,0	22,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100,0	200

Quelle: Open Society Institute

Obwohl ein recht hoher Anteil muslimischer Befragter (12) angab, wegen ihrer Familie in diese Gegend gezogen zu sein, gab auch ein hoher Anteil Muslime und Nicht-Muslime an, nicht die gleichen Werte mit ihren Nachbarn zu teilen (Tabelle 58). Dieses überraschende Ergebnis könnte die Tatsache unterstreichen, dass sich die gemeinsamen Werte innerhalb von Familien unterscheiden könnten, zwischen der jüngeren und älteren Generation. Von den 44 Muslimen (18 von ihnen waren unter

29), die nicht mit der Aussage einverstanden waren, dass Menschen in der Nachbarschaft dieselben Werte besitzen, gaben 12 an (9 von ihnen unter 29), bei ihren Eltern zu leben oder ihren Wohnort nicht selbst gewählt zu haben.³³⁰

Tabelle 58. Haben Menschen in der Nachbarschaft dieselben Werte?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Stimme voll und ganz zu	3,0	1,0	2,0
Stimme zu	16,0	26,0	21,0
Stimme nicht zu	44,0	44,0	44,0
Stimme überhaupt nicht zu	23,0	9,0	16,0
Weiß nicht	14,0	19,0	16,5
k. A.	0,0	1,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Trotz dieser eher negativen Bewertung ihres Nachbarschaft sind sowohl die Mehrheit der Muslime als auch Nicht-Muslime bereit, ihren Nachbarn zu helfen (Tabelle 59.).

Tabelle 59. Sind die Menschen in der Nachbarschaft bereit, ihren Nachbarn zu helfen?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Stimme voll und ganz zu	9,0	10,0	9,5
Stimme zu	55,0	64,0	59,5
Stimme nicht zu	18,0	12,0	15,0
Stimme überhaupt nicht zu	9,0	1,0	5,0
Weiß nicht	9,0	13,0	11,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Unzufriedenheit mit Sozialwohnungen war unter Muslimen wie Nicht-Muslimen weit verbreitet.

³³⁰ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Tabelle 60. Zufriedenheit mit Sozialwohnungen

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr zufrieden		3,0	3,0	3,0
Ziemlich zufrieden		22,0	19,0	20,5
Weder zufrieden noch unzufrieden		22,0	21,0	21,5
Ziemlich unzufrieden		29,0	31,0	30,0
Sehr unzufrieden		6,0	9,0	7,5
Weiß nicht		18,0	17,0	17,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Befragte zeigten sich unzufrieden darüber, wie Sozialwohnungsgesellschaften, z. B. SAGA, mit Beschwerden umgehen und ihre Mieter bedrohen. „Niemand hört unsere Beschwerden an, niemand tut etwas, um unsere Probleme zu lösen“, sagte ein muslimischer Teilnehmer.³³¹

Ein anderer Muslim schlug vor, dass Mieter und SAGA Geschäftspartner sein sollten.³³² Die NRO „Mieter helfen Mietern“ unterstützt Mieter bei der Einreichung von Beschwerden. Sie bietet Beratung zum Umgang mit Konflikten in der Nachbarschaft und greift Fälle von Diskriminierung im Bereich Wohnen. Die Arbeitsgruppe Wohnen sprach sich am Runden Tisch für die aktive Einbeziehung der Wohnungswirtschaft aus, durch Erarbeitung von Richtlinien für Mietverträge mit muslimischen und migrantischen Mietern sowie eine Erhöhung des Mitarbeiter mit muslimischem oder migrantischen Hintergrund in den eigenen Unternehmen und Organisationen.³³³

Teilnehmer berichteten von steigenden Mieten, verwahten Häusern und fehlerhaften Nebenkostenabrechnungen. Einige Muslime meinten, der Staat konstruiere steigende Mietpreise, um Migranten aus dem sozialen Wohnungsbau zu preisen und deutsche Familien anzuziehen, die sie sich leisten können, sodass die Gegend aufwertet werde.

Ein Nicht-Muslim berichtete, dass es zu wenige attraktive Sozialwohnungen gebe. Viele Nicht-Muslime betonten die Tatsache, dass keine weiteren Sozialwohnungen geplant seien und so die Nachfrage höher sei als das tatsächliche Angebot.³³⁴ Dies

³³¹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³³² OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³³³ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³³⁴ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

spiegelt ebenfalls die Ansicht eines Mietervereins wider. Im Jahr 2008 standen nur 119.000 Wohnungen im Bereich soziales Wohnen zur Verfügung; für den Bezirk Hamburg-Mitte entsprach dies etwa 25.000 Wohnungen.³³⁵ Es müssten jährlich 6.000 bis 8.000 zusätzliche Wohnungen gebaut werden, um der gegenwärtigen Nachfrage gerecht zu werden.³³⁶ Am Runden Tisch wurde betont, dass eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus auch den Bedarf größerer muslimischer Familien nach 4- bis 5-Zimmer-Wohnungen befriedigen müsse.³³⁷

Einige Muslime beschwerten sich über gewisse Einschränkungen, wie die Unmöglichkeit, eine Wohnung zu teilen oder darüber, dass es mit einer §5-Bescheinigung³³⁸ nur Wohnungen an Hamburgs Stadtrand gebe, und Ausländer sofort dorthin befördert würden.³³⁹

Viele der Befragten äußerten Besorgnis über aggressive Jugendliche in allen Gegenden Hamburgs. Gleichzeitig drückten sie ihre Unzufriedenheit über das Angebot für Jugendliche aus. Nur 14 Muslime und 11 Nicht-Muslime waren mit dem Angebot für Jugendliche sehr oder ziemlich zufrieden; 42 Muslime und 44 Nicht-Muslime waren jedoch ziemlich oder sehr unzufrieden (Tabelle 61.).

Tabelle 61. Zufriedenheit mit Diensten für Jugendliche

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr zufrieden	2,0	1,0	1,5
Ziemlich zufrieden	12,0	10,0	11,0
Weder zufrieden noch unzufrieden	16,0	13,0	14,5
Ziemlich unzufrieden	24,0	32,0	28,0
Sehr unzufrieden	18,0	12,0	15,0
Weiß nicht	27,0	32,0	29,5
k. A.	1,0	0,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

³³⁵ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³³⁶ Siehe http://www.mhmburg.de/Hamburger_Wohnungsmarkt_2009/seiten--1225552118/index.html (Zugriff 14. März 2010).

³³⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³³⁸ Amtliche Bescheinigung, die den Mieter zur Beantragung einer Sozialwohnung berechtigt.

³³⁹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Muslime beklagten sich über den Mangel an Einrichtungen speziell für Jugendliche. Befragte erwähnten, dass Jugendliche auf den Straßen herumhängen, da es keine Angebote für sie gibt; also sind sie unbeschäftigt und ohne Perspektive im Leben. Diese Art von Inaktivität führt zur Entstehung von Gangs und Nationalismus, sagten einige Muslime.³⁴⁰ Einige Muslime schlugen strengere polizeiliche Maßnahmen und ein allgemeines Alkoholverbot für Jugendliche in der Öffentlichkeit vor.³⁴¹

Nicht-Muslime schlugen vor, Sport könne ein Ausgleich für Jugendliche sein, die ansonsten keinen Ort für sich hätten. In der OSI-Umfrage zeigten Sport- und Freizeitaktivitäten ein hohes Ausmaß an wöchentlichen und monatlichen Kontakten mit anderen Ethnizitäten und Religionen (30 Muslime, 30 Nicht-Muslime).³⁴²

Muslime und Nicht-Muslime teilten auch die Ansicht, dass das gegenwärtige Angebot unzureichend ist und es nicht genug Jugendzentren gibt, in denen sich Jugendliche unterschiedlicher Herkunft und Religion treffen können. Die vorhandenen Einrichtungen sind baufällig und es besteht ein Mangel an qualifizierten Mitarbeitern; die Finanzierung von Sozialarbeit, die sich direkt an herumhängende Jugendliche auf den Straßen richtet, wurde vom Senat eingestellt, berichteten Muslime. In Jugendclubs gebe es keine speziellen Angebote für Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss, und nur wenige Aktivitäten, die keine Klubmitgliedschaft erforderten.

Tabelle 62. Zufriedenheit mit der Straßenreinigung

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr zufrieden	10,0	9,0	9,5
Ziemlich zufrieden	50,0	41,0	45,5
Weder zufrieden noch unzufrieden	9,0	20,0	14,5
Ziemlich unzufrieden	16,0	18,0	17,0
Sehr unzufrieden	14,0	11,0	12,5
Weiß nicht	0,0	1,0	0,5
k. A.	1,0	0,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100

Quelle: Open Society Institute

³⁴⁰ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁴¹ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁴² Siehe Tabelle 26. S. 63, OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

Obwohl die meisten Befragten, sowohl Muslime (60) als auch Nicht-Muslime (50), mit der Straßenreinigung in ihrem Viertel zufrieden waren, gab es häufig Kommentare über die Sauberkeit ihrer Wohngegend. Diese reichten von einem allgemeinen Mangel an Reinigung in einigen Gegenden, bis hin zu spezifischer mangelnder Räumung im Winter. Von überfüllten Mülleimern und Müllcontainern wurde ebenso berichtet wie von Menschen, die die Exkremente von ihren Hunden nicht beseitigen (siehe Tabelle 62.).

Eine große Mehrheit, 76 Muslime und 66 Nicht-Muslime, ist mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Hamburg sehr oder ziemlich zufrieden. Nur 19 Nicht-Muslime (und 6 Muslime) waren ziemlich oder sehr unzufrieden. Zu den erwähnten Problemen zählten unzulängliche Busverbindungen und hohe Fahrpreise.

Tabelle 63. Zufriedenheit mit öffentlichen Verkehrsmittel

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr zufrieden	29,0	21,0	25,0
Ziemlich zufrieden	47,0	45,0	46,0
Weder zufrieden noch unzufrieden	12,0	14,0	13,0
Ziemlich unzufrieden	6,0	15,0	10,5
Sehr unzufrieden	0,0	4,0	2,0
Weiß nicht	5,0	1,0	3,0
k. A.	1,0	0,0	0,5
	%	100,0	100,0
Gesamt	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Muslime äußerten außerdem Sorgen über die Atmosphäre an Haltestellen, an denen sich Obdachlose, Abhängige oder geistig Verwirrte versammeln.

Kontakte und Kooperation in der Nachbarschaft

Die Tatsache, dass Muslime weniger gern in ihren Viertel leben und begrenzten Vertrauen haben, spiegelt sich in den Antworten zur Frage nach Kooperation und Solidarität in der Nachbarschaft wider, wie Tabelle 64. zeigt.

Tabelle 64. Arbeiten die Menschen hier gemeinsam an der Verbesserung der Nachbarschaft?

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Stimme voll und ganz zu		2,0	4,0	3,0
Stimme zu		12,0	22,0	17,0
Stimme nicht zu		39,0	45,0	42,0
Stimme überhaupt nicht zu		32,0	14,0	23,0
Weiß nicht		15,0	14,0	14,5
k. A.		0,0	1,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Etwa ein Viertel aller Befragten (23 Muslime, 29 Nicht-Muslime) gaben an, Beratung im Bereich Wohnen zu suchen. Obwohl Beratungsbedarf in beiden Gruppen geäußert wurde, sind weder Muslime noch Nicht-Muslime sehr in Wohnungs- oder Nachbarschaftsorganisationen aktiv, wo sie sich an Wohnungsthemen direkt beteiligen könnten. Eine Muslima war am Planungsprozess eines Spielplatzes in der Nachbarschaft beteiligt, und ein Nicht-Muslime engagierte sich in seiner eigenen ethnisch deutschen Gruppe und organisierte ein Straßenfest. Die anderen Nicht-Muslime diskutierten Wohnprojekte, engagierten sich in Mietervereinen oder organisierten Straßenfeste mit gemischten Gruppen.

Muslime möchten grundsätzlich mehr soziale Durchmischung. In der Befragung äußerten sie eine Reihe von Ideen, wie dies in ihrer Gegend und in Schulen erreicht werden könnte. So betonten Muslime den Bedarf an öffentlichen Orten in ihrer Nachbarschaft, an denen sich Menschen treffen und kennenlernen können. Sie schlugen Nachbarschaftsaktivitäten wie Straßenveranstaltungen, Feste, Veranstaltungen für Anwohner in Hochhäusern, Barbecues, Nachbarschaftstreffen oder Sportaktivitäten vor. Mehr Kommunikation und Kontakt zwischen Muslimen und anderen Akteuren im Bezirk würden sowohl das Zugehörigkeitsgefühl von Muslimen und ihren Vereinen erhöhen, die gelegentlich den Eindruck haben, dass sie nur bei Konflikten oder konkreten Anliegen angesprochen werden, als auch anti-muslimischem Rassismus und Diskriminierung bekämpfen.

Kaum einer der Befragten (zwei Nicht-Muslime und fünf Muslime) bekleidete ein Amt in einer nachbarschaftlichen Organisation. Die Engagierten neigten dazu, Organisationen aufgrund ihrer eigenen Ethnie oder Religion beizutreten. Muslime halfen als Buchhalter, bei der Gründung von Jugendclubs, arbeiteten aktiv in ihren Vereinen, waren für Kindererziehung in ihren Organisationen verantwortlich und vertraten Deutsche mit arabischem Migrationshintergrund bei Integrationsdebatten. Ein Nicht-

Muslim war Vorsitzender des Plattdeutschen Pastoralkollegs (eine kirchliche Organisation zur Pflege des Hamburger Dialekts) und einer Vorsitzender eines gemischten Jugend- und Kulturzentrums.

Obwohl Teilnehmer ein lokales Zugehörigkeitsgefühl bekundeten und ihre Nachbarschaft als einen Ort sahen, an dem Menschen unterschiedlicher Herkunft gut miteinander auskommen, spiegelt sich dies nicht in der Art und Weise, wie Menschen lokal kooperieren, und der gemeinsam entwickelten Solidarität wieder.

In Forschungsgegend 1 liegt der Wohnraum pro Person bei 10-15% unter dem Hamburger Durchschnitt. Sozialwohnungen reichen von 0,6% unter bis beinahe 7% über Durchschnitt. Die Anzahl Jugendlicher unter 18 Jahren liegt unter dem Hamburger Mittel. In Gegend 1 leben etwa 1,5- bis 2,4-mal so viele Muslime wie im Hamburger Durchschnitt. Die meisten Interviews mit Nicht-Muslimen (76) wurden hier durchgeführt (siehe Tabelle 65a.).

Tabelle 65a. Gegend 1 Interviews nach Stadtteil³⁴³

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Altona	5,0	22,0	13,5
Karo-Viertel	5,0	13,0	9,0
Schanze	3,0	4,0	3,5
St. Pauli	1,0	33,0	17,0
Hamburg Zentrum	4,0	2,0	3,0
St. Georg	3,0	1,0	2,0
Neustadt	0,0	1,0	0,5
Gesamt % Gegend 1	21,0	76,0	48,5

Quelle: Open Society Institute

Altona, St. Pauli, Schanze und Karo sind historisch eng miteinander verbundene Viertel. Die Grenzen wurden im Rahmen der Bezirksreform im März 2008 neu festgelegt. Schanze ist nun ein Unterbezirk von Altona, während Karo und St. Pauli immer noch zu Hamburg-Mitte gehören.

³⁴³ Fünf Interviews wurden außerhalb des Bezirks Hamburg-Mitte durchgeführt, an der Grenze zu Gegend 1.

Tabelle 65b. Gegend 2 Interviews nach Stadtteil

Gegend 2	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Veddel	1,0	2,0	1,5
Wilhelmsburg	45,0	10,0	27,5
Gesamt % Gegend 2	46,0	12,0	29,0

Quelle: Open Society Institute

In Gegend 2 liegt der Wohnraum 22 bis 31% unter dem Durchschnitt. Sozialer Wohnungsbau liegt mit 8,3 bis 23,5% darüber. Der Anteil junger Menschen liegt ca. 7% über dem Durchschnitt. Dort leben 3,8- bis 7-mal so viele Muslime wie im Hamburger Mittel. Die Mehrheit der Muslime (23%) wurde hier interviewt (Tabelle 65b.).

Tabelle 65c. Gegend 3 Interviews nach Stadtteil

Gegend 3	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Horn	10,0	4,0	7,0
Rothenburgsort	1,0	0,0	0,5
Billstedt	12,0	6,0	9,0
Hamm	2,0	1,0	1,5
Mümmelmannsberg	4,0	0,0	2,0
Gesamt % Gegend 3	29,0	11,0	20,0

Quelle: Open Society Institute

In Gegend 3 (siehe Tabelle 65c) finden sich die größten Unterschiede beim Wohnraum, die vom Hamburger Durchschnitt bis 24% darunter reichen. Die Verteilung von Sozialwohnungen ist noch extremer und reicht von 12,1% unter bis zu 53,5% über dem Durchschnitt Hamburgs. Dasselbe gilt für die Verteilung junger Menschen. Sie reicht von 6,4% unter bis 10,8% über dem Mittel. Der Anteil der muslimischen Bevölkerung variiert hier wiederum am stärksten, von 0,7-mal bis 2,1-mal so viel wie im Hamburger Schnitt. In Gegend 3 wurden mehr Muslime (14,5%) als Nicht-Muslime (5,5%) interviewt.

Gegend 3, östlich des Stadtzentrums gelegen, umfasst eine Reihe unterschiedlicher Viertel wie Rothenburgsort, Hamm, Horn, Billstedt und Mümmelmannsberg.

7.2 Anstrengungen zur Verbesserung des Wohnraums

Stadtplanungsstrategien in Hamburg zielen darauf ab, urbaner Polarisierung durch die Aufwertung von Problemvierteln zu begegnen. Der HHAP hält fest, dass durch eine hohe Anzahl von Migrant*innen in einer Gegend an sich kein Problem entsteht. Erst die

Abschottung ethnischer Gruppen und wenig interethnische und interreligiöse Kontakte werden als Problem angesehen und mit dem Begriff Parallelgesellschaft belegt.³⁴⁴ Um Segregation zu verhindern, ruft der HHAP zu einer Verbesserung von Bausubstanz und Image der Viertel auf.³⁴⁵ Wohlhabendere Haushalte lassen sich in der Gegend nieder und Wohnungsgesellschaften werben Mieter nach einem Konzept einer ausgewogenen Nachbarschaft an, um die richtige Mischung zu erhalten, beobachtete ein Fokusgruppenteilnehmer.³⁴⁶ Eine weitere Komponente der im HHAP vorgesehenen Stadtentwicklungsstrategie ist es, das bürgerschaftliche Engagement, gemeinsame lokale Veranstaltungen und die Stärkung lokaler Netzwerke aus unterschiedlichen Gruppen anzustoßen. Der HHAP schlägt auch für die Wohnungsgesellschaften selbst eine Vielfaltstrategie vor, um die Anzahl der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Dies umfasst die Sensibilisierung bezüglich Anerkennung der Bedeutung interkultureller Kompetenzen im Umgang mit muslimischen und migrantischen Mietern anerkannt werden.³⁴⁷

Wohnen wurde in den Befragungen eng mit Fragen der Identität und Zugehörigkeit verknüpft. Der Wohnungsmarkt schafft eine Segregation der Anwohner. Ausländische und muslimische Bewohner werden durch eine neue Mittelschicht ersetzt. Aus Perspektive der Befragten entwickeln sich die Viertel zum Vorteil der Wohlhabenderen und zerstören damit Vielfalt und Toleranz. Zu Beginn des Neuentwicklungsprozesses in den frühen 1990er Jahren wurde der wirksame Rechtsschutz von Milieus in den neu zu entwickelnden Stadtteilen diskutiert,³⁴⁸ der nie von der Stadtplanungsbehörde implementiert wurde. In der schwarz-grünen Regierung bestanden zwei unterschiedliche Ansätze. Die Konservativen bevorzugten eine intensivere Nutzung urbaner Räume zur Förderung des Wirtschaftswachstums.³⁴⁹ Die Grünen wollen das Potential der Bevölkerung nutzen und ihr mehr Teilhaberechte in den Bezirken geben, um ebenfalls wirtschaftliches Wachstum zu fördern.³⁵⁰ Beide Parteien erkennen die Bedeutung einer vielfältigen Bevölkerung für Kreativität an, die als Hauptfaktor für zukünftiges Wirtschaftswachstum betrachtet wird, betonen jedoch auch die Bedürfnisse der neuen Mittelschicht.³⁵¹

³⁴⁴ HHAP, S. 33.

³⁴⁵ HHAP, S. 33.

³⁴⁶ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁴⁷ HHAP, S. 33.

³⁴⁸ Monika Alich und Jens S. Dangschat, *Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich*, Verlag für wissenschaftliche Publikationen, Darmstadt, 1993.

³⁴⁹ Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, *Monitor Wachsende Stadt 2007*, abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/263100/data/monitor-wachsende-stadt-2007.pdf> (Zugriff 14. März 2010).

³⁵⁰ Siehe <http://www.hamburg-kreivestadt.de> (Zugriff im Januar 2010).

³⁵¹ Richard Florida, *The Rise of the Creative Class and How It's Transforming Work, Leisure, Community, and Everyday Life*, Basic Books, New York, 2002.

8. ERFAHRUNGEN MUSLIMISCHER GEMEINSCHAFTEN: GESUNDHEIT

Dieses Kapitel untersucht die Erfahrungen von Muslimen und Nicht-Muslimen in den Bereichen Gesundheit und sozialer Schutz. Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung ist wichtig für die soziale Einbeziehung. Langwierige Krankheit wirkt sich auf die wirtschaftliche und soziale Teilhabe sowie die Beschäftigung, führt also zu einem niedrigeren Einkommen, was sich wiederum auf die Gelegenheiten der Menschen auswirkt, an sozialen und Freizeitaktivitäten teilzunehmen. Dieses Kapitel beginnt mit einem Überblick über die Ansichten zur Gesundheitsversorgung, die OSI-Befragte erfahren. Die Ergebnisse der Fragebögen und Fokusgruppen werden verwendet, um den Zufriedenheitsgrad mit dem Gesundheitswesen zu verstehen. Die Zufriedenheit ist allgemein hoch, wenn die Ernährungs- und Glaubensanforderungen von muslimischen Patienten berücksichtigt werden. Dieses Kapitel untersucht zudem in Kürze gute Ansätze bei der Sicherstellung, dass Dienste der Gesundheitsversorgung von Muslimen effektiv genutzt werden.

8.1 Blick auf das lokale Umfeld: Gesundheitsversorgung

Die Unterschiede beim Grad der Zufriedenheit mit Gesundheitsdiensten zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen waren gering (siehe Tabelle 66.).

Tabelle 66. Zufriedenheit mit Gesundheitsdiensten

	Muslime %	Nicht-Muslimen %	Gesamt %
Sehr zufrieden	10,0	6,0	8,0
Ziemlich zufrieden	49,0	42,0	45,5
Weder zufrieden noch unzufrieden	16,0	21,0	18,5
Ziemlich unzufrieden	15,0	21,0	18,0
Sehr unzufrieden	7,0	3,0	5,0
Weiß nicht	3,0	7,0	5,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		200	

Quelle: Open Society Institute

Zwar herrscht allgemein ziemliche Zufriedenheit mit der gesundheitlichen Versorgung, immerhin ein Viertel von Muslimen (23) und Nicht-Muslimen (24) waren jedoch unzufrieden.³⁵² Einige Muslime forderten kostenlosen und gleichen Zugang zum Gesundheitssystem sowie die zusätzliche Mittel für das Gesundheitswesen.

³⁵² OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

Gesundheitsversorgung war bei älteren muslimischen Frauen ein wichtiges Diskussionsthema in der Fokusgruppe. Eine Frau sagte:

Gesundheit ist uns wichtig (...) und sie wurde nun ein Problem. Gesundheit ist mit Armut verbunden. Wer arm ist, kann sich keine angemessene Behandlung erlauben.³⁵³

Dies gilt besonders für Muslime und Migranten ohne legalen Aufenthaltstitel, da sie auf herkömmlichem Wege keine medizinische Behandlung erhalten. Am Runden Tisch wurde in der Arbeitsgruppe Gesundheit die Situation HIV-Infizierter oder chronisch kranker Muslime und Migranten hervorgehoben und sich für eine großzügige Aufenthaltserlaubnis für sie ausgesprochen.³⁵⁴ Eine Frau mit türkischem Hintergrund, die sich selbst eher als Feministin denn als Muslima beschrieb, sagte:

Ich kenne viele Migranten, besonders aus der Türkei, die hier bleiben wollen (...) weil die Krankenversorgung in der Türkei so schlecht ist. Aber ich sehe, dass es in Deutschland immer schlechter wird. Ich sage immer, in der Türkei war es immer schlecht, das wussten wir und fanden Wege, damit umzugehen. In Deutschland dachte ich, als ich her kam, ah, es gibt den Sozialstaat, es gibt Arbeitslosengeld, und dieses und jenes. Aber das wird immer weniger, mehr und mehr wird abgebaut. Die deutsche Bevölkerung tut mir Leid, denn wir sind das gewohnt, aber die Deutschen kennen das nicht. In der Türkei sagt man, „da wird ein Pferd in einen Esel verwandelt“.³⁵⁵

In einer Antwort zu einer parlamentarischen Anfrage der Grünen im Jahr 2007 erklärte der Senat, dass keine spezifischen Daten über die gesundheitliche Lage in den OSI-Forschungsgebieten verfügbar sind.³⁵⁶ Tabelle 67 bietet eine Übersicht über den Ausländeranteil in den Gebieten, das Verhältnis von Ärzten und der Bevölkerungszahl dort, sowie das Verhältnis von Apotheken und Bevölkerung.

³⁵³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁵⁴ OSI-Runder Tisch, Juni 2008.

³⁵⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁵⁶ Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, *Drucksache 18/7178*, 9. November 2007, S. 30.

Tabelle 67. Medizinische Versorgung in Forschungsgebieten

Bereich	Ausländeranteil an der Bevölkerung	Einwohner je Arzt	Einwohner je Apotheke
HAMBURG	15	451	3.750
Bezirk Hamburg-Mitte	25	435	3.238
Gegend 1	26	193	1.772
Altona-Altstadt	24	185	1.849
Altona-Nord	23	931	5.351,5
St. Pauli	28	394,5	3.068
Hamburg-Altstadt	25	23	162
Neustadt	23	92	1.468
St. Georg	31	157,5	1.172
Gegend 2	43	1.001	4.505
Veddel	52	2.463,5	4.927
Wilhelmsburg	34	945	4.467
Gegend 3	23,5	909	5.306
Billbrook	60	n. v. ³⁵⁷	n. v.
Billstedt	22	826	5.714
Billwerder	8,5	n. v.	n. v.
Hamm-Mitte	24	1.190	5.357
Hamm-Nord	14	892,5	3.570
Hamm-Süd	20	n. v.	n. v.
Horn	22	793	4.561
Jenfeld	19,5	762	5.029
Rothenburgsort	26	1.177	8.241
Steilshoop	18	1383	6.453

Quelle: <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php>
(Zugriff 10. September 2008)

Laut eines Berichts der Grünen zeigen diese Zahlen, dass der Bezirk Mitte über keine dezentralisierte medizinische Versorgung nah am Wohnort verfügt.³⁵⁸

Der Bericht sagt zudem: Allgemeinmediziner haben Probleme, einen Nachfolger zu finden, also planen sie die Aufgabe ihrer Praxis. Dies würde zu einer noch schlechteren

³⁵⁷ Keine Daten verfügbar.

³⁵⁸ Siehe http://www.hamburg.gruene.de/cms/default/dok/169/169643.aerztliche_versorgung_im_bezirk_mitte.htm (Zugriff im Januar 2010).

Versorgung in weiten Teilen des Bezirks führen. Zahlen und Prognosen zeigen, dass die medizinische Versorgung im Bezirk Mitte unausgewogen ist.³⁵⁹

Muslime und Nicht-Muslime leiden gleichermaßen unter den Auswirkungen der gegenwärtigen Änderungen im deutschen Gesundheitswesen, das in den letzten Jahren kontinuierlich reformiert wurde. Unter den muslimischen Befragten gab es insbesondere Sorgen bezüglich Kompetenz der Mediziner und schlechter bis flüchtiger Behandlung. Eine Muslima berichtete in einer der Fokusgruppen:

Ich hatte Probleme mit meinen Augen. Ich sagte das zu dem Arzt und er meinte nur: „Gehen sie zum Augenarzt“. Aber er ist doch Arzt, er wollte mich wegschicken und kümmerte sich nicht um mich. Er wollte nicht mehr Zeit mit mir verschwenden. Du als Mensch bist als erstes ein Problem, der Arzt sieht dich nicht als menschliches Wesen. Du bist ein Ware, nichts weiter. Ein Ding!

Einige Muslime beschwerten sich auch über die wachsende Zahl der Privatärzte und die bessere Behandlung von Privatversicherten. Eine andere Muslima in der Fokusgruppe erläuterte die Auswirkungen der Änderungen:

Die Ärzte in der gesetzlichen Krankenversicherung haben keine Zeit für die Patienten, kein Geld, und sie können keine Rezepte mehr für teure Medikamente ausstellen. Gibt der Arzt dir ein Rezept für ein Medikament und du gehst zur Apotheke, dann bekommst du dieses Medikament nicht. Sie sagen, es gibt da was ähnliches, aber es ist ein anderes Produkt und die Krankenversicherung bezahlt das nicht. Es ist wirklich chaotisch. Ein normaler Mensch kann das nicht verstehen.

Nicht-Muslime stimmten zwar zu, dass diese Probleme bestehen, erklärten jedoch, dass die Ärzte selbst unter Druck stehen. Befragte behaupteten, dass die gegenwärtige Gesundheitspolitik mit ihrer starken Ausrichtung auf Finanzen zu einem Wegzug spezialisierter Ärzte aus dem Bezirk geführt hätten. Eine ältere Muslima beschrieb in einer Fokusgruppe die Veränderungen im Gesundheitswesen.

Erstens, die Ärzte haben keine Zeit für den Patienten. Es ist egal, ob man einen Termin hat oder einfach so hin geht, man wartet zwei Stunden. Wenn du rein gehst sagen sie: „Erklären sie schnell, was los ist.“ Die Krankenversicherung zahlt nicht für alles. Man bekommt keine Spritze, man bekommt keine Salbe, man bekommt kein Medikament, man bekommt keine Massage. Dann sagten wir, warum wir eigentlich herkommen? Nur um zu sagen, was wir haben und dann gehen wir wieder nach Hause. Manchmal hat man nicht mal fünf Minuten.

Muslimische Befragte erleben einen Mangel Ärzten in diesem Bezirk, insbesondere an Dermatologen, Kinderärzten und Hausärzten. Nicht-Muslime sagten, eine flächen-

³⁵⁹ Siehe http://www.hamburg.gruene.de/cms/default/dok/169/169643.aerztliche_versorgung_im_bezirk_mitte.htm (Zugriff im Januar 2010).

deckende medizinische Versorgung der Gegend sei nicht sicher gestellt. Privatisierungen und Einsparungen überfordern nach Ansicht eines Muslims die Mitarbeiter in Krankenhäusern, wirken sich auf die medizinische Beratung aus und führen zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Die Krankenversicherung übernehmen die Kosten für Medikamente nicht mehr. Die Gesundheitsversorgung hänge zunehmend vom Einkommen und der wirtschaftlichen Lage der Menschen ab, meinte ein Nicht-Muslim. Die Behandlung orientiert sich nicht mehr daran, was das Beste für den Patienten ist, sondern was bezahlbar ist. Eine ältere Muslima beschrieb die Auswirkungen der Änderungen im Gesundheitssystem auf chronisch Kranke, insbesondere auf Muslimas und Migrantinnen der Gastarbeitergeneration:

Chronisch Kranke bekommen keine Medikamente. Sie bekommen keine Behandlung. Das heißt sie müssen sterben oder leiden. Es gibt keinen anderen Weg. Ich weiß nicht, ob Frauen oder islamische Frauen besonders darunter leiden. Niemand merkt, ob ich eine gläubige Frau bin, danach werde ich nicht eingeordnet, nur manchmal aufgrund meines Namens. Als Frau habe ich das Gefühl, dass Ärzte die Versorgung von Frauen reduzieren, weil diese sich nicht durchsetzen können. Weil sie nicht auf den Tisch hauen können. Sie können nicht direkt sein. Sie betteln und bitten „gib mir dies und gib mir das“.³⁶⁰

Einige Muslime berichteten, sie hätten das Gefühl, von Ärzten als dumm betrachtet zu werden, und dass sich weniger um Ausländer gekümmert werde. Eine ältere Muslima hob in einer der Fokusgruppen den Zusammenhang von begrenzter, vorgesehener Zeit und dem Bedarf an interkultureller Kommunikation für die Erstellung einer entsprechenden Diagnose und Behandlung hervor.

Für Ausländer ergibt sich ein zusätzliches Problem. Das sehe ich an meinem Mann. Sie haben sprachliche Schwierigkeiten und der Arzt hat nicht die Zeit oder die Geduld zu erklären, weil er die Sprache nicht versteht, weil er die Sprache nicht sehr gut versteht. Sie erklären fünf oder zwei Minuten, der Patient versteht nichts, das ist aber egal, es wird nichts weiter erklärt. Auch früher haben Ärzte sich nicht eine Viertelstunde oder 20 Minuten Zeit genommen. Manchmal schrieben die Leute was auf ein Stück Papier und sagten: Wenn Sie nichts verstehen, bringen Sie einen Übersetzer mit. Ja, die Ärzte haben auch Recht, sie haben nicht viel Zeit.³⁶¹

Eine andere Muslima beschrieb in derselben Fokusgruppe ihren Kontakt mit einem Arzt und wie sie sich fühlte, nachdem der Arzt offen feindselig wurde, da sie, seiner Meinung nach, nicht genug Deutsch sprach:

Er sagte, er würde alles Mögliche tun, aber er tat es nicht. Er schickte und einfach fort. Er wollte uns loswerden, da seiner Meinung nach mein Deutsch

³⁶⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁶¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

nicht ausreichte. (...) Selbst wenn mein Deutsch nicht so gut ist, ich gehe seit acht Jahren allein zum Arzt. Wen soll ich als Übersetzer mitnehmen? So was habe ich noch nie erlebt.³⁶²

Eine Nicht-Muslima schlug vor, dass die Bereitstellung von Übersetzern sprachliche oder kulturell bedingte Missverständnisse verhindern könne. Ein anderer muslimischer Teilnehmer steuerte seine Erfahrung mit Ärzten bei:

Ich war heute beim Arzt. Ich bin neu bei ihm. Er ist mein Hausarzt. Er ist schon älter. Ich rede mit ihm und er sieht die ganze Zeit erstaunt aus. Ich war das zweite Mal da. Diesmal ist mir das besonders aufgefallen. Beim ersten Treffen gebe ich den Leuten noch eine Chance und denke, dass ich vielleicht etwas Falsches gesagt habe. Ich erwähnte z. B., dass ich Antibiotika nehme. Ich denke, ich sollte zusätzlich Vitamin B einnehmen und erzählte ihm, was ich esse. Er guckte komisch (...) Meine Interpretation ist, dass er das nicht erwartet hat. Sie haben diese Idee des ahnungslosen Türken im Kopf. Die kommen aus Anatolien. Wie kann da einer kommen und über solche Dinge Bescheid wissen? Diese Frage konnte ich in seinen Augen lesen.³⁶³

Andere Muslime stimmten zu und erleben Ärzte häufig uninformiert über andere Kulturen. Einige Muslime erlebten Ärzte, die unflexibel und ungewohnt waren, andere Perspektiven zu sehen. Ein befragter Muslim schlug vor, dass Kontaktpersonen für interkulturelle Beratung nützlich sein könnten.³⁶⁴ Eine muslimische Teilnehmerin in der Arbeitsgruppe Gesundheit beschrieb beim Runden Tisch ihre Erfahrung als Seelsorgerin, die sie mit psychoanalytischer Therapie verglich. Sprache und kultureller Kontext sollen äußerst wichtig sein, und es besteht definitiv ein Bedarf nach mehr psychosozialer Beratung bei Muslimen und Migranten in unterschiedlichen Sprachen. Muslimische Organisationen verfügen häufig über Expertise und sie müssen z. B. in ein System der HIV/AIDS-Prävention mit eingebunden werden, insbesondere afrikanische Muslime.³⁶⁵

In Krankenhäusern entstehen weniger Probleme, da viele Mitarbeiter einen Migrationshintergrund haben, das Krankenhauspersonal multi-ethnisch ist und langjährige Erfahrung im Umgang mit unterschiedlichen Patientengruppen hat. Eine relativ geringe Zahl von Muslimen und Nicht-Muslimen gaben an, dass zu wenig Respekt für religiöse Gebräuche vorhanden ist:

³⁶² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁶³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁶⁴ OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

³⁶⁵ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

Tabelle 68. Respekt für religiöse Bräuche in medizinischen Einrichtungen

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Zu sehr		6,0	2,0	4,0
Etwa richtig		51,0	27,0	39,0
Zu wenig		16,0	14,0	15,0
Weiß nicht		27,0	57,0	42,0
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Viele Muslime bemerkten, dass alle Patienten gleich behandelt werden, unabhängig von ihrem religiösen oder ethnischen Hintergrund. Einige Muslime berichteten zudem, dass Ärzte zusätzliche Schulungen zu kulturellen Themen erhalten haben, z. B. über die Vermeidung unnötigen Körperkontakts mit muslimischen Frauen (Tabelle 68).³⁶⁶

Der Großteil der Muslime berichtet, dass religiöse Bräuche generell respektiert werden; Muslime können ihren religiösen Pflichten nachkommen und Ärzte respektieren religiöse Ansichten und Bräuche. Männer können männliche Ärzte besuchen und Gebetsräume für Muslime sind vorhanden. Negative Berichte beziehen sich auf das Fehlen von Gebetsräumen und auf mangelndes kulturelles und religiöses Wissen, was häufig auf Missverständnissen gründet.

Krankenhausküchen haben generell vegetarische Mahlzeiten eingeführt und einige respektieren auch die Essgewohnheiten muslimischer Patienten und bieten eine Alternative zu Schweinefleisch, obwohl dies nicht immer der Fall ist. Manchmal mag dies an den Kosten liegen, da Schweinefleisch günstiger ist, meinte ein Muslim.³⁶⁷

Für Gebete in Krankenhäusern gibt es keine allgemeine Regelung. Ein Muslim berichtete, dass sein Krankenhaus vor Ort einen Gebetsraum für Muslime eingerichtet hat, während anderswo die psychologische Betreuung von unheilbar Kranken unter der Aufsicht eines Imams fehlt. Andere Muslime beschwerten sich über christliche Symbole in Gebetsräumen für Menschen unterschiedlicher religiöser Gruppen.³⁶⁸

Ein neues aufkommendes Thema im Gesundheitswesen bezieht sich auf geschlechtsspezifische Themen. Befragte schlugen vor, dass geschlechtsspezifische Versorgung für Muslime angeboten werden sollte, wobei Männer Männer behandeln und Frauen Frauen. Ärzte sind sich gelegentlich angeblich nicht dessen bewusst, dass sie Patienten in Anwesenheit weiterer Personen untersuchen, wobei die muslimische Sittsamkeit

³⁶⁶ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³⁶⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³⁶⁸ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

nicht beachtet wird. Andere Muslime sagten, das Krankenhauspersonal sei häufig nicht dafür ausgebildet, Bedürfnisse der nicht-deutschen Bevölkerung zu kennen, z. B. in Bezug auf Nacktheit, spezielle Behandlungen oder kulturelles Schamgefühl.

8.2 Sozialfürsorge

Ein ältere Muslima, die ihr gesamtes Leben in Deutschland gearbeitet hat, schlüsselte ihr monatlich zur Verfügung stehendes Budget auf.

Ich gebe meine gesamte Rente für Miete, Strom, Gas, Telefon und Fernsehen aus. Es bleibt kein Cent übrig. (...) Sie haben die Bedingungen für Sozialhilfe erschwert geworden und soziale Leistungen eingeschränkt.³⁶⁹

Ihr Beispiel legt nahe, dass der soziale Wohlfahrtsstaat nicht gegen Armut schützt, selbst nach einem Arbeitsleben. Tabelle 69 zeigt die Verteilung von Sozialhilfeempfängern in den drei Forschungsgebieten des OSI und das Angebot an Kitas³⁷⁰ für die Bevölkerung unter 18 Jahren.

Tabelle 69. Sozialhilfeempfänger und Kindergartenangebot (Kita), 2006³⁷¹

Gegenden	Sozialhilfeempfänger (SGB II/Hartz IV) in % der Gesamtbevölkerung	Anzahl Kinder unter 18/Kita
HAMBURG	11,9	255,8
Bezirk Hamburg-Mitte	18,4	277,7
Gegend 1	14,45	176,4
Gegend 2	27,95	408,3
Gegend 3	18,02	328,9

Quelle: <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php>

Diese Zahlen bestätigen den Eindruck einer ungleichen Verteilung von Ressourcen im Forschungsgebiet. In Gegend 2, mit der größten muslimischen Bevölkerung, hat die höchste Anzahl an Menschen, die zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten. Gleichzeitig bieten die Kitas Angebote für fast 50% mehr Kinder als im Bezirksdurchschnitt. Muslimas berichteten, dass es eine Zeit gab, in der Sozialhilfe irgendwie etwas Schutz bot. Eine Muslima mittleren Alters beschrieb die Veränderungen der letzten Jahre folgendermaßen:

³⁶⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁷⁰ Kita ist die Abkürzung für Kindertagesstätte.

³⁷¹ Siehe <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php> (Zugriff im Januar 2010).

Mit dem Euro wurde alles doppelt so teuer. (...) Der Unterschied zwischen den 1980er Jahren und heute gilt auch für die soziale Unterstützung. Als ich 1988 her kam, waren die Sozialleistungen wirklich gut. (...) In den letzten Jahren wurde die Sozialhilfe sehr beschnitten. Aber das Problem ist nicht, dass du weniger Sozialhilfe bekommst, sondern dass die Preise dramatisch gestiegen sind. Deutschland hat eine sehr hohe Inflation. Es gibt eine große Lücke zwischen dem Geld, das man verdient und dem Geld, das man ausgibt. Während die Preise immer weiter steigen, bleibt das Einkommen das gleiche. Sie heben nicht wirklich die Löhne an. (...) Inzwischen ist es für eine Putzfrau wirklich schwer zu überleben.³⁷²

Die Wahrnehmung der Fokusgruppenteilnehmern bezüglich steigender Preise und sinkender Einkommen spiegelt teilweise die Inflationsrate von 2,6% im Jahr 2008 wider, die auf einen ungewöhnlich starken Anstieg der Rohstoffpreise zurückzuführen war.³⁷³

Eine weitere Fokusgruppenteilnehmerin sprach von der Schwierigkeit, als Alleinerziehende eine Familie zu ernähren:

Ich habe meinen Sohn zu Hause, um 3 Uhr morgens gehe ich putzen, danach Erdbeeren pflücken. Danach gehe ich wieder putzen. Aber davon können mein Sohn und ich kaum leben, meine Töchter hat letztes Jahr geheiratet. Das Geld reicht einfach nicht. Seit 10 Jahren putze ich, pflücke Erdbeeren und putze, ich hatte nicht einen freien Tag. Ich arbeite viel, aber kann uns kaum durchbringen. Ich mache das nur, damit mein Sohn studieren kann, damit er ein gut gebildeter Bürger wird.³⁷⁴

Erwerbsarme beschrieben eine Vorstellung davon, wie man die Situation ändern könnte, so wie diese Muslima:

Du machst mehrere Arbeiten, aber das Geld, das Du verdienst, reicht einfach nicht. Sie müssen sicherstellen, dass das Geld ausreicht. Das nennt man Grundsicherung. Sie müssen das Kindergeld erhöhen. Das brauchen wir, und genug Geld, um die Grundbedürfnisse der Leute zu decken. Deswegen müssen sie mehr Geld bezahlen und diese Grundsicherung einführen, ob man in einer Fabrik arbeitet oder von der Sozialhilfe lebt, es muss einen Mindestlohn geben.

³⁷² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁷³ Stefan Linz, Karsten Sandhop, Nadya Konrad, Hubert Vorholt, Ute Egner, Manuel Wirsing und Andreas Martin (2009), „Preisentwicklung im Jahr 2008“, abrufbar unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Preise/EntwicklungJahr2008,property=file.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

³⁷⁴ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Dies ist kein armes Land, sondern ein reiches Land. Das Geld ist da, aber man fragt sich, wohin verschwindet das Geld?³⁷⁵

Sehr wenige Teilnehmer gaben an, in der sozialen Wohlfahrt tätig zu sein, wie Tabelle 70. zeigt.

Tabelle 70. Tätigkeit in der sozialen Wohlfahrt

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Nein / k. A.	95,0	88,0	91,5
Ja, in einer Organization, basierend auf eigener Ethnizität oder Religion	4,0	3,0	3,5
Ja, in einer gemischten Organisation	1,0	9,0	5,0
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	100
		100	200

Quelle: Open Society Institute

Muslime organisierten Projekte wie einen Dialog zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, sammelten Spenden für Islamic Relief, organisierten für die SCHURA Sportveranstaltungen für Mädchen oder engagierten sich in einem Verein für den Wiederaufbau von Dörfern, der Bande mit der Türkei hat. Ein Muslim war an der Organisation eines gemischten Sporttags für den Jugendausschuss der SCHURA beteiligt. Nicht-Muslime versorgten alte oder sterbende Menschen und berieten Abhängige in ihrer Gruppe. In einem gemischten Umfeld engagierten sich Nicht-Muslime als Betreuer, in Wohlfahrtsvereinen und in der Altenpflege.

8.3 Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitswesen und sozialer Sicherung

Seit 2004 unterstützt die Stadt Hamburg im Rahmen ihres Neuentwicklungsprogramms für benachteiligte Viertel Projekte im Gesundheitsbereich.³⁷⁶ Das Programm „Lebenswerte Stadt“ betont den Bedarf an Bewegung und Sport für die Gesundheit und als Schutz gegen Gewalt. Spielhäuser wurden für Vormittagsveranstaltungen gegründet. Sie arbeiten mit Kindern zwischen drei und 14 Jahren. Sie können dort ihre Freizeit verbringen und das spielen, worauf sie Lust haben.³⁷⁷

³⁷⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁷⁶ Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache 18/7178, 9. November 2007.

³⁷⁷ Informationen zu den Spielhäusern in Hamburg siehe <http://www.spielhaus.info/index.htm> (Zugriff 14. März 2010).

In Forschungsgegend 1 wurden ein Modellprojekt namens „Familienhebamme“ sowie ein Eltern-Kind-Zentrum und eine kulturelle Küche organisiert, um die öffentliche Gesundheit von Anfang an zu fördern. Das Programm „Familien in Aktion – Gesund und Bewegt in Altona“ findet derzeit ebenfalls statt. Sport- und Freizeitanlagen werden saniert, neue Spielplätze, Spielhäuser und Grünflächen angelegt und verbessert.

In Forschungsgegend 2 wurden eine Sporthalle, eine Mehrsportanlage, eine „Produktionsküche“ in der Schule, ein Anlegesteg zum Kanufahren, eine Sporthalle und ein Eltern-Kind-Zentrum eröffnet. In Wilhelmsburg, im Mittelpunkt der nächsten IBA (Internationale Bauausstellung³⁷⁸), findet eine Reihe von Veranstaltungen statt. Eines der drei Leitthemen der IBA ist „Kosmopolis“ und beschäftigt sich damit, wie man „aus Vielfalt Stärke machen“ kann.³⁷⁹

In Forschungsgegend 3 wurden eine Sporthalle und ein Eltern-Kind-Zentrum gegründet, Maßnahmen zur Verbesserung körperlicher Bewegung sind geplant. Im Projektgebiet Steilshoop arbeiten Schulen und Tagesstätten zur Prägung des Umfeldes zusammen. In Billstedt sind Jugend- und Freizeiteinrichtungen, darunter die Sanierung des öffentlichen Schwimmbads, geplant.

Der HHAP zielt sehr spezifisch auf den Zugang von Migranten zum Gesundheitssystem ab. Er möchte Wissen und Kompetenzen im Gesundheitsbereich unter Migranten und ihren Familien verbessern. Die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten, HIV/AIDS und Suchterkrankungen soll durch Kampagnen auf Deutsch und Türkisch verbessert werden. Wichtigste Ansätze sind: erstens die Entwicklung von gesundheitlichem Informationsmaterial in unterschiedlichen Sprachen und die Einrichtung interkultureller und muttersprachlicher Gesundheitsvermittler (MiMi-Projekt); zweitens die Suche nach entscheidenden Akteuren zur Arbeit mit Abhängigen (Landesstelle Suchtprävention). Derzeit gibt es in Hamburg nur zwei Stadtteile (Schnelsen und Wandsbek), in denen muttersprachliche Gesundheitsmediatoren gebucht werden können.³⁸⁰ Im Jahr 2008 wurden 112.000 Euro für die AIDS-Prävention und die Suche nach neuen Wegen, Migranten zu erreichen, bereitgestellt.³⁸¹ Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG), die Behörde für Bildung und Sport (BBS) und das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) haben bei einem gemeinsamen Ansatz kooperiert. Seit 2004 koordiniert und verbindet die Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. (HAG) Akteure

³⁷⁸ Siehe <http://www.iba-hamburg.de> (Zugriff im Januar 2010).

³⁷⁹ „Aus Vielfalt Stärke machen“, abrufbar unter http://www.iba-hamburg.de/de/01_entwuerfe/4_leitthemen/leitthemen_kosmopolis.php (Zugriff im Januar 2010).

³⁸⁰ Siehe <http://www.hamburg.de/migrantinnen-migranten/123190/mimi.html> (Zugriff im Januar 2010).

³⁸¹ Siehe <http://www.hamburg.de/pressearchiv/921748/2008-11-28-bsg-hiv.html> (Zugriff im Januar 2010).

und Veranstaltungen für Benachteiligte in den Bereichen Gesundheitsförderung und der Vermeidung von Krankheiten.³⁸²

Ein Kapitel des HHAP behandelt die Situation älterer Migranten;³⁸³ 11% der älteren Menschen in Hamburg sind Migranten, und es wird geschätzt, dass dieser Anteil im Jahr 2015 auf 16% angestiegen sein wird. Der HHAP betrachtet den Zugang älterer Migranten zum Gesundheitswesen aufgrund von Sprachbarrieren und Mangel an Information als Hauptproblem. Da ältere Menschen häufig in der Familie versorgt werden, wurden kulturelle Spezifika bisher nicht berücksichtigt und muss eine Reihe von Angeboten entwickelt werden, um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Einige dieser Angebote werden von NROs bereitgestellt, die begonnen haben, ihre Angebote für ältere Migranten zu öffnen. Der Seniorenbeirat Hamburg hat gemeinsam mit dem Integrationsbeirat eine spezielle Gruppe für ältere Migranten gegründet. Ihr Ziel ist die Erweiterung von Mitwirkungsmöglichkeiten älterer Menschen mit Migrationshintergrund, die Öffnung der Seniorentreffs für ältere Zuwanderer, die Sprach- und Kompetenzförderung sowie die Verbesserung der Information.³⁸⁴ Eine Teilnehmerin der Arbeitsgruppe Gesundheit betonte am Runden Tisch die Rolle von Sozialarbeit im Umgang mit muslimischen Familien. Sie unterstrich insbesondere die Tatsache, dass in muslimischen Ländern Probleme und Konflikte meist innerhalb der Familie gelöst werden. Es besteht ein Mangel an Mediatoren in Deutschland, die als Türöffner zu solchen Familien fungieren würden. Es gibt viele Menschen in den *Communities*, die ehrenamtlich arbeiten, sich aber selbst in prekären finanziellen Verhältnissen befinden. Sie sind häufig überlastet und ihre Arbeit wird gesellschaftlich nicht anerkannt. Diese Teilnehmerin betonte, dass neue Modelle zur Unterstützung dieser Leute entwickelt werden müssen, indem man direkt in die Familien geht.³⁸⁵

³⁸² Weitere Informationen über den Regional Knoten Hamburgs siehe <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/?id=Seite3185> (Zugriff im Januar 2010).

³⁸³ HHAP, S. 26.

³⁸⁴ Siehe <http://www.lsb-hamburg.de/cms/index.php?id=38> (Zugriff im Januar 2010).

³⁸⁵ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

9. ERFAHRUNGEN MUSLIMISCHER GEMEINSCHAFTEN: POLIZEI UND SICHERHEIT

Eine häufige Aussage von Muslimen wie Nicht-Muslimen war, dass die Kriminalitätsrate zu hoch ist oder Straftaten in ihrer Gegend zunehmen. Dieses Kapitel betrachtet zunächst den Grad des Vertrauens und der Zufriedenheit im Zusammenhang mit der Polizei insgesamt. Dann wendet es sich der Untersuchung der Kontakte sowie Diskriminierungserfahrungen von Seiten der Polizei zu. Das Kapitel endet mit der Beleuchtung einiger Themen in Bezug auf die Anwerbung und die bessere Einbeziehung von Minderheiten von und bei der Polizei.

Tabelle 71. Kriminalitätsraten in OSI-Forschungsgebieten, 2006

Gegend	Straftaten je 1.000 Einwohner	Gewaltverbrechen je 1.000 Einwohner	Diebstahl je 1.000 Einwohner
HAMBURG	137	5	63
Bezirk Hamburg-Mitte	307	15	133
Gegend 1	1.082,5	32,5	580,33
Altona-Altstadt	185	8	88
Altona-Nord	155	6	79
Hamburg-Altstadt	3.559	55	2.414
St. Georg	1.541	63	379
St. Pauli	627	47	270
Neustadt	428	16	252
Gegend 2	167	9	62,5
Veddel	187	11	68
Wilhelmsburg	147	7	57
Gegend 3	214,89	7,56	105,11
Billbrook	702	22	366
Billstedt	143	7	70
Billwerder	323	8	161
Hamm-Mitte	148	7	67
Hamm-Nord	81	3	32
Hamm-Süd	137	4	68
Horn	110	6	47
Jenfeld	121	6	55
Rothenburgsort	169	5	80

Quelle: Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, siehe <http://www.statistik-nord.de/fileadmin/regional/regional.php> (Zugriff im Januar 2010)

9.1 Blick auf Polizei und Sicherheit

Die Kriminalitätsrate in Hamburg-Mitte ist mehr als doppelt so hoch wie im Hamburger Durchschnitt, Gewaltverbrechen sind dreimal, Diebstahl zweimal so häufig. Es besteht jedoch keinen Zusammenhang zwischen dem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil und der Kriminalitätsrate: In den Forschungsgebieten 2 und 3 liegt die Kriminalitätsrate weit unter dem Durchschnitt von Hamburg-Mitte, und in Gegend 2, wo die meisten Muslime leben, liegt sie in der Nähe des Mittels von ganz Hamburg.

Die Ergebnisse der OSI-Befragung zeigen, dass die meisten Muslime mit der Arbeit der Polizei zufrieden sind und Polizei und Gerichten vertrauen. Nicht-Muslime waren weniger zufrieden und vertrauen Polizei und Gerichten nicht.

Tabelle 72. Vertrauen in und Zufriedenheit mit Polizei und Gerichten

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Zufriedenheit mit der Polizei	Ziemlich oder sehr zufrieden	46,0	29,0	37,5
	Weder zufrieden noch unzufrieden	21,0	31,0	26,0
	Ziemlich oder sehr unzufrieden	27,0	38,0	32,0
	Weiß nicht	6,0	2,0	4,0
Vertrauen in die Polizei	Sehr viel oder ziemlich viel	57,0	33,0	45,0
	Nicht sehr viel oder überhaupt nicht	41,0	63,0	52,0
	Weiß nicht	2,0	4,0	3,0
Vertrauen in die Gerichte	Sehr viel oder ziemlich viel	54,0	41,0	47,5
	Nicht sehr viel oder überhaupt nicht	28,0	54,0	41,0
	Weiß nicht	18,0	5,0	11,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Dieses überraschende Ergebnis wurde innerhalb einer der Fokusgruppen lebhaft diskutiert, wobei die Teilnehmer mögliche Erklärungen für das hohe Vertrauen der Muslimen untersuchten. Junge Muslimas und Muslime sagten:

Die meisten haben einen Migrationshintergrund und in ihren Heimatländern kann man der Polizei nicht wirklich trauen. Sie haben sich eine positive Meinung von deutschen Polizisten gebildet.³⁸⁶

Ein anderer Teilnehmer erwähnte den Widerspruch, „eine eher schlechte Erfahrung mit der Polizei gemacht zu haben. Aber trotzdem vertraue ich ihnen voll und ganz.“ Dieser Widerspruch wurde heftig diskutiert und die jungen Muslime schlussfolgerten, dass das Bild eines Deutschen pünktlich, ordentlich, gesetzestreu und Arbeit nach Vorschrift ist. Es wurde gesagt, dass wenn Deutsche wie Menschen Fehler machen, tun dennoch ihre Arbeit und kann man ihnen vertrauen.³⁸⁷ Ein muslimischer Vater berichtete von einer Erfahrung mit einem Polizeibeamten, als er seinen Sohn zur Schule brachte:

Ich nahm [meinen Sohn] hinten auf dem Gepäckträger mit. Ich weiß, dass das verboten ist. Aber ich fuhr wirklich Schritttempo und der Polizist stand schon vor dem Schulgebäude und er sah mich. [...] Er sagte: „Sie wissen, dass das nicht in Ordnung ist“, ich sagte „Ja“ und er antwortete: „Warum machen Sie es dann?“ Ich sagte: „Ich bin langsam gefahren.“ Er sagte: „Das ist egal. Es ist gefährlich für den Jungen, falls er seinen Fuß einklemmt“. Ich sagte: „Sie haben Recht.“ Er stieg vom Rad ab, dann verabschiedeten wir uns. Es war nichts Dramatisches. Er tat nur seine Arbeit und er hatte Recht, warum sollte ich mit ihm streiten?³⁸⁸

Ein anderer Teilnehmer erklärte, dass es tatsächlich um ein Vertrauen in das System als in eine Person selbst geht; alle anderen Teilnehmer stimmten dem zu. Einige von ihnen verglichen die Polizei in Deutschland mit der in ihren Heimatländern, wo Polizisten Leute anhalten, um Bestechungsgelder oder Bakschisch zu kassieren. Man erwartete dies in Deutschland generell nicht. Eine junge Muslima berichtete von ihren Eltern, die vor 30 Jahren aus der Türkei gekommen waren und immer noch Polizei und Uniformen respektierten.

Kommt ein Polizist, bist du sofort eingeschüchtert und sie sagen: „Ein Polizist hat immer irgendwie Recht“, auch wenn man glaubt, er hat nicht Recht. Aber sie respektieren sie als Symbole des Staates, diejenigen, die den Staat tragen und wir als Bürger haben die Pflicht, dem Staat zu gehorchen. Es ist das Vertrauen in das System, aber auch darin, dass ein Polizist niemals etwas falsch machen würde.³⁸⁹

Ein anderer Diskussionsteilnehmer stimmte dem zu:

³⁸⁶ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁸⁷ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

³⁸⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁸⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Mit meinem Vater ist es immer dasselbe, „Ja, Herr Polizist“, natürlich immer freundlich, sehr höflich, egal, ob man was falsch gemacht hat oder nicht. Trifft man einen Polizisten, ist man immer extrem höflich.³⁹⁰

Diese autoritäre Einstellung gründet weniger auf Respekt als auf Angst. In der Vorstellung vieler Migranten ist ein Polizist nicht jemand, der Probleme bespricht, sondern eine Autoritätsperson, die eventuell sogar körperliche Gewalt anwenden wird. Diese Sichtweise der Eltern beeinflusst junge Muslime, wie ein junger Muslim in einer der Fokusgruppen mit dieser Erfahrung illustrierte:

Wir kamen von einem Besuch zurück. Es war ungefähr ein Uhr nachts und mein Onkel fuhr eine Sekunde, nachdem die Ampel auf rot gesprungen war, drüber. Sofort kam die Polizei und sagte: „Oh, das wird teuer. Sie sind bei Rot gefahren.“ Mein Onkel ist noch jung, 25 glaube ich, und fing sofort an zu argumentieren: „Das war noch nicht mal eine Sekunde, es war eine halbe Sekunde“. Mein Vater ohrfeigte ihn sofort und sagte ihm auf Türkisch, er solle den Mund halten. Später sagte er dann: „Ja, die haben Recht und wenn Du was sagst, werden sie uns härter bestrafen. Es ist besser, den Mund zu halten, weiterzufahren und die Strafe zu akzeptieren.“³⁹¹

Ein älterer Diskussionsteilnehmer fügte hinzu, dass es diese Angst ist, die Respekt erzeugt, dass Polizisten tun könnten, was sie wollen.³⁹² Einige junge Muslime beschrieben andere Erfahrungen und Einstellungen bezüglich der Polizei:

Auf meiner Arbeit kommt fast jeden Tag ein Oberkommissar vorbei und jedes halbe Jahr kommt er zu mir. „Hallo, ich bin Herr O. und ich habe nicht viel Zeit“, sagt er und hat nie Zeit, einen Tee zu trinken, aber ich biete ihm jedes Mal einen an. Dann fährt er fort: „Ich wollte nur wissen, ob alles in Ordnung ist?“ Ein wirklich freundlicher Mensch. Er hat mir sogar seine Karte gegeben und gesagt: „Wenn irgendwas ist, wenn jemand die Scheibe einschlägt, denn die Leute hier sind ziemlich launisch mit islamischen Organisationen, dann rufen Sie mich sofort an.“ Sie boten von sich aus ihre Hilfe an.³⁹³

Muslimische Teilnehmer der Arbeitsgruppe Polizei berichteten am Runden Tisch ebenfalls von positiven Erfahrungen mit so genannten Bürgernahen Beamten (BÜNABE),³⁹⁴ in Gegenden mit hohem Anteil muslimischer Bewohner wie Wilhelmsburg, Steilshoop und Billstedt. Momentan sind nicht ausreichend gut ausgebildete mehrsprachige BÜNABE verfügbar.³⁹⁵ Ein Vertreter der Hamburger Polizei betonte,

³⁹⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁹¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁹² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁹³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

³⁹⁴ Abkürzung für *Bürgernaher Beamter*.

³⁹⁵ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

dass der Mangel an Polizisten mit muslimischem oder migrantischem Hintergrund ein Problem für Mulime darstellt, besonders für Frauen.

Solche positiven zwischenmenschlichen Erlebnisse werden durch den Verfassungsschutz³⁹⁶ abgeschreckt, dessen Jahresberichte über verfassungsfeindliche Bestrebungen vermeintlich zur Stigmatisierung bestimmter muslimischer Institutionen geführt hat. Ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe Polizei am Runden Tisch, der bei der Polizei arbeitete, bestätigte, dass sich die jährlichen Verfassungsschutzberichte auf die Beziehungen zwischen Polizei und Muslimen auswirken. Muslimische Teilnehmer betonten, dass sie diese Berichte als staatliche Diskriminierung auffassen, da die Auswirkung der Ausschluss ganzer Institutionen ist. Er wurde gesagt, dass die Polizei vor dem 11. September verpflichtet war, mit Moscheen und Muslimen in Verbindung zu stehen. Nach dem 11. September, so ein muslimischer Vertreter, sei die Praxis jedoch aufgegeben worden.³⁹⁷ Der Vertreter der Polizei erklärte, dass der Verfassungsschutz nun engere Kontakte mit muslimischen Gemeinschaften habe, da es für die Polizei wichtig ist, zu verstehen, was in den Gemeinschaften geschieht. Ein Komitee von Imamen berät die Polizei und sie arbeiten mit einem Netzwerk muslimischer Organisationen gemeinsam, um Kriminalität und islamischen Extremismus zu verhindern.³⁹⁸

Für muslimische Gemeinschaften ist es generell problematisch, dass die Polizei die einzige für sie zuständige Institution ist, erinnerte ein muslimischer Vertreter. Er betonte, dass muslimische Einrichtungen viele unterschiedliche soziale und individuelle Bedürfnisse von Muslimen abdecken und deswegen andere Institutionen wie Schulen, Universitäten, Krankenhäuser usw. sich ebenfalls mit ihnen beschäftigen sollten. Muslimische Einrichtungen möchten nicht als Fokus bei Gewalt- und Terrorbekämpfung betrachtet werden. In Hamburg ist eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei möglich, weil die entsprechenden Menschen vorhanden sind, um Kontakt herzustellen. Dies kann sich jedoch ändern, wenn sie nicht institutionalisiert wird.³⁹⁹

Die Einstellung gegenüber der Polizei unter Muslimen und Nicht-Muslimen war in Interviews und Fokusgruppen ambivalent. Während Muslime mehr Polizei wünschen, Nicht-Muslime weniger. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen scheint nicht in der Polizei im Allgemeinen zu bestehen, sondern eher im Stil der Polizei.

Einige muslimische Befragte beschwerten sich über zu wenig Polizeipräsenz. Polizei ist auf den Straßen nicht zu sehen, trotz der vielen Drogendealer. Es wurde gesagt, die Polizei solle für die Öffentlichkeit sichtbarer und auf Straßen sowie in Vierteln präsenter sein. Aufgrund unzureichender Polizeistreifen fühlen sich manche Muslime besonders nachts nicht auf den Straßen sicher. Die Sichtbarkeit der Polizei halte

³⁹⁶ Zur Rolle des Verfassungsschutzes siehe Kapitel zur Polizei, S. 50.

³⁹⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³⁹⁸ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

³⁹⁹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

Jugendliche von der Beteiligung an strafbaren Handlungen ab. Einige Nicht-Muslime teilten diese Ansicht und fügten hinzu, dass Polizeiwachen oft unterbesetzt seien.

Gleichzeitig waren einige Muslime und relativ viele Nicht-Muslime der Ansicht, dass es zuviel Polizeipräsenz gebe, besonders bei Demonstrationen. Diese wird als übertrieben und erdrückend bewertet. Nicht-Muslime betrachteten solche unnötige Verstärkung an Polizei als provokativ, es entstehe eine paranoide Atmosphäre. Erhöhte Unterdrückung und Kontrolle verursachen mehr Konflikte, als sie lösen. Polizisten übertreten ihre Befugnisse bei Personenkontrollen, was als Einschränkung der persönlichen Freiheit betrachtet wurde. Der Kontakt mit Polizei und Sicherheitsbeamten wird als unangenehm betrachtet und die Präsenz der Polizei sei eine Scharade falscher Sicherheit, schlussfolgerte ein Nicht-Muslim.⁴⁰⁰

Befragte, die angaben, dass es zu viel Polizeipräsenz gebe, verwiesen hauptsächlich auf Videokameras und Videoüberwachung, die in Gegend 1 weithin genutzt wird. Es wird als besorgniserregend empfunden, dass so viele Kameras an öffentlichen Plätzen stünden und die Privatsphäre missachtet werde.

9.2 Muslimische Kontakte mit der Polizei

Muslime bringen Straftaten seltener zur Anzeige als Nicht-Muslime. Nur halb so viele Muslime (7) wie Nicht-Muslime (15) gaben an, innerhalb der letzten 12 Monate Opfer von Straftaten geworden zu sein. Beide Gruppen hatten Kriminalität im Viertel (4 Muslime, 8 Nicht-Muslime) oder in der Stadt erlebt (2 Muslime, 1 Nicht-Muslim). Während fünf Nicht-Muslime Straftaten anzeigten, die im eigenen Viertel stattgefunden hatten, gab es keine Anzeigen auf muslimischer Seite. Gleichviel Muslime (2) wie Nicht-Muslime (2) hatten das Gefühl, dass die Straftat aus Gründen der Diskriminierung begangen worden war. Die Muslime waren mit der Reaktion der Polizei nicht zufrieden. Muslime hatten weniger Kontakt mit der Polizei als Nicht-Muslime: 62 Nicht-Muslime und 27 Muslime hatten innerhalb der letzten 12 Monate wegen eines Vorfalls mit der Polizei Kontakt.

Von denen, die angaben, die Polizei kontaktiert zu haben, sagten 17 Muslime, dass sie selbst Kontakt aufgenommen hatten (34 Nicht-Muslime) und 10 sagten, die Polizei hat den Kontakt initiiert (28 Nicht-Muslime).

Nicht-Muslime waren eher mit ihrer Erfahrung zufrieden: 15 Muslime und 36 Nicht-Muslime waren mit der Durchführung und dem Ergebnis des Polizeikontakts zufrieden; 12 Muslime (26 Nicht-Muslime) waren es nicht.

Beschwerden über die Polizei erfolgten über zahlreiche Themen. In der Arbeitsgruppe Polizei betonte ein Teilnehmer der Hamburger Polizei am Runden Tisch, eine unabhängige Beschwerdekommision nach Vorbild der britischen *Independent Police*

⁴⁰⁰ OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

Complaints Commission müsse eingerichtet werden, um den Missbrauch polizeilicher Gewalt zu verhindern und um den Beschwerden nachzugehen, damit das Vertrauen in die Polizei erhalten bleibt.⁴⁰¹

Ein Nicht-Muslim befand, die Polizei greife nicht dort ein, wo sie es sollte, sondern in unpassenden Situationen wie bei Demonstrationen. Ein junger Muslim, in der Antifa-Bewegung engagiert, beschrieb seinen einzigen Kontakt mit der Polizei in einer Fokusgruppe:

Ich wurde von einem Wasserstrahl erwischt und begann zu bluten und dann rannte weg. Deswegen mag ich die Polizei nicht besonders.⁴⁰²

Muslime drückten ein weit verbreitetes Gefühl aus:

Besonders wegen der zunehmenden Misshandlung von Ausländern fühle ich mich in der Gegenwart der Polizei nicht sicher.⁴⁰³

Es wurde von ungerechter Behandlung ausländischer Kinder berichtet und es wurde behauptet, dass Beschwerden nicht ernst genommen wurden. Einige Muslime hatten das Gefühl, die Polizei wolle ihre Bürger- und Menschenrechte beschneiden. Ein Nicht-Muslim mit Migrationshintergrund beteuerte, die Polizei würde kleinere Straftaten nur verfolgen, wenn sie von Menschen mit dunkler Hautfarbe oder schwarzen Haaren begangen worden seien und dass in letzter Zeit bestimmte Gruppen schärfer kontrolliert würden. Dies wurde von einem Nicht-Muslim bekräftigt, der berichtete, dass er grundlos nach seinem Personalausweis gefragt wurde, als er draußen saß und ein Bier trank.

Sowohl Muslime als auch Nicht-Muslims beschrieben die Polizei als gelegentlich inkompetent und aggressiv gegenüber Obdachlosen, voller Vorurteile und arrogant. Ihnen wurde ein zwanghafter Kontrollrang nachgesagt, zudem brutal zu sein, die Rechte des Einzelnen einzuschränken und Minderheiten zu schikanieren.

Die Reaktionszeit der Polizei sei angeblich zu niedrig, entweder aufgrund von Personalmangel oder der Entfernung der Polizeiwache. Es bestand die Sorge, dass Beschwerden nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet worden sei, und dass Fälle oft fallen gelassen würden, bevor jemand festgenommen werde.

Selbst bei schweren Straftaten hätte nach Ansicht der Befragten mehr getan werden müssen:

Für die Zahl der eingestellten Polizisten finden zu viele Straftaten außerhalb ihres Augenmerks statt. Drogen- und Jugendstraftaten werden stärker verfolgt, aber Gewaltverbrechen muss starker nachgegangen werden.⁴⁰⁴

⁴⁰¹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁴⁰² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁰³ OSI-Fragebogen, Februar-April 2008 und OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Nur in wenigen Interviews wurde der 11. September 2001 erwähnt. Dieses Thema kam auch in der Fokusgruppe mit jungen Muslimen zur Sprache. Sie erinnerten sich an ihre Erfahrungen in der Zeit nach dem Ereignis. Eine Muslima erzählte eine Geschichte von ihrem Bruder:

Er machte gerade das Gymnasium fertig, er war 18, 19 Jahre alt und trug einen Vollbart. Er war in der U-Bahn und hatte seine Fahrkarte vergessen. Er kam mit vielen Kollegen aus der Schule und hatte einen dicken Rucksack voller Bücher dabei. Der Kontrolleur fragte nach seinem Namen, da er keinen Pass dabei hatte. Die anderen bestätigten seinen Namen. Er merkte, dass sie vor seinem Rucksack Angst hatten. Er zeigte ihnen seine Bücher, aber sie glaubten ihm nicht und brachten ihn zur Polizeiwache. Dort wurde er wegen des 11. Septembers beleidigt, den Terroranschlägen, weil er einen Vollbart hat und dunkelhäutig ist.⁴⁰⁵

Ein anderer junger Muslim berichtete von einem Freund seines Bruders, der aus dem Sudan stammt und einen Bart trug. Die Polizei holte ihn zur Befragung aus seinem Büro und beschloss, dass er unschuldig sei. Nach seiner Freilassung bekam er weder eine Entschuldigung, noch wurde irgendetwas erklärt. Jeder in seinem Büro hatte gesehen, wie er abgeführt wurde, und dass er einige Tage später wieder da war.⁴⁰⁶ Ein anderer Mann sagte in einer der Fokusgruppen, er sei bereits am Flughafen verhört worden. Einmal sei er aus der Schlange geholt worden, um einen Speicheltest abzugeben. In einem Bericht über ethnische Rasterfahndung werden mehrere Aktivitäten beschrieben, die auf Muslime abzielten, welche die Ansicht der Fokusgruppenteilnehmer bekräftigen:

Die deutsche Polizei führte massive Personenkontrollen vor Moscheen durch, vorzugsweise nach den Freitagsgebeten, wenn viele Gläubige anwesend sind. Seit dem 11. September hat die Polizei mehrfach umfassende Personenkontrollen vor 25-30 Moscheen durchgeführt, auch vor denen mit der höchsten Anwesenheit in Deutschland.⁴⁰⁷

Muslime berichteten auch von anderen Situationen, in denen sie aufgrund ihres Äußeren überprüft wurden, und waren dabei die einzigen in der U-Bahn, die nach der Fahrkarte oder ihrem Personalausweises gefragt wurden. Ein junger Muslim führte einmal ein Interview mit der Polizei für die Schule und fand heraus, dass für sie feststand, dass der Anteil von Türken, die sich an Straftaten beteiligen, hoch ist.

⁴⁰⁴ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁰⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁰⁶ OSI-Fragebogen, Februar–April 2008.

⁴⁰⁷ Open Society Justice Initiative, *Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Ineffective, and Discriminatory*, Open Society Institute, New York, 2009, S. 65.

Deshalb sagen sie „es ist nicht unsere Schuld, dass Menschen mit schwarzen Haaren die Tendenz haben, kriminell zu sein und wir sie sofort als Verbrecher abstempeln.“⁴⁰⁸

Ein Muslim berichtete von einer Erfahrung, als er das teure Auto eines Freundes fuhr:

Genau an dem Tag wurde ich von zwei Polizisten angehalten, die mir nicht glaubten. Mein Mitfahrer war ein Freund, auch mit dunklen Haaren. Nach zwei Stunden rief ich den Typ an, dem das Auto gehörte. Er musste vorbei kommen und die Situation klären.⁴⁰⁹

Eine Muslima erzählte von einer ähnlichen Erfahrung:

Die Polizei hielt mich an. Ich fragte sie warum und es war mir sofort klar, dass es an meinem Kopftuch lag. Sie glaubten nicht, dass der große Transporter mir gehörte.⁴¹⁰

Ein Teilnehmer der Fokusgruppe beschrieb, wie er durch eine Alkoholkontrolle gewunken wurde, da der Polizist aufgrund seines Äußeres annahm, er sei gläubiger Muslim. Eine Muslima war überrascht, als sie an einem Alkoholtest teilnehmen musste. Ein anderer Diskussionsteilnehmer meinte, die Polizei teste weiterhin aufgrund ihrer Erfahrung: Halten die Türken an, sagen alle, sie sind Muslime und fragen, warum sie diesen Test machen sollten. Am Ende ist klar, dass sie alle getrunken haben.⁴¹¹

Der HHAP widmet sich dem Thema Polizei und Sicherheit unter dem Kapitel Kriminalprävention. Es beginnt mit der statistischen Überrepräsentation Tatverdächtiger ohne deutsche Staatsangehörigkeit: 29,7% aller Verdächtigen im Jahr 2005 waren Ausländer und die große Mehrheit junge Männer.⁴¹² Dies mag das Ergebnis von Faustregeln sein, die auf Alltagserfahrungen beruhen und Stereotypen reproduzieren.⁴¹³ Der HHAP unterscheidet zwischen Statistik und Realität. Hohe Kriminalitätsraten sind häufig statistische Effekte. Wenn in Ausgehvierteln wie der Reeperbahn auch Touristen als Verdächtige gezählt werden, würde damit die Kriminalitätsrate der Ausländer drastisch erhöhen. Der HHAP ist sich der Unterschiede bei der Meldung von Straftaten unter Migranten bewusst und sieht die Schwierigkeit der öffentlich wahrgenommenen Ausländerkriminalität und der tatsächlichen Kriminalität in manchen Gegenden. In Vergnügungsvierteln wie der Reeperbahn ist dies besonders deutlich. Der Anteil der dort lebenden Muslime ist hoch, die Kriminalitätsrate

⁴⁰⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁰⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴¹⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴¹¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴¹² HHAP, S. 31.

⁴¹³ Hans-Jörg Albrecht, „Rechtstatsachenforschung zum Strafverfahren. Empirische Untersuchungen zu Fragestellungen des Strafverfahrens zwischen 1990 und 2003“, *Polizei + Forschung*, Band 29, Herausgegeben vom Bundeskriminalamt (BKA), Kriminalistisches Institut, 2005, Lucherland, Neuwied.

ebenfalls. In der öffentlichen Wahrnehmung werden diese Tatsachen miteinander verbunden, obwohl detaillierte Analysen der Kriminalitätsrate zeigen, dass Besucher einen erheblichen Anteil an Kriminalität in die Statistik der Gegend mit hereinbringen und diese nicht unbedingt muslimischen oder Migrationshintergrund haben. Am Runden Tisch wurde deutlich betont, dass alle Studien zeigen, dass zwischen Kriminalität und Islam kein Zusammenhang besteht.⁴¹⁴ Diese erfassen ebenso Rechtsextremismus (siehe Tabelle 73.). In 2007 stieg die Anzahl fremdenfeindlicher Straftaten um mehr als 39%, 17 davon waren Gewalttaten.⁴¹⁵

Tabelle 73. Rechte Straftaten in Hamburg

	2006	2007
Gesamt	400 (390) ⁴¹⁶	332 (366) ⁴¹⁷
Propagandadelikte	288	250
Fremdenfeindliche Delikte	51	71
Antisemitische Delikte	22	23
Gewalttaten	29	22

Quelle: Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) (2008), Verfassungsschutzbericht 2007, Hamburg, S. 175.

Ziel des HHAP in diesem Bereich ist es, strafbares Verhalten zu verhindern, das Risiko einer Opferwerdung zu senken sowie die Reduzierung rechtsextremistisch motivierter Straftaten (Tabelle 73). Besonderes Augenmerk gilt der Nichtduldung von Vorurteilen und Pauschalvermutungen gegenüber Migrantengruppen. Um dies zu erreichen, regt der HHAP die Menschen an, sich zu treffen, bemüht er sich um individuelle Lösungen für lokale Probleme und versucht, unterschiedliche Akteure mit und ohne Migrationshintergrund zusammenzubringen. Eine behördenübergreifende Steuerungsgruppe ist in Planung, konkrete Ziele und Zusammensetzung waren jedoch nicht zum Zeitpunkt des Entwurfes dieses OSI-Berichts verfügbar.⁴¹⁸

⁴¹⁴ OSI-Fokusgruppe, Juni 2009.

⁴¹⁵ HHAP, S. 32.

⁴¹⁶ Die Differenz bei den Zahlen umfasst die Kategorie „Sonstige“, die Teil der 400 sind. Die Differenz von 10 (400 und 390) bezieht sich auf die Zahl der Fälle, die nicht strikt kategorisiert werden können wie politisch motivierte Delikte laut Gesetz, die jedoch unter Gewaltverbrechen fallen, die politische Konnotationen besitzen. Ein Beispiel dafür ist das Anbringen des Hakenkreuzes auf dem Tisch eines Grundschülers.

⁴¹⁷ Die Summe ist aufgrund mehrfacher Zählung kleiner. Ein Delikt kann in zwei oder mehr Kategorien gezählt werden.

⁴¹⁸ HHAP, S. 32.

9.3 Anwerbung von Minderheiten für die Polizei

Wie in anderen Bereichen gibt es in Deutschland weder die gesetzliche Verpflichtung, Informationen über die Anwerbung und Überwachung ethnischer Minderheiten bei der Polizei zu veröffentlichen. Bisher wurden nur Daten über die Staatsangehörigkeit erfasst. Einige Daten über die Anzahl ethnischer Minderheiten bei der deutschen Polizei gibt es jedoch.⁴¹⁹ Einige Landespolizeien wie in Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stellen nur ethnische Minderheiten bestimmter Herkunft ein. Aufgrund der großen Bevölkerung mit türkischer Herkunft bemüht sich die Mehrheit der Bundesländer ethnische Minderheiten türkischer Herkunft anzuwerben. Polizisten mit polnischem Hintergrund werden eher angeworben, da eine große Gruppe Aussiedler aus Polen stammt.⁴²⁰ Die aktuell verfügbaren Daten für 2006 zeigen, dass 148 von 8.001 Polizisten ethnischen Minderheiten angehörten (1,85%). Die höchste Anzahl Polizisten aus ethnischen Minderheiten ist in Nordrhein-Westfalen anzutreffen, wo 3.192 von 42.000 (7,6%) ethnischen Minderheiten angehören.⁴²¹ Eine vergleichende Studie der Universität Hamburg über Anwerbungspraktiken in Deutschland und England kam zu dem Schluss, dass England über differenzierte Daten zur Analyse und Feststellung der Fortschritte bei der Einstellung ethnischer Minderheiten bei der Polizei verfügt, während Deutschland sehr wenig Forschung und Daten zur Verfügung stellt.⁴²² Anstatt die positiven Aspekte einer vielfältigen Polizei hervorzuheben (Schaffung eines sicheren Umfelds für alle, Bereitstellung positiver Vorbilder für ethnische Minderheiten), ist Deutschlands Ansatz, ethnische Minderheiten nur für spezifische Aufgaben einzustellen und sie für die migrantische Bevölkerung einzusetzen.⁴²³ Es war nicht Ziel der Regierung, einen vollständig repräsentativen öffentlichen Dienst zu schaffen, was einen Wendepunkt bei der Anwerbung von ethnischen Minderheiten in Deutschland darstellen würde, sondern die vorgeschriebene Angleichung von EU-Richtlinien im Jahr 1994, welche die Freiheit der Berufswahl in Europa garantiert.⁴²⁴ Die Studie empfiehlt einen

⁴¹⁹ Bettina Franzke, *Polizisten und Polizistinnen ausländischer Herkunft. Eine Studie zur ethnisch-kulturellen Identität und berufliche Sozialisation Erwachsener in einer Einwanderungsgesellschaft*, Kleine Verlag, Bielefeld, 1999; Herman Blom, *Anders sein bei der Polizei in Deutschland. Zur Position von allochthonen Polizisten an ihrem Arbeitsplatz, vor dem Hintergrund ihrer Rolle als Minderheit und der Tatsache, dass sie als „anders“ wahrgenommen werden*, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt, 2005.

⁴²⁰ Azilis Maguer, „Die Einstellung ausländischer Bewerber in den deutschen Polizeidienst“, *Monatszeitschrift für Strafrecht und Kriminologie*, Aufgabe 4–2002, S. 309–316.

⁴²¹ Daniela Hunold, *Migranten in der Polizei. Zwischen politischer Programmatik und Organisationswirklichkeit*, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt, 2008.

⁴²² Oksan Karakus, *Recruitment of Ethnic Minority Police Officers: Ethnic Minority Recruitment from a Multi-Cultural Perspective in England and Germany*, Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Kriminologische Sozialforschung, typescript, Hamburg, 2008, S. 62 (nachfolgend Karakus, *Recruitment of Ethnic Minority Police Officers*).

⁴²³ Karakus, *Recruitment of Ethnic Minority Police Officers*, S. 63.

⁴²⁴ Karakus, *Recruitment of Ethnic Minority Police Officers*, S. 63–64.

detaillierten Aktionsplan für alle Bundesländer, der den Bedarf an der Anwerbung ethnischer Minderheiten für die Polizei behandelt, klare Ziele steckt und überwacht, sowie die Schaffung eines Polizeiverbandes für ethnische Minderheiten vorsieht, da es für Polizisten ethnischen Minderheit wichtig ist, Unterstützung und Bestätigung zu erfahren und eine Stimme in Form einer offiziellen Institution innerhalb der Polizei zu haben, die ihre Rechte stärkt.⁴²⁵

Hamburg begegnet dieser Herausforderung teilweise mit der Anwerbungskampagne für Auszubildende mit Migrationshintergrund. Während der Arbeitsgruppe Polizei merkte ein muslimischer Spezialist für Einstellungsverfahren bei der Polizei am Runden Tisch an, dass Migranten häufig den Einstellungstest nicht bestehen, der Voraussetzung für die Aufnahme in die Polizeiausbildung ist.⁴²⁶ Ein anderer Teilnehmer berichtete von einem guten Ansatz in Leicester, Vereinigtes Königreich, wo Freiwillige als Polizisten in der Gemeinde in einem lokalisierten Anwerbungsprozess rekrutiert werden.⁴²⁷

Während ihrer Ausbildung besuchen Polizisten in Hamburg eine einwöchige Schulung in interkultureller Kompetenz. Polizisten haben jedoch häufig bei diesem Kurs Schwierigkeiten, da sie der Ansicht sind, Migranten sollten sich einfach anpassen, dann entstünden auch keine Schwierigkeiten.⁴²⁸ Es wurde berichtet, dass Bewerber bei der *Metropolitan Police* im Vereinigten Königreich ihre Erfahrungen mit Diskriminierung und ihren im Umgang damit darstellen müssen.⁴²⁹

⁴²⁵ Karakus, *Recruitment of Ethnic Minority Police Officers*, S. 65.

⁴²⁶ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁴²⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁴²⁸ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁴²⁹ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

10. ERFAHRUNGEN MUSLIMISCHER GEMEINSCHAFTEN: TEILHABE UND STAATSBÜRGERSCHAFT

Politische Einbeziehung kann anhand der Stärke der Identifikation mit politischen Institutionen gemessen werden. Dies kann am Ausmaß ermittelt werden, wie stark Befragte meinten, Entscheidungen in Bezug auf ihre Stadt beeinflussen zu können und sehr sie Vertrauen in politische Institutionen wie Stadtrat, Parlament und Regierung haben. Dieses Kapitel untersucht die Teilhabe an formellen politischen Wahlprozessen sowie die Wahrnehmung bezüglich Grad und Ausmaß hinsichtlich Einfluss auf städtische und bundesweite Entscheidungen durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Bürgerbeteiligung in Vereinen und Organisationen und die Art und Weise, wie Politiker in Hamburg sich auf Bemühungen muslimischer Organisationen, engagierte zivilgesellschaftliche Partnern zu werden, eingelassen haben, werden ebenfalls beleuchtet.

10.1 Muslime und Wahlen

Die Bürgerschaftswahl fand während der Recherchen zu diesem Bericht am 24. Februar 2008 statt. Es wurden die Mitglieder der Bürgerschaft, dem Hamburger Parlament, und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,4%. Die CDU erreichte 42,6%, für die Grünen/GAL stimmten 9,6%. Die beiden Parteien bildeten die erste schwarz-grüne Regierungskoalition in Deutschland. Die Opposition bestand aus der SPD (34,1%) und zum ersten Mal aus der LINKEN (6,4%). Diese neue Linkspartei besteht aus ehemaligen Sozialdemokraten, welche die SPD nach Verabschiedung der Agenda 2010,⁴³⁰ einer Neuordnung des deutschen Wohlfahrtsstaats, verließen, und aus den ehemaligen Kommunisten der DDR.

Die Zahl der wahlberechtigten Muslime ist unbekannt. Von den 466.000 Menschen mit Migrationshintergrund haben jedoch ca. 218.000 einen deutschen Pass, von denen wiederum die mit türkischer Abstammung die größte Gruppe bilden (ca. 60.000). Türken wurden als entscheidende Wählergruppe für kleine Parteien betrachtet. Eine Studie fand heraus, dass Wähler türkischer Herkunft eher SPD oder Grüne wählen, da die meisten aus der Arbeiterschicht stammen sind und diese beiden Parteien für liberale Einwanderungs- und Asylpolitik stehen.⁴³¹ Zuwanderer aus Osteuropa (Aussiedler) ziehen die CDU vor, welche ihre Zuwanderung während der Kohl-Jahre unterstützte. Das Wahlverhalten richtet sich laut Studie mehr nach der traditionellen Position einer Partei gegenüber ihrer Migrantengruppe als nach sozialen Faktoren, da alle Parteien versuchen, Zuwanderer auf die eine oder andere Weise anzusprechen.

⁴³⁰ Die Agenda 2010 demonitierte das alte Sozialhilfesystem, welches teilweise vom Arbeitslosengeld getrennt war. Diese beiden Systeme wurden durch eines ersetzt, „Hartz IV“.

⁴³¹ Sara Claro da Fonseca, „Neue Bürger – neue Kandidaten?“, WZB-Mitteilungen 114, Dezember 2006, S. 32-36.

Die CDU etablierte kurz vor der Hamburger Wahl das Deutsch-Türkische Forum (DTF), um die Partei für Wähler türkischer Abstammung attraktiv zu gestalten.⁴³² Die Leiterin des DTF, Bettina Machaczek, besuchte während der Wahlkampagne einige türkische Gemeinden.

Die SPD rief vor mehr als fünf Jahren ein deutsch-türkisches Forum ins Leben,⁴³³ und setzte Kandidaten türkischer Abstammung auf ihre Listenplätze. Bülent Ciftlik und Metin Hakverdi, beide auf Spitzenplätzen, gingen während des Wahlkampfes in die türkischen Gemeinden, wo sie nicht nur über Migration, sondern auch andere politischen Themen sprachen. Sie trafen türkische Geschäftsleute im ansässigen Hammam, und gaben eine ins Türkische übersetzte Broschüre über das neue Wahlsystem in Hamburg heraus.⁴³⁴ Die SPD hängte in der Umgebung der Zentral-Moschee am Steindamm Poster von türkischstämmigen Kandidaten auf, obwohl die meisten Kandidaten auf unteren Listenplätzen rangierten, was es sehr unwahrscheinlich macht, einen Sitz in der Bürgerschaft zu erzielen.

Die GAL erklärte das neue Wahlsystem in türkischer Sprache und setzte sich für das Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgern bei Kommunalwahlen ein, wenn sie seit einem bestimmten Zeitraum in Deutschland leben. Sie besuchten Unternehmen und Organisationen der türkischen Gemeinschaft. Mit der ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten Nebahat Güçlü hatten sie eine offene Muslima in führender Position. Die GAL schlug eine Einbürgerungskampagne vor, was alle Parteien einstimmig unterstützten.

Ahmet Yazici vom Bund Islamischer Gemeinschaften (BIG) sagte laut NDR-Online: „Wer mitbestimmt, kann auch in diesem Land etwas bewegen. Wählen gehen ist für Migranten das wichtigste, was sie in einem demokratischen Staat tun können, wenn sie sich dazugehörig fühlen.“⁴³⁵

Etwas mehr als die Hälfte der Muslime (57) der OSI-Umfrage gaben an, bei bundesweiten Wahlen stimmberechtigt zu sein, sowie 88 Nicht-Muslime. Beinahe zwei Drittel (37) der wahlberechtigten Muslime, beteiligten sich an den letzten Bundestagswahlen. Mit einer Quote von 64% liegt die Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen unter Muslimen ähnlich hoch wie die bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft. Überraschenderweise liegt die Beteiligung bei Nicht-Muslimen viel höher, was daran

⁴³² Helge Schwiertz, „Der Kampf um Migrantenstimmen“, NDR-online, 15. Februar 2008, abrufbar unter http://www1.ndr.de/nachrichten/buergerschaftswahl_hamburg_2008/themen/tuerkischewahler2.html (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend „Der Kampf um Migrantenstimmen“).

⁴³³ „Der Kampf um Migrantenstimmen“.

⁴³⁴ Das neue Wahlsystem war das Ergebnis eines Kampfes zwischen einem Referendum der Zivilgesellschaft für mehr demokratische Teilhabe und dem Versuch der Regierung, den Einfluss und die Folgen des Referendums zu minimieren. Das Ergebnis war ein Kompromiss zwischen dem alten Wahlsystem und der Einführung neuer partizipatorischer Elemente.

⁴³⁵ „Der Kampf um Migrantenstimmen“.

liegen mag, dass sich in der Gruppe für diese Umfrage viele politische Aktive fanden (siehe Tabelle 74.).

Tabelle 74. Wahlrecht bei Bundeswahlen

Sind Sie bei den Parlamentswahlen stimmberechtigt?	Haben Sie bei den letzten Parlamentswahlen Ihre Stimme abgegeben?	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja	Ja	37,0	74,0	55,5
	Nein	20,0	14,0	17,0
Nein		43,0	12,0	27,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Beinahe alle Nicht-Muslime (94%), aber nur 58 Muslime waren berechtigt, an den Kommunalwahlen teilzunehmen. 65,5% (38) Muslime und 81,9% (77) Nicht-Muslime beteiligten sich an den letzten Bezirkswahlen (Tabelle 75.).

Tabelle 75. Wahlrecht bei Kommunalwahlen

Sind Sie bei den Kommunalwahlen stimmberechtigt?	Haben Sie bei den letzten Kommunalwahlen Ihre Stimme abgegeben?	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Ja	Ja	38,0	77,0	57,5
	Nein	20,0	17,0	18,5
Nein		41,0	6,0	23,5
k. A.		1,0	0,0	0,5
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Wahlverhalten in den Forschungsgebieten

Tabelle 76 gibt einen Überblick über das Verhältnis der Anzahl im Gebiet lebenden Ausländer, der Wahlberechtigten bei der letzten Wahl und der Stimmen für die Parteien in den drei Forschungsgebieten.

Tabelle 76. Wahlergebnisse in Forschungsgebieten für Bürgerschaftswahlen 2008

Gegend	Ausländer 2006.	CDU	Grüne /GAL	SPD	Die Linke	FDP	Sons-tige
	Ingesamt Wahlberechtigte 2008						
Gegend 1	42,8%	38,1%	23,8%	48,2%	14,1%	5,9%	3,3%
Gegend 2	105,6%	26,8%	8,6%	47,9%	9,5%	2,8%	4,6%
Gegend 3	52,0%	35,8%	6,3%	39,6%	9,8%	3,8%	4,6%

Quelle: <http://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/buergerschaftswahlen/2008/> (Zugriff im Januar 2010)

In Gegend 1 und 3 sind 42,8 von 100 Personen wahlberechtigt, 52 nicht wahlberechtigt. In Gegend 2 kommen auf hundert Wahlberechtigte 105,6 Nicht-Wahlberechtigte. Dieses Verhältnis reflektiert zwar nicht die exakten Zahlen (diese waren nicht verfügbar), zeigt aber doch eine signifikante Diskrepanz demokratischer Repräsentation zwischen den verschiedenen Gegenden. Solch eine massive politische Unterrepräsentation zwischen der Migrantenbevölkerung in einer Gegend, die das höchste Ergebnis für die rechtsgerichtete, populistische Schill-Partei einbrachte,⁴³⁶ scheint für einen Mangel an Vertrauen der Migrantenbevölkerung ins politische System verantwortlich zu sein, wie die Zahlen der OSI-Studie zeigen.⁴³⁷

Vertreter von Parteien meinten, es gebe immer eine Gratwanderung zwischen Parteistrategie und politischen Problemen. „Jede Partei will Stimmen gewinnen und nutzt die Leute dafür aus“, sagte ein Stakeholder⁴³⁸. Dies wird zum Problem, wenn Zielgruppen unterschiedliche Interessen verfolgen. Der Dialog zwischen Homosexuellen und Muslimen in St. Pauli über einen mutmaßlichen Anstieg von Homophobie

⁴³⁶ Diese Partei trat nur für die Wahlen 2001 an und war nach ihrer Entlassung aus der Regierung durch den Ersten Bürgermeister 2003 bei der Werbung von Wählerstimmen nicht mehr erfolgreich.

⁴³⁷ In Billstedt erreichte die Schill-Partei die zweithöchste Stimmenanzahl (6.027), in Wilhelmsburg die vierthöchste Stimmenanzahl (4.430) und in Horn die achthöchste Stimmenanzahl (2.971); abrufbar unter http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/Bue2001_Stadtteile-abs.xls (Zugriff im Januar 2010).

⁴³⁸ OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

in der Gegend entwickelte sich zu einer Kampagne homosexueller Aktivisten und schreckte die muslimische Gemeinschaft ab. Dies wurde wiederum zu einem Konflikt innerhalb der GAL, für die, so sagte man, ein Prozent der Wahlstimmen entscheidend sein kann. Ergebnis des Konflikts war die Entdeckung der muslimischen Gemeinschaft seitens GAL. Zuvor waren die Sozialdemokraten von einer Moschee zur nächsten gegangen, um für ihre Partei zu werben. Ein muslimischer Vertreter sagte:

Es ist nicht so, dass Moscheen zu den Parteien gehen und sagen: „Kommt und preist Euch an.“ Es sind die Parteien, die kommen. Es ist weniger die CDU, da sie vielleicht nicht die Notwendigkeit sieht, 0,1% mehr Stimmen zu bekommen. Aber für kleine Parteien kann das entscheidend sein.⁴³⁹

Ein Vertreter der Grünen (GAL) erklärte:

Alle Parteien entdecken jetzt, dass es gut ist, Migranten in der Partei zu haben, da sie glauben dies sei strategisch erfolgreich. Sie spüren den demographischen Wandel und sehen sie als wichtige Gruppe, die bei den Wahlen entscheidend sein kann.⁴⁴⁰

Eine muslimische Teilnehmerin beschrieb das Problem dieses strategischen Ansatzes:

Wer in der Lage ist, Politik für Migranten und Muslime zu verbessern, der soll meine Stimme bekommen. Du kannst Deine Rolle selbst bestimmen, wenn du angeworben wirst. Es gibt die Parteistrategie und meine Strategie. Überschneiden sie sich, ist das eine gute Entwicklung. Die meisten Migranten in einer Partei wurden eingeladen, Mitglieder zu werden, aber sie haben Angst, ein „Vorzeigemigrant“ zu werden. Aber es reicht nicht, Migranten auf aussichtslose Listenplätze zu setzen, nur um Stimmen zu erzielen. Man muss die Leute so positionieren, dass sie eine Chance haben, zu gewinnen und etwas zu verändern.⁴⁴¹

Ein anderer muslimischer Vertreter beschrieb die Rolle der Moscheen während des Wahlkampfes:

In vielen Moscheen wird vor Wahlen gesagt, dass Wahlen anstehen und dass sie eingeladen werden, sich zu beteiligen, wenn sie einen deutschen Pass haben. Aber es wurde explizit gesagt: „Wir als Moschee können Euch nicht sagen, welche Partei ihr wählen sollt. Wählt die Partei, von der ihr meint, dass sie am ehesten Eure Interessen vertritt.“ Ich finde es wirklich wichtig, dass sich Leute informieren, anstatt in eine bestimmte Richtung manipuliert zu werden.⁴⁴²

⁴³⁹ OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

⁴⁴⁰ OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

⁴⁴¹ OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

⁴⁴² OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

Es gibt mehrere Anzeichen von dem wachsenden Einfluss der muslimischen Gemeinschaft in Hamburg auf der Ebene hochrangiger Politiker und Vertreter. Seit 10 Jahren lädt der Bund Islamischer Gemeinschaften (BIG) während des Ramadans Vertreter aus Politik, Religion und Gesellschaft zum jährlichen Iftar-Empfang, und die Zahl der angenommenen Einladungen steigt von Jahr zu Jahr.

Momentan sitzen sechs Abgeordnete mit Migrationshintergrund in der Bürgerschaft, weitere in den Bezirksverordnetenversammlungen. Dies ist die bisher höchste Zahl. Die meisten beschreiben sich nicht öffentlich als Muslime, mit Ausnahme von Frau Güçlü, Vizepräsidentin der Bürgerschaft, die sich als Feministin und Muslima beschreibt. Migranten türkischer Abstammung finden sich in jeder Partei.

Wie bereits erwähnt, gibt es eine Kampagne des Hamburger Personalamts, 20% seiner Auszubildendenstellen mit Migranten zu besetzen. Tatsächlich gibt es jedoch einen allgemeinen Einstellungsstopp bei der Verwaltung und es wird viele Jahre dauern, bis 20% in allen Ebenen der Verwaltung verteilt sind. Muslime werden jedoch in andere Beratungs- und Entscheidungsorgane gewählt, wie den Deputationsausschuss der Sozialbehörde, oder den Integrationsbeirat.⁴⁴³

Im Rahmen der OSI-Studie stimmten 45 Nicht-Muslime und 40 Muslime zu oder voll und ganz zu, dass sie die Stadt betreffende Entscheidungen beeinflussen können. Die Mehrheit der Muslime (54) sowie Nicht-Muslime (52) widersprachen jedoch dieser Aussage (Tabelle 77.).

Tabelle 77. Können Sie Entscheidungen, die Ihre Stadt betreffen, beeinflussen?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Stimme voll und ganz zu	6,0	4,0	5,0
Stimme zu	34,0	41,0	37,5
Stimme nicht zu	30,0	42,0	36,0
Stimme überhaupt nicht zu	24,0	10,0	17,0
Weiß nicht	6,0	3,0	4,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

⁴⁴³ OSI-Stakeholder-Interview, März 2009. Der Deputationsausschuss ist ein mit den Behörden verbundenes Organ, bestehend aus einem Senator (Vorsitz) und 15 gewählten Ehrenmitgliedern (Abgeordneten) aus der Bürgerschaft.

Die Zahl der Muslime und Nicht-Muslime, die den Eindruck haben, Einfluss auf bundesweite Entscheidungen zu haben, liegt niedriger (Tabelle 78.).

Tabelle 78. Können Sie Entscheidungen, die dieses Land betreffen, beeinflussen?

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt%
Stimme voll und ganz zu	6,0	3,0	4,5
Stimme zu	29,0	32,0	30,5
Stimme nicht zu	34,0	48,0	41,0
Stimme überhaupt nicht zu	28,0	15,0	21,5
Weiß nicht	3,0	2,0	2,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

10.2 Vertrauen in politische Institutionen

Die große Mehrheit der Befragten (73 Muslime, 80 Nicht-Muslime) vertrauten der Regierung nicht sehr viel oder überhaupt nicht (Tabelle 79.).

Tabelle 79. Vertrauen in die Regierung

	Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr viel	2,0	0,0	1,0
Ziemlich viel	13,0	9,0	11,0
Nicht sehr viel	44,0	57,0	50,5
Überhaupt nicht	29,0	33,0	31,0
Weiß nicht	12,0	1,0	6,5
Gesamt	%	100,0	100,0
	Anzahl	100	200

Quelle: Open Society Institute

Der Bundestag steht kaum besser da: Lediglich 18 Nicht-Muslime und 19 Muslime haben ziemlich viel oder sehr viel Vertrauen in das nationale Parlament (Tabelle 80.).

Tabelle 80. Vertrauen in den Bundestag

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr viel		2,0	0,0	1,0
Ziemlich viel		17,0	18,0	17,5
Nicht sehr viel		48,0	58,0	53,0
Überhaupt nicht		20,0	21,0	20,5
Weiß nicht		13,0	3,0	8,0
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Die Bürgerschaft genießt unter Muslimen das höchste Vertrauen. 19 Nicht-Muslime und 25 Muslime gaben an, ziemlich viel oder sehr viel Vertrauen zu haben. 56 Muslime und 76 Nicht-Muslime vertrauen der Bürgerschaft jedoch nicht sehr viel oder überhaupt nicht (Tabelle 81.).

Tabelle 81. Vertrauen in die Bürgerschaft

		Muslime %	Nicht-Muslime %	Gesamt %
Sehr viel		4,0	0,0	2,0
Ziemlich viel		21,0	19,0	20,0
Nicht sehr viel		41,0	54,0	47,5
Überhaupt nicht		15,0	22,0	18,5
Weiß nicht		19,0	5,0	12,0
Gesamt	%	100,0	100,0	100,0
	Anzahl	100	100	200

Quelle: Open Society Institute

Das hohe Vertrauen in Polizei und Gerichte und das sehr geringe Vertrauen in Regierung, Parlament oder Stadtrat, ist überraschend. Ein Teilnehmer einer Fokusgruppe merkte an, dass in diesem Unterschied ein Funken Wahrheit steckt, da seiner Meinung nach kein Volk der Welt wirklich seiner Regierung traut.⁴⁴⁴ Ein weiterer Teilnehmer legte nahe, dies stehe im Zusammenhang mit der politischen Situation in den Herkunftsländern, in denen es, mit Ausnahme von Saudi-Arabien und Kuwait, keine stabilen politischen Systeme gebe. Die Türkei wird als in den letzten 30 Jahren stabil betrachtet, seit dem Militärstreich von 1980. Der Teilnehmer erklärte:

Mein Vater vertraut der türkischen Regierung überhaupt nicht. Ich glaube, er würde das über jede Art von Regierung sagen. Jede Regierung kann gestürzt werden. Sie sind ohnehin machtlos, und was sie tun, ist falsch. Ich glaube, das hängt mit der Stabilität des politischen Systems zusammen, an das man gewöhnt ist. Dann traut man Regierung oder Parlament mehr.⁴⁴⁵

10.3 Muslime und bürgerschaftliches Engagement

Muslime beteiligen sich, auch wenn sie weniger Wahlrechte auf Bundes- und Länderebene besitzen als Nicht-Muslime. In einer Fokusgruppe stellten junge Muslime fest:

Vielleicht gehen die Nicht-Muslime, die der Politik nicht trauen, sowieso nicht zu Wahlen.⁴⁴⁶

Ein anderer meinte:

Die Dinge sind immer schon vorgegeben. Du kannst nicht für genau das stimmen, was du möchtest. Du musst immer für das kleinere Übel stimmen.⁴⁴⁷

Ein muslimischer Jugendlicher antwortete:

Ich glaube nicht, dass irgendeine Regierung, egal wer in Deutschland regiert, die richtige Lösung für das Arbeitslosenproblem oder das Rentensystem oder irgendein anderes Problem hat. Es ist egal, wer an der Macht ist.⁴⁴⁸

Muslime sind politisch weniger aktiv als Nicht-Muslime.

- 45 Nicht-Muslime und 29 Muslime nahmen innerhalb der letzten 12 Monate an einer Versammlung oder Kundgebung teil.
- 48 Nicht-Muslime und 31 Muslime nahmen innerhalb der letzten 12 Monate an einer Demonstration teil.

⁴⁴⁴ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁴⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁴⁶ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁴⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁴⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

- 61 Nicht-Muslime und 29 Muslime haben innerhalb der letzten 12 Monate eine Petition unterschrieben.
- 16 Nicht-Muslime und 10 Muslime nahmen an einer Konsultation oder einem Treffen zu lokalen Angeboten oder Problemen in der Nachbarschaft teil.

Konsultationen fanden im den Bereichen Neuentwicklung, Schule, Mietpreise und politische Parteien statt.

Muslime sind aktiver in der Jugendarbeit innerhalb ihrer eigenen ethnischen und religiösen Umgebung: 26 Nicht-Muslime spielten eine aktive Rolle bei der Organisation von Jugendaktivitäten in gemischtem Umfeld, verglichen mit lediglich drei Muslimen. Hingegen waren 16 Muslime in ihrem eigenen ethnischen oder religiösen Umfeld aktiv, sowie ein Nicht-Muslim. Muslime organisierten zahlreiche Aktivitäten wie Seminare, Jugenderziehung in Moscheen, Ausflüge, Sportveranstaltungen für junge Muslime, Feiern, Grillfeste oder Catering. Einige hatten deutschsprachige muslimische Jugendclubs gegründet oder waren im Vorstand eines Vereins aktiv. Nicht-Muslime engagierten sich außerdem in der HIV/AIDS-Aufklärung, bei der Beratung gegen Gewalt, als Vermittler zwischen Verwaltung und Jugendclubnutzern, als Jugendführer in einem Museum, organisierten Stadttouren, halfen bei der Vorbereitung zur Ausbildung, unterrichteten oder organisierten Leseveranstaltungen.

Beinahe drei Viertel der Muslime (71) spielte keine aktive Rolle bei religiösen Aktivitäten. Weniger als ein Drittel (29) engagierten sich innerhalb ihrer eigenen ethnischen oder religiösen Gruppe. Unter Nicht-Muslimen lag dieser Anteil sogar bei 98%. Die zwei aktiven Nicht-Muslime predigten entweder in ihrem eigenen Dialekt in der Kirche oder halfen bei der Organisation kirchlicher Veranstaltungen. Die Aktivitäten von Muslimen decken ein breites Spektrum ab: Koranunterricht, Unterstützung bei Koranklassen und Arabischunterricht gehörten zu den Hauptaktivitäten (10). Fünf waren in der Verwaltung ihrer Moschee tätig, fünf weitere übernahmen Lehraufgaben wie Hausaufgabenhilfe, Frauenkurse, Seminare oder Vorträge. Der Rest war in die Organisation von Tätigkeiten, wie die zeitliche Planung in der Moschee, Gesprächsveranstaltungen mit Jugendlichen, einen Wohlfahrtsbasar in der Moschee, den Tag der offenen Moschee oder in das Catering zu besonderen Anlässen involviert.

Im Bereich Freizeit, Sport und Hobbys waren Muslime sowohl in ihrem eigenen als auch in gemischten Umfeldern aktiv. 17 Nicht-Muslime und 8 Muslime betätigten sich in Freizeit- und Sportaktivitäten oder gingen Hobbys in gemischter Umgebung nach. 9 Muslime und 2 Nicht-Muslime blieben in ihrer eigenen ethnischen oder religiösen Gruppe. Bei muslimischen Aktivitäten in der eigenen religiösen oder ethnischen Gruppe handelte es sich vor allem um Jugendaktivitäten.

Eine Minderheit von Muslimen engagierte sich im Kulturbereich. Ein Muslim organisierte islamische Feste für Menschen aus Westafrika, ein anderer Kulturelles wie Musik- und Tanzveranstaltungen. Ein Muslim spielte in einer gemischten Band, ein weiterer organisierte Konzerte, Theater- und Musikveranstaltungen.

Muslime spielen keine aktive politische Rolle. 12 Nicht-Muslime sind jedoch in einem gemischten Umfeld aktiv, vier innerhalb ihrer eigenen ethnischen und religiösen Gruppe. Nur ein Muslim gab an, in einem gemischten Umfeld politisch aktiv zu sein. Er war an einer Entscheidung der SPD in Wilhelmsburg beteiligt.

Muslime sind nicht im strafrechtlichen Bereich aktiv. Nur ein Nicht-Muslime betätigte sich in gemischtem Umfeld als Vermittler im Opfer-Täter-Ausgleich.

Wenige Teilnehmer waren in das Thema Menschenrechte involviert. Sieben Nicht-Muslime und ein Muslim waren hier in einem gemischten Umfeld tätig. Ein Muslim beschäftigt sich mit den Rechten von Menschen, die nach Deutschland einreisen. Nicht-Muslime erstellten Dokumentationen zu Themen wie Anti-Rassismus, Anti-Globalisierung und Fast Food, engagierten sich im Bereich Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung, organisierten Nachbarschaftsfeste und schrieben Pressemeldungen sowie Leserbriefe zum Thema Menschenrechte.

Ein anderer junger Muslim betonte, dass Muslime mit politischer Meinung oder die politisch aktiv sind, negativ als gewalttätige Extremisten abgestempelt würden.⁴⁴⁹ Es wurde gesagt, dass häufig nicht zwischen radikalen Fundamentalisten und normalen Muslimen unterschieden werde.⁴⁵⁰ Ein Teilnehmer berichtete von Schildern an den Eingängen zu Moscheen der DITIP (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen) mit der Aufschrift „In dieser Moschee wird keine Politik gemacht.“ Kirche und Staat sind in der Türkei streng getrennt. Es gibt eine ganze Nach-Putsch-Generation, die religiös ist und sich aus Politik heraushält. Diese Haltung ändert sich allerdings unter jungen Muslimen. Ali Özdil, Direktor des islamischen Wissenschafts- und Bildungsinstituts (IWB), ist ein Vertreter dieses neuen Ansatzes junger deutscher Muslime. Er spricht von der Vielfalt unter Muslimen:

Die Moscheen hier sind sehr international. Es gibt immer bestimmte dominierende nationale Gruppierungen. Aber es ist auch pluralistisch, pluralistisch beim Bildungsniveau und bei unterschiedlichen Generationen. Es ist nicht so, dass alle Muslime, die in eine Moschee gehen, für die gleiche politische Partei stimmen.⁴⁵¹

Im Gegensatz zu Berlin finden Kontakte zwischen Muslimen, besonders zwischen muslimischen Organisationen und Politikern, weniger auf Bezirks- als auf städtischer Ebene statt. Es gibt wichtige Unterschiede im Umgang der Stadt und der Bezirke mit muslimischen Organisationen und der Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Bedenken. In St. Georg findet eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Bürgerverein

⁴⁴⁹ Im Deutschen änderte der Begriff „Islamist“ seine Bedeutung. Vor 2001 bezeichnete „Islamist“ jemanden, der Islamwissenschaften studiert; heutzutage besitzt er die Konnotation eines „radikalen Fundamentalisten“.

⁴⁵⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁵¹ OSI-Stakeholder-Interview, Februar 2008.

St. Georg und der Zentralmoschee statt. In anderen Stadtteilen hingegen, wie St. Pauli, gibt es kaum Austausch zwischen muslimischen Organisationen und Moscheen, da es dort keine aktive Moschee gibt, wie in St. Georg.

Muslime formulierten einen Bedarf an gemischten örtlichen Vereinen, die auf multiethnischem Dialog in allen Lebensbereichen basieren, und bei denen eine Teilhabe aller Ethnizitäten möglich ist. Eine offene politische Atmosphäre wird dafür als Voraussetzung betrachtet. Frau Güclü (GAL), Vizepräsidentin der Bürgerschaft, arbeitet an einem regelmäßigen Austausch mit dem Islam auf Stadtebene. Mit der schwarz-grünen Regierung wurden bestehende Dialogformen erweitert und Muslime können sich in mehr Bereichen beteiligen, wie im Integrationsbeirat oder auf Bezirksebene.

In der letzten Legislaturperiode wurde eine neue Nähe erreicht, als Imame und Vertreter der christlichen Kirchen bei der Vereidigung der Bürgerschaft anwesend waren. Mit dieser symbolischen Geste wollte Hamburg die Einbeziehung der Muslime in die Hamburger Gemeinschaft betonen. Ein breiter, in Form und Inhalt glaubwürdiger Dialog, nach Vorbild des von den Grünen geschaffenen regelmäßigen Dialogs mit der SCHURA und anderen muslimischen Vertretern ist notwendig. Ali Özdil vom IWB⁴⁵² sieht in den Staatsverträgen zwischen Vatikan, evangelischen Kirchen und jüdischer Gemeinde eine positive Entwicklung. Wegen der Gleichbehandlung aller Religionen wird in Kürze ein Vertrag mit der muslimischen Gemeinde, vertreten durch die SCHURA, geschlossen.⁴⁵³

Die lokale muslimische Gemeinde befindet sich allerdings in einer merkwürdigen Lage, da sie Teil der institutionellen Vereinbarung ist, und gleichzeitig das Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland (BIG) mit ihren erstklassigen Veranstaltungen, in den jährlichen Verfassungsschutzberichten erwähnt wird. Es wird seit seiner Gründung in der Folgezeit des 11. September beobachtet,⁴⁵⁴ da es die Islamische

⁴⁵² Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut, siehe <http://www.iwb-hamburg.de> (Zugriff im Januar 2010).

⁴⁵³ Zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts war noch keine Vereinbarung erzielt, obwohl die Verhandlungen fortgesetzt werden; siehe <http://www.abendblatt.de/hamburg/article874250/Staatsvertrag-mit-Muslimen-Gespraech-verlaufen-positiv.html> (Zugriff im Januar 2010).

⁴⁵⁴ Das genaue Datum, an dem Untersuchungen des BIG begonnen, konnte nicht ermittelt werden. In allen öffentlich verfügbaren Berichten des Verfassungsschutzes Hamburg (2002-2008) wird das BIG mit ähnlichen Formulierungen erwähnt; siehe <http://www.hamburg.de/verfassungsschutz/publikationen/231572/start.html> (Zugriff 14. August 2009).

Gemeinde Milli Görüs (IGMG)⁴⁵⁵ in Hamburg vertreten soll. Diese wird ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet.⁴⁵⁶ Bisher hat keine der Untersuchungen zu formellen rechtlichen Schritten geführt. Aber es erschwert die Kooperation muslimischer Organisationen mit anderen Organisationen, da sie stets unter Verdacht stehen.

Muslimische Befragte betonten die Bedeutung, Vorurteile beiseite zu schaffen und Empathie zu entwickeln. Es besteht ein hohes Bewusstsein, dass Muslime andere nicht diskriminieren sollten und im Gegenzug selbst auch nicht diskriminiert werden möchten. Diskriminierungsfreiheit befand sich bei Muslimen und Nicht-Muslimen unter den vier wichtigsten Werten. Gleichzeitig wurde Diskriminierung als ein Grund für die ethnisch-religiöse Abgrenzung der Gemeinden betrachtet.

Für die ältere Generation, so die Moderatorin einer Fokusgruppe, sei Politik in der Türkei interessant, aber die zweite und dritte Generation interessiere sich dafür nicht mehr. Ein Fokusgruppenteilnehmer, der im linken politischen Spektrum aktiv war und nun als Arbeitsmarkt-Coach für Migranten arbeitet, unterstützte diese Sichtweise:

Bei dieser ganzen Geschichte sollte man die Rolle von Moscheen, religiösen Gruppen und Organisationen nicht vergessen. ... Damals gab es einen Ausdruck für diejenigen, die sich nicht entscheiden konnten: Mit deinem Kopf bist Du in der Türkei, aber mit deinen Füßen bist du hier. Du bist in zwei Teile geschnitten, du entscheidest dich nicht. Aber es kommt eine Zeit, da muss man sich politisch entscheiden, und der Einfluss großer Organisationen ist groß, genauso wie der Einfluss von Moscheen auf Gläubige.⁴⁵⁷

Ein anderer Teilnehmer sagte, die meisten Muslime haben kein Wahlrecht und interessieren sich nicht für Politik, da sie sowieso keine Möglichkeiten hätten, etwas zu bewirken. Es wurde von Organisationen berichtet, die für die deutsche Staatsbürgerschaft für Muslime werben. Es gab jedoch einen großen Aufschrei in der CDU, Muslime wollten die deutsche Gesellschaft untergraben. Ein Fokusgruppenteilnehmer bemerkte, dass das Interesse solcher Organisationen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft für Muslime sei, sondern der Erhalt türkischer Kultur.⁴⁵⁸ Das Konzept türkischer Kultur wurde auch von anderen in der Fokusgruppe abgelehnt: Es gebe nicht so etwas wie die türkische Gesellschaft in Deutschland. Die Menschen sind

⁴⁵⁵ Die islamische Gemeinde Milli Görüş wurde 1995 gegründet. Die IGMG unterhält lokale Moscheegemeinden in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Schweiz, Österreich, Italien, England, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Name „Milli“ verweist auf die seine Zugehörigkeit zu den Ansichten und Auffassungen der Abrahamitischen Religionsgemeinschaft (jüdisch, christlich, muslimisch). Das Wort „Görüş“ bedeutet „Meinung“, „Ansicht“ oder „Auffassung“. Siehe <http://www.igmg.de/verband/islamic-community-milli-goerues.html> (Zugriff 14. März 2010).

⁴⁵⁶ Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz. Verfassungsschutzbericht 2007, Hamburg, 2008, S. 68.

⁴⁵⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁵⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

politisch und religiös gespalten. Konflikte in der Türkei, wie der zwischen Türken und Kurden, existieren in Deutschland ebenfalls.

Um die gegenwärtige Situation zu verstehen, muss man die Evolution der Einwanderungsgeschichte berücksichtigen, meinte ein Teilnehmer.

Wenn wir uns nun die Menschen aus der Türkei anschauen, sehen wir, dass die mit einem gewissen religiösen Hintergrund religiöse Vereine und Moscheevereine gründeten; und die ohne religiösen Hintergrund entdeckten dies später und wurden politisch aktiv. ... Wenn wir uns nun auf Muslime konzentrieren, ist klar, dass die meisten einen Großteil ihrer Zeit religiös statt in Gewerkschaften oder Parteien politisch engagiert sind.⁴⁵⁹

Das Moscheegebäude, in der einige der Fokusgruppen abgehalten wurden, beschreibt mit ihrem eigenen Entstehungsprozess die Evolution der stetigen Etablierung der muslimischen Gemeinschaft in Hamburg. Anfangs war es ein Wohnheim, erinnerte sich ein junger Muslim. Langsam verschwand das Wohnheim und es wurde ein Beratungszentrum für Wohnungsfragen, dann ein türkisches Reisebüro, Büros wurden eingerichtet und auch private Kurse abgehalten. Es wurde auch erwähnt, dass der Leiter der Moschee ein starker Befürworter der Integration sei.⁴⁶⁰

Das Ziel für die Zukunft sei ein Leben in Freiheit und deswegen müsse Religionsfreiheit garantiert werden, sagte ein Fokusgruppenteilnehmer. Der Staat muss die muslimische Gemeinschaft anerkennen und unterstützen. Dies wird als einziger Weg zu einer freien und gleichen Gesellschaft gesehen.⁴⁶¹ Mangel an politischem Willen, diese Akzeptanz zu fördern, sei ein Hindernis für die Integration, was anhand eines Beispiels aus der Diskussion in den Fokusgruppen beleuchtet wurde. Eine Gruppe junger Muslime, meist deutsch-marokkanischer Herkunft, gründen derzeit einen Sportverein in Hamburg.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass Diskriminierung mehr von Seiten des Staates als von privater Seite stattfindet. Da hatte ich einige Probleme. Um ein aktuelles Beispiel zu geben: Wir haben einen Sportverein gegründet, und es war kein Problem, ihn vom Hamburger Fußballverein genehmigt zu bekommen. Niemand sagte etwas über unseren Namen „SV Muslime“. Das Problem begann mit einem Brief von der Polizei aufgrund der Registrierung als Ausländerverein. Das Vereinsgesetz ist ein Gesetz für deutsche Bürger und jeder ausländische Verein müsse speziell gemeldet werden. Wir antworteten, füllten sogar den Fragebogen aus und erwähnten in einem Kasten für zusätzliche Informationen, dass wir kein Ausländerverein seien, sondern die Mehrheit unserer Mitglieder die deutsche Staatsangehörigkeit hätten und unser Vorstand deutsch sei, deswegen also der Verein deutsch sei. Dann antworteten sie und schrieben: „Vielen

⁴⁵⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁶⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁶¹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Dank für ihre Antwort und wir haben ihre Ausführungen zur Kenntnis genommen. Wir benötigen jedoch nach wie vor die Adressen ihrer Mitglieder, um zu prüfen, ob sie ein Ausländerverein sind.“ So was ist in meinen Augen schroffe Diskriminierung.⁴⁶²

10.4 Teilhabe an ehrenamtlichen Tätigkeiten und Sport

Der HHAP behandelt die Teilhabe an der Zivilgesellschaft⁴⁶³ und das Thema Sport ist ein eigenes Kapitel.⁴⁶⁴ Laut der deutschlandweiten Trenderhebung zum Ehrenamt von 2004 sind Ausländer im Bereich Schulen und Kindergärten, Sport und körperliche Ertüchtigung, sowie in Kirchen und Religion am stärksten aktiv.⁴⁶⁵ Dies stimmt mit den Ergebnissen der OSI-Daten überein. Die Teilhabe jugendlicher Migranten an einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr (FSJ/FÖJ) ist sehr gering.⁴⁶⁶ Um die Teilhabe und Sichtbarkeit von Migranten im ehrenamtlichen Bereich zu erhöhen, schlägt der HHAP vor, das Bewusstsein für die Bedeutung des ehrenamtlichen Bereichs in unterschiedlichen Kulturen zu schärfen. Dies soll durch die Suche nach geeigneten Wegen, diese Gruppen anzusprechen, und die Auszeichnung von ehrenamtlichem Engagement geschehen. Um den Zugang zu ehrenamtlichen Netzwerken zu erleichtern muss das Aktivoli-Netzwerk, ein bereits etabliertes Netz für ehrenamtliche Arbeit, für Migranten geöffnet werden. Um die Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am FÖJ zu erhöhen, müssen neue Begleitkonzepte in diese Richtung entwickelt werden. Zusätzlich wird ein gemeinsames Bemühen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) und von Schulen vorgeschlagen, stärker für Ehrenamt und FÖJ zu werben.⁴⁶⁷

Sport wird als eine der erfolgreichsten Integrationsmaßnahmen betrachtet, allerdings fehlen Migranten Informationen über Angebote und wie man in einen Verein eintritt. Kinder und Jugendliche sind im Allgemeinen in örtlichen Sportvereinen aktiv. Laut einer Untersuchung des Hamburger Sportverbands sind lediglich 294 Mitglied in Migrantensportvereinen, was 0,25% aller Mitglieder unter 18 entspricht.⁴⁶⁸ Verglichen mit anderen Regionen Deutschlands spielen Migrantensportvereine in Hamburg keine große Rolle.⁴⁶⁹ Frauen mit Migrationshintergrund sind allerdings im Sport unterrepräsentiert. Um diese Situation zu verbessern, fordert der HHAP, die Gründe für

⁴⁶² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁶³ HHAP, S. 35.

⁴⁶⁴ HHAP, S. 37.

⁴⁶⁵ Thomas Gensicke, Sibylle Picot und Sabine Geiss, *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004, Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

⁴⁶⁶ In Deutschland ist dies ein Jahr zur Arbeit als Ehrenamtlicher bei Umweltprojekten oder im Sozialbereich. Siehe <http://www.hamburg.de/foej/1380412/foej.html> (Zugriff 14. März 2010).

⁴⁶⁷ HHAP, S. 36.

⁴⁶⁸ HHAP, S. 75.

⁴⁶⁹ HHAP, S. 75.

eine geringere Teilhabe von Migranten als ehrenamtliche oder hauptamtliche Trainer in Sportvereinen zu untersuchen.⁴⁷⁰ Außerdem sollen laut HHAP in Kooperation mit anderen Partnern, wie Moscheen, geschlechtssensible Anliegen im Sportbereich angegangen werden, um passende Angebote für Frauen und Mädchen entwickeln zu können.⁴⁷¹ Informationen über die Strukturen organisierter Sportangebote in Hamburg sollen ebenfalls verbessert werden. Hier ist ebenfalls eine Verbindung mit anderen Akteuren wie Integrations- und Beratungszentren angedacht. Sportmediatoren mit Migrationshintergrund würden die Botschaft des Sports näher an die Migrantengemeinden herantragen. Der HHAP schlägt zudem zur Erhöhung der Teilhabe vor, niederschwellige Anfängerkurse in Kitas, Schulen und Jugendklubs anzubieten.⁴⁷²

10.5 Einbürgerung

Der HHAP betrachtet die Einbürgerung und folglich den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft als Ende der Integrationsbemühungen eines Migranten.⁴⁷³ Der HHAP betont, dass die Einwanderungsbehörde nicht die Dauer des Einbürgerungsprozesses beeinflussen kann, da Dritte auf Bundesebene involviert sind.⁴⁷⁴ Seit November 2006 sind Einbürgerungen nicht mehr lediglich ein Verwaltungsakt, sondern findet jedes Jahr eine offizielle Einbürgerungsfeier im Rathaus statt.⁴⁷⁵ Trotz des Ziels des HHAP, die Zahl der Einbürgerungen auf einem hohen Stand zu halten und die Bemühungen zu verstärken, neue deutsche Staatsbürger zu integrieren, sinken die Zahlen drastisch.⁴⁷⁶ Im Jahr 2008 wurden rund 94.500 Ausländer bundesweit eingebürgert. Das ist eine Abnahme von 16% im Vergleich zu 2007. In Hamburg liegt die Zahl im Vergleich zu 2007 noch höher, bei 31%.⁴⁷⁷

Grund für diese Abnahme sind die zu erfüllenden Voraussetzungen zur Einbürgerung eines Bewerbers. Ein Hauptgrund wird im 2007 eingeführten Sprachtest gesehen. Obwohl 99% den Test bestehen, wird er doch als psychologische Hürde betrachtet.⁴⁷⁸ Neben fließenden Deutschkenntnissen müssen Bewerber sieben weitere Dokumente beibringen. Bewerber, die nicht selbst für ihren Unterhalt aufkommen können und soziale Unterstützung erhalten, werden ausgeschlossen. Ebenso alle, die wegen eines

⁴⁷⁰ HHAP, S. 38.

⁴⁷¹ HHAP, S. 38.

⁴⁷² HHAP, S. 38.

⁴⁷³ HHAP, S. 42.

⁴⁷⁴ HHAP, S. 42-43.

⁴⁷⁵ HHAP, S. 43.

⁴⁷⁶ HHAP, S. 43.

⁴⁷⁷ Pressemitteilung des Statistisches Bundesamtes Nr. 223, 12. Juni 2009.

⁴⁷⁸ Migazin, „Dramatischer Einbruch bei Einbürgerungszahlen“, abrufbar unter <http://www.migazin.de/2009/04/29/dramatischer-einbruch-bei-einburgerungszahlen> (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend „Dramatischer Einbruch bei Einbürgerungszahlen“).

Strafdelikts zu mehr als 70 Tagessätzen verurteilt wurden.⁴⁷⁹ Ein weiterer Grund ist das Fehlen der doppelten Staatsbürgerschaft. Eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ergab, dass die Zahl der Einbürgerungen verdoppelt werden könnte, wenn die doppelte Staatsangehörigkeit rechtlich möglich wäre.⁴⁸⁰ In einer Umfrage von 2002 gaben 53% ihre Bereitschaft zu Einbürgerung innerhalb der nächsten zwei Jahre an, falls sie die doppelte Staatsangehörigkeit erhalten könnten. Ohne sie wollten sich nur 24% einbürgern lassen.⁴⁸¹

⁴⁷⁹ „Dramatischer Einbruch bei Einbürgerungszahlen“.

⁴⁸⁰ Susanne Worbs, „Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland“, BAMF Working Paper 17, abrufbar unter http://www.bamf.de/clin_180/nn_432740/SharedDocs/Anlagen/EN/Migration/Publicationen/Forschung/WorkingPapers/wp17-einbuengerung.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/wp17-einbuengerung.pdf (Zugriff im Januar 2010) (nachfolgend Worbs, „Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland“).

⁴⁸¹ Worbs, „Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland“.

11. ERFAHRUNGEN MUSLIMISCHER GEMEINSCHAFTEN: ROLLE DER MEDIEN

Medienkonsum, dessen Zweck das Verständnis von und die Suche nach Information über Angelegenheiten und Geschehnisse ist, die über den Kreis von Freunden und Familie hinausgehen, kann als Akt der Staatszugehörigkeit betrachtet werden, da er Interesse an Umgebung, Stadt, Staat und der Welt suggeriert. Die Medien reflektieren und beeinflussen daher die Einstellung der Gesellschaft gegenüber den Muslimen und gestalten so den Raum, in dem politische Strategien und Initiativen für die soziale, wirtschaftliche und politische Integration stattfinden. Eine Gruppe wird sich ausgeschlossen fühlen, wenn deren Mitglieder im öffentlichen Raum unsichtbar sind oder wo der öffentliche Diskurs, einschließlich der Darstellung durch die Medien, auf erniedrigende Art und Weise klischeehaft und verzerrt ist.

Dieses Kapitel konzentriert sich zunächst auf die Ansichten der OSI-Befragten bezüglich der Darstellung von Muslimen in den Medien und deren Auswirkungen auf die Kohäsion und Integration. Anschließend wendet es sich den Medien zu, die von den OSI-Befragten häufig genutzt werden, und verweist auf die weiterführende Literatur über Minderheiten. Außerdem wird die Diskussion der Medien in den Fokusgruppen, Interviews und am Runden Tisch behandelt.

OSI-Befragte berichteten, dass Muslime in den Medien negativ als Drogenhändler, Frauenunterdrücker und Terroristen dargestellt werden. Medien produzierten „Gift durch Bilder“, wie ein muslimischer Teilnehmer drastisch formulierte.⁴⁸² Es besteht eine Tendenz, über Krisen, Katastrophen und Kriege zu berichten, wie ein Experte in der Arbeitsgruppe Medien am Runden Tisch bemerkte; das Publikum hat jedoch offensichtlich zunehmend genug davon. Solche Berichterstattung lässt nach Ansicht eines Teilnehmers wenig Raum für die Zivilgesellschaft und forderte „vermittelnde Journalisten“, welche die Lücke zwischen Zivilgesellschaft und Medien überbrücken.⁴⁸³

Das Zentrum für Türkeistudien (ZfT) in Essen untersuchte die Medienberichterstattung über den Islam im Wochenmagazin *Der Spiegel*, und der Tageszeitung *Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)* in den Jahren 2000/01 und 2003/04.⁴⁸⁴ Wichtigstes Thema waren Muslime als Terroristen; 22,5% aller Artikel in der *WAZ* und 31,3% in *Der Spiegel* widmeten sich dieser Thematik. Die negative Stimmung gegenüber dem Islam ist nicht nur ein Produkt der Medienberichterstattung, sondern spiegelt auch den öffentlichen Diskurs in der Politik wider, schlussfolgerte die

⁴⁸² OSI-Fragebogen, Februar-April 2008.

⁴⁸³ OSI-Runder Tisch Hamburg, 4. Juni 2009.

⁴⁸⁴ Kai Hafez und Carola Richter, „Das Islambild von ARD und ZDF“, in Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (26-27/2007): *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Frankfurt/Main, 2007, S. 40–46 (nachfolgend Hafez und Richter, „Das Islambild von ARD und ZDF“).

Studie⁴⁸⁵. Das ZfT analysierte auch Parlamentsdebatten im Zusammenhang mit dem Islam während des gleichen Zeitraums. Die Betonung von Gefahr und Angst in Bezug auf den Islam stieg im Zeitraum 2003/04, Diskussionen über Gleichberechtigung und positive Eigenschaften des Islams fanden seltener statt. Die Studie stellte fest, dass die verstärkte politische Diskussion über problematische Entwicklungen im Islam in den Medien reflektiert wurde.⁴⁸⁶ Eine ältere Muslima bestätigte diese Ansicht in einer Fokusgruppe:

Früher wurde man langsam mit Kopftuch akzeptiert, aber seit 2001 und diesen Geschichten in den Medien ist es wirklich schlechter geworden. Vor langer Zeit war es schlecht anfangs, dann wurde es besser und man konnte mit Kopftuch Arbeit finden. Man wurde toleriert und akzeptiert. Aber seit 2001 und diesen schlechten Nachrichten in den Medien, seit dem Irakkrieg, ist es wirklich schlechter geworden.⁴⁸⁷

Diese negativen Ansichten des Islams werden auch von einer Studie des Büros von Frau Güclü bestätigt, die damals in der Hamburgischen Bürgerschaft Abgeordnete für die Grünen (GAL) war. Das Büro sammelte zwei Jahre lang (2004–2005) Printmedienberichte über Muslime in Hamburg und kategorisierte sie nach negativen Bildern und bewährten Ansätzen.⁴⁸⁸ Die Studie ermittelte, dass 82% der Berichterstattung in zwei Jahren negativ war, 16% positiv und zwei Prozent nicht zugeordnet werden konnten.⁴⁸⁹ Es wurden nicht nur Muslime und ihre Religion negativ dargestellt, sondern auch sozialer Status in Verbindung mit Ethnizität und auch dem schlechten Ruf einiger Viertel. Ein muslimischer Befragter verwies auf die Imitation Jugendlicher von MTV-Videos mit der idealisierten Darstellung von „Gangstern“, „meinem Viertel“ oder „meiner Straße“, wobei zudem Aussehen und Hautfarbe in den dargestellten sozialen Kontakten eine Rolle spielen.⁴⁹⁰

Nicht-Muslime sahen die mögliche positive Brückenfunktion der Medien, wobei die Presse weniger Vorurteile schüren und eine Darstellung aller sozialen Kontakte in einem rassistischen Kontext vermeiden sollte. Die ZfT-Studie betonte ebenfalls positive Tendenzen und stellte fest, dass mehr Journalisten versuchten, zwischen Islamisten im Nahen Osten und den muslimischen Nachbarn zu differenzieren. In der *WAZ* haben verallgemeinernde Kommentare über den Islam seit dem 11. September beispielsweise

⁴⁸⁵ Hafez und Richter, „Das Islambild von ARD und ZDF“.

⁴⁸⁶ Hafez und Richter, „Das Islambild von ARD und ZDF“.

⁴⁸⁷ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁴⁸⁸ OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

⁴⁸⁹ OSI-Stakeholder-Interview, März 2008.

⁴⁹⁰ Siehe Andreas Hieronymus, „Discovering Whiteness. Young Adults and Their Understanding of Racism“, in Thomas Geisen und Christine Riegel, *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung*, VS-Verlag, Wiesbaden, 2007.

abgenommen. Einige Medien versuchten auch, einen positiv besetzten Gegendiskurs zu führen, der Muslime in anderen, positiven Rollen darstelle.⁴⁹¹

In der Arbeitsgruppe Medien wurde am Runden Tisch die Rolle der Journalisten intensiv diskutiert. Während einige Teilnehmer eine positivere Berichterstattung der Ereignisse forderten, an denen Muslime und Migranten beteiligt werden, argumentierten andere, dass es ihre Aufgabe sei, „in die Wunden zu stoßen“ und über Ereignisse zu berichten, die schief gegangen seien.⁴⁹² Eine teilnehmende Journalistin beschwerte sich, dass sie nicht nur wegen einer Demonstration in Bezug auf die Solidarität mit Palästina kontaktiert werden wolle, sondern auch wegen anderer Gründe. Sie fand, dass in den muslimischen Organisationen nicht genügend Wissen über Öffentlichkeitsarbeit bestünde. Über einen bewährten Ansatz aus Großbritannien wurde berichtet, wo Migrantenorganisationen ein Handbuch für Journalisten zur muslimischen Terminologie veröffentlichten, obwohl dies nicht angenommen wurde, da sich Journalisten sich bevormundet fühlten. Durch Fortbildungen lernten Migrantenorganisationen jedoch den professionellen Umgang mit britischen Medien und schafften es so, Artikel über ihre Anliegen zu veröffentlichen.⁴⁹³ Solche Handbücher existieren auch in Deutschland, wie „Der braune Mob“, der das Bewusstsein bezüglich Berichterstattung über „Farbige“ schärft.⁴⁹⁴

Die Arbeitsgruppe Medien verwies am Runden Tisch auf die Unterrepräsentation von Muslimen und Migranten in den Medien und verwandten Strukturen wie den Medienanstalten vor Ort. Teilnehmer sagten, dass diese Medienanstalten bereits Minderheiten vertreten und dass Probleme eher auf praktischer Ebene entstehen. Eines dieser Probleme ist, dass Muslime keine Rechtspersonen wie die christlichen Kirchen darstellen und sie daher nicht für einen Sitz im Fernseh- und Rundfunkrat infrage kommen. Erfahrungen von Journalisten mit muslimischem oder migratischem Hintergrund zeigen, so ein Arbeitsgruppenteilnehmer, dass die Darstellung der Themen in den Medien von den Beteiligten abhängen, und wenn dort Muslime oder Migranten dort vertreten sind, ihre Themen auch veröffentlicht werden.⁴⁹⁵

⁴⁹¹ Susanne Steiger, „Düstere Aussichten: Islam in den Medien“, Medien Monitor Online-Magazin, abrufbar unter <http://www.medien-monitor.com/Islamberichterstattu.333.0.html> (Zugriff im Januar 2010).

⁴⁹² OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁴⁹³ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁴⁹⁴ Siehe Informationen für Journalisten zu diskriminierungsfreier Sprache, „Schwarzafrika/Schwarzafrikaner/Schwarzafrikanisch“, abrufbar unter http://www.derbraunemob.de/shared/download/warum_nicht_schwarzafrikaner.pdf (Zugriff im Januar 2010); Informationen für Journalisten zu diskriminierungsfreier Sprache, „Es gibt keine Farbigen“, abrufbar unter http://www.derbraunemob.de/shared/download/warum_keine_farbigen.pdf (Zugriff im Januar 2010).

⁴⁹⁵ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

11.1 Mediennutzung durch Muslime

Die Medienkommission der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF führte 2007 die erste bundesweite Umfrage über die Nutzung elektronischer Medien von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland durch. Diese zeigte, dass Migranten keine homogene Gruppe bei der Mediennutzung darstellen und daher eine differenzierte Analyse der täglichen Mediennutzung nach ethnischen Gruppen erforderlich ist. Der Studie zufolge wird keine parallele Mediennutzung festgestellt und werden alle Migrantengruppen von den deutschen Medien erreicht. Vorwiegend aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse existieren für einige ethnische Gruppen oder Altersgruppen Barrieren. Die Bedeutung von Medien in der Muttersprache variiert unter den ethnischen Gruppen und hängt von Sprachkenntnissen, Aufenthaltsdauer in Deutschland sowie der Verfügbarkeit von Programmen in der Herkunftssprache ab. Programme in der Muttersprache werden als natürliche Brücke zwischen Herkunftskultur und Deutschland betrachtet.⁴⁹⁶ Diese Ansicht wird durch die OSI-Studie bestätigt. Selbstverständlich nehmen auch Klatsch und Tratsch eine wichtige Rolle für Muslime und Nicht-Muslime in Bezug auf die Information über Neuigkeiten aus dem Viertel ein, ebenso wie Poster und Handzettel.

Schaut man sich die einzelnen Medien an, nutzen Muslime wie Nicht-Muslime zahlreiche deutsche und muttersprachliche Medien.

Radio

Die Studie der Medienkommission schlussfolgerte, dass Radio für Migranten weniger wichtig ist als für Deutsche, öffentlich-rechtliche Radiosender jedoch Migranten erreichen. Radiosender werden von Migranten in einem geringen Ausmaß genutzt, da 2002 neue Fernsehprogramme in der Muttersprache für türkische Migranten verfügbar wurden und das Fernsehen als Alltagsmedium in südeuropäischen Ländern eine wichtigere Rolle spielt.⁴⁹⁷ Laut OSI-Antworten werden private deutsche Radiosender offensichtlich zur Informationsgewinnung aus der Region genutzt, während öffentlich-rechtliche Sender der Information über Stadt oder Deutschland dienen.

Zeitungen

Laut Studie der Medienkommission lesen 40% der Migranten regelmäßig Tageszeitungen,⁴⁹⁸ und deutsche Zeitungen häufiger als muttersprachliche. Türkische Zuwanderer

⁴⁹⁶ ARD/ZDF-Medienkommission, Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF-Medienkommission, 2007 (nachfolgend ARD/ZDF-Medienkommission 2007).

⁴⁹⁷ ARD/ZDF-Medienkommission 2007. Windgasse, Thomas. „Die Radionutzung der Migranten im Kontext anderer Medien – Ergebnisse der Repräsentativstudien 2002 und 2004 im Auftrag des WDR“. Media Perspektiven 3/2007, S. 153–161.

⁴⁹⁸ ARD/ZDF-Medienkommission 2007.

lesen am häufigsten muttersprachliche Zeitungen. Ein älterer Muslim bestätigte dies in einer der Fokusgruppen.

Jeder weiß, dass wir weniger darüber wissen, was in diesem Land geschieht. Wir, und das ist schade, lesen keine Tageszeitungen. Wir lesen Tageszeitungen, aber nur in der Muttersprache. Es gibt nicht viele Migranten, die deutsche Zeitungen kaufen.⁴⁹⁹

Jüngere Muslime lesen deutsche Zeitungen, sind aber von Art der Berichterstattung über den Islam befremdet, besonders durch das Wochenmagazin *Der Spiegel*, das als „Zentralorgan der Islamophobie“ bezeichnet wurde. Ein junger Muslim erinnerte sich an eine Erfahrung:

Ein Journalist (...) fragte mich, was Muslime über einen bestimmten Artikel denken. Ich sagte zu ihm: „Gehen Sie in die nächste Moschee und fragen Sie, wie viele Leute diesen Artikel überhaupt lesen.“ Sie [Muslime] denken eher: „Was ich nicht weiß, kann mich nicht aufregen.“ Sie interessieren sich nicht dafür, da die Zielgruppe dieser Zeitungen nicht Muslime sind. Das kann ein Vorteil oder ein Nachteil sein, und die Leute sagen: „Lass sie schreiben, was sie wollen“, aber das ist nicht wirklich eine politische Einstellung.⁵⁰⁰

Teilnehmer der Arbeitsgruppe Medien betonten am Runden Tisch, dass die bestehende muslimische und migrantische Presse selbst einen Mangel bezüglich Offenheit und Sensibilität gegenüber anderen Gemeinschaften und der deutschen Öffentlichkeit aufweise.⁵⁰¹

Fernsehen

Laut der Medienkommission werden Fernsehen und Internet von Migranten und Deutschen im gleichen Ausmaß genutzt. Unter Migranten ist das Fernsehen jedoch das führende Medium und wird hauptsächlich zu Unterhaltungszwecken genutzt. Sendungen in der Muttersprache sind ebenso wichtig wie Filme und Serien im deutschen Fernsehen. Öffentlich-rechtliche Fernsehsender erreichen Migranten zu einem geringeren Grad als das deutsche Publikum, sie sind aber Teil der genutzten Medien und besitzen einen guten Ruf, da sie der Studie zufolge für ihr hohes Informationsvolumen geschätzt werden.⁵⁰² Ein männlicher Fokusgruppenteilnehmer hob den Unterschied bei der Fernsichtnutzung zwischen älteren und jüngeren Muslimen hervor:

Wenn ich meine Eltern betrachte, versuchten sie über Jahre, mich zu einer Satellitenschüssel zu überreden, damit ich türkische Nachrichten schauen kann. Ich sage mir, ich wäre froh, die Zeit zu haben, deutsche Nachrichten zu gucken,

⁴⁹⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵⁰⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵⁰¹ OSI-Runder Tisch, 4. Juni 2009.

⁵⁰² ARD/ZDF-Medienkommission 2007.

um zu wissen was los ist in diesem Land. Aber so ist das, sie schauen türkisches Fernsehen und türkische Nachrichten. Sie wissen mehr über die Politik in ihrem Herkunftsland als über die Politik hier. Es ist eine Generationsfrage: „Wofür interessiere ich mich?“ Viele junge Menschen interessieren sich überhaupt nicht für Politik. Da braucht man kein Muslim zu sein. Die Älteren interessieren sich für Politik, aber nicht für deutsche Politik und deswegen sind sie hier nicht aktiv. Es gibt da einen Unterschied zwischen den Generationen.⁵⁰³

Internet

Das Internet ist ein wichtiges Informations- und Kommunikationsmedium für junge Muslime. Muslime nutzen das Internet nicht anders als Nicht-Muslime. Sie besuchen zahlreiche Websites, oft Onlineausgaben von Zeitungen oder zu bestimmten Interessen. Nur eine auf Muslime abzielende Website wurde im Rahmen der OSI-Umfrage genannt, nämlich die der Allianz islamischer Gemeinschaften in Norddeutschland, welche ihre Mitgliedsgemeinden ohne externe Links zu anderen muslimischen Internetseiten präsentiert.

Es sind zahlreiche, auf Muslime bezogene Seiten verfügbar, z. B. über das *Hamburger Abendblatt*, die größte Hamburger Zeitung, wo Werbung für muslimische Dating-Agenturen und Links zu anderen Angeboten für die muslimische Gemeinschaft geschaltet wird. Andere bieten Zeitpläne für den Ramadan und listen Halal-Restaurants, muslimische Ärzte, Rechtsanwälte oder Friseure auf. Vorlagen für Einladungen der örtlichen Polizei in die Moschee, für Anträge zur Befreiung vom Schwimmunterricht für muslimische Kinder (mit der Empfehlung, Kindern das Schwimmen beizubringen und sie so oft wie möglich an Schulausflügen und Sportunterricht teilnehmen zu lassen⁵⁰⁴) sind ebenfalls verfügbar, waren jedoch nicht unter Websites, die von den Befragten genannt wurden.

Menschen

Eine wichtige Informationsquelle über die unterschiedlichen Viertel sind die Menschen selbst. Dies wird in anderen in diesem Bereich durchgeführten Medienstudien nicht berücksichtigt. Die Rolle von Menschen als Medien, welche Informationen über die unterschiedliche Lebensbereiche des Alltags weitergeben, ist wichtig, besonders wenn man die Rolle muslimischer Kaffeehäuser und Moscheen bedenkt. Die Antworten der Befragten zeigen eine Reihe an sozialen Kontakten, die als informelle Informationskanäle zur Weitergabe von vor Ort erworbener Informationen über Stadtteil, Stadt oder Deutschland dienen.

⁵⁰³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵⁰⁴ Abrufbar unter <http://www.muslimmarkt.de/Mustertext/muslim-mustertext.htm> (Zugriff 16. Oktober 2008).

Weitere

Teilnehmer erwähnten zahlreiche weitere stark lokalisierte Informationsquellen für Stadtteil und Stadt. Dazu zählten beispielsweise ein örtliches Büro für Neuentwicklungs- und Wohnfragen, schwarze Bretter in Moscheen und Schulen.

Ein junger Mann deutsch-marokkanischer Herkunft sagte:

Ich fing an mich durch einen Lehrer in Gemeinschaftskunde für Politik zu interessieren. Er gab uns Hausaufgaben. Wir mussten die *Tagesschau* gucken und eine bestimmte Zeitung lesen. Im Unterricht mussten wir dann über die aktuellen Nachrichten berichten. So gewöhnte ich mir an, Nachrichten zu gucken und die Zeitung zu lesen. Wenn der Lehrer uns dazu nicht mit der Hausaufgabe gezwungen hätte, hätte das keiner von uns gemacht.⁵⁰⁵

Die Arbeitsgruppe Medien diskutierte am Runden Tisch kontrovers den Bedarf einer politischen Intervention des Hamburgischen Senats, um die Anzahl muslimischer und migrantischer Auszubildender in der Journalistenausbildung zu erhöhen.⁵⁰⁶ Journalisten wandten ein, dass Handbücher über die Anliegen von Muslimen und Migranten leicht geschrieben und in die Ausbildung aufgenommen werden können. Muslime und Migranten müssten als Leser und Mediennutzer entdeckt werden, insbesondere wenn es um lokale Nachrichtenthemen geht, die für Muslime relevant sind und in ihre Gemeinden getragen werden können. Abgeordnete des Senats betonten die Einschränkungen ihres Mandats bezüglich Intervention bei der Medienpädagogik und begrüßten ein Bürgerforum zum Thema Medien, um unterschiedliche Vorstellungen zu behandeln und um voneinander zu lernen.⁵⁰⁷

11.2 Darstellung von Muslimen in den Medien

Die Darstellung von Islam und Muslimen durch Medienexperten war in der Fokusgruppe mit jungen Muslimen und Muslimas stark umstritten. Einige sahen die Angst vor Islamisierung als ein Medienprodukt. In ihren Augen schaffen Medien Ängste, die nicht real seien, die Gefühle, die verletzt werden, jedoch durchaus real seien. Für die jungen Fokusgruppenteilnehmer war der Krieg im Irak ein Wendepunkt. Damit habe die Dämonisierung des Islams begonnen, die Kopftuchdebatte kam auf und die Menschen wurden empfindlich. Einerseits wollen sie Kopftücher nicht sehen oder begreifen, dass Frauen mit Kopftüchern existieren; andererseits werden diese vor den Kopf gestoßen, sobald sie in der Öffentlichkeit erkennbar sind, sagte eine junge Muslima. Dieses Vorurteil wurde während der Diskussion mehrere Male in unterschiedlicher Form geäußert.

⁵⁰⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵⁰⁶ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

⁵⁰⁷ OSI-Runder Tisch, Juni 2009.

Ein junger Teilnehmer beschrieb einen echten Islamexperten als

jemand[en], von dem man merkt, dass er viel weiß, jemand, auf den man sich berufen kann, und der sich selbst auf den Koran und die Suren beruft und dies in die Praxis umsetzt.⁵⁰⁸

Eine junge Muslima war der Ansicht, dass zu wenige Regulierungen für die Medien bestehen, die Medien ihr Publikum nicht realistisch und wahrheitsgemäß aufklären, sondern auf Quoten und Verkaufszahlen schauen, die wichtiger seien. Die Menschen aufzuhetzen und sie spüren zu lassen, dass ihre Vorurteile bestätigt werden, sei ihrer Ansicht nach einträglicher.⁵⁰⁹ Ein anderer Teilnehmer fragte, wen denn ein voll integrierter Muslim interessiere, z. B. einen muslimischen Lehrer, der lediglich seinen Lebensunterhalt verdienen möchte. Die Menschen wollen Nachrichten, große Neuigkeiten, etwas Aufregendes. In Bezug auf den Islam würden immer die falschen aufgefordert, sich zu äußern. Diejenigen die meinen, am meisten über den Islam zu wissen, wissen am Ende offensichtlich am wenigsten.⁵¹⁰

Während der Durchführung der OSI-Studie fand die Fußball-Europameisterschaft statt und die Fokusgruppe mit jungen Muslimen war kurz vor dem Halbfinale zwischen Deutschland und der Türkei geplant. Nach dem Spiel hörte einer der Teilnehmer, wie junge Muslime das Spiel erlebt hatten. Darunter war dieser Bericht eines deutschen Muslims:

Mein (deutsch-türkischer) Sohn erzählte von rassistischen Beleidigungen in seiner Grundschule (4. Klasse) nach dem Europahalbfinale, wie „Zum Glück haben die Türken verloren“ (deutscher Junge), „diese Türkenschweine“ (griechischer Junge), „Türken sind asozial“ (polnischer Junge), „Türken sind Arschlöcher“ (deutscher Junge). Trotz Bemühungen von offizieller Seite und mehr positiver und respektvoller Berichterstattung in den Medien, existiert latenter Rassismus (unter Eltern) und bei Kindern, der bei solchen Veranstaltungen zu Tage tritt. Obwohl ich das Spiel und die Berichterstattung als positiv betrachten würde, muss für das Image der „Deutschländer“⁵¹¹ noch viel getan werden.⁵¹²

In der Fokusgruppe wurde von der Schwierigkeit gesprochen, sich während des Spiels für eine Seite zu entscheiden.

Wenn Du während der Europameisterschaft irgendwie gesagt hast: „Mir ist egal, wer gewinnt. Ich würde mich für beide Seiten freuen, ich würde mit beiden feiern“, dann hieß es sofort: „Ja, ja, solche Schleimer.“ Und wenn du sagtest. „Ich will, dass die

⁵⁰⁸ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵⁰⁹ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵¹⁰ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵¹¹ Selbstbezeichnung Jugendlicher mit türkischem Migrantenhintergrund, beschreibt die Tatsache, dass sie in Deutschland geboren sind.

⁵¹² OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

Türkei gewinnt“, dann hieß es: „Ja, ja, deutscher Staatsbürger sein, aber die Türkei unterstützen.“⁵¹³

Andere berichteten, als Nationalisten oder Verräter bezeichnet worden zu sein. Ein weiterer Teilnehmer berichtete von folgender Verallgemeinerung:

Diese 11 Fußballspieler repräsentieren die Türkei. Diese 11 sind aggressiv, deswegen ist die Türkei aggressiv.⁵¹⁴

Gegen Ende der Fokusgruppe erzählte ein aktives Mitglied der muslimischen Gemeinde von einem Fußballspiel, das er mit Pastoren organisiert hatte. Er beendete seine Erzählung mit einer Idee, die ihm durch den Kopf ging:

Ich sagte zu dem Berater für den Islam der Nordelbischen Kirche: „Lass uns ein Turnier zwischen Pastoren und Imamen in Hamburg organisieren“, und ich dachte, dass wir dies zu einer Meisterschaft der religiösen Gemeinschaften entwickeln könnten. Wir können Rabbiner und Hindus, Buddhisten und die Bahai und die Armenier einladen. Warum nicht? Es wäre einerseits lustig und würde andererseits die Medien anlocken.“⁵¹⁵

⁵¹³ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵¹⁴ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

⁵¹⁵ OSI-Fokusgruppe, Juni 2008.

12. SCHLUSSFOLGERUNG

Hamburg, mit seiner langen Einwanderungsgeschichte, beheimatet heute unterschiedliche muslimische Gemeinschaften. Dies spiegelt die Tradition der Stadt als Zufluchtsort für kulturelle und religiöse Minderheiten wider. Die Tradition des interreligiösen Dialogs wurde lange vor dem 11. September 2001 etabliert, dessen Folgen einige nachteilige Publizität einbrachte. Die Akzeptanz und Einbindung von Muslimen variiert in den unterschiedlichen Stadtbezirken. Muslimische Gemeinschaften konnten sich jedoch entwickeln und haben von der Vertrautheit der Bevölkerung mit Vielfalt profitiert. Eine vergleichsweise hohe Anzahl muslimischer Vereine und Organisationen bietet eine große Auswahl religiöser Einrichtungen, darunter eine der schönsten Moscheen in Deutschland.

Die Hamburger Stadtverwaltung hat signifikante Bemühungen zur Einbeziehung von Muslimen und muslimischen Organisationen in politische Debatten unternommen und unterstützt sie bei ihrer gesellschaftlichen Teilhabe und ihre Einrichtungen. Auf Ebene der Hamburger Stadtverwaltung war der Hamburger Aktionsplan für Integration (HHAP) im Jahr 2006 ein weitreichender Schritt mit ehrgeizigen Zielen. Der HHAP fördert Interkulturalität, betont die Notwendigkeit gegenseitigen interkulturellen Lernens innerhalb der gesamten Gesellschaft. Er ändert die Perspektive vom Blick auf die Defizite der Migranten, hin zu ihrem Potenzial und ihren interkulturellen Kompetenzen zur Bereicherung der Gesellschaft. Der HHAP widmet sich allen Kernbereichen, darunter Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Sicherheit. Die Praxis betreffend könnte er allerdings weiterreichen. Seine Bestimmungen sind meist keine Anweisungen, sondern eher Ermunterungen. Er fordert weitere Forschung und mehr Kooperation, es fehlen jedoch Mechanismen zur Umsetzung oder Durchsetzung dieser Maßnahmen. Bedeutenderweise umfasst er eine Überwachungsfunktion und eine erste Beurteilungsrunde wurde abgeschlossen.

Die OSI-Studie über Muslime in drei Gegenden von Hamburg-Mitte untersuchte zahlreiche Aspekte des alltäglichen Lebens von Muslimen. Diese Konzentration auf den Bezirk Hamburg-Mitte liefert neue Erkenntnisse und stellt die Stadt zum ersten Mal aus Perspektive ihrer muslimischen Bevölkerung dar. Der HHAP weist zudem auf das Fehlen von Daten hin, insbesondere aus Perspektive der Migranten, die Politik und Verwaltung darüber informieren könnte, wie Politik am besten gestaltet werden kann. Der HHAP-Monitoringprozess besitzt eine starke Komponente der Ergebnismessung, die in die neue Haushaltsstruktur der Stadt einfließt, und diese Informationen sind zweifellos wichtig. Trotzdem sollte die Aufmerksamkeit hinsichtlich nuancierterer Perspektiven in Bezug auf die sozialen Beziehungen innerhalb der Stadt diese quantitativen Daten ergänzen, um einen ausgewogenen Überblick über den Integrationsprozess zu erhalten.

Überwältigenderweise zeigen die OSI-Daten, dass die Bedürfnisse und Prioritäten von Hamburgs muslimischen Gemeinschaften denen der übrigen Bewohner ähnlich sind. Wie ihre Nachbarn sind Muslime in Hamburg um die Qualität der Schulbildung,

Sicherheit und Sauberkeit der Straßen, den Zugang zum und die Kosten des Gesundheitssystems besorgt. An der OSI-Umfrage teilnehmende Muslime gaben sowohl ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl zu Hamburg als auch einen hohen Grad an Religiosität an. Trotzdem berichteten von wenig Anerkennung einer deutsch-muslimischen Identität seitens der Mehrheitsgesellschaft.

Die OSI-Studie zeigt zudem die weit verbreitete Auffassung von Diskriminierung in Hamburg. Es gibt Beweise für einen hohen Grad an Diskriminierung gegenüber Muslimen, insbesondere bei der Bildung, aber auch in anderen Bereichen, aufgrund ihrer empfundenen Religionszugehörigkeit, die zu der bereits bestehenden ethnischen Diskriminierung gegenüber „Türken“ hinzukommt. Der Einfluss von Diskriminierung auf das Selbstbewusstsein bedeutet, dass sie eine noch größere Auswirkung besitzt, wenn sie im Bildungssystem stattfindet. Der HHAP widmet sich zudem der Rolle der Diskriminierung als Hindernis zur Integration nicht angemessen. Stattdessen konzentriert er sich auf den Spracherwerb als Mittel zur Förderung des vollständigen Zugangs zur Gesellschaft. Die Auswirkungen von Ausgrenzungsprozessen müssen klar anerkannt werden, damit entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse getroffen werden können.

Zunehmend islamfeindliche Einstellungen innerhalb der Gesellschaft sind ein weiterer Schlag gegen Menschen, deren Herkunft in einem Land mit muslimischer Mehrheit liegt. Während rassistische Diskriminierung von Ausländern als am Rande der Gesellschaft vorkommendes⁵¹⁶ und als rechtsextremistisches Problem wahrgenommen wurde und immer noch wird, ist die Diskriminierung von Muslimen zu einem gewissen Grad gesellschaftlich akzeptiert, besonders wenn es um sichtbare Religionszugehörigkeitssymbole wie Kopftücher, Gebete an öffentlichen Orten oder den Bau von Moscheen geht, wie derzeit in Köln.

Die Hamburger Stadtverwaltung verfügt über eine lange etablierte Dialogstruktur mit der SCHURA, welche unterschiedliche Strömungen der muslimischen Gemeinschaften vertritt. Dieser Dachverband ist vor allem wegen der strukturellen Unterschiede zwischen Islam und Christentum wichtig, was es den unterschiedlichen Gruppen sehr schwierig macht, einen einzigen Dialogpartner zu nominieren, der alle Muslime des Landes vertritt.⁵¹⁷ Nationale und kommunale Amtsträger sollten diese

⁵¹⁶ Mehrere vor kurzem in Deutschland und international erschienene Veröffentlichungen stellen diese Sichtweise in Frage und verorten rassistische Einstellungen in allen Teilen (einschließlich Institutionen) der deutschen Gesellschaft.

⁵¹⁷ Selbst nach dem komplizierten Bildungsprozess eines Kooperationsrates, den alle großen Organisationen des Landes als ihr Sprachrohr akzeptieren, wiesen deutsche Amtsträger seine Fähigkeit zurück, die Mehrheit der Muslime zu vertreten, da ihre erfassten Mitglieder nur einen kleinen Prozentsatz aller Muslime in Deutschland ausmachen. Nicht berücksichtigt wurde das Zögern von Muslimen, Mitglied eines Vereins zu werden, sowie die tatsächliche, viel größere Anzahl Gläubiger, welche die Angebote muslimischer Vereine nutzen, ebenso die geschätzte Zahl der so genannten Muslime im Land, wobei alle aus muslimischen Ländern stammende Personen eingerechnet werden, von denen viele keinen muslimischen Bezug besitzen.

nicht-hierarchische Struktur bei der Organisation von Gesprächen mit muslimischen Gemeinschaften berücksichtigen.

Die muslimische Bevölkerung Hamburgs ist vielfältig und die OSI-Studie bietet zahlreiche Erfahrungen, Einstellungen und Meinungen. Die Tatsache, dass Muslime über eine stärkere Beziehung zur Stadt als zu Deutschland angaben, deutet darauf hin, dass die Maßnahmen der örtlichen Verwaltung zur Verbesserung der Integration eine positive Auswirkung besitzen, jedoch auch darauf, dass auf Bundesebene nach wie vor große Hindernisse zu überwinden sind. Die Rolle von Religion in der Öffentlichkeit ist nach wie vor ein Bereich, in dem um ein einheitliches Verständnis gerungen wird, nach dem sich Muslime nicht zwischen Ausdruck ihrer Religion und Integration entscheiden müssen.

13. EMPFEHLUNGEN

Die folgenden Empfehlungen richten sich an städtische und bundespolitische Entscheidungsträger, muslimische Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie stützen sich auf die wichtigsten Ergebnisse des Berichts und betonen den Bedarf an verstärkter Kooperation zwischen der Hansestadt Hamburg und ihren zahlreichen und wachsenden *Communities*. Gleichzeitig tragen diese *Communities* dafür Verantwortung, neue Anstrengungen zu unternehmen, die zu einer Veränderung in der Politik, in der Praxis und beim Verhalten führen. Anzuerkennen ist, dass Hamburg bereits eine Reihe sehr positiver Maßnahmen zur Einbeziehung seiner vielfältigen *Communities* anbietet, der Bericht fordert weitere Strategien zur Bekämpfung sozio-ökonomischer Nachteile und zur Einbeziehung von Minderheiten. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen der Stadt einbezogen und ihre spezifischen Bedürfnisse verstanden und berücksichtigt werden.

13.1 Bildung

13.1.1 Muslimische und Migrantenerltern

1. Der Hamburger Senat sollte in Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Elternkammer und unabhängigen Elternvereinen innovative Projekte mit muslimischen und migrantischen Eltern fortsetzen, ausbauen und dauerhaft etablieren, etwa nach Vorbild des Elterncafés in Wilhelmsburg, das ungezwungene gesellschaftliche Treffen mit Informationen zum Bildungssystem verbindet.⁵¹⁸ Die mit den Eltern zusammenarbeitenden Vereine sollten tatsächlich unabhängig sein. Die Hürden bezüglich Anstrengung von mehr Teilhabe bei muslimischen und migrantischen Eltern, wie die amtlichen und sehr formellen Verfahren zur Gründung von Elternvereinen, sollten von der Behörde für Schule und Berufsbildung untersucht werden.
2. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Schule und Berufsbildung sowie anderen lokalen Initiativen Schulen dabei unterstützen, sich den örtlichen muslimischen und migrantischen *Communities* bei den 2010 beginnenden regionalen Bildungskonferenzen zu öffnen, um Stadtteilschulen besser zu öffnen Lernbereichen und Orten für wechselseitige Kontaktaufnahme für alle zu entwickeln. Engagierte Lehrer und Eltern mit muslimischen oder Migrationshintergrund sollten als Vermittler bei den örtlichen muslimischen und migrantischen *Communities* unterstützt werden.

⁵¹⁸ Siehe Website des Gymnasiums Kirchdorf/Wilhelmsburg unter <http://www.kiwi.hamburg.de/index.php/article/detail/2391> (Zugriff im Januar 2010).

13.1.2 Evidenzbasierte Forschung und interkulturelle Bildung

3. Der Hamburger Senat und die Behörde für Schule und Berufsbildung sollten sicherstellen, dass Themen in Bezug auf religiöse und kulturelle Stereotypisierung sowie Diskriminierung als Teil der bestehenden Sprachförderung und Lehrerfortbildung behandelt werden.
4. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung eine Neubetrachtung bestehender verpflichtender Module zu kultureller Vielfalt in Schulen erwägen, um sicherzustellen, dass alle Schulungen Grundwissen über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 umfassen, mit Fokus auf die Auswirkungen religiöser und kultureller Diskriminierung.
5. Der Hamburger Senat und die Behörde für Schule und Berufsbildung sollten Studien zu Hamburgs muslimischen und migrantischen *Communities* in Auftrag geben, deren Einflüsse und Vorzüge bei Bildungsentscheidungen sowie die Wahl der Schule bei Schülern, um ein besseres Verständnis der Einflüsse unterschiedlicher ethnischer Hintergründe, Sprachkompetenzen und schulischer oder beruflicher Qualifikation für den Übergang in den Arbeitsmarkt zu erhalten. Die Studien sollten laufende Initiativen in Schulen in Hamburg oder anderen deutschen Städten ermitteln und untersuchen, mit Hinblick auf deren Vorstellung als bewährte Ansätze bei den Bestrebungen, kulturelle und religiöse Vorurteile zu anzugehen. Die Ergebnisse solcher Studien sollten in Lehrpraktika integriert werden.

13.1.3 Vielfalt in der Schule

6. Der Hamburger Senat wird in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren wie der Behörde für Schule und Berufsbildung, der Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft, der Arbeitsstelle Vielfalt und dem Personalamt ermutigt, eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung eines strategischen Plans für Vielfalt im Hamburger Bildungssektor einzunehmen. Ziel sollte dabei die Erhöhung der Mitarbeiter mit muslimischem und Migrationshintergrund in Tagesstätten, Kindergärten, Vorschulen, Schulen, Universitäten und Erwachsenenbildung gemäß ihrem Anteil an der Bevölkerung sein.

13.1.4 Monitoring der interkulturellen Ausweitung des Bildungssektors

7. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Schule und Berufsbildung Auswirkungen der Veränderungen durch den momentan stattfindenden Wechsel vom dreizügigen zum zweizügigen Bildungssystem beobachten, speziell im Hinblick auf Klassenstärken, Fortschritte von Schülern und Lehrern, und inwiefern die Investitionen ins Bildungssystem das Arbeitszeitmodell der Lehrer beeinflussen.

13.2 Arbeitsmarkt

13.2.1 Lokale Beschäftigungsbündnisse für die Einstellung von Muslimen und Migranten

8. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit Hamburger Unternehmen, einschließlich Gewerkschaften, den Arbeitsagenturen (Agentur für Arbeit, Jobcenter, team.arbeit.hamburg), der Handels- und Handwerkskammer, Unternehmerverbänden, Behörden, Vertretern von muslimischen NROs, migrantischen Unternehmen und weiteren relevanten Akteuren wie den Bezirksversammlungen lokale Beschäftigungsbündnisse eingehen, um die Beschäftigung von Muslimen und Migranten zu erhöhen. Diese sollten umfassen: eine Überprüfung der Einstellungsverfahren, Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Entwicklung eindeutiger und transparenter Kriterien für eine öffentliche Auszeichnung privater und öffentlicher Organisationen, die eine positive Repräsentierung von Minderheiten unter ihren Mitarbeitern angeregt haben; Weiterbildungen; und Regelungen für Quoten von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst und in privaten Unternehmen.

13.2.2 Monitoring der Auswirkungen lokaler Beschäftigungsbündnisse

9. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren des lokalen Beschäftigungsbündnisses eine Stelle für das Monitoring und die Auswertung einrichten, welche die Auswirkungen der festgelegten Ziele der Beschäftigungsbündnisse im Hinblick auf die erhöhte wirtschaftliche Integration von Muslimen und Migranten erfasst. Diese sollte unter anderem umfassen: die Beobachtung von Einstellungsverfahren, die Kriterien für öffentliche Auszeichnungen, die Quoten für Angestellte im öffentlichen Dienst und in privaten Unternehmen und die Überwachung von Antidiskriminierungsverfahren bei der Vergabe von öffentlichen Arbeits-, Liefer- und Dienstleistungsverträgen (EU-Richtlinien 2004/18/EG, 2004/17/EG).

13.2.3 Qualifizierende Weiterbildung für beschäftigte und arbeitslose Muslime und Migranten

10. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Arbeitsagenturen (Agentur für Arbeit, Jobcenter, team.arbeit.hamburg), Arbeitgebern und Gewerkschaften qualifizierende Weiterbildung am Arbeitsplatz für Beschäftigte anbieten, die den Bedürfnissen muslimischer und migrantischer Mitarbeiter entgegenkommen.

13.2.4 Stärkung der Migrantenökonomie

11. Der Hamburger Senat und relevante Akteure wie die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und das Fachamt für Sozialraummanagement und Übergangsmanagement im Bezirk Hamburg-Mitte sollten die Migrantenökonomie (Migranten als Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe) auf städtischer und Bundesebene durch Kreditvergaben und die Unterstützung sozialräumlicher Maßnahmen bei der Stadtplanung stärken.

13.2.5 Anerkennung außerhalb Deutschlands erworbener Schulabschlüsse, beruflicher Qualifikationen und akademischer Titel

12. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Bund-Länder-Kommission, den Handels- und Handwerkskammern, der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit, der Behörde für Schule und Berufsbildung, dem Integrationsbeirat und weiteren relevanten Einrichtungen bestehende Listen anerkannter Schulabschlüsse, beruflicher Qualifikationen und akademischer Titel überprüfen und transparente Kriterien sowie einfache Anerkennungsverfahren erarbeiten, die von Arbeitgebern anerkannt werden.

13.3 Wohnen

13.3.1 Runder Tisch Wohnungswesen für Muslime und Migranten

13. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Arbeitsstelle Vielfalt eine bessere Koordination zwischen Wohnungsgesellschaften und diversen muslimischen Organisationen in Hamburg (z. B. SCHURA) anregen, welche die Beziehungen zwischen Wohnungsgesellschaften und muslimischen Mietern verbessern wird. Zudem sollte ein Forum eingerichtet werden, um Möglichkeiten und Einschränkungen bei sozialen Wohnungsprogrammen zu diskutieren. Ein Beschwerdeverfahren bezüglich Wohnungsthemen sollte ebenfalls eingerichtet werden.

13.3.2 Beobachtung der Auswirkungen von Stadtentwicklungsprogrammen auf die muslimische und migrantische Bevölkerung

14. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, dem Fachamt für Sozialraummanagement und Übergangsmanagement im Bezirk Hamburg-Mitte sowie weiteren möglichen Akteuren die Auswirkungen von Stadtumbau- und Entwicklungs-

programmen auf die Verteilung der muslimischen Bevölkerung in der Stadt auswerten und Wege finden, die negativen Auswirkungen solcher Programme auf muslimische und migrantische *Communities* zu minimieren.

13.3.3 Repräsentation von Muslimen und Migranten bei Stadtentwicklungsprozessen

15. Der Hamburger Senat wird in Zusammenarbeit mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, dem Fachamt Sozialraummanagement und Übergangsmanagement sowie weiteren relevanten Akteuren angeregt, einen Dialog mit örtlichen Moscheen und muslimischen Gemeinschaften zu pflegen, um die Teilhabe muslimischer Vertreter bei städtebaulichen Prozessen zu erhöhen. Solch ein Dialog könnte auch zur Notwendigkeit eines demographischen Gleichgewichts bei der Anzahl verbleibender muslimischer Bewohner im innerstädtischen Bereich und denen beitragen, die aufgrund steigender Mietpreise in den Stadtrand abwandern.

13.4 Gesundheit und soziale Leistungen

13.4.1 Gleichberechtigter Zugang zum Gesundheitssystem

16. Der Hamburger Senat und die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und weitere verantwortliche Institutionen sollten den bestehenden rechtlichen Rahmen (§88 Abs. 2 AufenthG [bezogen auf Ärzte, zum Schutz der Beziehung zum Patienten], §203 StGB [rechtliche Grundlage in Bezug auf vertrauliche medizinische Kommunikation], §§223, 13 und §323c StGB [arglistige Körperverletzung durch medizinische Behandlung, unterlassene Hilfeleistung bei Menschen in Gefahr oder Not])⁵¹⁹ für Menschen ohne Aufenthaltstitel im Hinblick auf die Verbesserung des Grades der und des Zugangs zu angemessenen gesundheitlichen Leistungen durchsetzen.

13.4.2 Ethno-medizinische Ausbildung und interkulturelle Vermittler

17. Der Hamburger Senat, die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Kassenärztliche Vereinigung und weitere relevante Akteure sollten Fortbildungen zu ethno-medizinischen Ansätzen für Fachkräfte in Stadtteilen mit einer hohen migrantischen und muslimischen Bevölkerung anbieten.

⁵¹⁹ Katholisches Forum, „Leben in der Illegalität“: Stellungnahme zum Bericht des Bundesministeriums des Innern zum Prüfauftrag „Illegalität“ aus der Koalitionsvereinbarung vom 11. November 2005, Kapitel VIII 1.2 Illegal aufhältige Migranten in Deutschland – Datenlage, Rechtslage, Handlungsoptionen, Februar 2007, abrufbare unter <http://www.forum-illegalitaet.de/StellungnahmeBMI-Bericht-Forum.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

18. Praktische Ärzte und Krankenhäuser sollten vom Hamburger Senat und anderen Akteuren ermutigt werden, aktiv bestehende Weiterbildungsprojekte oder Initiativen von muslimischen Gemeinden zu Gesundheitsthemen aufzusuchen und diese dann in ihre Regelfinanzierung zu integrieren.
19. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz alle Hamburger Krankenhausleitungen dazu ermutigen, spezielle interkulturelle Vermittler für die Bereitstellung einer kulturell-sensiblen Versorgung einzustellen, insbesondere für muslimische Patienten und ethnische Minderheiten in Krankenhäusern und Altenheimen. Ein Vorbild ist die Universitätsklinik Eppendorf (UKE).

13.4.3 Vielfalt in lokalen Gesundheitszentren

20. Der Hamburger Senat, die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, das Fachamt für Sozialraummanagement und Übergangsmangement und weitere relevante Akteure sollten in den Bezirken positive Beispiele in der Gesundheitsversorgung ermitteln, wie das Gesundheitszentrum St. Pauli, welches erfolgreich angemessene Gesundheitsversorgung für die ansässige Bevölkerung anzubieten scheint. Solche Modelle können verbreitet und in anderen Stadtteilen übernommen werden, mit besonderem Blick auf die Einstellung qualifizierter mehrsprachiger Fachkräfte mit muslimischem oder anderem kulturell vielfältigen Hintergrund.

13.4.4 Beobachtung der Auswirkungen der Gesundheitsreformen auf Muslime und Migranten

21. Der Hamburger Senat, die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und weitere relevante Akteure sollten die Auswirkungen der letzten Reformen des bundesweiten Gesundheitssystems auf die sozial-ökonomisch benachteiligte Bevölkerung in Hamburg-Mitte beobachten, einschließlich spezifischer Gruppen wie Muslime und Migranten, um die Auswirkungen der Reformen auf Serviceleistungen, insbesondere auf psychosoziale Angebote in der Muttersprache, festzustellen.

13.5 Polizei

13.5.1 Datensammlung

22. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Hamburger Innenbehörde, der Arbeitsstelle Vielfalt, dem Datenschutzbeauftragten und spezialisierten NROs auf der Grundlage der Empfehlungen des Deutschen Instituts für Menschenrechte in Betracht ziehen, Daten über Minderheiten-

gruppen erfassen, speziell Muslime, um den Grad des Vertrauens und Bedenken in Bezug auf das System der Strafjustiz zu verstehen.⁵²⁰

13.5.2 Vielfalt bei der Polizei

23. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Hamburger Innenbehörde prüfen, wie eine Erhöhung der Anzahl mehrsprachiger Beamte bei der Polizei erreicht werden kann und welche Barrieren bestehen, die den Zugang von Muslimen und Migranten zur Polizei erschweren. Zur Ermöglichung dieses Prozesses wird ein Erfahrungsaustausch über bewährte Ansätze aus anderen EU-Ländern vorgeschlagen.
24. Der Hamburger Senat und die Hamburger Innenbehörde sollten Möglichkeiten zur Bereitstellung von mehr gut ausgebildeten, mehrsprachigen bürgernahen Polizeibeamten (BUNABE) in Stadtteilen mit hohem muslimischem und migrantischen Bevölkerungsanteil prüfen. Multi-ethnische und religiöse Beamte sollten ermutigt werden, BUNABE zu werden.

13.5.3 Einführung verbindlicher interkultureller Polizeischulungen

25. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit Polizeiausbildungsinstituten in Betracht ziehen, verpflichtende interkulturelle Trainingsmodule in die Ausbildungspläne der Polizeiakademie aufzunehmen, die über sprachliche, kulturelle und religiöse Traditionen von Minderheiten in Hamburg aufklären, um gute Beziehungen zu den *Communities* aufzubauen und effektive Polizeiarbeit zu leisten.

13.5.4 Überwachung durch eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle

26. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Hamburger Innenbehörde und der Arbeitsstelle Vielfalt eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle einrichten, wie von Amnesty International vorgeschlagen, mit einem allgemeinen Beschwerdeverfahren und einem Ombudsmann innerhalb der Polizei, um Beschwerden zu behandeln und die Dienste der Polizei zu verbessern.⁵²¹

⁵²⁰ Protokoll: Fachgespräch des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Datenerhebung zum Erweis ethnischer Diskriminierung, 12. Juni 2008, typescript.

⁵²¹ Amnesty International, „Amnesty International fordert die Stelle eines Polizeibeauftragten“, abrufbar unter <http://www.ai-hamburg.de/images/stories/pressemitteilungen/presseerklaerung%20polizeigewalt-hamburg.pdf> (Zugriff im Januar 2010).

13.5.5 Koordinationsmechanismen

27. Der Hamburger Senat wird ermutigt, die Arbeitsstelle Vielfalt in die behördenübergreifende Steuerungsrunde aufzunehmen, in der lokale Aspekte der Polizeiarbeit besprochen werden.

13.6 Medien

13.6.1 Multi-Bürgerforen

28. Der Hamburger Senat, muslimische und migrantische Organisationen, Medienvertreter und Werbeagenturen sollten ein regelmäßiges Forum einrichten, um Themen wie Vielfalt und Anti-Diskriminierung zu diskutieren, um sie auf die politische Tagesordnung zu setzen und ihre Auswirkungen auf die Medien zu beobachten. Öffentlicher und privater Mediensektor könnten einen Preis entwickeln, der Organisationen für ausgewogene Berichterstattung auszeichnet.

13.6.2 Schulung muslimischer und migrantischer Nichtregierungsorganisationen

29. Dieses Forum sollte gemeinsame Schulungsprogramme für Journalisten, muslimische und migrantische Nichtregierungsorganisationen mit Schwerpunkt Medienarbeit (PR-Management) eingehen und ein Handbuch zur Sprachsensibilität hervorbringen.

13.6.3 Vielfalt beobachten

30. Der Hamburger Senat sollte Verlage, Medienunternehmen und die Landesmedienanstalt von Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer Übereinkunft bewegen, junge muslimische und migrantische Journalisten zu unterstützen, um eine angemessene Repräsentation von Muslimen und Migranten auf allen Ebenen der Medieninfrastruktur zu gewährleisten. Dies sollte vom unabhängigen Beobachtungsorgan, gegründet durch das Medienforum, überwacht werden.

13.7 Muslimische und migrantische Organisationen

13.7.1 Aktionen gegen Diskriminierung

31. Muslimische und migrantische Organisationen sollten Schritte in Richtung eines stärkeren Engagements gegen Diskriminierung unternehmen und sich besser mit Vertretern von Lokalpolitik und den entsprechenden Nichtregierungsorganisationen vernetzen, um dieses Thema anzugehen. Moscheen und Gemeindezentren, die soziale Beratung anbieten, sollten die Fortbildung ihrer Berater und Sozialarbeiter bei der Erkennung und beim Umgang mit

Diskriminierung in Erwägung ziehen, einschließlich Grundwissen über den Kontext, indem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) besteht.

32. Die SCHURA und weitere Migrantenorganisationen werden in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Vielfalt und der Behörde für Schule und Berufsbildung angeregt, einen Lehrplan dahingehend zu entwickeln, wie auf Menschenrechten begründete Ansätze der Gleichbehandlung in Schulen, Universitäten, Institutionen der Erwachsenenbildung, Moscheen und Organisationen umgesetzt werden können.

13.7.2 Bessere Vernetzung

33. Vertreter aktiver lokaler muslimischer und migrantischer Organisationen sollten weitere, noch nicht in diesem Bereich tätige, aktive muslimische und migrantische Organisationen dazu ermutigen, sich mit entsprechenden Nichtregierungsorganisationen mit anderem Hintergrund zu vernetzen, insbesondere im Bereich Jugend, Bildung und Antidiskriminierung.
34. Muslimische und Minderheitenorganisationen sollten Schritte unternehmen, um Anwohner zu ermutigen, sich stärker in der Bezirks- und Stadtpolitik zu engagieren, um die Teilhabe an Entscheidungsprozessen und die Vernetzung zu verbessern.

13.7.3 Die breite Öffentlichkeit ansprechen

35. Muslimische und migrantische Organisationen sollten Informationsveranstaltungen wie Tage der offenen Tür von Moscheen breiter ankündigen. Muslimische Organisationen sollten die Möglichkeit in Betracht ziehen, ihre Moschee als allgemeines Gemeinde- und Informationszentrum für die Nachbarschaft anzubieten.
36. Muslimische Organisationen in Hamburg sollten in Erwägung ziehen, gemeinsame Erklärungen auf Grundlage eines Ansatzes der Menschenrechte zu umstrittenen gesellschaftlichen und politischen Themen abzugeben. So könnten sie dem Beispiel von sieben muslimischen Organisationen in Berlin folgen, die eine Erklärung zu Islamphobie und Homophobie verfasst haben. Solche Erklärungen sollten im gesamten Stadtraum und darüber hinaus kommuniziert werden, und insbesondere in den muslimischen Gemeinschaften.

13.8 Bezirksverwaltung

13.8.1 Diskriminierung verhindern und bekämpfen

37. Das Fachamt Sozialraummanagement und Übergangsmanagement im Bezirk Hamburg-Mitte sollte, gemeinsam mit der Arbeitsstelle Vielfalt und weiteren Akteuren, sicherstellen, dass Antidiskriminierungsberatung von unabhängigen

NROs in Stadtteilzentren angeboten wird. Testgruppen könnten gegründet und ausgebildet werden, um öffentliche und private Angebote im Bezirk zu prüfen, damit das tatsächliche Ausmaß an Diskriminierung in der Stadt sichtbar wird.

13.8.2 Lokale Mentorenprogramme

38. Das Fachamt Sozialraummanagement und Übergangsmanagement im Bezirk Hamburg-Mitte sollte in Kooperation mit weiteren Akteuren mehr Mentorenprogramme für Jugendliche mit Migrationshintergrund einrichten, um eine größere Teilhabe in der Gesellschaft zu fördern, indem spezielle Vorbilder ermittelt und als Mentoren und Mediatoren eingesetzt werden. Dies könnte lokale Kampagnen zur Zelebrierung der Vielfalt von Hamburg-Mitte umfassen, welche die Vorteile der Vielfalt von *Communities* hervorheben, die Menschen muslimischen und nicht-muslimischen Hintergrunds sowie Anwohner unterschiedlicher staatlicher und sozialer Herkunft zusammenbringt und ein gutes Beispiel erfolgreichen Zusammenlebens sein könnte.

13.8.3 Die Berücksichtigung der muslimischen Perspektiven quer durch alle Bereiche

39. Das Fachamt Sozialraummanagement und Übergangsmanagement im Bezirk Hamburg-Mitte sollte in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren die Sichtweisen der muslimischen Bevölkerung in Bezirkspläne und Projekte mit einbeziehen, insbesondere bei Projekten für Kinder und Jugendliche, indem ihr spezifischer Zugang zur gesamten muslimischen *Community* anerkannt und als Grundlage genutzt wird; z. B. durch die Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen der *Community*, Imamen und anderen religiösen Führern im Kampf gegen Gewalt und bei Drogenprogrammen oder bei der HIV/AIDS-Prävention. Bestehende kommerzielle und gemeinnützige Angebote für Jugendliche sollten überprüft werden, mit dem Ziel der Verbesserung und der Erforschung von Möglichkeiten für junge Muslime, sich kostenlos in Sportvereinen und Jugendorganisationen zu engagieren.

13.9 Senat und Bürgerschaft

13.9.1 Bekämpfung der Diskriminierung in Hamburg

40. Die Hamburger Bürgerschaft wird angeregt, eine parteiübergreifende Erklärung ihrer Absicht zu erstellen, ein Umfeld frei von Diskriminierung für die gesamte Bevölkerung Hamburgs zu schaffen. Zur Bestärkung dieser Absicht werden der Hamburger Senat und die Hamburgische Bürgerschaft angeregt, sich der „Städtekoalition gegen Rassismus“ anzuschließen. Der Hamburger Senat, die einzelnen Senatoren und der Erste Bürgermeister von Hamburg sollten die Bedeutung symbolischer Handlungen und Erklärungen

über die Einbeziehung anerkennen und Gelegenheiten ergreifen, davon Gebrauch machen. Dies umfasst die Sensibilisierung in Bezug auf Antidiskriminierungsgesetze, begleitet von der Unterstützung derjenigen (einschließlich Zugang zur Rechtsberatung), die Entschädigung bei religiöser Diskriminierung anstreben.

41. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Justizbehörde Hamburgs alle relevanten Verwaltungen vernetzen, die für die Umsetzung von integrationspolitischen Entscheidungen und den Kampf gegen Diskriminierung jeglicher Art zuständig sind, einschließlich der Arbeitsstelle Vielfalt, die mit ausreichend Personal, Mitteln und sonstiger Unterstützung vom Hamburger Senat ausgestattet werden sollte, um den Aufbau einer Zentralstelle zu unterstützen, wo Fälle anti-muslimischer und anti-migrantischer Diskriminierung erfasst und dokumentiert werden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sollte erwägen, dies in ihre Forschung und Publikationen zu integrieren.
42. Der Hamburger Senat sollte in Zusammenarbeit mit der Justizbehörde, der Arbeitsstelle Vielfalt und weiteren relevanten Akteuren transparente und zugängliche Beschwerdeverfahren und qualitative Indikatoren für ein Beobachtungssystem entwickeln. Besondere Beachtung sollte dabei der Mehrfachdiskriminierung gewisser ethnischer und religiöser Gruppen zukommen. Es könnten mehr Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen zur Verfügung gestellt werden, die Fachwissen bei der Bekämpfung von Diskriminierung besitzen.

13.9.2 Weg von der Polizeiarbeit, hin zu sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe

43. Die Bundesregierung, insbesondere die Innenbehörde und der Hamburger Senat, sollte erwägen, die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden und wie die Polizei Informationen über muslimische Gemeinden an die Öffentlichkeit vermittelt, zu reformieren. Mögliche Reformen könnten eine verstärkte Betonung der Einbeziehung umfassen und die Übernahme der Verantwortlichkeit von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und Polizeieinheiten anderer Behörden.
44. Lokale Instanzen für Fördermittel sollten den Zugang muslimischer Organisationen zu öffentlichen Geldern für ihre jeweiligen sozialen Projekte sicherstellen, um vom verbesserten Zugang zu bestimmten Gesellschaftsgruppen zu profitieren und Fähigkeiten und menschliche Ressourcen der muslimischen *Communities* besser nutzen zu können.

13.9.3 Studien über religiöse und ethnische Selbstbeschreibungen

45. Die Steuerungsgruppe des Hamburger Aktionsplans (HHAP) sollte gemeinsam mit der Arbeitsstelle Vielfalt, dem Datenschutzbeauftragten und speziellen NROs die Verfahren der Erhebung freiwilliger Daten über die diversen Bevölkerungen Hamburgs zu untersuchen. Studien auf freiwilliger und anonymisierter Grundlage sollten religiöse und ethnische Selbstbeschreibungen umfassen. Die unterschiedlichen Akteure in Hamburg sollten eine allgemeine Vereinbarung darüber schließen, welche Daten erhoben werden sollen.

13.10 Bundespolitik

13.10.1 Überprüfung und Beobachtung bestehender und neuer Gesetzgebung

46. Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit weiteren relevanten Ministerien ein einen Prozess entwickeln, der überprüft, welchen Einfluss neue politische Gesetzesvorlagen auf das Gleichberechtigungsgebot⁵²² haben. So soll verhindert werden, dass die Politik ungewollt oder indirekt bestimmte Gruppen diskriminiert oder benachteiligt. Regelungen, die die Auswirkung haben, muslimische Organisationen von öffentlicher Förderung auszuschließen sowie Hindernisse beim Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit für in Deutschland geborene Einwohner sollten überprüft werden. Die Bundesregierung sollte auch das Staatskirchenrecht überprüfen, um die Gleichbehandlung unterschiedlicher Religionen sicherzustellen, auch wenn sie andere institutionelle Verwaltungsstrukturen aufweisen als die christlichen Kirchen.

13.10.2 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

47. Die Bundesregierung sollte in Zusammenarbeit mit Ländern einen Pakt gegen Diskriminierung mit der Zivilgesellschaft schließen und beginnen, die bisherigen Erfahrungen der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes auszuwerten, um ihre Effizienz und Unabhängigkeit zu erhöhen, insbesondere im Hinblick auf die Kommentare der Europäischen Kommission und von Nichtregierungsorganisationen.

⁵²² Siehe <http://www.idea.gov.uk/idk/core/page.do?pageId=8017247> (Zugriff 14. März 2010).

ANHANG 1. BIBLIOGRAPHIE UND WEBSITES

Englisch

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Religion Monitor 2008. Muslim Religiousness in Germany. Overview of Religious Attitudes and Practices*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2008.
- Central Intelligence Agency (CIA). *The 2008 World Factbook*, Langley, VA: CIA, 2008. Abfuhrbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/download/download-2008/index.html>
- Florida, Richard. *The Rise of the Creative Class and How It's Transforming Work, Leisure, Community, & Everyday Life*. New York: Basic Books, 2002.
- Güney, Ülkü und Andreas Hieronymus. *ENAR Shadow Report 2007. Racism in Germany*. Brüssel: ENAR, 2007. Abfuhrbar unter <http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/pdf/en/Germany%20-%20SR%202007.pdf>
- Heckmann, F. und W. Bosswick. "Integration and Integration Policies, an INTPOL feasibility study for the IMISCOE Network of Excellence". 2005. Abfuhrbar unter <http://www.imiscoe.org>
- Hieronymus, Andreas. "Discovering Whiteness. Young adults and their understanding of racism" in Thomas Geisen und Christine Riegel (Hrsg.), *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 2007.
- Hieronymus, Andreas. "Fashion, Brands, and Money: Cultural Styles and Social Positions" in Nora Raethzel (Hrsg.), *Finding the Way Home. Young People's Stories of Gender, Ethnicity, Class, and Places in Hamburg and London*. Göttingen: V&R Unipress, 2008.
- Human Rights Watch, "Discrimination in the Name of Neutrality: Headscarf Bans for Teachers and Civil Servants in Germany". New York: Human Rights Watch, February 2009. Abfuhrbar unter http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/germany0209_web.pdf
- İnalçık, Halil. *Turkey and Europe in History*. Istanbul: Eren, 2006.
- Karakus, Oksan. "Recruitment of Ethnic Minority Police Officers. Ethnic Minority Recruitment from a Multi-Cultural Perspective in England and Germany". Hamburg: Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Fachbereich Wirtschaft und Politik, Institut für Kriminologische Sozialforschung, 2008.
- Kohn, Jerome und Ron H. Feldmann. *Hannah Arendt. The Jewish Writings*. New York: Schocken Books, 2007.
- Open Society Institute. *British Muslims – Discrimination, Equality and Community Cohesion*. Budapest: Open Society Institute, 2005.
- Open Society Justice Initiative. *Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Ineffective, and Discriminatory*. New York: Open Society Institute, 2009.

Deutsch

- Albrecht, Hans-Jörg. „Rechtstatsachenforschung zum Strafverfahren. Empirische Untersuchungen zu Fragestellungen des Strafverfahrens zwischen 1990 und 2003“. Köln: Luchterhand 2005.
- Alisch, Monika und Jens S. Dangschat. *Die solidarische Stadt. Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich*. Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1993.
- Amnesty International. „Amnesty International fordert die Stelle eines Polizeibeauftragten“. 2008. Abrufbar unter <http://www.ai-hamburg.de/images/stories/pressemitteilungen/presseerklaerung%20polizeigewalt-hamburg.pdf>
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes. *Band 4: Forschungsprojekt Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft*. Heidelberg: Nomos Verlagsges. Mbh + Co. 2008. Abrufbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/RedaktionADS/PDF-Anlagen/2009-04-02-schriftenreihe-band4,property=pdf,rwb=true.pdf>
- Antidiskriminierungsverband Deutschland. „Stellungnahme des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd) und seiner Mitgliedsorganisationen zum einjährigen Bestehen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)“. 17. August 2007. Abrufbar unter <http://www.antidiskriminierung.org/?q=Stellungnahme+1>
- ARD/ZDF-Medienkommission, Migranten und Medien 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF-Medienkommission, Frankfurt am Main, Media Perspektiven, Heft 9, 2007. Abrufbar unter <http://www.media-perspektiven.de/1688.html>, Zugriff am 1.5.2010.
- Blom, Herman. *Anders sein bei der Polizei in Deutschland. Zur Position von allochthonen Polizisten an ihrem Arbeitsplatz, vor dem Hintergrund ihrer Rolle als Minderheit und der Tatsache, dass sie als anders wahrgenommen werden*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 2005.
- Brettfeld, Kathrin und Peter Wetzels. *Muslimen in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Hamburg: Publikationsversand der Bundesregierung, 2007.
- Çil, Nevim. „Türkische Migranten und der Mauerfall“, APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 21–22/2009, 18. Mai 2009, S. 40–46.
- Franzke, Bettina. *Polizisten und Polizistinnen ausländischer Herkunft. Eine Studie zur ethnisch-kulturellen Identität und berufliche Sozialisation Erwachsener in einer Einwanderungsgesellschaft*. Bielefeld: Kleine Verlag, 1999.
- da Fonseca, Sara Claro. „Neue Bürger – neue Kandidaten?“ in *WZB-Mitteilungen* 114, Dezember 2006, S. 32–36.
- Fürstenau, Sara und Mechthild Gomolla (Hrsg.). *Migration und schulischer Wandel: Elternbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

- Gensicke, Thomas. Sibylle Picot und Sabine Geiss. *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004, Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.
- Gomolla, Mechthild. „Ethnisch-kulturelle Zuschreibungen und Mechanismen institutionalisierter Diskriminierung in der Schule“ in I. Attia und H. Marburger (Hrsg.), *Alltag und Lebenswelten von Migrantenjugendlichen*. Frankfurt am Main: IKO-Verlag, 2000.
- Hafez, Kai und Carola Richter. „Das Islambild von ARD und ZDF“ in Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. Frankfurt am Main: Frankfurter Societäts-Druckerei, 26–27/2007, S. 40–46.
- Hallenberg, Bernd. „Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt. Ein Beitrag zum vhw-Verbandstag 2007“, *vhw FW 5* (Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – Forum Wohnen und Stadtentwicklung). Okt.–Nov. 2007.
- Hammeran, Regine, Deniz Baspinar und Simon Erk. „Selbstbild und Mediennutzung junger Erwachsener mit türkischer Herkunft“, *Media Perspektiven* 3, 2007, S. 126–135.
- Haug, Sonja, Anja Stichs und Stephanie Müssig. „Muslimisches Leben in Deutschland“ in *Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2009.
- Hieronymus, Andreas. *Expertise: Interkulturelle Kompetenzen in Kompetenzfeststellungsverfahren*. Hamburg: BQM-Hamburg, 2008.
- Hunold, Daniela. *Migranten in der Polizei. Zwischen politischer Programmatik und Organisationswirklichkeit*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, 2008.
- Just, Michael. „Transitland Kaiserreich: Ost- und südosteuropäische Massenauswanderung über deutsche Häfen“ in Klaus Bade, *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*. München: C.H. Beck, 1992.
- Kossert, Andreas. *Kalte Heimat. Die Geschichte der Deutschen Vertriebenen nach 1945*. München: Siedler-Verlag, 2008.
- Landeszentrale für politische Bildung. „Hintergrundinformationen zur Publikation Zwangsarbeit in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945“. 2007. Abrufbar unter http://www.zwangsarbeit-in-hamburg.de/booklet_print.pdf
- Linz, Stefan, Karsten Sandhop, Nadya Konrad, Hubert Vorholt, Ute Egner, Manuel Wirsing und Andreas Martin. „Preisentwicklung im Jahr 2008“. 2009. Abrufbar unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Preise/EntwicklungJahr2008,property=file.pdf>
- Maguer, Azilis. „Die Einstellung ausländischer Bewerber in den deutschen Polizeidienst“ in *Monatszeitschrift für Strafrecht und Kriminologie* 4, 2002, S. 309–316.
- Migazin. „Dramatischer Einbruch bei Einbürgerungszahlen“. 29 April 2009. Abrufbar unter <http://www.migazin.de/2009/04/29/dramatischer-einbruch-bei-einburgerungszahlen/>

- Museum für Hamburgische Geschichte. *Hamburg Portrait Heft 19: Hamburg als Auswandererstadt*. Hamburg: Museum für Hamburgische Geschichte, 1984.
- Özdil, Ali Özgür. *Gesprächskreis interreligiöser Religionsunterricht in Hamburg seit 1995*. Abrufbar auf seiner persönlichen Website
http://islam-experte.de/dialog/foren_dialogs_hamburg.htm
- Schwartz, Helge. „Der Kampf um Migrantstimmen“, NDR-online, 15. Februar 2008. Abrufbar unter http://www1.ndr.de/nachrichten/buergerschaftswahl_hamburg_2008/the-men/tuerkischewaehler2.html
- Steiger, Susanne. „Düstere Aussichten: Islam in den Medien“, Medien Monitor Online-Magazin, 13. Februar 2007. Abrufbar unter <http://www.medien-monitor.com/Islamberichterstattu.333.0.html>
- Windgasse, Thomas. „Die Radionutzung der Migranten im Kontext anderer Medien – Ergebnisse der Repräsentativstudien 2002 und 2004 im Auftrag des WDR“. *Media Perspektiven* 3/2007, S. 153–161.
- Worbs, Susanne. „Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland“, BAMF Working Paper 17, 2008. Abrufbar unter http://www.bamf.de/clin_180/nn_432740/SharedDocs/Anlagen/EN/Migration/Publikationen/Forschung/WorkingPapers/wp17-einbuengerung,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/wp17-einbuengerung.pdf

Zeitungsartikel, online abrufbar

- Hamburger Abendblatt*. „Hamburg hat den bundesweit höchsten Ausländeranteil“. 2. Juli 2008. Abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/daten/2008/07/02/901676.html>
- Hamburg Abendblatt*. „Staatsvertrag mit Muslimen: Gespräche verlaufen positiv“. 14. August 2007. Abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article874250/taatsvertrag-mit-Muslimen-Gespraech-verlaufen-positiv.html>
- Tagesschau.de*. „Mordprozess am Tatort“. Abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/inland/marwaprozess108.html>
- Schädler, Karin. „Mord mit islamfeindlichem Hintergrund?“. *die Tageszeitung*, 6. Juli 2009. Abrufbar unter <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/mord-mit-islamfeindlichem-hintergrund>
- Thomas Andre, „Die Toleranz endet beim Türsteher“, *Hamburger Abendblatt*, 8. September 2008. Abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article937604/Die-Toleranz-endet-beim-Tuersteher.html>
- Rebecca Kresse und Thomas Andre, „Türsteher, Die Debatte geht weiter“. *Hamburger Abendblatt*. 28. Oktober 2008. Abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article571813/Tuersteher-Die-Debatte-geht-weiter.html>

- NDR-online*. „Haushalt 2009/2010: Ausgaben steigen um 800 Millionen Euro“. 3. September 2008. Abrufbar unter <http://www1.ndr.de/nachrichten/hamburg/steuererhoehung106.html>
- Helge Schwiertz, „Der Kampf um Migrantenstimmen“. *NDR-online*. 15. Februar 2008. Abrufbar unter http://www1.ndr.de/nachrichten/buergerschaftswahl_hamburg_2008/themen/tuerkische_waehler2.html

Amtliche Veröffentlichungen

Gesetze

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

Politische und offizielle Dokumente

- Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz, *Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern*, Hamburg, 2007. Abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf>
- Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, „Hamburger Integrationskongress 2006 – Dokumentation“, 2006, S. 6. Abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/128800/data/doku-integrationskongress-datei.pdf>
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. *Drucksache 18/4120*. 16. Mai 2006.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg. *Drucksache 18/7178*. Hamburg, 9. November 2007.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport. *Hamburg Schulstatistik im Überblick: Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler in Hamburg*. Hamburg, 2007–2008.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres, Landesamt für Verfassungsschutz. *Verfassungsschutzbericht 2007*. Hamburg, 2008.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung. *Eine kluge Stadt braucht alle Talente. Die Hamburger Schulreform 2008–2012*. Hamburg, 30. Juni 2008.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.) „Sprung über die Elbe“, Hamburg auf dem Weg zur Internationalen Bauausstellung, IBA Hamburg 2013. Abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/135218/data/sprung.pdf>
- Freie und Hansestadt Hamburg Finanzbehörde, *Der Hamburger Haushalt 2009 auf einen Blick*. 2009. Abrufbar unter <http://www.hamburg.de/contentblob/1546152/data/haushalt-auf-einen-blick.pdf>
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Schule und Berufsbildung, Institut für Bildungsmonitoring (Hrsg.). *Bildungsbericht Hamburg 2009*. 2009. Abrufbar unter <http://www.hamburg.de/bsb-publikationen/nofl/1601636/hr-bildungsbericht-langfassung.html>

Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der Christlich Demokratischen Union, Landesverband Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg, GAL, 2008. Abrufbar unter <http://www.hamburg.gruene.de/cms/default/dokbin/229/229457.koalitionsvertrag.pdf>

Statistische Veröffentlichungen

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Hrsg.). *Monitor Wachsende Stadt, Bericht 2007*. Hamburg: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2007.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. *Statistischer Bericht A I 9 – j/03*. Hamburg: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 1. Juni 2004.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. *Statistischer Bericht A I 4 – j/07 H, Ausländische Bevölkerung in Hamburg*. Hamburg: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2007.

Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005* – Fachserie 1 Reihe 2.2.

Statistisches Landesamt der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.). „Trends und Strukturen Hamburg 1950–2015“. *Statistik.Magazin.Hamburg* Band 3 der Reihe. Hamburg, 2000.

ANHANG 2. LISTE DER INTERVIEWTEN EXPERTEN

Administration

Angela Bähr, Arbeitsstelle Vielfalt
 Bilinc Ercan, Behörde für Schule und Berufsbildung
 Rolf-Barnim Foth, Senatskanzlei (Planungsstab 3)
 Uwe Franke, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG),
 Ausschuss für Soziales und Integration, Leitung des Beirates für Integration (SI 51)
 Berrin Haz, Senatskanzlei, Leitung des Planungsstabes für Zuwanderung und Integration
 Malte Krugmann, Senatskanzlei, Stadtplanung und Neuentwicklung
 Stefan Müller, Personalamt Hamburg
 Yvonne Nische, Bezirk Hamburg-Mitte, Fachamt für Sozialraummanagement

Muslimische Organisationen

Özlem Nas, SCHURA, Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V. (Beisitzerin,
 Frauenbeauftragte)
 Hossein Nian, Belal Moschee, Verein afghanischer Muslime
 Ali Özdil, IWB, Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut
 Ramazan Ucar, BIG, Bündnis der islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.
 (Vorsitzender)
 Ahmet Yazici, BIG, Bündnis der islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.
 (stellvertretender Vorsitzende)
 Mustafa Yoldas, SCHURA, Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V.
 (Vorsitzender)

Sonstige

Huelya Eralp, BQM, Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung
 von jungen Migrantinnen und Migranten
 Dirk Hauer, Diakonie (Leiter des Fachbereichs Migration)
 Ursula Neumann, Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft (Professorin,
 Ausländerbeauftragte)
 Christiane Tursi, Verikom (Beraterin)
 Wolfram Weisse, Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft (Professor,
 Akademie der Weltreligionen)
 Hüseyin Yilmaz, Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Migration (Arbeitsmarktpoli-
 tische Integration junger MigrantInnen (Stellvertretender Bundesvorsitzende der

Türkischen Gemeinde in Deutschland und Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Hamburg, Mitglied des Integrationsbeirats)

Ünal Zeran, Rechtsanwalt (Familienrecht/Asylrecht)

Politische Vertreter

Bülent Ciftlik, Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft (SPD-Abgeordneter)

Nebahat Güclü, Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft (GAL)

Aydin Özkan, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft (CDU)

Aydan Özoguz, Körber-Stiftung, Muslimische Akademie, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft bis 2008 (SPD)

Mehmet Yildiz, Hamburgischen Bürgerschaft (Die Linke)

ANHANG 3. KONTAKTDATEN MUSLIMISCHER UND ANDERER ORGANISATIONEN⁵²³

ATU, Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e. V.

c/o Handelskammer Hamburg, Geschäftsführer:
Mehmet Keskin, Alter Wall 3, D-20457 Hamburg
Tel.: 040 3613876
Fax: 040 3613877
E-Mail: info@atu-ev.de

Basis & Woge e. V.

Steindamm 11
20099 Hamburg
Tel.: 040 3984260
Fax: 040 39842626
E-Mail: info@basisundwoge.de

BIG, Bündnis der islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V.

Böckmannstraße, 40 20099 Hamburg
Tel.: 040 245629
Fax: 040 2800067
Web: www.big-ev.org

Bürgerhaus Wilhelmsburg

Mengestr. 20
21107 Hamburg
Tel.: 040 7520170
Fax: 040 75201710
E-Mail: info@buewi.de
Web: www.buewi.de

BQM, Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen
Migrantinnen und Migranten

Kapstadtring 10, 22297 Hamburg
Tel.: 040 63785500
Fax: 040 63785599
E-Mail: info@kwb.de

DGB Hamburg, Arbeitsmarktpolitische Integration junger MigrantInnen

Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
E-Mail: hamburg@dgb.de

⁵²³ Die erwähnten Organisationen umfassen nicht alle muslimischen und Nichtdiskriminierungsorganisationen mit Sitz Hamburg. Die genannten wurden entweder aufgrund ihrer Einbeziehung oder Konsultation während des Forschungsprozesses dieses Berichtes oder aufgrund ihres öffentlichen Profils ausgewählt. Die Auslassung anderer Organisationen weist nicht auf eine fehlende Relevanz ihrer Arbeit hin.

Diakonie, Fachthema: Migration
Königstraße 54, 22767 Hamburg
Tel.: 040 30620367
Fax: 040 30620340

Hamburg Alevi Kültür Merkezi
Goethestr. 37, 22767 Hamburg
Tel.: 040 3892724

Interdisziplinäres Zentrum „*Weltreligion im Dialog*“
Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft, Sektion 5,
Prof. Dr. Wolfram Weisse
Tel.: 040 42838131
Fax: 040 428382112
E-Mail: weisse@erzwiss.uni-hamburg.de

IKB, Interkulturelle Begegnungsstätte
Integrationszentrum St Pauli
Rendsburger Str. 10, 20359 Hamburg
Tel.: 040 72963225
Tel.: 040 72963226
Fax: 040 72963224

iMiR, Institut für Migrations- und Rassismusforschung e. V.
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel.: 040 4305396
Fax: 040 41369620
E-Mail: office@imir.de

Islamisches Wissenschafts- und Bildungsinstitut e. V.
Ansprechpartner: Ali Özgür Özdil
Buxtehuder Straße 7, 21073 Hamburg
Tel.: 040 32506731
Fax: 040 32506734
E-Mail: info@iwb-hamburg.de

Islamisches Zentrum Hamburg e.V.
Ansprechpartner: Dr. Moagheghi (0170 4624242)
Schöne Aussicht 36, 22085 Hamburg
Tel.: 040 22948610, 221220, 221240
Fax: 040 2204340
E-Mail: info@izhamburg.com

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), Beratungsstelle
Interkulturelle Erziehung
Ansprechpartnerin: Regine Hartung
Felix-Dahn-Str. 3, 20357 Hamburg
Tel.: 040 428012129

Fax: 040 428012799
E-Mail: regine.hartung@li-hamburg.de

Mieter helfen Mietern – Hamburger Mieterverein e. V.
Ansprechpartner: Sabine Weiss und Andree Lagemann,
Bartelsstraße 30, 20357 Hamburg
Tel.: 040 4313940
Fax: 040 43139444
E-Mail: info@mhmhamburg.de
Web: www.mhmhamburg.de

Passage gGmbH
Ansprechpartnerin: Maren Gag
Wallgraben 37, 21073 Hamburg
Tel.: 040 7661720
Fax: 040 76617221
E-Mail: info@passage-hamburg.de
Web: www.passage-hamburg.de

SCHURA, Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V.
Borgfelder Str. 34, 20537 Hamburg
Tel.: 040 32004664 (Opening hours: Mon-Fri 10–16)
Fax: 040 32004691
E-Mail: info@schurahamburg.de
Web: www.schurahamburg.de

Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e. V.
Hospitalstraße 111, 22767 Hamburg
Tel.: 040 4136609 0
Fax: 040 413660969
E-Mail: info@TGHamburg.de

Unternehmer ohne Grenzen
Büro St Pauli
Alte Rinderschlachthalle
Neuer Kamp 30, 20357 Hamburg
Tel.: 040 43183063
Fax: 040 43190069
E-Mail: info@uog-ev.de

Verein afghanischer Muslime Belal e. V.
Efftingestr. 19, 22041 Hamburg
Ansprechpartner: Hossein Nian (040 6424101)
Tel.: 040 6570309, 040 6572141
E-Mail: info@belal-moschee.de

Verikom e. V.

Verikom Wilhelmsburg Interkulturelles Stadtteilzentrum / Integrationszentrum
Wilhelmsburg, Thielenstraße 3a, 21109 Hamburg

Tel.: 040 7541840

Fax: 040 7507336

E-Mail: wilhelmsburg@verikom.de

Ob Bürger oder Einwanderer, hier geboren oder neu zugewandert, Muslime stellen eine wachsende und vielseitige Bevölkerungsgruppe dar, die Herausforderungen, aber auch Chancen für Europa bietet. Am Umgang mit solchen Minderheiten sowie der Gleichberechtigungsgarantie für all seine Bürger in einem Klima von schnell expandierender Vielfalt wird sich Europas Bekenntnis zu einer offenen Gesellschaft beweisen müssen.

Das Projekt "At Home in Europe", eine Initiative des Open Society Institute, begegnet diesen Herausforderungen mit Kontroll- und Lobby-Aktivitäten, welche die Situation von Muslimen und anderen Minderheiten in Europa erforschen. Einen wichtigen Teil des Projektes stellt diese Berichtsreihe über Muslime in den 11 europäischen Städten Amsterdam, Antwerpen, Berlin, Kopenhagen, Hamburg, Leicester, London, Marseille, Paris, Rotterdam und Stockholm dar. Ziel der Berichte ist ein besseres Verständnis der Bedürfnisse und Bestrebungen unterschiedlicher muslimischer Gemeinschaften. In diesem Sinne wurden unterschiedliche politische Ansätze in ausgewählten Städten im Hinblick auf die Förderung oder Behinderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Muslimen untersucht.

Durch die Förderung eines neuen Dialogs und neuer politischer Initiativen in Zusammenarbeit mit Vertretern muslimischer Gemeinschaften, lokalen Verwaltungen sowie internationalen politischen Akteuren versucht "At Home in Europe" die Teilhabe von Muslimen an den und ihre Einbeziehung in die Mehrheitsgesellschaften zu verbessern, ohne dass diese für ihre Identität wichtige kulturelle, sprachliche und religiöse Praktiken aufgeben müssen.

